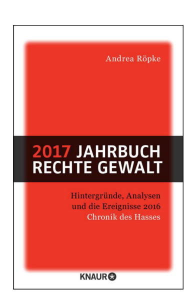

Andrea Röpke
2017 JAHRBUCH
RECHTE GEWALT
Hintergründe, Analysen
und die Ereignisse 2016
Chronik des Hasses
KNAUR

Andrea Röpke

2017

Jahrbuch rechte Gewalt

Chronik des Hasses

Hintergründe, Analysen und die Ereignisse

2016

Über dieses Buch

Der rechte Mob macht mobil. Seit Jahren nehmen Gewalttaten durch rechtsextreme Täter bundesweit zu, mit dem Zustrom von Flüchtlingen sind sie 2015 geradezu explodiert. Das Jahrbuch rechte Gewalt versammelt in einer umfassenden Chronik alle Gewaltverbrechen mit rechtsradikalem Hintergrund, dokumentiert einzelne Fälle und Täter in Reportagen und Porträts, leuchtet Vorgehensweisen, Tätergruppen, lokale Schwerpunkte und Tendenzen in Hintergrundberichten und Analysen aus. Ein konkurrenzloser Report für politisch Interessierte, Besorgte und die wachsende Zahl sich in Flüchtlingshilfen und sozialen Projekten engagierende Bürger.

Inhaltsübersicht

Einleitung: Es geht uns alle an

Was ist bloß los in diesem Land, in dem ein Klima von Hass und Gewalt gegen Minderheiten sich derart leicht freie Bahn schaffen kann? In dem die, die am lautesten nach einem homogenen Staat brüllen, Gehör finden, während Tag für Tag Menschen angegriffen werden, die Zuflucht vor Krieg, Armut und Verfolgung suchen.

Wer hat eigentlich das Sagen, »Rechtsstaat oder Rechtsverächter«, fragte sich jüngst Grünen-Politikerin Claudia Roth nach ihrem Besuch im sächsischen Bautzen. Dort waren junge Migranten tagelang von einer Übermacht rechter Jugendlicher durch die Straßen gejagt worden. Daraufhin verhängte das zuständige Landratsamt eine Ausgangssperre – gegen die Verfolgten.

Es gibt Orte, an denen Menschen permanent in Furcht leben müssen, nur weil sie bunte Haare haben, homosexuell sind oder Flüchtlingen helfen. Im Sommer 2015 – als sich Deutschland nicht nur an den Bahnhöfen weltoffen präsentierte – wurden die dort tätigen Ehrenamtlichen öffentlich gelobt, heute werden sie in einigen Regionen bedroht. Tausende aufgebrachte Bürger spazieren Woche für Woche als selbst ernannte Opposition durch Dresden und andere deutsche Städte – doch was sie fordern, ist nicht Gerechtigkeit für alle, sie fordern Vorrechte für Deutsche. Werte wie Humanismus, Liberalität und Gleichheit scheinen für Teile der bundesdeutschen Bevölkerung nicht mehr zu zählen. Ein Mob auf der Straße, angeführt auch von Hooligans und Türstehern, propagiert martialisch Selbstjustiz gegen ausländische Sexualstraftäter oder den Schutz für deutsche Frauen. Doch Emanzipation ist ihr Ziel nicht. Der Islam wird von Anti-Asyl-Initiativen und anderen Gruppen massiv kritisiert, doch autoritäre Mechanismen anderer Religionen außen vor gelassen. So können sich rechte christliche Fundamentalisten unter die Wutbürger mischen und Einfluss nehmen, wie in den USA. Straßenbewegungen wie Pegida, Parteien wie die AfD machen sich die Angst vor islamistischen Anschlägen zunutze, entfesseln aber selbst sozialen Unfrieden, der in Gewalt ausartet.

Mischszenen außer Rand und Band. Plötzlich spielen sich vorbestrafte Täter, gewaltbereite Hooligans, erklärte Antifeministen oder Waffenfreunde als Ordnungshüter und Beschützer auf. Vermeintlich Bedrohte rufen nach dem Schutz durch Bürgerwehren, fordern Selbstjustiz, bringen Galgen für Politiker mit zu Demonstrationen – und die Mehrheit schweigt.

Teile der Gesellschaft sind politisch aktiver geworden. Zunächst machte es in der Öffentlichkeit den Anschein, die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) in Dresden würden sich an einem demokratischen Prozess beteiligen und mehr Mitbestimmungsrecht einfordern, doch sie stehen nicht für die Anerkennung der anderen. Sie fordern mehr Mitbestimmung für die Vertreter der eigenen Meinung – dulden aber keine abweichende. Aufgebrachte Bürger spielen sich – oft angeführt von Rechtsextremen – als Experten auf. Deren gewählte Vertreter sollen es jetzt richten. Dabei zeigt sich, dass gerade NPD-Politiker bis hin zu den Rechtspopulisten in der Vergangenheit wenig Interesse an akribischer, aufwendiger Ausschussarbeit in den Lokalparlamenten gezeigt haben. »Dicke Sprüche, nichts dahinter« titelte die *Hamburger Morgenpost* über das wenig effektive Engagement lokaler

AfD-Politiker bei der praktischen Arbeit in den Plenarsitzungen. Außer Innere Sicherheit und Flüchtlinge interessiere deren Abgeordnete kaum ein anderes Thema.

Verantwortliche Politiker beugen sich dem Druck der pöbelnden Straße. Mit Toleranz und Hilflosigkeit wird einer intoleranten rassistischen Bewegung begegnet. Rechtsaußen-Politiker der großen Volksparteien nutzen die Gunst der Stunde, rücken weiter nach rechts und fordern eine Beschränkung der Zuwanderung, anstatt den Anfeindungen auf der Straße und den Anfeindungen der Minderheiten eindeutige Grenzen aufzuzeigen.

Besonders skurril dabei ist, dass Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit angegangen werden und auf der Straße gebrüllt wird: »Lügenpresse – auf die Fresse.« Dabei verhalten sich die quotenstarken öffentlich-rechtlichen Talkshows überkorrekt und laden Woche für Woche rechtspopulistische Wortführer ein, denen damit ungefiltert ein Millionenpublikum angeboten wird. In jeder fünften Talkshow von ARD und ZDF sitzt im Jahr 2016 ein Vertreter der AfD.

Es sei ein in der Politik und den Medien weitverbreiteter Irrtum, so der Soziologe Harald Welzer, im Umgang mit den neuen Rechten zu glauben, »dass sich Vorurteile aufklären ließen, dass man den Dialog brauche, ins Gespräch kommen, zuhören müsse«. Er plädiert: »Wo Gewalt herbeigeredet, befürwortet, angewendet wird, da hilft nur die Durchsetzung des Rechts, kein Argument.«

Längst sollte klar sein: Die Zeiten, als sich biedere DVU-Politiker in schlecht sitzenden Anzügen gemeinsam mit stotternden Proll-Nazis selbst vorführten, sind vorbei. Professionelle Strategen wie die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch nutzen die Medien – die sie ablehnen – gezielt für ihre Zwecke. Tabubrüche sind Kalkül. Dank dieser Diskursstrategie wird der politische Rahmen sagbarer Provokationen allmählich erweitert. Rechte Apologeten gehen dabei geradezu lässig mit liberaler Hilflosigkeit um. Immer scheinen sie einen Schritt voraus.

Dabei hätten wir längst lernen können. Als die Tea-Party-Bewegung in den USA Massen gegen die demokratische Regierung des ersten schwarzen Präsidenten Barack Obama in Bewegung setzte und sich Neokonservative, Rassisten, religiöse Fanatiker, Waffenfans und andere konservative Gruppen zusammenrotteten, betrachteten wir diese Entwicklung zwar erschrocken, aber auch mit dem naiven Hintergedanken: Das ist alles weit weg. Als aber das autoritäre Weltbild rechtspopulistischer und islamfeindlicher Parteien sich rasant in Europa ausbreitete, schauten wir selbstbewusst auf die vor sich hin dümpelnden Kleinstparteien NPD, Republikaner oder andere – und atmeten durch. In Deutschland sei es ja nicht so schlimm wie in manch anderem europäischen Land. Doch spätestens seit 2014 ist es mit dieser Ruhe vorbei.

Die noch nicht einmal vier Jahre existierende AfD zieht in die Landesparlamente ein. Jeder fünfte Mecklenburg-Vorpommer wählte die fremdenfeindliche Partei bei der Landtagswahl 2016, an manchen Orten, wie auf der Insel Usedom, wird die unerfahrene Truppe sogar zweitstärkste Kraft. Auch im westlichen Wohlstandsland Baden-Württemberg etablierte sich die AfD mit über 15 Prozent der Wählerstimmen. Zu lange wurden Warnungen vor völkisch-nationalistischen Tendenzen AfD-Verantwortlicher als Hysterie oder Panikmache abgetan. Der Ausspruch »Ich bin rechts« ist kein Stigma mehr. Geradezu stolz bekennen sich viele dazu. Selbstbewusst sind jetzt die anderen. Das Flüchtlingsthema spaltet Teile der Gesellschaft. Um uns Gutmenschen ist es zu still geworden.

Die Zahlen von Teilnehmern an Protesten gegen rechts sind vor allem in den neuen Bundesländern so erschreckend gering, dass in den Nachrichten eine Nennung der Zahlen lieber vermieden wird. Akademiker schreiben Hassmails in sozialen Netzwerken. Familienväter zünden Häuser an. Es sind nicht mehr nur Neonazis, die »Ausländer raus« brüllen und Gewalttaten gegen Minderheiten begehen. Die

Zeiten einfacher Klischees – glatzköpfig, ungebildet, arm – sind vorbei.

Profiteure des gesellschaftlichen Rechts-Booms sind unter anderem politische Wegbereiter wie die neu-rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die Anfang 2016 einen Auflagenrekord feiert, sowie die Aktionsgaukler der rechtsextremen »Identitären Bewegung«, die zu Youtube-Stars wurden, nachdem sie im August 2016 das Brandenburger Tor enterten. NPD-Politiker ziehen die Fäden in Anti-Asyl-Initiativen und die radikale Neonazi-Kleinstpartei »Der III. Weg« weist motivierten Brandstiftern per digitaler Landkarte den Weg zum Tatort.

Rechte Gewalt nimmt abstrakte gefährliche Formen an. Die engagierte Thüringer Landtagsabgeordnete Katharina König und ihr Vater, Stadtjugendpfarrer in Jena, kämpfen lange schon gegen Neonazi-Umtriebe. Jetzt aber kam eine Morddrohung per Hassgesang. Die Schweizer Neonazi-Band »Erschießungskommando« singt: »Bald bist du endlich dran (...) Vom Landtag auf die Bahre« und: »Du wirst grausam sterben, das ist nicht die Frage, vorher schaust du noch zu, wie ich den Lausebart erschlage, wie dieser Assipfaffe vor mir niederkniet und sich mein Schalldämpfer tief in sein Maul schiebt.« König hatte zuvor über ein Neonazi-Konzert in der Schweiz mit 5000 Besuchern berichtet, an dessen sechsstelligen Einnahmen auch Thüringer Aktivisten beteiligt sein sollen.

Fünf Polizeibeamte wurden in den vergangenen 20 Jahren ermordet. Fast alle Täter stammten aus dem militanten Kameradschaftsmilieu. 2016 aber wird ein Polizist von jemandem getötet, der als rechter Spinner galt. Ein sogenannter Reichsbürger tötet im Oktober in Georgensgmünd ein Mitglied eines Sondereinsatzkommandos (SEK) mit drei Schüssen. Wolfgang P. hatte auf seinem Grundstück in Franken einen eigenen Staat gegründet, die bundesdeutschen Gesetze sollten für ihn nicht gelten. Dafür hatte der 49-Jährige eine gelbe Linie um sein Haus gezogen und auf den Briefkasten geschrieben: »Regierungsbezirk Wolfgang. Mein Wort ist hier Gesetz.«

Unter dem Motto »Das deutsche Reich ist nicht untergegangen« versammeln sich Neonazis, Muslimhasser, Verschwörungstheoretiker und verwirrte Querulanten in den zahlreichen Splittergruppen der »Reichsbürger«. Einige von ihnen – wie Kampfsporttrainer Wolfgang P. – horten auch Waffen und sind bereit, sie gegen Bedienstete des Staates, den sie ablehnen, zu benutzen.

Bereits Ende August versuchte ein »Reichsbürger« in Sachsen-Anhalt, sich mit Waffengewalt gegen eine Zwangsräumung seines Grundstückes zu wehren. Der ehemalige »Mister Germany« gehörte zu den »Reichsbürgern«, die mit der Gründung eines fiktiven Ministaates, wie dem »Staat Ur«, gleichgesinnte Anhänger um sich scharen. Gemeinsam stellten sie sich der Polizei entgegen. Zunächst flogen Steine, dann soll der 41-jährige »Reichsbürger« das Feuer eröffnet haben.

Ungewöhnlich für rechte Gewalt ist auch die Tat eines Teenagers in München: Ein junger Mann läuft Amok, er hat ausländische Wurzeln, fühlt sich aber als Neonazi. David Ali S. erschoss neun Menschen mit ausländischen Wurzeln. Der Deutschiraner fühlte sich als »Arier«, verehrte Adolf Hitler und mochte keine Türken und Araber. Für seinen Amoklauf wählte der 18-Jährige den fünften Jahrestag des Massakers eines norwegischen Neonazis an über 70 engagierten, überwiegend jungen Menschen. Im Gegensatz zu psychisch gestörten Amokläufern oder anderen Kriminellen handelte der Münchner Rechtsextremist anscheinend aus politisch-ideologischer Motivation: Seine Opfer waren Migranten, mit denen er sich getarnt verabredet haben soll.

Oft fühlen sich rassistisch motivierte Gewalttäter als Speerspitze des Volkes. Stellvertretend für viele, die gegen »den Flüchtlingsstrom« oder den »deutschen Volkstod« nur palavern, sehen sie sich als Handelnde – nach dem Motto des NSU: »Taten statt Worte«.

44 Prozent der Deutschen hegten Ende 2014 Vorurteile gegen Flüchtlinge, obwohl die meisten nur

wenig über sie wissen. In Sachsen, dem Bundesland mit einem »gefühlten Ausländeranteil von 87,4 Prozent«, wie der Satiriker Hans Zippert witzelt, leben gerade einmal 3 Prozent Ausländer. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele organisierte Neonazis – und so viele rassistische Taten. »In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der rechtsextremistischen Übergriffe in Sachsen um 90 Prozent gestiegen – ganz sicher hängt das mit der aufgeheizten Stimmungslage zusammen und den Demonstrationen der Pegida-Bewegung«, sagt Markus Kemper vom Mobilen Beratungsteam des Kulturbüros Sachsen. »Pegida wirkt dabei wie ein Katalysator für Neonazis und andere Rassisten.«

Hinter all den Anschlägen gegen Flüchtlinge, deren Unterstützer oder gegen andere Minderheiten verbirgt sich die wahnwitzige Idee vom Erhalt des eigenen Volkes durch drastische »Notwehrmaßnahmen«. Die Täter sind der Meinung, Selbstjustiz sei in Ordnung, weil der Staat die Deutschen nicht mehr ausreichend schütze. So wird es jedenfalls propagiert.

Die Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, zeigt Verständnis dafür, dass sich immer mehr Menschen im Land Schreckschusswaffen und Reizgassprays zulegen. »Viele Bürger fühlen sich zunehmend unsicher. Jeder Gesetzestreue sollte in der Lage sein, sich selbst, seine Familie und seine Freunde zu schützen«, fordert die Rechtspopulistin aus Sachsen. Den Waffenbesitz für »mündige Bürger« lockern, forderte die AfD in Sachsen-Anhalt gleich nach ihrem Einzug in das Landesparlament, denn durch ein liberales Waffenrecht könnten sich gesetzestreue Bürger, der AfD zufolge, gegen Unrecht besser zur Wehr setzen. Dabei waren im Jahr 2015 allein bei Neonazis fast 2000 Waffen gefunden worden.

2016 verbreitete die Internetplattform »Migrantenschreck« ein Video, in dem ein Mann mit Maske auf Politiker-Fotos von Heiko Maas, Joachim Gauck und Cem Özdemir schießt. Dazu gab es bei »Migrantenschreck.ru« ein Verkaufsangebot: verschiedene Pistolen und Revolver mit Hartgummigeschossen als Munition. Sie wurden beworben mit Sprüchen wie: »60 Joule Mündungsenergie strecken jeden Asylforderer nieder.« Hinter der Waffen-Homepage soll ein umtriebiger rechter Aktivist stecken, der antiislamische Montagsdemos in Erfurt mitorganisierte und inzwischen abgetaucht ist. Mario R. wird auch für eine der bekanntesten Hetzseiten im Internet namens »Anonymous«, mit zwei Millionen Fans, verantwortlich gemacht. Inzwischen fahndet die Staatsanwaltschaft nach ihm.

Bei diesen erschreckenden Ereignissen, die uns seit etwa 2014 begleiten, stellt sich die Frage: Wie steht es mit der Widerstandskraft einer engagierten Zivilgesellschaft?

Hinter den Kulissen setzen sich unzählige Menschen in Deutschland aus humanistischen Gründen und politischer Überzeugung für Flüchtlinge ein. Sie sorgen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Zwischenmenschlichkeit und Integration. Während AfD-Wortführer zum Beispiel den Fußballprofi Jerome Boateng aufgrund seiner Hautfarbe beleidigen, dadurch Hass und Zwietracht säen, und konservative Politiker diesen menschenverachtenden Positionen zum Teil entgegenkommen, bieten Engagierte dem alltäglichen Wahnsinn in ihrem Land die Stirn.

Beherzt fordert die Publizistin Carolin Emcke, Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels, dazu auf, eine freie, säkulare, demokratische Gesellschaft immer wieder neu zu lernen. »Pseudoreligiöse und nationalistische Dogmatiker propagieren die Lehre vom ›homogenen Volk‹, von einer ›wahren‹ Religion, einer ›ursprünglichen‹ Tradition, einer ›natürlichen‹ Familie und einer ›authentischen‹ Nation. (…) Sie teilen willkürlich auf und ein, wer dazugehören darf und wer nicht«, so Emcke in ihrer Dankesrede. Ihre Forderung: Wir sollten die nötige Antwort auf Rechtspopulismus und andere Fanatismen nicht nur an die Politik delegieren, sondern als Zivilgesellschaft selbst dagegen eintreten. Der

Erfolg der AfD sollte ein »Weckruf« sein, warnt auch Heribert Prantl aus der Chefredaktion der *Süddeutschen Zeitung*. Es sei nicht selbstverständlich, »dass die Gesellschaft liberal ist und bleibt«.

Ein Anfang wäre die Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland. In der Selbstwahrnehmung war es das lange gar nicht. Zwischen 1945 und 1989 kamen etwa 15 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler und Übersiedler. Sie haben sich und sie wurden – trotz anfänglicher Widerstände – integriert. Dennoch gab es immer wieder Politikerstimmen, die das Gegenteil proklamierten, so zum Beispiel wetterte Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) 1992 gegen eine mögliche Überschwemmung durch Zuwanderer mit den Worten: »dann entartet die Gesellschaft«. Der heutige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte 2006 auf dem Integrationskongress des Caritas-Verbands: »Wir waren nie ein Einwanderungsland, und wir sind's bis heute nicht.« Auch andere Politiker, wie der damalige nordrhein-westfälische SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann, zeigten sich menschenfeindlich: »Prüfung des Antrags so schnell wie irgend möglich, gegebenenfalls Überprüfung durch einen Einzelrichter an Ort und Stelle – und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit.«

Die Regierungspolitik sendet bis heute unentschiedene Signale in die Bevölkerung. Genau das wird die ambivalente Mitte der Bevölkerung weiterhin verunsichern und vielen die Parolen der Rechtspopulisten als Alternative erscheinen lassen. Das Ausmaß rechter Gewalt sollte Anlass geben, eiligst nachhaltige Integrationskonzepte zu entwickeln, die von der ganzen Bevölkerung getragen werden und der Bundesrepublik ein modernes, weltoffenes und soziales Gesicht verleihen.

Warum der Titel »Jahrbuch rechte Gewalt«?

Opferberatungsstellen reden von »rechter Gewalt«, weil damit ein größerer Verantwortungsbereich getroffen wird. Rassistische, antisemitische oder homophobe Gewalt kann auch ohne ideologischen Bezug zum Nationalsozialismus oder zu einem gefestigten politischen Weltbild begangen werden. In der Behördensprache heißt es bei solchen Straftaten, sie seien »politisch motiviert rechts«. Doch hinter dem Begriff »rechte Gewalt« verbirgt sich auch der Ansatz, ein gesamtgesellschaftliches Problem deutlich zu machen. Es sind nicht mehr nur Rechtsextremisten, die solche Taten begehen, sondern eben auch eine steigende Anzahl rassistisch denkender Menschen von nebenan.

Das Problem beschränkt sich nicht auf eine kleine Minderheit der Gesellschaft, sondern geht alle an. Um eine funktionierende Sozialgemeinschaft aufzubauen, dürfen Hasskriminalität und Gewalt gegen Schwächere nicht verschleiert werden. Dem Offenlegen rechter Gewaltstrukturen steht jedoch einiges entgegen. So schaffte die sozialdemokratische Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) sofort nach ihrer Amtsübernahme 2014 die umstrittene »Extremismusklausel« ab – doch Schaden hatte die längst angerichtet. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung war 2011 von der konservativen Vorgängerin Schwesigs, Kristina Schröder (CDU), eingeführt worden und betraf vor allem ehrenamtliche Vereine zur Prävention gegen Neonazis, die auf Fördergelder des Bundes angewiesen waren. Diese Maßnahme trieb, wie kaum eine andere, einen »Spaltpilz tief in die Zivilgesellschaft« (Endstation rechts), weil Aktivisten und Organisationen, die sich sozial engagierten, im Vorfeld unter eine Art »Generalverdacht« gerieten. Von einer »Bespitzelungsklausel« war unter Betroffenen die Rede. Stephan Kramer, damaliger Generalsekretär des Zentralrats der Juden, kritisierte 2011: »Die Extremismusklausel ist ein Symbol für den Überprüfungswahn und das Misstrauen der Bundesregierung!«

Die bewusst unscharfe Differenzierung zwischen Rechts- und Linksextremismus im Zusammenhang mit der Klausel hatte zur Folge, dass rassistische Gewalt verharmlost wurde. Dabei belegen Fakten und Zahlen eindeutig die Gefahr durch politisch motivierte Hasskriminalität. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält jedoch an der Extremismustheorie fest. Die 2016 veröffentlichte Broschüre »Handreichung für Flüchtlingshelfer« stigmatisiert Teile der Solidaritätsbewegung. So heißt es in der Broschüre: »Linksextremistisch motivierte Personen und Organisationen beteiligen sich an der Betreuung von Flüchtlingen in Flüchtlingsunterkünften und verteilen Spenden an Schutzsuchende«, die Behörde warnt, es gehe dabei »um eine propagandistische Instrumentalisierung ihrer Flüchtlingsunterstützung«. Dass ausgerechnet eine derartig umstrittene Behörde wie der Verfassungsschutz, der sich bei der Aufarbeitung rassistischer Verbrechen und dem Einsatz gewaltbereiter krimineller V-Leute vor allem im Zusammenhang mit den Verbrechen des NSU-Netzwerks hoch belastete, jetzt anscheinend versucht, die »Refugees Welcome«-Bewegung zu spalten, erscheint ungeheuerlich.

Das »Jahrbuch rechte Gewalt 2017« möchte dagegen das Engagement aller Personen und Organisationen würdigen, die sich für ankommende Menschen in Not einsetzen. Anhand der von zahlreichen Opferberatungsstellen erfassten Übergriffe und Taten sowie zusätzlich recherchierter Hintergrundberichte zu rechten bis neonazistischen Hintergrundstrukturen soll mit dem Jahrbuch in

diesem Jahr – und auch im nächsten – ein reales Bild davon entstehen, wie es in Deutschland wirklich aussieht.

Andrea Röpke

Zur Entstehung der Jahreschronik, Kriterien für die Aufnahme der Taten

Die aufgeführten Taten sind nur ein Ausschnitt der Realität und keine allumfassende, repräsentative Darstellung. Auf staatliche Erfassungsbehörden wollten wir uns nicht verlassen. Zudem liefern das Bundeskriminalamt und die Landespolizei meist nur blanke Fallzahlen, keine Fallbeschreibungen, wie sie in unserer Chronik zu finden sind. Es gibt in Deutschland kein bundesweites Monitoring rechter Gewalt, daher entstehen Lücken dort, wo es keine zivilgesellschaftlichen, nichtstaatlichen Opferhilfen gibt. Wie wichtig eine solche unabhängige Erfassung wäre, zeigt die Statistik über die Todesopfer rechter Gewalt in der Bundesrepublik seit 1990. Das Bundeskriminalamt zählt 75 Opfer. Nichtregierungsorganisationen und Journalisten kommen im gleichen Zeitraum auf mindestens 158 Todesopfer und 22 zusätzliche Verdachtsfälle.

Taten werden oft nicht als rechte Gewalt erkannt, denn nicht selten stellen Polizeidienststellen die Argumentation der Täter, nichts von dem Migrationshintergrund der Opfer gewusst zu haben oder keine rassistischen Ansichten zu vertreten, nicht infrage, sondern übernehmen sie.

Als Journalisten greifen wir auf die Meldungen, Zählungen, Sammlungen von Präventions- und Betreuungsexperten zurück, die Taten rechter Gewalt in ihrer Region aus dem täglichen Geschehen herausfiltern konnten. Entweder aus dem direkten Kontakt zu den Opfern rechter Gewalt oder aus Informationen lokaler Medien, der Polizei und von Behördenkreisen. Wir benutzen ihre Termini bei der Beschreibung der jeweiligen Vorfälle, da wir bei der Masse der Straftaten nicht jede einzelne überprüfen können, das übersteigt unsere Kapazität. Wir haben Vertrauen in die mit uns kooperierenden Stellen.

Parlamentarische Anfragen zur rechten Gewalt geben Zahlen preis, aber nicht die Geschichte hinter den Taten. Lokalzeitungen beschränken sich häufig auf die unreflektierte Übernahme von Pressemitteilungen der Polizei, das heißt, Taten werden entpolitisiert. Oft sind Vorfälle nur unter Stichwörtern wie »Brandanschlag« oder »Körperverletzung« vermerkt, ohne genauere Angaben zum Tathergang und zur Anzahl der agierenden und geschädigten Personen.

Darüber hinaus ist die Dunkelziffer hoch. Viele Gewalttaten von rechts, vor allem begangen an Jugendlichen, werden gar nicht erst angezeigt. Viele Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind unaufgeklärt. Darum bleibt hier zunächst nur Spekulation, ob es sich um eine politisch motivierte Tat handelt. Sobald es Hinweise dafür gibt, wird die Tat in der Chronik erwähnt.

Meldungen mit unklaren Fällen haben wir vorsorglich aussortiert, auch wenn sie vielleicht ins Buch gehört hätten. Wo dies erforderlich sein wird, werden wir im nächsten Jahrbuch Korrekturen liefern. Bei der Auswahl der aufgeführten Gewalttaten sind wir folgendermaßen vorgegangen: Aufgeführt werden Körperverletzungen; herausragende Bedrohungsfälle (wie Eindringen in die Wohnung oder Drohungen gegen Kinder); Steinwürfe auf bewohnte Unterkünfte, die Menschen hätten verletzen können; durchgeführte und versuchte Brandanschläge auf bewohnte und unbewohnte Unterkünfte; Übergriffe auf Journalisten, die zur Einschränkung der Pressefreiheit führen; Gruppenangriffe auf Wehrlose. Mit der Problematik von Angriffen auf Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung werden wir uns in der nächsten Chronik intensiv beschäftigen.

Aussortieren mussten wir: Verwüstungen von jüdischen Friedhöfen; uneindeutige

Auseinandersetzungen; das Zeigen von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen oder des Hitlergrußes ohne vorausgehende oder anschließende Gewalttat; Buttersäure- und Wasserschaden-Anschläge; verbale Drohungen. Diese Vorfälle sollen in keinster Weise verharmlost oder abgewertet werden, aber sie würden den Rahmen dieses Buches übersteigen.

Über Verbesserungsvorschläge, Korrekturen und Rückmeldungen freuen wir uns. Gern werden wir, wenn nötig, Fälle korrigieren oder aufgreifen.

Andrea Röpke und Sebastian Heidelberger,
November 2016

In der Jahreschronik werden folgende Abkürzungen der Bundesländer verwendet:

BB Brandenburg
BE Berlin
BW Baden-Württemberg
BY Bayern
HB Bremen
HE Hessen
HH Hamburg
MV Mecklenburg-Vorpommern
NI Niedersachsen
NW Nordrhein-Westfalen
RP Rheinland-Pfalz
SH Schleswig-Holstein
SL Saarland
SN Sachsen
ST Sachsen-Anhalt
TH Thüringen

Chronik Oktober 2015

02.10. Großhartmannsdorf (SN) Unbekannte werfen Brandsätze in eine Kinder- und Jugendfreizeitstätte, die als mögliche Unterkunft für Flüchtlinge im Gespräch ist.

02.10. Bischhagen (TH) Unbekannte legen Feuer in einer Unterkunft, in die am kommenden Tag Flüchtlinge einziehen sollen.

02.10. Saalfeld (TH) Zwei bis drei Vermummte überfallen eine 16-Jährige, beschimpfen sie als »Scheiß Zeckenfotze« und schlagen und treten auf sie ein.

02.10. Berlin-Marzahn (BE) Im Eingangsbereich eines Hotels, in dem geflüchtete Menschen untergebracht sind, zündet ein unbekannter Mann einen Sprengkörper. Es wird niemand verletzt.

02.10. Rochlitz (SN) Eine unbekannte Person wirft einen Stein in das Fenster einer Asylunterkunft.

03.10. Xanten (NW) Unbekannte legen Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

03.10. Altena (NW) Zwei Männer, einer davon Feuerwehrmann, verüben einen Brandanschlag auf ein Haus, das von sieben Flüchtlingen bewohnt wird. Sie zünden Benzin im Dachstuhl des Hauses an und kappen die Brandmeldeanlage des Hauses. Als Grund für ihre Tat geben sie Verärgerung über den Zuzug von Flüchtlingen in ihre Nachbarschaft an. Der Haupttäter muss wegen schwerer Brandstiftung für sechs Jahre ins Gefängnis, sein Helfer wird zu fünf Jahren Haft verurteilt. Der Richter stellt fest, dass die beiden eine »verfestigte ausländerfeindliche Gesinnung« hätten. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

03.10. Kabelsketal (ST) Auf einem Rastplatz greifen sieben rechte Fußballfans einen 40-jährigen Linken und seinen Begleiter an und beschimpfen sie als »Scheiß Zecken«.

03.10. Jena (TH) Während einer Demonstration der extremen Rechten wird ein Journalist von Neonazis angegriffen. Zuvor wurde per Lautsprecher dazu aufgerufen, ihn daran zu hindern, zu fotografieren.

03.10. Krölpa (TH) Drei Männer geraten in einen Streit mit einem 19-jährigen Flüchtling und werfen eine Bierflasche nach ihm. Die Polizei geht von einem rassistischen Hintergrund der Tat aus.

03.10. Finsterwalde (BB) Ein Mann beleidigt einen 67-jährigen Franzosen rassistisch und schubst ihn zu Boden. Das Opfer schlägt mit dem Gesicht auf eine Treppenstufe auf und wird verletzt.

03.10. Angermünde (BB) Fünf bis sechs Personen beleidigen am Bahnhof vier Erwachsene und drei Kinder rassistisch und greifen sie an.

03.10. Berlin-Tiergarten (BE) Am Potsdamer Platz schlägt ein 29-jähriger Demonstrant des Berliner Pegida-Ablegers »Bärgida« einen 51-jährigen Gegendemonstranten.

03.10. Berlin-Marzahn (BE) Zwei unbekannte Männer, die vor einer Kneipe stehen, greifen einen vorbeigehenden 32-jährigen Mann mit den Worten »Scheiß Antifa« an. Er wird durch Tritte und Schläge schwer verletzt.

04.10. Magdeburg (ST) Zwei Frauen beleidigen den Besitzer eines Spätkaufs rassistisch. Eine der beiden zerreißt den Pullover des Mannes und zerschlägt eine Bierflasche auf seinem Kopf.

04.10. Friemar (TH) Unbekannte legen in einer als Flüchtlingsunterkunft genutzten Turnhalle Feuer. Die Polizei geht von Brandstiftung aus und schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund nicht aus.

04.10. Saalfeld (TH) Der Beifahrer eines Autos steigt aus dem Fahrzeug aus, beschimpft eine 17-Jährige als »Scheiß Zeckenfotze« und tritt auf das Mädchen ein.

04.10. Berlin-Mitte (BE) Ein 44-Jähriger beleidigt einen 41-jährigen Mann rassistisch und schlägt ihn.

04.10. Kassel (HE) Ein Unbekannter droht einer 17-Jährigen mit einem messerähnlichen Gegenstand, beleidigt sie rassistisch und droht damit, sie umzubringen.

05.10. Dresden (SN) Rund 60 Personen, darunter teils stark alkoholisierte, wird der Zutritt zu einer Informationsveranstaltung über eine geplante Asylunterkunft verwehrt. Polizeibeamte werden daraufhin aus der aggressiven Menge mit Flaschen beworfen.

06.10. Berlin-Weißensee (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt an einer Haltestelle einen 26-Jährigen rassistisch und hetzt seinen Hund auf ihn.

07.10. Dresden (SN) Unbekannte werfen vier Molotowcocktails auf eine Schule, die als Unterkunft für Asylsuchende genutzt werden soll.

07.10. Olbersleben (TH) Ein 35-jähriger Mann greift einen 38-Jährigen an, der einen rechten Aufruf übermalt hatte. Er rammt ihm eine Mistgabel in den Oberschenkel.

07.10. Rudolstadt (TH) Auf dem Platz der Opfer des Faschismus äußert sich eine Gruppe Jugendlicher lautstark rassistisch. Zwei von ihnen greifen anschließend einen syrischen Jungen an.

07.10. Berlin-Schöneberg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt drei Kinder im Alter von neun und zehn Jahren rassistisch. Er bewirft sie mit Steinen und Stöcken.

07.10. Berlin-Kreuzberg (BE) Aus einem Auto heraus wird ein 64-jähriger Radfahrer rassistisch beleidigt. Der Beifahrer springt aus dem Auto und bedroht den Mann mit einem Messer. Die Täter flüchten unerkannt.

08.10. Stralsund (MV) In einem Geschäft beleidigt ein Mann vier Frauen, die aus Syrien und Äypten stammen, rassistisch und schlägt ihnen ins Gesicht.

09.10. Dresden (SN) Rund 80 Personen versammeln sich, um gegen das Willkommensfest »Herz statt Hetze. Prohlis miteinander« und eine Flüchtlingsunterkunft zu protestieren. Aus der Gruppe heraus werden Flaschen, Böller und Steine geworfen. Die Polizei nimmt vier Personen fest.

09.10. Chemnitz (SN) Eine Gruppe Neonazis greift Menschen an, die eine Unterkunft für Asylsuchende unterstützen wollen. Es gibt Verletzte. In derselben Nacht werfen Unbekannte Schottersteine durch die Fenster einer Kirchengemeinde, in der Flüchtlinge untergebracht sind. Steine und herumfliegende Glasscherben verletzen mehrere Menschen, darunter ein sieben Monate altes Kind.

09.10. Cottbus (BB) Eine Frau beleidigt ein 11-jähriges Mädchen mit den Worten »Wenn Hitler hier wäre, wärt ihr nicht hier« und tritt ihr gegen den Oberschenkel.

09.10. Stralsund (MV) Zwei Personen beleidigen einen Mann, der ein Bekleidungsgeschäft beliefert, rassistisch und schlagen ihm anschließend ins Gesicht.

10.10. Leipzig (SN) Eine Passantin schlägt einen Teilnehmer an einer Demonstration gegen die Asylrechtsverschärfungen.

10.10. Essen (NW) Ein Unbekannter schlägt einem 17-Jährigen ins Gesicht. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts einer fremdenfeindlichen Tat.

10.10. Aachen (NW) Zwei Neonazis überfallen einen Antifaschisten, schlagen mit Fäusten und einer Stichwaffe auf ihn ein.

10.10. Trassenheide (MV) Unbekannte werfen auf der Insel Usedom zwei Molotowcocktails auf ein Gebäude, das als Unterkunft für geflüchtete Menschen dienen soll.

10.10. Rostock (MV) Vier Rechte beleidigen einen Flüchtling rassistisch und schlagen auf ihn ein. Als er am Boden liegt, treten sie ihn weiter.

10.10. Berlin-Spandau (BE) Auf dem Markt greift eine Gruppe Männer einen 48-Jährigen an. Sie

skandieren »White Power« und treten ihn.

10.10. Berlin-Wilmersdorf (BE) Ein 75-jähriger Mann beleidigt einen siebenjährigen Jungen rassistisch und versucht mit einem Hammer nach ihm zu schlagen.

11.10. Sömmerda (TH) Ein 26-Jähriger beleidigt Polizeibeamte und brüllt fremdenfeindliche Parolen. Er versucht sich seiner Festnahme zu entziehen und zeigt den Hitlergruß.

11.10. Boizenburg (MV) Unbekannte zünden ein Fachwerkhaus an, das als Notunterkunft für Flüchtlinge genutzt werden soll.

11.10. Berlin-Neukölln (BE) Ein 43-Jähriger beleidigt einen 22-jährigen Mann rassistisch und greift ihn mit einem Elektroschocker an. Der verletzte Mann flüchtet, wird jedoch vom Täter mit einem Straßenschild verfolgt und bedroht. Die Polizei kann den Täter festnehmen.

11.10. Berlin-Hellersdorf (BE) Ein 21-jähriger Mann beleidigt mehrere Kinder aus einer Flüchtlingsunterkunft und bewirft sie mit Steinen. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, der zu Hilfe kommt, wird leicht verletzt.

12.10. Chemnitz (SN) Mehrere Rechte greifen während einer Demonstration des örtlichen Pegida-Ablegers »Cegida« Gegendemonstranten an.

12.10. Berlin-Tiergarten (BE) Vor einer Moschee beleidigen ein 18- und ein 21-Jähriger zwei jüngere Jugendliche antimuslimisch und schlagen sie.

13.10. Halle (ST) Unbekannte legen Brand in einer Gaststätte, in der ein »Begegnungscafé« mit Flüchtlingen stattgefunden hatte.

15.10. Dresden (SN) Vermummte Teilnehmer einer AfD-Demonstration greifen zwei Journalisten des Online-Projekts »Straßengezwitscher« an. Sie werden bedrängt und gestoßen, auf ihre Kamera wird eingeschlagen.

15.10. Jüterbog (BB) Ein Unbekannter sprüht an einer Bushaltestelle einem 24-jährigen Flüchtling aus rassistischen Motiven Reizgas in die Augen.

16.10. Dresden (SN) Ein Mann und zwei Frauen beschimpfen andere Fahrgäste auf rassistische Weise. Einer der Täter zieht ein Messer und droht damit.

16.10. Flensburg (SH) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft.

16.10. Berlin-Hellersdorf (BE) Ein 44-jähriger Fahrgast beschimpft einen 47-jährigen Kontrolleur rassistisch und schlägt ihn mit einer Bierflasche. Das Opfer wird an Kopf und Arm verletzt. Die Polizei nimmt den Täter fest.

17.10. Köln (NW) Ein Neonazi sticht mit einem Jagdmesser auf vier Politiker ein, darunter Kölns Sozialdezernentin Henriette Reker. Die 59-Jährige schwebt in akuter Lebensgefahr und liegt mehrere Tage im künstlichen Koma. Die Klinge durchtrennt ihre Luftröhre fast vollständig und trifft einen Brustwirbel. Zur Begründung seiner Tat sagt der Täter, die Politiker seien Vertreter einer verfehlten Flüchtlingspolitik. Er wird zu 14 Jahren Haft verurteilt. Gegen das Urteil legt er Revision ein.

17.10. Rostock (MV) Teilnehmer einer AfD-Demonstration greifen Gegendemonstranten an. Neonazis und Hooligans werfen Flaschen, Steine und Böller und versuchen die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen.

17.10. Rostock (MV) Rechte attackieren im Anschluss an eine AfD-Demonstration Flüchtlinge und deren Unterstützer von »Rostock hilft«.

17.10. Schwerin (MV) Der Teilnehmer einer Demonstration der rechtsextremen Gruppierung »Deutschland wehrt sich« schlägt einen Mann am Kopf.

17.10. Zinnowitz (MV) Unbekannte werfen einen Molotowcocktail auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft.

17.10. Traben-Trarbach (RP) Vor einem Gebäude, in dessen Räumen ein »internationaler Willkommenstreff« sowie sieben Flüchtlinge untergebracht sind, legen Unbekannte Feuer.

18.10. Winterberg (NW) Unbekannte legen Feuer an einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

18.10. Berlin-Mitte (BE) Auf dem S-Bahnhof Friedrichstraße beleidigt ein 54-jähriger Mann eine 21-jährige Frau und einen 23-jährigen Mann rassistisch und greift sie an.

19.10. Dresden (SN) Eine Gruppe Vermummter greift ein alternatives Hausprojekt mit Steinen und Pyrotechnik an und kippt Buttersäure aus.

19.10. Leipzig (SN) Teilnehmer einer Pegida-Versammlung in Dresden greifen auf der Rückreise am Leipziger Hauptbahnhof Gegendemonstranten mit Holzstöcken an und bedrohen sie mit einem Messer.

19.10. Dresden (SN) Rund um eine Pegida-Versammlung kommt es zu rechtsmotivierten Straftaten: Am Bahnhof wird ein Marokkaner zusammengeschlagen, Journalisten werden von Pegida-Teilnehmern verprügelt und Gegendemonstranten mit Steinen, Pyrotechnik und Flaschen angegriffen.

19.10. Halle (ST) Dreißig Neonazis greifen aus einer rechten Demonstration heraus Gegendemonstranten an.

19.10. Stralsund (MV) Ein älterer Mann beschimpft einen 15-Jährigen rassistisch und tritt ihn.

19.10. Remseck (BW) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine ehemalige Gaststätte, die an eine Flüchtlingsunterkunft grenzt. Der Staatsschutz ermittelt.

19.10. Landscheid (RP) Unbekannte verwüsten ein Gebäude, das eventuell als Unterkunft für Flüchtlinge dienen soll. Sie zertrümmern Möbel, schlagen Löcher in die Wand, reißen Decken heraus, schmieren Hakenkreuze und rechte Parolen an die Wände. Sie entleeren Feuerlöscher und entfachen ein Feuer.

20.10. Köln (NW) Ein Unbekannter wirft einen Stein auf den Baustellenleiter einer Flüchtlingsunterkunft. Zuvor war der Stromgenerator sabotiert worden.

20.10. Halle (ST) Ein Unbekannter beleidigt einen irakischen Imbissbesitzer rassistisch, stößt ihn zu Boden und verletzt ihn dabei am Kopf.

21.10. Bischofswerda (SN) Ein unbekannter Radfahrer schlägt im Vorbeifahren Flüchtlinge vor einer Erstaufnahmeeinrichtung. Diese Angriffe wiederholen sich am nächsten und übernächsten Tag.

21.10. Havixbeck (NW) Ein 52-jähriger Mann beleidigt einen 31-Jährigen im Bus rassistisch. Nach dem Aussteigen rammt der Angreifer seinem Opfer ein Messer in den Brustkorb.

21.10. Halle (ST) Nach einer Demonstration gegen die AfD greifen 20 vermummte Männer fünf Gegendemonstranten an. Sie schlagen, treten und rufen: »Das habt ihr davon, ihr Scheiß Zecken«.

21.10. Halle (ST) Nach einer Spontandemonstration für die Rechte von Flüchtlingen skandiert ein Mann an einer Bushaltestelle »Sieg Heil«. Er wirft eine Bierflasche in Richtung einer Gruppe »alternativ« aussehender Menschen. Eine Studentin spricht den Mann an, er schlägt ihr daraufhin ins Gesicht. Ein Passant stoppt den Angreifer mit Reizgas. Als die Studentin ihm auf sein Bitten hin Wasser zum Auswaschen der Augen reicht, beschimpft er sie als »Judenschlampe«.

21.10. Halle (ST) Eine Gruppe Rechter verfolgt am Hauptbahnhof Teilnehmer einer antirassistischen Demonstration und schlägt einem Mann ins Gesicht.

21.10. Frankfurt (Oder) (BB) Unbekannte verüben auf eine im Bau befindliche Flüchtlingsunterkunft einen Sprengstoffanschlag.

21.10. Harburg (HH) Ein Mann und eine Frau beleidigen in einem Bus ein 17-jähriges Mädchen und ihren 16-jährigen Bruder als »Scheiß Kanaken«. Dann schlägt der Mann dem Jungen mit der flachen

Hand ins Gesicht. Die Frau versucht das Kopftuch des Mädchens herunterzureißen und schlägt ihr mit der Faust gegen die Schläfe.

22.10. Cottbus (BB) Mehrere vermummte Personen schlagen und treten zwei Jugendliche und beschimpfen sie als »Zecken«.

22.10. Berlin-Marzahn (BE) Im Eingangsbereich eines Hotels, in dem auch geflüchtete Menschen wohnen, wird Buttersäure ausgekippt. Tage zuvor explodierte dort ein Sprengsatz.

22.10. Ludwigshafen (RP) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft.

23.10. Cottbus (BB) Unbekannte bedrängen einen aus Syrien geflüchteten Mann, stehlen seine Einkäufe und schlagen zu.

23.10. Cottbus (BB) Eine unbekannte Person greift nach einer rassistischen Demonstration eine Kenianerin mit einem Elektroschocker an.

23.10. Cottbus (BB) Sechs Rechte pöbeln in einem Bus vier Männer aus Eritrea an und beleidigen sie rassistisch. Als diese aussteigen, werden sie von einer Gruppe von rund 20 weiteren Rechten angegriffen und mit Flaschen beworfen.

23.10. Zarrentin (MV) Unbekannte schlagen in drei Wohnungen, in denen Flüchtlinge leben, mehrere Fenster ein.

23.10. Würzburg (BY) Ein 30-jähriger Mann schlägt in der Innenstadt einem 16-Jährigen mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Der eintreffenden Polizei zeigt er den Hitlergruß.

24.10. Cottbus (BB) Sieben Rechte beleidigen eine Gruppe Studierende auf dem Campus der Universität und greifen sie körperlich an.

24.10. Berlin-Köpenick (BE) Zwei Männer beleidigen einen 29-Jährigen am S-Bahnhof Köpenick rassistisch. Sie schlagen ihn von hinten nieder, treten auf ihn ein und bewerfen ihn mit Flaschen.

25.10. Freiberg (SN) Vierhundert Rechtsgesinnte versuchen mit einer Sitzblockade die Ankunft von Flüchtlingen in einer Unterkunft zu verhindern. Sie rufen »Ausländer raus« und »Wir sind das Volk«. Die Polizei räumt die Blockade mit 200 Beamten. Reisebusse der geflüchteten Menschen werden mit Gegenständen beworfen.

25.10. Sebnitz (SN) Vier vermummte Personen werfen Steine in die Fenster einer Wohnung, in der Flüchtlinge untergebracht sind. Sie treten die Scheibe der Haustür ein und dringen in das Haus ein. Sie fragen die Nachbarn: »Wo sind die Kanaken?« Die Flüchtlinge sind zum Zeitpunkt des Angriffs nicht zu Hause.

25.10. Bonn (NW) Teilnehmer einer extrem rechten Kundgebung in Köln greifen auf der Rückreise den Sprecher der Bonner Linksjugend an. Sie schlagen mit Stöcken und Flaschen auf ihn ein und treten zu.

25.10. Vreden (NW) Vier Unbekannte randalieren vor einer Unterkunft für Flüchtlinge und skandieren rassistische Parolen.

25.10. Blankenfelde-Mahlow (BB) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine im Bau befindliche Flüchtlingsunterkunft.

25.10. Berlin-Köpenick (BE) Ein Neonazi schlägt und tritt einen 25-Jährigen in der Straßenbahn, da er ihn für einen »Antifa« hält.

26.10. Freital (SN) Zwei Unbekannte greifen einen Iraker an einer Bushaltestelle an. Sie reißen den Mann zu Boden, schlagen und treten auf ihn ein.

26.10. Bremen (HB) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine Turnhalle, die als Unterkunft für Flüchtlinge genutzt werden soll.

27.10. Dresden (SN) Am Rande einer Demonstration gegen Flüchtlinge wird ein 18-jähriger Gegendemonstrant geschlagen und getreten.

27.10. Duisburg (NW) Rechte Hooligans greifen in der Innenstadt Linke an. Dabei wird eine Person verletzt.

27.10. Bernburg (ST) Unbekannte werfen einen Stein durch das Fenster einer Wohnung, in der eine Flüchtlingsfamilie wohnt.

28.10. Berlin-Marzahn (BE) Zwei Unbekannte beleidigen einen 18-Jährigen rassistisch und berauben ihn.

29.10. Frankenberg (SN) Eine Gruppe Männer ruft rassistische Parolen und wirft eine Glasflasche gegen das Fenster einer Asylunterkunft.

29.10. Hemhofen (BY) Ein 48-jähriger Mann taucht mit zwei Militärsäbeln bewaffnet vor einer Flüchtlingsunterkunft auf. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes kann den Mann entwaffnen.

30.10. Pirna (SN) Rund 25 Unbekannte greifen einen 21-jährigen Marokkaner und einen 25-jährigen Libyer mit Schlägen und Tritten an.

30.10. Dresden (SN) Vier Unbekannte schubsen und schlagen einen 26-jährigen Syrer in der Straßenbahn. Zuvor hatten sie ihn verbal provoziert.

30.10. Hannover (NI) Fünf Unbekannte rufen aus einem Auto heraus fremdenfeindliche Parolen in Richtung eines aus Syrien geflüchteten Mannes. Vier von ihnen steigen aus dem Auto aus und drücken den Mann gegen eine Wand. Einer der Täter schlägt ihm ins Gesicht.

30.10. Wismar (MV) Eine Personengruppe greift zwei aus Syrien geflüchtete Männer vor einer Notunterkunft an. Sie schlägt und tritt auf sie ein und verletzt sie mit einem Elektroschocker und einem Baseballschläger. Einer wird zudem mit einer Axt attackiert. Beide Betroffenen müssen im Krankenhaus behandelt werden.

30.10. Berlin-Charlottenburg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen Journalisten des *Tagesspiegels* als »linke Drecksau« und schlägt ihn nieder.

31.10. Dippoldiswalde (SN) Unbekannte setzen mehrere Wohncontainer, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen, in Brand. Die Polizei ermittelt wegen einer extremistisch motivierten Straftat.

31.10. Dresden (SN) Mehrere Unbekannte greifen einen 20-Jährigen aus Eritrea an. Zwei der Täter halten den Mann fest, ein dritter schlägt zu.

Die rechte Hassbewegung und ihre Facebook-Armee

Hallo, liebe Patrioten (…) Wir haben es geschafft! Wir haben gezeigt, dass sich Widerstand lohnt!« Ende Juni 2016 mobilisieren Neonazis mit dieser Botschaft zur »Ein-Jahr-Feier« ins sächsische Freital. Der Ort mit seinen rund 40 000 Einwohnern hatte ein Jahr zuvor als »Sachsens Keimzelle für Fremdenhass« (*Tagesspiegel*) für fragwürdige Furore gesorgt. Eine Koalition aus Anwohnern und organisierten Rechtsextremen wollte durch massive Proteste verhindern, dass Flüchtlinge im ehemaligen Leonardo Hotel in der Stadt untergebracht werden. Als Stadt voller Wut, mit einer »Lust auf Lynchen«, beschrieben Reporter die Stimmung im Sommer 2015.

In unmittelbarer Nähe zur Landeshauptstadt Dresden wurde der nationale Aufstand geprobt, SPD-Chef Sigmar Gabriel fand für dessen Anhänger kein besseres Wort als »Pack«. Gegenüber dem Fernsehsender N24 führte Gabriel aus: »Im Grunde hat jeder Flüchtling, der hierherkommt, mehr mit diesem Land zu tun als diese Leute, die das Land missbrauchen, Menschen aufhetzen, zu Gewalt und Mord und Totschlag auffordern.« Freital reihte sich ein in die lange Liste von Gemeinden und Städten – darunter viele aus Sachsen –, in denen ebenfalls über Monate hinweg rassistischer Widerstand gegen Flüchtlinge organisiert wurde, teilweise schlug dieser sogar in offene Gewalt um.

»Stellungskrieg vorm Flüchtlingsheim« schrieb das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* im Juni 2015, als Hunderte tagelang die Straße vor dem Hotel belagerten und das Land in Atem hielten. Mittendrin im rassistischen »Happening«: Pegida-Leitfigur Lutz Bachmann aus Dresden. Bachmann habe ein Interesse daran, die Stimmung am Kochen zu halten, urteilte der *Spiegel*, »wenn Pegida im Dresdner Zentrum lahmt, dann kommt der Stellvertreterkrieg in der Nachbarstadt gerade recht«.

Im Internet eskalierten die Beiträge der Facebook-Gruppe »Freital wehrt sich«, als ein Mitglied zum Beispiel empfahl, die Flüchtlinge zusammen mit dem Gebäude zu verbrennen. Darauf wandte ein anderer User ein: »Die kannst du nur erschlagen.« Von den Gewaltexzessen auf der Straße distanzierten sich Bachmann und Pegida öffentlichkeitswirksam.

Drohungen und Aggression blieben erfolglos, bis Mai 2016 diente das Hotel im Freitaler Ortsteil Döhlen als Zuflucht für 330 Menschen aus vielen Ländern. Danach wurde es geräumt und die Flüchtlinge auf andere Orte verteilt.

Diese Entscheidung nimmt die rechte Szene zum Anlass, den Jahrestag ihres Protestes mit einem erneuten »Spaziergang« durch die Stadt zu feiern. »Festung Europa – macht die Grenzen dicht!«, skandieren im Juni Freitaler mit Unterstützung von regionalen und zugereisten Neonazis. Die Anhänger feiern sich als nationale Märtyrer, die »nichts vergessen«, so einer der Redner. »All das wird Auge um Auge, Zahn um Zahn am Tag X zurückgezahlt«, droht der Schweizer Rechtsextremist Ignaz Bearth, ein beliebter Reisekader. Applaus erntet er für seine Ankündigung: »Angela Merkel wird vor Gericht stehen, wenn Europa sich wandelt.«

Trotz markiger Sprüche schließen sich 2016 weniger Einheimische als erwartet an. Der Massenprotest in Freital ist verebbt. Einiges ist in der Zwischenzeit geschehen. Eine mutmaßlich terroristische Neonazi-Truppe flog Ende 2015 auf. Den acht Beschuldigten der sogenannten Gruppe Freital wird unter anderem vorgeworfen, an einem Sprengmittel- und Buttersäureanschlag auf ein alternatives Wohnprojekt in

Dresden und ein Asylbewerberheim in Freital beteiligt gewesen zu sein. Im April 2016 übernahm die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe die Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Große Mobilisierungskampagnen hatten das Geschehen in Freital, Heidenau oder auch Schneeberg erst ermöglicht, denn das Massenengagement gegen Flüchtlinge in zahlreichen deutschen Städten wurde von systematischen Vorbereitungen im Internet begleitet.

Die neue nationalistische Bewegung findet ihre Basis im Netz. Hier wird zum Hass aufgestachelt, hier werden Anhänger mobilisiert und Aktionen organisiert. Ein perfekt abgestimmtes Zusammenspiel trägt die Wut dann auf die Straße. Anti-Islam-Portale wie »PI-News« *(Politically Incorrect)* oder soziale Netzwerke wie Facebook sind nicht direkt für Gewalttaten verantwortlich, begünstigen sie aber.

Den rassistischen Ausschreitungen der neunziger Jahre fielen wie in Mölln, Lübeck oder Solingen viele Menschen zum Opfer. Gewalttaten und Brandstiftungen fanden, anders als heute, erst statt, als die Zielgruppen des Hasses anwesend waren. Seit 2014 werden aber auch Gebäude angezündet, in denen Flüchtlinge erst untergebracht werden sollen. Der Mob setzt sozusagen auf »präventive Gewalt«.

Anders als zum Beispiel bei den tagelangen Krawallen in Rostock-Lichtenhagen bemühen sich heute wütende Bürger oft gar nicht erst auf die Straße. Sie beschränken sich darauf, bequem von zu Hause per WhatsApp oder Facebook mitzumachen. Organisiert sind diese User zumeist in speziellen Gruppen innerhalb der sozialen Netzwerke. Tag für Tag eskaliert die Stimmung. Schlagworte werden zu Brandsätzen. Eine klare Unterscheidung zwischen Neonazis und »besorgten Bürgern« ist unter anderem in den virtuellen Anti-Asyl-Gruppen kaum noch möglich. Die gesellschaftliche Isolierung von Rechtsextremisten hebt sich auf. Unmerklich können sich Strategen von Neonazi-Parteien als Meinungsmacher und Wortführer an die Spitze des Protestes setzen. Oft geben sich diese geschulten Protagonisten moderater als die, die vorher den Kontakt zu ihnen noch scheuten. Statt mit offensichtlichen Parolen agieren Neonazis als virtuelle Kümmerer, denen vorgeblich das Bürgeranliegen am Herz liegt.

Diese versteckte Form der Propaganda kostet nichts und ist schnell in Umlauf gebracht.

Schneeberg, Anfang November 2013: Fast 2000 Menschen versammeln sich, um am »2. Lichtellauf« unter dem Motto »Schneeberg wehrt sich gegen Asylmissbrauch« teilzunehmen. Angelehnt an die erzgebirgische Tradition des »Lichtelfestes« im Winter, wurde der Fackelmarsch von Rechtsextremen ins Leben gerufen. Anders als das Fest zum Advent, das jährlich Tausende Besucher in die Bergstadt lockt, hatte diese Veranstaltung nichts Heimeliges oder Märchenhaftes. Die aufgebrachte Masse zog mit ihren Fackeln so nah wie möglich heran an die ehemalige Jägerkaserne, die als Erstaufnahmeeinrichtung diente. »Die NPD zog unverkennbar die Strippen oder wirkte im Hintergrund bei den ersten großen Demonstrationen gegen Asyl in Sachsen«, betont Kerstin Köditz, Landtagsabgeordnete der Linken in Sachsen und Expertin zum Thema Rechtsextremismus.

Tatsächlich hatte der NPD-Vorsitzende des Landkreises Erzgebirge Stefan Hartung die Organisation in den Händen. Bei Facebook gab Hartung früh den besorgten Lokalpolitiker an der Spitze einer Internetgruppe, die sich 24 Stunden am Tag über ein einziges Thema austauschte. Gegenstimmen gab es kaum und wenn, wurden User schnell gelöscht oder gingen von selbst. Man wollte keine »Kanacken« und »Zigeuner« in der Region, so schien das Credo zu lauten. Dabei lag der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung in Sachsen zu diesem Zeitpunkt bei nicht einmal 3 Prozent, in Schneeberg waren es nur 0,7 Prozent.

Die Internet-Nutzer gegen Asyl schimpften auf den Schneeberger CDU-Bürgermeister und den »elenden Dreckspfaffen«, weil sie sich für Flüchtlinge einsetzten. Für viele Demonstranten der »Lichtelläufe« war Hartung schließlich »der Stefan«, den sie in der Facebook-Gruppe kennengelernt hatten und dem sie folgten. »Das ist einer von uns«, berichtete eine ältere Frau vor Ort. »Ich weiß genau, was ich tue«, verteidigte sich eine Jüngere, die beim »Lichtellauf« mitging, »ich bin Streetworkerin hier in Schneeberg.«

Die Organisatoren gingen nach einem bundesweit angewandten Muster vor. So traten die Redner der Schneeberger Demonstration nur mit Vornamen angesprochen auf. Nachnamen, wie die von NPD-Landtagsabgeordneten, spielten hier keine Rolle. Routinierte Ordnungskräfte, erst auf den zweiten Blick als Neonazis oder rechte Türsteher aus Chemnitz erkennbar, sorgten für einen reibungslosen Ablauf. Überall positionierten sich NPD-Strategen, in den geeigneten Momenten riefen sie die richtigen Parolen wie »Lügenpresse« oder »Wir sind das Volk«.

Nie war die NPD ihrer über Jahre hinweg praktizierten Strategie der Akzeptanzgewinnung so nahe wie bei den Protesten in Schneeberg und anderswo. Nie fielen die Hemmschwellen vieler Bürger so schnell gegenüber Neonazis wie seit Ende 2013 in Sachsen.

Der »Lichtellauf« von Schneeberg gilt als erster größerer Erfolg einer gezielt angelegten Kampagne der NPD: Bereits im Herbst 2012 war die rechtsextreme Partei mit einer »Anti-Islam-Tour« durch Sachsen gezogen. Im Sommer 2013 organisierte die NPD dann in mehreren Bundesländern »Asyltouren«: Kundgebungen vor Unterkünften, die sich explizit an deren Anwohner richteten. In einem NPD-Video tauchte im selben Jahr bereits das Logo »Asylantenheim? Nein Danke« auf, das später zahlreiche Facebook-Seiten von »Bürgerinitiativen« schmücken sollte. Der Hass im Netz und auf der Straße verstärkte sich gegenseitig, verschmolz zu einem dynamischen Prozess.

Nach Schneeberg intensivierten die Rechtsextremen das Vorgehen gegen geflüchtete Menschen massiv. Die sächsische NPD veranstaltete im März 2014 eine Aktionswoche unter dem Motto »Heimat schützen – Asylmissbrauch bekämpfen«. Dafür hatte sie in rund einem Dutzend sächsischen Städten und Gemeinden an zentralen Plätzen und vor Wohnheimen von Geflüchteten Kundgebungen angemeldet.

Im sächsischen Heidenau setzten Rechtsextreme ebenfalls auf eine Tarnorganisation, die Facebook-Gruppe »Heidenau hört zu!«. Im Anschluss an eine Demonstration gegen geflüchtete Menschen, die in Heidenau untergebracht werden sollten, eskalierte im August 2015 die Situation: Rechtsextreme lieferten sich eine Straßenschlacht mit der Polizei. Augenzeugen berichteten von einem Ereignis mit »Volksfestcharakter«.

Vorgeblich unabhängige Bürgerinitiativen haben sich zum neuen Erfolgsmodell entwickelt, um über das Feindbild Flüchtlinge eine Art rechte Zivilgesellschaft aufzubauen. Rechtsextreme finden so Anschluss ans bürgerliche Lager.

Zu diesem Schluss kam auch die Untersuchung »Sachsen rechts unten 2016«. Damit gehe eine Radikalisierung einher, heißt es in der Studie des sächsischen Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Kulturbüros Sachsen. Um diesen gefährlichen Anschluss herzustellen, zogen Rechte von der Ostsee bis zum Bodensee über 100 Facebook-Seiten auf, die sich inhaltlich und von der Aufmachung stark ähneln: »Parchim sagt Nein zum Asylheim!«, »Nein zum Heim – Marzahn-Hellersdorf!«, »Schneeberg wehrt sich!«, »Nein zum Heim – Erzgebirge«. Wichtig für eine solche Gruppe ist stets der lokale Bezug. Hinter dieser Art der Mobilisierung rassistischen Protestes steckt System, besonders viele solcher Initiativen agieren dort, wo sich rechtsextreme Strukturen verankern konnten.

Facebook ist dabei zu einer Hauptzentrale des Hasses mutiert – und die Hetze bleibt längst nicht mehr

beschränkt auf organisierte Rechtsextreme. Dies dokumentieren auch die Mitgliedszahlen von rassistischen Facebook-Gruppen. Im Februar 2016 waren mehr als 75 000 Nutzer in Facebook-Gruppen mit Namen wie »Nein zum Heim in XY« organisiert; mehr als 130 000 in Gruppen, die nach dem Muster »XY wehrt sich« benannt wurden. Bemerkenswert ist, dass es sich hierbei ausschließlich um öffentlich zugängliche Facebook-Präsenzen handelt, die eine Art Propaganda der Szene darstellen. Hinzu kommen weitere geschlossene und auch geheime Gruppen, deren Umfang sich gar nicht abschätzen lässt. Dort im Hintergrund laufen die Fäden von Organisation und Mobilisierung zusammen.

»Ein so effektives Medium wie Facebook hatten die Rechten noch nie zur Verfügung«, betont Felix Korsch, Politikwissenschaftler aus Leipzig, das Bemerkenswerte sei »die extreme Reichweite der Pegida-Facebook-Seite«. Korschs Recherchen zufolge erhielten Beiträge auf dem Pegida-Profil zwischen Ende Dezember 2014 bis Ende Juni 2016 3 793 820 »Likes«, also Zustimmungen. Über 570 000 Kommentare wurden allein dort verfasst. Am häufigsten wurde der äußerst islamfeindliche Blog »PI-News« zitiert.

Spätestens 2016 wurde erkennbar, dass nicht die NPD von der Entwicklung profitierte, die sie mit ins Rollen gebracht hatte, sondern vor allem die AfD. Neonazi-Parteien und Freie Kameradschaftsnetzwerke verstanden es nicht, sich dauerhaft an die Spitze der Proteste zu stellen. Diese Position übernahmen Newcomer der jungen AfD, die zum Teil schon Erfahrungen aus anderen rechtspopulistischen Parteien und Gruppen mitbrachten. Erfolgreich machte sich die Partei unter Frauke Petry neonazistische Vorarbeit zu eigen – ohne sich mit Neonazis identifizieren zu müssen. Und das zahlt sich aus: Die AfD fährt zweistellige Wahlergebnisse in zahlreichen Bundesländern ein, ist im Herbst 2016 bereits in zehn Landesparlamenten vertreten.

Bereits im August 2014 zog die ein Jahr zuvor gegründete Partei mit 9,7 Prozent in den Sächsischen Landtag ein, während die NPD mit 4,9 Prozent nach zwei Legislaturperioden rausflog. Rund 13 000 NPD-Wähler waren bei dieser Wahl zur AfD gewechselt. Die AfD toppt auch die User-Zahl diverser rassistischer Facebook-Gruppen von rund 230 000. Die Partei allein kommt im Februar 2016 nur durch die Facebook-Präsenz ihres Bundesverbands auf 255 000 »Gefällt mir«-Angaben. So viel erreichen alle im Bundestag vertretenen Parteien zusammen nicht. Die NPD erhielt 160 000 »Likes« – Mitglieder hat sie gerade einmal 5200. Zum Vergleich: CDU und SPD haben jeweils noch fast eine halbe Million Mitglieder. Bei Facebook dagegen ist die am meisten »gemochte« Partei die AfD, gefolgt von der NPD. Das sind Zahlen, die das politische Klima in den sozialen Netzwerken gut widerspiegeln.

Die Mobilisierung via Internet bietet gleich mehrere Vorteile: Propaganda ist billig, eigene Nachrichtennetzwerke entstehen. Gerüchte werden ungeprüft zu Meldungen, die sich rasant verbreiten und in den Köpfen vieler Menschen hängen bleiben. Offengelegte Fälschungen und Fakes werden nur als Einzelfälle wahrgenommen. Der Wahrheitsgehalt scheint nebensächlich; geteilt wird, was das eigene Weltbild stützen kann. Gerne glaubt man sogar der »Lügenpresse«, wenn dort etwas berichtet wird, was ins eigene Konzept passt.

In sozialen Netzwerken sind Millionen Menschen unterwegs – und durch niedrigschwellige lokale Angebote lassen sich Bürger erreichen, die sonst beispielsweise ein Flugblatt der NPD eher ablehnen würden. »Facebook ist natürlich für uns ein Hauptgewinn«, erkannte bereits 2014 der langjährige sächsische Neonazi-Kader Maik Scheffler. Es gebe nun eine Schnittstelle zwischen Bürgern und Partei, sagte er gegenüber dem Deutschlandfunk.

Auf Meinungsportalen, in Chats und Foren testen rechte Strategen Themen, sie leisten die Vorarbeit

für das, was später auf der Straße und in den Parlamenten folgen soll. Der Hass im Netz offenbart nicht nur die Hilflosigkeit von politisch Verantwortlichen, Sicherheitskräften und Nachrichtendiensten, sondern wirft auch ein unschönes Bild auf eine scheinbar verrohende Gesellschaft.

In den sozialen Netzwerken konnten sich Parallelwelten bilden, die sich nur zum Teil in der realen Welt widerspiegeln. Politische Gegner und geflüchtete Menschen werden im Netz dämonisiert und entmenschlicht, hier läuft eine dynamische Radikalisierung in Echtzeit ab. Durch gegenseitiges »Liken« vernetzen sich Facebook-Gruppen, rechtsradikale Parteien und Seiten gegen Flüchtlingsunterkünfte untereinander. Besonders angesagte Redner, begabte Einpeitscher, werden herumgereicht. Eine Initiative »besorgter Bürger« ist oft nur um ein »Gefällt mir« von handfesten Gewaltaufrufen entfernt.

Statt mehr Meinungspluralität und Dialog flüchten viele Menschen in »Filterblasen«, in denen sie sich nur noch mit Gleichgesinnten umgeben, wo alle nur eine Meinung vertreten, wo kein Widerspruch geduldet wird. Das Entstehen solcher Parallelwelten im Netz – mit einer eigenen Sprache, eigenen Werten und eigenen Codes – hat unabsehbare Folgen: beispielsweise, weil Begriffe wie »Überfremdung«, »Umvolkung« oder eben »Lügenpresse« durch tausendfachen Gebrauch und ständige Wiederholung dort längst normal geworden sind – und weil viele Menschen gar nicht mehr verstehen, was daran problematisch sein sollte – und warum demokratische Politiker, Medien und engagierte Bürger diese Kampfbegriffe so deutlich zurückweisen. Begriffe, die vorher die Neonazi-Szene kennzeichneten, greifen also nicht mehr.

Das Internet ist nicht die Ursache für Ressentiments. Aber es macht sie sichtbarer und kann offenkundig eine Radikalisierung ohne Grenzen in Gang setzen. Die neuen Wutbürger behaupten, sie folgten keiner Ideologie, man sei lediglich besorgt über Veränderungen. Demokratie bedeutet ihrem Verständnis nach, immer den Willen der »normalen« Mehrheit (also den eigenen) durchzusetzen – Minderheitenrechte und Kompromisse stören da nur. Die neue nationalistische Bewegung will sich nicht mit der komplizierten Welt und einer ausdifferenzierten Gesellschaft beschäftigen, trotzig und lautstark erklärt man sich selbst zum Volk, um Konflikte, Gegensätze und Widersprüche einfach auszublenden.

»Wenn dieses Protestspektrum vom ›Volk‹ redet, geht es nicht um die gesamte Gesellschaft in Deutschland, sondern um eine möglichst exklusive Gemeinschaft«, erklärt der Leipziger Politologe Felix Korsch die Ideologie hinter der rassistischen Straßenbewegung. »Diese besondere deutsche Gemeinschaft soll homogen sein, nach außen abgeschottet und ›ausländerfrei‹.« Korsch zufolge beruft man sich auf Ideen und geistige Vorbilder der »Neuen Rechten«. Gleiche Grundrechte und eine liberale Gesellschaft finden Ablehnung. Mit der Markierung von Politikern, Journalisten oder Pegida-Kritikern als »Volksverräter« werden diese als gegen das gesamte deutsche Volk arbeitend gebrandmarkt, so Korsch. Rechtsextremismus-Forscher Johannes Kiess ordnete Pegida gegenüber dem Deutschlandfunk als »eindeutig rassistisch und antidemokratisch« ein. Wobei vor allem Parlament und Parteien abgelehnt werden. Auch bedienten sich deren Protagonisten »völkischen Vokabulars«, so Kiess.

Rechte Strategen versuchen das Internet auch zur Finanzierung neuer Ideen und Projekte zu nutzen. Der Verein »Ein Prozent für unser Land« hat seinen Sitz offiziell im sächsischen Oybin nahe der Grenze zu Tschechien und Polen. Er agiert als rechte Nichtregierungsorganisation (NGO) und will durch Sammelspenden im Internet *(Crowdfounding)* eigene politische Projekte finanzieren und Gruppen vernetzen. Mit der Unterstützung durch nur 1 Prozent der Bevölkerung sollen »Flüchtlingsinvasion« und »aufgezwungene Willkommenskultur« gestoppt werden. Hinter diesem Projekt stehen Vordenker der Neuen Rechten wie Götz Kubitschek, nationalistische Publizisten wie Jürgen Elsässer, Anhänger der AfD, Mitglieder rechter Burschenschaften und vor allem die »Identitäre Bewegung« (IB).

Berlin, August 2016: Am späten Samstagnachmittag klettern etwa 15 junge Männer mithilfe von Leitern vor den Augen zahlreicher Berlin-Touristen auf das Dach des Brandenburger Tores. Sie hissen die gelb-schwarze Fahne der »Identitären Bewegung« und entrollen unterhalb der Quadriga ein Banner mit dem Spruch: »Sichere Grenzen – sichere Zukunft«. Das Bild dieser Aktion flimmert tags darauf über die Bildschirme. Doch vor allem geistert es durch die sozialen Netzwerke.

Mit der Besetzung eines Wahrzeichens der Deutschen erhalten die »Identitären« riesige Aufmerksamkeit. Diese Gruppe junger Nationalisten, »Patrioten«, wie sie sich nennen, repräsentiert die ganze Bandbreite virtuell inszenierter Proteste gegen Flüchtlinge. Aktionen der »Identitären Bewegung« werden mit eigenen Selfies, Videoclips bei Twitter und Facebook auf- und nachbereitet. Ihre Mitglieder rekrutiert die »Identitäre Bewegung« nur zum Teil aus dem klassischen Neonazi-Spektrum, hinzu kommen Burschenschaftskreise oder junge AfD-Sympathisanten. Ihren Ursprung hat die Gruppierung in Frankreich. Modern aufgepeppte Inszenierungen und Provokationen tarnen reaktionäre, völkische Gesellschaftskonzepte. »Identitäre« sprechen nicht von einem drohenden »Volkstod« wie die NPD, sondern von dem bevorstehenden »großen Austausch« des deutschen Volkes. Gemeint ist dasselbe: Migranten könnten die Deutschen ersetzen.

Ihre Fremdenfeindlichkeit verbergen sie hinter Monologen über Kulturidentität. Mit dem Begriff Ethnopluralismus verfolgen sie den Versuch, eine Umschreibung für eine völkisch-nationale Ideologie zu verbreiten, die nicht mit dem Nationalsozialismus verbunden wird und in der das Wort »Rasse« nicht vorkommt. Es bedeutet aber nichts anderes als das, was die Neonazis propagieren: Wir lieben das Fremde – in der Fremde.

Die Agitprop-Aktionen der »Identitären Bewegung« sind immer nach ähnlichem Muster choreografiert, ob nun die SPD-Zentrale besetzt wird, ein Protestcamp vor dem Schloss Bellevue in Berlin entsteht oder wenn Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung belästigt werden. Eine Kamera ist immer dabei. Nur wenige Personen tauchen auf, hissen Fahne und Banner und verschwinden eilig wieder. Über das Internet findet dann die PR statt. Dank sozialer Netzwerke und virtueller Nachrichtenmaschinerie erscheint die »Identitäre Bewegung« größer, als sie bisher ist. Realen Aktionen der sächsischen Ortsgruppen Dresden und Radebeul zum Beispiel schließen sich nur wenige junge Frauen und Männer an. Im Internet aber findet auch noch die kleinste Handlung Anklang.

Die »Identitären« zählen zur Generation der *Digital Natives*, zu jenen, die bereits mit der digitalen Welt aufgewachsen sind. Mit pathetischen Sätzen wie »Die Jugend ohne Migrationshintergrund – vergessen, aber nicht wehrlos« machen sie auf sich aufmerksam. Sie wollen frech sein und anders als andere Nationalisten. Doch so harmlos, wie sie erscheinen möchte, ist die »Identitäre Bewegung« mitnichten. Bei einer Demonstration in Wien kam es 2016 zu Gewaltausbrüchen der »Identitären Bewegung« Österreich. Seit 2016 wird diese Gruppe auch in Sachsen vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet, in Bremen und Berlin geschieht dies bereits seit zwei Jahren.

Mitarbeit: Patrick Gensing

Chronik November 2015

01.11. Freital (SN) Unbekannte verüben einen Sprengstoffanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. An drei Scheiben werden nicht zugelassene Böller angebracht. Die Wucht der Explosion drückt die Fensterrahmen heraus. Ein 26-jähriger Mann, der in einem der Räume schläft, wird im Gesicht verletzt. Die Tat wird der Neonazi-Gruppe »Freitaler Bürgerwehr« (auch »Bürgerwehr FTL/360«) zugeordnet. Die Gruppe steht unter dem Verdacht, eine terroristische Vereinigung zu sein. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen insgesamt fünf Männer und eine Frau im Alter von 18 bis 40 Jahren. Ihnen werden Angriffe auf Asylunterkünfte und Flüchtlingsunterstützer vorgeworfen. Bei Hausdurchsuchungen fand die Polizei Sprengmittel und Nazi-Devotionalien.

01.11. Döbeln (SN) Unbekannte schießen mit einer Waffe, vermutlich einem Luftdruckgewehr, auf die Fenster einer Asylbewerberunterkunft.

01.11. Meerane (SN) Etwa 100 Menschen, darunter auch Neonazis, versuchen die Ankunft von Flüchtlingen in der für sie vorbereiteten Unterkunft zu verhindern. Sie blocken die Busse der Anreisenden. Aus der Gruppe heraus werden Polizisten mit Böllern beworfen und angegriffen.

01.11. Magdeburg (ST) 20 bis 30 Personen greifen mit Baseballschlägern bewaffnet drei syrische Flüchtlinge an. Eine zivile Polizeistreife greift ein und kann lediglich einen 24-jährigen polizeibekannten Mann festnehmen.

02.11. Suhl (TH) Ein Mann dringt in die Wohnung seines Nachbarn ein, der aus Syrien geflüchtet ist, und greift diesen an. Die Polizei ermittelt wegen versuchter Körperverletzung und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

02.11. Spremberg (BB) Unbekannte legen in einer leer stehenden Schule, die als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll, Feuer.

02.11. Kiel (SH) Sechs Männer greifen vor dem Hauptbahnhof einen Flüchtling an. Das Opfer wird unter anderem mit einer Glasflasche attackiert und erleidet Gesichtsverletzungen.

02.11. Berlin-Treptow (BE) Nach einer NPD-Demonstration am S-Bahnhof Springpfuhl greifen 20 Neonazis Gegendemonstranten an.

02.11. Berlin-Lichtenberg (BE) Ein 44-Jähriger wird vor dem Jobcenter aus einem Auto heraus rassistisch beleidigt, bedroht und mit Reizgas besprüht.

02.11. Berlin-Marzahn (BE) Nach einer Demonstration des Berliner Pegida-Ablegers »Bärgida« bedrohen und jagen 15 Neonazis Gegendemonstranten.

02.11. Berlin-Treptow (BE) Am Rande einer NPD-Demonstration wird ein Kamerateam der *Welt* von zwei Teilnehmern angegriffen.

03.11. Chemnitz (SN) Ein Unbekannter greift eine Frau an, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagiert. Er wirft einen faustgroßen Stein durch die Scheibe ihres Autos. Die Frau bleibt unverletzt. Zuvor hatte sie anonym Drohungen bekommen.

03.11. Prenzlau (BB) Mehrere Rechte werfen Bierflaschen auf einen Flüchtling aus Eritrea, der auf dem Fahrrad unterwegs ist. Der Mann fällt vom Rad. Die Täter bewerfen den am Boden Liegenden mit seinem Fahrrad, treten auf ihn ein und beschimpfen ihn rassistisch.

04.11. Oberhausen (NW) Zwei unbekannte Jugendliche beschimpfen im Park ein Geschwisterpaar (13 und 15 Jahre alt) rassistisch und treten es.

04.11. Berlin-Hohenschönhausen (BE) Drei unbekannte Männer beleidigen einen 23-jährigen Flüchtling rassistisch und greifen ihn an.

04.11. Cottbus (BB) Zehn Rechtsextreme zerschneiden auf dem Marktplatz ein Transparent mit der Aufschrift »Herz statt Hetze«. Ein vermummter Rechter schlägt einem Mann, der die Täter darauf anspricht, ins Gesicht.

04.11. Wrist (SH) Der Mitarbeiter einer Regionalbahn wirft zwei Flüchtlinge aus einem Zug, weil sie keine Fahrkarten vorweisen können. Laut einem Augenzeugen ist er dabei »sehr aggressiv« und argumentiert mit »deutschnationalen Phrasen«. Die beiden Flüchtlinge berichten später, sie seien mit Gewalt aus dem Zug geworfen und dabei geschlagen worden. Der Zugbegleiter habe zudem das Handy eines der Männer unter den Zug geworfen.

05.11. Freital (SN) Unbekannte legen Feuer in einem Supermarkt, der als Unterkunft für Asylsuchende im Gespräch ist.

05.11. Rostock (MV) Drei Personen greifen am Hauptbahnhof einen Mann aus Ägypten an und verletzen ihn.

06.11. Schkeuditz (SN) Unbekannte legen Feuer im Dach eines Hauses, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

06.11. Gotha (TH) Am Rande einer rechten Demonstration greifen Neonazis Gegendemonstranten mit Reizgas an.

06.11. Frankfurt (Oder) (BB) An einer Straßenbahnhaltestelle beleidigen zwei unbekannte Täter drei Männer rassistisch und schlagen einem von ihnen mit der Faust in den Bauch.

07.11. Landsberg (ST) Unbekannte werfen drei Molotowcocktails auf ein Gebäude, das als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll.

07.11. Kruckow (MV) Unbekannte werfen Flaschen auf ein Wohnhaus, das von Flüchtlingen bewohnt wird.

07.11. Oberndorf (BY) Unbekannte werfen einen Stein durch die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft.

07.11. Berlin-Mitte (BE) AfD-Anhänger greifen auf dem Weg zu einer Demonstration einen 18- und einen 38-jährigen Mann an.

08.11. Lobstädt (SN) Unbekannte legen in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft Feuer.

08.11. Beucha (SN) Unbekannte versuchen eine geplante Flüchtlingsunterkunft anzuzünden, das Feuer erlischt von selbst.

08.11. Berlin-Lichtenberg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen Flüchtling rassistisch und schlägt diesen.

09.11. Reudnitz (SN) Drei vermummte Männer werfen die Scheiben eines Mehrfamilienhauses ein und hinterlassen den Namen eines der Bewohner mit dem Zusatz »du Zecke« auf der Hauswand. Der Mann hatte sich für ein weltoffenes Leipzig und gegen Neonazis engagiert.

09.11. Borna (SN) Eine Person aus Afghanistan wird in der Öffentlichkeit angegriffen und verletzt.

09.11. Vadrup (NW) Unbekannte legen Feuer an einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

09.11. Strausberg (BB) Unbekannte schmeißen die Scheibe eines alternativen Jugend- und Kulturzentrums ein, das bewohnt ist. Die Bewohner gehen von einer rechtsmotivierten Straftat aus.

09.11. Berlin-Köpenick (BE) Auf das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft wird mit einer Luftdruckwaffe

geschossen.

10.11. Chemnitz (SN) Ein unbekannter Mann bedroht vier syrische Flüchtlinge mit einem Messer, zeigt den Hitlergruß und verfolgt sie. Die Jugendlichen können fliehen.

10.11. Mönchengladbach (NW) Unbekannte drohen damit, eine Bombe im Volksverein Mönchengladbach zu zünden. Der Verein sammelt Sachspenden für Bedürftige. Die Täter fordern ein Ende der Unterstützung für Flüchtlinge.

11.11. Meißen (SN) Teilnehmer der extrem rechten Veranstaltung »Heimatschutz« greifen ein Kamerateam des ZDF an.

11.11. Aachen (NW) Rund acht Neonazis greifen eine Gruppe Antifaschisten an und verpassen ihnen Tritte.

11.11. Bad Belzig (BB) Eine 21-jährige schwangere Frau aus Somalia wird von einer Gruppe Kinder und Jugendlicher beschimpft und bedrängt. Sie stürzt zu Boden und wird am Boden liegend getreten und geschlagen.

11.11. Kassel (HE) Ein Unbekannter sägt die Leitung eines Gastanks an, der in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft steht.

12.11. Crimmitschau (SN) Drei Männer werfen Molotowcocktails gegen ein Haus, das von 39 Flüchtlingen, darunter Kinder, bewohnt wird. Verletzt wird niemand. Die Täter werden gefasst und zu Gefängnisstrafen verurteilt. An ihrer »ausländerfeindlichen Gesinnung« besteht nach Ansicht des Gerichts kein Zweifel. Sie standen nach Angaben der Ermittler der islamfeindlichen »Thügida« nahe und hatten allesamt extrem rechte Einstellungen.

12.11. Freiburg (BW) Ein Neonazi ohrfeigt zwei Linke und schlägt einem der beiden mit dem Kopf auf die Nase.

12.11. Berlin-Marzahn (BE) Eine Gruppe vermummter Neonazis greift aus rassistischen Motiven einen Mann mit einer Eisenstange an.

13.11. Schwedt (BB) Vier Unbekannte beleidigen zwei Flüchtlinge rassistisch. Sie schlagen einem von ihnen ins Gesicht und treten den anderen.

13.11. Berlin-Neukölln (BE) Zwei unbekannte Männer beleidigen einen 19-Jährigen rassistisch und schlagen ihn.

13.11. Berlin-Köpenick (BE) Neonazis dringen in das Haus der Jugendkulturen ein, bedrohen Menschen und treten einer Person ins Gesicht.

13.11. Berlin-Lichtenberg (BE) Ein 53-Jähriger beleidigt einen 40-jährigen Mann auf dem Parkplatz eines Supermarktes rassistisch und schlägt ihn.

14.11. Görlitz (SN) Am Rande einer rechten Demonstration wird eine Gegendemonstrantin mit Pyrotechnik angegriffen.

14.11. Solingen (NW) Fünf unbekannte Männer schlagen in einem Fußgängertunnel einen 35-jährigen Flüchtling zusammen und treten auf den am Boden Liegenden ein.

15.11. Heiligenstadt (TH) Nach einer rechten Demonstration greifen Teilnehmer Gegendemonstranten mit Reizgas an.

15.11. Trassenheide (MV) Unbekannte legen Feuer im Dachgeschoss eines Hauses, das als Unterkunft für Flüchtlinge dienen soll.

15.11. Stralsund (MV) Vier Personen attackieren einen Mann aus Syrien vor einer Diskothek.

16.11. Chemnitz (SN) Mehrere Rechte greifen am Rande einer Demonstration des Chemnitzer Pegida-Ablegers »Cegida« Gegendemonstranten an.

16.11. Pirna (SN) Unbekannte werfen Steine in eine bewohnte Asylunterkunft.

16.11. Ahrbergen (NI) Unbekannte legen in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft Feuer.

16.11. Halle (ST) Acht Rechte rufen in einer Straßenbahn »Antifa Hurensöhne«. Einer »alternativ« aussehenden Person, die aus der Bahn aussteigt, schlagen sie mehrmals auf den Hinterkopf.

16.11. Schwerin (MV) 15 bis 20 vermummte Rechte versuchen das alternative Kultur- und Wohnprojekt »Komplex« zu stürmen. Sie skandieren rechte Parolen, drohen mit Gewalt und Mord. Wenig später versuchen sie sich Zugang zu einem Haus zu verschaffen, in dem ein linker Aktivist wohnt.

17.11. Halle (ST) Ein Mann beschimpft einen 27-Jährigen mit dunkler Hautfarbe rassistisch. Wenig später wirft er eine Bierflasche nach ihm, seiner Frau und ihrem sechs Monate alten Kleinkind.

17.11. Rathenow (BB) Während eines rassistischen Trauermarsches des »Bürgerbündnisses Havelland« wird ein Journalist von Teilnehmern umringt. Seine Kameraausrüstung wird zerstört.

17.11. Berlin-Zehlendorf (BE) Zwei unbekannte Männer betreten das Gelände einer Flüchtlingsunterkunft, beleidigen einen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes rassistisch und schlagen ihn.

18.11. Weißenfels (ST) Eine sechsköpfige Gruppe sagt gegenüber einem 20-jährigen Somalier, dass er kein Recht habe, hier zu sein. Sie schlagen ihm ins Gesicht und treten ihn gegen das Bein.

19.11. Barnstorf (NI) Ein Unbekannter legt in einem Wohnhaus für asylsuchende Menschen Feuer. Es wird niemand verletzt.

20.11. Düsseldorf (NW) 50 bis 150 Neonazis und Hooligans greifen Besucher einer Kneipe an, die Punks sind oder »alternativ« aussehen.

20.11. Jüterbog (BB) Unbekannte verüben einen Sprengstoffanschlag auf eine Begegnungsstätte für Flüchtlinge.

21.11. Jahnsdorf (SN) Ein Flüchtling wird von einem Autofahrer mit einem Teleskopschlagstock angegriffen und leicht verletzt.

21.11. Johanngeorgenstadt (SN) Unbekannte werfen die Scheiben einer geplanten Flüchtlingsunterkunft ein und versuchen Feuer zu legen. Die Flammen erlöschen von selbst.

21.11. Erxleben (ST) Zwei Unbekannte beschimpfen einen 18-jährigen Syrer, sagen ihm: »Go back to your country« und schlagen ihn mehrfach.

21.11. Erfurt (TH) Vier bis fünf Fußballfans beleidigen eine Person in der Straßenbahn rassistisch. Die Täter schlagen nach dem Aussteigen auf ihr Opfer ein.

21.11. Wittenberge (BB) Unbekannte werfen Flaschen und Gegenstände gegen eine Flüchtlingsunterkunft.

21.11. Schwerin (MV) Zehn Personen beleidigen nach einer AfD-Demonstration vier syrische Flüchtlinge und schubsen sie. Als diese fliehen, werden sie mit Steinen und Flaschen beworfen.

21.11. Berlin-Charlottenburg (BE) Ein Unbekannter beleidigt einen 44-jährigen Mann im S-Bahnhof Savignyplatz rassistisch und schlägt ihn.

21.11. Berlin-Marzahn (BE) Unbekannte werfen Glasflaschen auf Teilnehmer einer antifaschistischen Demonstration.

23.11. Dresden (SN) Der Kameramann eines russischen Fernsehteams wird von Pegida-Teilnehmern geschlagen.

24.11. Dresden (SN) Ein Mann pöbelt im Bus andere Fahrgäste an und äußert rassistische Sprüche. Dem Busfahrer schlägt er eine Bierflasche auf den Kopf.

24.11. Suhl (TH) Ein Neonazi attackiert eine politische Gegnerin mit Schlägen und Tritten. Er bedroht die Frau und ihre Familie mit dem Tod.

25.11. Bergedorf (HH) Zwei Personen greifen nahe einer Flüchtlingseinrichtung einen Mann aus Syrien an. Mit einer abgebrochenen Flasche verletzen sie ihn an der Hand. Die Täter flüchten.

27.11. Halle (ST) Acht Personen beleidigen in der Straßenbahn einen 27-Jährigen rassistisch, sie schlagen auf ihn ein und stehlen sein Mobiltelefon.

27.11. Brandenburg an der Havel (BB) Unbekannte Täter verüben einen Brandanschlag auf eine ehemalige Schule, die zu einer Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden soll.

27.11. Wismar (MV) Zwei Personen rufen rechte Parolen und werfen Steine in die Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

27.11. Burgkirchen an der Alz (BY) Unbekannte legen Feuer in einem Gebäude, das zum Teil als Fahrradwerkstatt für Bedürftige und Flüchtlinge genutzt wird. Zwei Monate zuvor hatte die Halle schon einmal gebrannt, damals hinterließ der Täter rechte Parolen an den Innenwänden.

27.11. Berlin-Marzahn (BE) Zwei Männer greifen aus rassistischen Motiven eine Frau an. Ein Zeuge, der eingreift, wird von den Unbekannten beraubt und mit einem Messer verletzt.

28.11. Niederdorf (SN) Unbekannte Täter werfen einen Brandsatz auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Ein Feuer bricht nicht aus.

28.11. Alzenau (BY) Zwei Männer beleidigen auf dem Weihnachtsmarkt einen 19-jährigen Flüchtling als »Scheiß Asylanten«. Einer der beiden tritt ihm in den Bauch.

28.11. Berlin-Lichtenberg (BE) Eine 31-Jährige beleidigt eine 20-jährige Frau und einen 21-jährigen Mann rassistisch und schlägt beide.

29.11. Heiligenstadt (TH) Rund 20 Neonazis greifen auf einem Supermarkt-Parkplatz einen Jugendlichen an. Bewaffnet sind sie mit Holzlatten und Quarzhandschuhen. Der Betroffene meldet sich kurz darauf auf der Polizeiwache. Die Beamten sagen ihm, dass es aufgrund seines Erscheinungsbilds kein Wunder sei, dass er Opfer eines Angriffs wurde.

29.11. Pritzwalk (BB) Drei Angreifer treten und schlagen einen Mann in einem Zug. Zuvor hatten sie ihn rassistisch beleidigt und gerufen, dass er nichts in ihrem Land zu suchen hätte.

29.11. Cottbus (BB) Ein unbekannter Mann spricht zwei nigerianische Studierende vor der Stadthalle an. Er sprüht einem von beiden unvermittelt und aus kürzester Distanz Reizgas in die Augen.

30.11. Dresden (SN) Von einem Balkon werden Teilnehmer einer Demonstration, die sich gegen Pegida richtet, mit Steinen beworfen.

30.11. Berlin-Hellersdorf (BE) Nach einer NPD-Demonstration greifen drei Männer vier Gegendemonstranten an. Sie schlagen mit einer Fahnenstange zu und verletzten einen Jugendlichen am Kopf.

30.11. Berlin-Hellersdorf (BE) Ein 35-jähriger Mann greift einen 18- und einen 26-Jährigen an, die gegen eine NPD-Versammlung demonstrieren wollen.

Die Scharfmacher.
Pegida und die Hooligan-Szene

Fußballeuropameisterschaft 2016 in Frankreich. Vor dem Spiel England gegen Russland. Die Jagdbilder prügelnder russischer Hooligans erinnern an vergangene Jahrzehnte. Nackte, breitschultrige Männer gehen im Stadion und in der belebten Fußgängerzone von Marseille aufeinander los, greifen Polizisten an. Sie benutzen Stühle und Metallstangen. Flaschen fliegen, Kameras zeigen blutige Gesichter. Tränengas und Chaos ist zu sehen. Männer, die bereits am Boden liegen, bekommen noch mit voller Wucht Tritte ab. Die Bilder wecken Erinnerungen an den von deutschen Hooligans halb totgetretenen Polizisten Daniel Nivel bei der Weltmeisterschaft 1998 in Frankreich. Die Bilanz an diesem Tag: unzählige Verletzte, ein britischer Fan schwebt in Lebensgefahr.

Im Sommer 2016 scheinen europäische Hooligans unterwegs im Abenteuerurlaub zu sein. Sie sind gut vernetzt, ihr Aufeinandertreffen hat eine lange Tradition. Experten warnen längst vor einer Modernisierung und Professionalisierung. Die Szene wird immer brutaler, der Einfluss von Free Fight und Kampfsport allgemein wächst. Seit einigen Jahren erlebt Hooliganismus in Europa ein Revival. Nur einen Tag nach den Ausschreitungen in Marseille gehen rund 50 deutsche Hooligans in Lille auf Anhänger der ukrainischen Mannschaft los, die auf dem Place Charles de Gaulle sitzen und feiern. Die Angegriffenen flüchten in Seitengassen, wer nicht schnell genug ist, bekommt Schläge und Tritte zu spüren. »Hurra, hurra, die Deutschen, die sind da!«, »Die Nummer eins der Welt sind wir«, die Fangesänge, die durch die nordfranzösische Stadt Lille schallen, haben einen bedrohlichen Charakter, schreibt ein anwesender Reporter. Aggression, gepaart mit Nationalismus.

Ein Revival für randalierende Fußballfans. Nach einer Hochphase in den achtziger und frühen neunziger Jahren zogen sich die Rowdygruppen dank erhöhter Sicherheitsvorkehrungen in den Stadien mehr und mehr auf Hinterhöfe, Straßen oder entlegene Waldstücke zurück, um sich dort in der berüchtigten »dritten Halbzeit« untereinander zu prügeln. Ähnlich wie Neonazis und Rockergangs verschaffen sich Hooligans so rechtsfreie Räume, in denen sie unbehelligt von staatlichen Repressionen nach eigenen Gesetzen agieren können. Es gilt das Recht des Stärkeren, Verletzungen werden wie Trophäen behandelt.

Längst aber weiten sich die Kampfzonen gewaltbereiter Fußballfans aus. Als »Pegida-Miliz« *(Zeit Online)* werden rechtsmotivierte Fans im Umfeld von fremdenfeindlichen, antiislamischen Aufmärschen in deutschen Städten wahrgenommen. Wie bei den eigenen verabredeten Kämpfen treten Hooligans in typischer Kampfmontur auf. Sie bedrohen friedliche Gegendemonstranten und Polizisten. Mit ihren Angriffen und Einschüchterungsversuchen gegenüber Medienvertretern schränken sie die Pressefreiheit an vielen Orten ein. Inzwischen gelten sie als militanter Arm der islamfeindlichen und rassistischen Straßenbewegung. Hooligan-Gruppen gehen dabei sehr strategisch vor.

In den neunziger Jahren gründete sich zum Beispiel in Chemnitz die Truppe »HooNaRa«, der Name steht für »Hooligans – Nazis – Rassisten«. Sie wurde von dem damaligen Inhaber einer Security-Firma gegründet. Offiziell löste sich »HooNaRa« 2007 auf, aber ein Jahr später gab ein Mitglied an: »Eigentlich

gibt es HooNaRa nicht mehr, andererseits sind wir in einer halben Stunde da.« Das sächsische Innenministerium gab 2013 an, dass die Gruppe regelmäßig »bei rechtsextremistischen Veranstaltungen« im Raum Chemnitz auftrete. Ihre Größe wurde dabei auf 20 bis 30 Personen geschätzt. 2015 gab auch die berüchtigte rechte »Standarte Bremen« nach 25 Jahren ihre Auflösung bekannt.

Fachleute sehen darin eine Strategie, denn Hooligans sind verstärkt ins Visier der Behörden geraten. Das Internetportal »Faszination Fankurve« spricht 2015 nicht nur von einer bundesweiten »Auflösungswelle«, sondern hat auch eine Erklärung dafür. Anlass sei die Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, das Verbot der Hooligan-Gruppe »Elbflorenz« von Dynamo Dresden zu bestätigen. Demnach können Hooligan-Gruppen als kriminelle Vereinigung eingestuft werden. Die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ist eine Straftat. Wenig verwunderlich also, wenn Fangruppen wie die »Standarte Bremen« zwar offiziell nicht mehr existent sein möchten, Mitglieder aber immer wieder bei Aktionen in der Hansestadt an der Weser auffallen.

Bereits seit den achtziger Jahren benutzen Hooligans die Vereinszugehörigkeit als Mittel zum Zweck der Gewaltanwendung. Die meisten von ihnen gelten als rechtsoffen bis rechtsextrem. Ihre Gruppen propagieren den Schutz des »Vaterlandes«, Rückbesinnung auf »alte Werte« oder konventionelle Rollenverteilung der Geschlechter.

Der größte Teil der organisierten Fans jedoch zählt zur Ultra-Bewegung, die sich vor allem um Stimmung in den Stadien bemüht. Die Vereinstreue geht bei Ultras und Hooligans über das normale Mitfiebern hinaus. Die meisten Ultras identifizieren sich mit ihrem Verein so weit, dass er ihr Leben stark beeinflusst. Sie finden Anerkennung über die Masse Gleichgesinnter, stehen den Hooligans aber vielerorts feindlich gegenüber. *Fanforscher* Martin Winands von der Uni Bielefeld betonte gegenüber der Zeitung *Die Welt*: »Unter den Ultra-Gruppen gibt es breiten Gegenwind gegen die rechten Hooligans. Nichtsdestotrotz ist die Gefahr vorhanden, dass es zu Verflechtungen kommt.«

Hooligans tragen ihre Ideologie, oft rassistisch geprägt, offen zur Schau. Berüchtigte Gruppen wie die Dortmunder »Borussenfront«, »Faust des Ostens« aus dem Umfeld von Dynamo Dresden oder eben »Standarte Bremen« agieren seit Jahren eng vernetzt mit Neonazis. Geheime Videoclips zeigen Kämpfe, bei denen zum Beispiel rechtsextreme Anhänger von Werder Bremen gut sichtbar rote Hakenkreuze auf ihren schwarzen Shirts tragen. In der eigenen Wahrnehmung verorten sie sich als Beschützer einer homogenen »Volksgemeinschaft«. Die Sucht nach Kampf, gepaart mit politischer Ideologie, entlädt sich nicht mehr nur untereinander.

Hooligans stehen mit einem Bein in der Illegalität. Viele Gruppen haben einen hohen Organisationsgrad, verstehen es, konspirativ, an den Behörden vorbei, zu agieren. Fußballrowdys gelten als äußerst risikobereit. Der Adrenalinspiegel steigt, wenn es um Prügelattacken geht. Zu den selbst ernannten Regeln sogenannter »Auswärtsfahrer«, also Hooligans, die zu Fußballspielen reisen, zählen u. a. »Auswärts ist man asozial«, »Dein Verein regiert immer und überall«. Viele Anhänger führen ein Doppelleben, immer auf der Suche nach dem Kick, dem Reiz des Verbotenen und dem Ausleben von Gewalt. Hooliganismus ist wie eine Sucht. Im Alltag sind dessen Anhänger Geschäftsleute, Beamte, Wachmänner oder Studenten.

Im Vorfeld der Fußballeuropameisterschaft 2016 erhielten bundesweit fast 600 »Gewalttäter Sport« Besuch von der Polizei. 584 sogenannte Gefährderansprachen habe es gegeben, sagte ein Sprecher der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze der Polizei. Mit dieser Methode sollte diese Zielgruppe von

einer Reise nach Frankreich abgehalten werden. Rund 13 000 Namen befanden sich 2015 in der Datei »Gewalttäter und Sport«, davon allein 5000 aus Nordrhein-Westfalen. Die Speicherung der Daten ist jedoch umstritten, weil immer wieder auch friedliche Fans erfasst werden.

Am 12. Juni 2016 stellen sich knapp 30 ostdeutsche Hooligans, u. a. aus Dresden, Chemnitz und Bautzen, im französischen Lille für ein Gruppenfoto mit einer riesigen Reichskriegsfahne auf. »Für den Titel kommen wir auf Ketten« kommentiert ein rechter Hooligan daraufhin auf Facebook, ein anderer zeigt sein Shirt mit einem Panzer und dem Schriftzug »EM Frankreich Überfall 2016«. Beide Postings spielen auf den überfallartig geplanten Westfeldzug der deutschen Wehrmacht auf Frankreich 1940 an. Die selbst ernannten Fußballkrieger gelten als größenwahnsinnig und explosiv, einige sehen ihre Randale bei der Europameisterschaft demnach im historischen Kontext. Auf der Facebook-Seite von »Ultras & Hooligans Deutschland« tauschen sie sich untereinander über angebliche Schikanen von Polizeikräften, Einreiseverbote und Erfahrungen bei Grenzübertritten aus. Immer wieder dringen dabei fremdenfeindliche Tendenzen durch, zum Beispiel, wenn sich einer beschwert: »Jetzt funktionieren diese Grenzkontrollen hervorragend. Aber das hier tausende Menschen illegal ins Land kommen, kümmert keinen!«

»Facebook-Seiten, die an Hooligankultur angelehnt sind, erreichen Hunderttausende vor allem jugendliche User«, warnt Fabian Jellonnek, Bereichsleiter politischer Extremismus bei jugendschutz.net vor der Bedeutung von Portalen wie »Fight & Hate« oder »Ultras & Hooligans Deutschland«. Viele Interessierte gehen der Behauptung auf den Leim, diese Profile seien völlig unpolitisch. Tatsächlich verbreiten sie mitunter Werbung der rechtsextremen NPD oder mobilisieren zu Demonstrationen der »Hooligans gegen Salafisten«. Auch Hetze gegen Flüchtlinge, Muslime oder Homosexuelle ist in vielen Beiträgen dieser Seiten zu finden.«

In Frankreich machten sich Hooligans die Angst vor Anschlägen zunutze. Die Sicherheitskräfte konzentrierten sich vor allem auf mögliche Angriffe islamistischer Terrorgruppen und sicherten an den Spielorten primär Bahnhöfe, Flughäfen und öffentliche Plätze wie die Fan-Zonen ab. Den Fußballrandalierern boten sich weit weniger gesicherte zentrale Orte als Kampfschauplätze an. Frankreich sollte anscheinend eine Art »Abschiedsvorstellung« werden. Wenn die Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland stattfindet, ist dort an Randale kaum zu denken. Scharfe Gesetze und ein rigides Durchgreifen der Sicherheitskräfte schrecken die Fußballkrieger. Daher konzentrierten sich die Anhänger von Prügelorgien voll auf das europäische Nachbarland.

Fanforscher Robert Claus arbeitet seit 2013 in der »Kompetenzgruppe Fankulturen und sportbezogene Soziale Arbeit an der Universität Hannover. Befragt zu den schweren Krawallen in Marseille, sagte Claus gegenüber Medien, dass es bei kommenden internationalen Meisterschaften solche »barbarische Szenen« in der Massivität wohl nicht mehr geben werde. Claus betonte aber, dass die Einzelkämpfe von gewaltbereiten Fans verschiedener Vereine weitergehen würden. Inzwischen aber beschränken sich rechte Fußballschläger nicht mehr nur auf die eigene Klientel, das Angriffsmotto »Sport frei« betrifft zunehmend auch politische Gegner. Offiziell gilt allerdings die Parole: »Politik ist Politik und Fußball ist Fußball«. Die Mehrheit der Fußballrowdys versteht sich nicht als Politakteure.

Doch das gefährliche Wechselspiel zwischen Neonazis und rechten Hooligans lässt sich nicht verbergen. Rassistische, beleidigende Parolen sowie ultranationale Tendenzen fallen in bundesdeutschen Stadien immer wieder unangenehm auf. Farbige Spieler werden mit Affenlauten beleidigt. Rassismus rund ums Stadion sei eine »brennendere Gefahr« als Bengalo-Fackeln, erkannte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bereits 2013. Der Weltfußballverband (Fifa) hatte das Problem vernachlässigt. Auch der Deutsche

Fußball-Bund (DFB) tat sich schwer mit Prävention gegen rechts. In den Stadien von Hannover 96 und Sankt Pauli ließen die verantwortlichen Funktionäre 2014 antirassistische Transparente neutralisieren, also verhängen. In Sachsen-Anhalt trennte sich der Landessportbund erst nach massiven öffentlichen Protesten und einer erschreckenden TV-Reportage des MDR vom FC Ostelbien Dornburg. Der Neonazi-Club sorgte in der Kreisliga bis Ende 2015 für Furcht und Schrecken. Rechtsextreme Kicker und deren gleichgesinnte Fans hatten Schiedsrichter und Gegenspieler immer wieder brutal angegriffen. Es hagelte Tritte und Schläge auf dem Spielfeld. Ein Großteil der regionalen Schiedsrichter weigerte sich schließlich zu pfeifen. »Judenschweine« oder »Du brauchst dich nicht wundern, wenn wir dich irgendwann mal anstecken« lauteten nur zwei der Drohungen. Dann endlich handelte der Verband.

»Es geht gar nicht so sehr um Gewalt, sondern darum, eine dauerhafte Drohkulisse aufzubauen«, sagt David Begrich von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins Miteinander e.V. Erst nach dem Schiedsrichterstreik und nachdem der Fall durch die Medien ging, sei der Druck auf die Fußballverbände größer geworden, so Begrich. Das Oberlandesgericht Hamm verurteilte Anfang 2016 zwei Borussia-Dortmund-Fans zu hohen Geldstrafen, weil sie das sogenannte »U-Bahn«-Lied sangen. Die Liedzeile »Eine U-Bahn, eine U-Bahn, eine U-Bahn bauen wir, von Jerusalem bis nach Auschwitz, eine U-Bahn bauen wir!« gilt strafrechtlich als volksverhetzend. Der Liedtext bezieht sich auf die Judenverfolgung, rechte Hooligans stimmen ihn als Fangesang in Richtung gegnerischer Mannschaft immer wieder an. Dabei wird Jerusalem oft durch die Heimatstadt des Kontrahenten ersetzt. Kaum ein Stadiongänger, der das NS-Gegröle noch nicht gehört hat.

Aufklärung über den rechtsextremen Einfluss auf Fankulturen ist ins Rollen gekommen. Doch wenig bekannt ist im Umkehrschluss über die Veränderung des Neonazi-Spektrums durch sogenannte Mischszenen, zu denen neben Hooligans auch Rocker oder Kampfsportler zählen. Schnittstellen gibt es nicht nur bei den Hobbys Fußball und Musik. Oft ergeben sich Bekanntschaften zwischen Hooligans und Neonazis durch Tattoostudios oder Sportvereine. Als Türsteher kontrollieren viele die Eingänge von Clubs und Diskotheken und üben damit Macht aus. Männlichkeitskult, Gewaltfaszination und autoritärer Habitus ist all diesen Subkulturen gemein.

Ein Querschnitt dieser brisanten Melange bot sich Ende 2014 in Köln. Eine neue Organisation steckte dahinter: die »Hooligans gegen Salafisten«, kurz HoGeSa. Das politische Netzwerk hatte sich 2013 im Verborgenen gegründet. Getarnt als Facebook-»Strickgruppen« zogen regionale Hooligans unter dem Dach von HoGeSa an einem Strang. Das Ziel: der geplante Massenaufmarsch im Oktober 2014. Rund 300 Sympathisanten hatten sich den Recherchen des Journalisten Christoph Ruf zufolge bei HoGeSa zusammengeschlossen, um gemeinsam zu handeln. »Alle, die eine gesunde Einstellung gegen das Gesindel haben, sind willkommen«, zitiert Ruf eines der Mitglieder. Ein erstes »Kennenlerntreffen« soll in der Dortmunder Innenstadt stattgefunden haben. Bereits seit Beginn des Jahres 2014 hatten rechte Hooligan-Gruppen salafistische Kundgebungen gestört oder angegriffen. Verabredet hat man sich über Facebook-Gruppen wie »Weil Deutsche sich's noch trau'n« oder »Gemeinsam sind wir stark«.

Die »Hooligans gegen Salafisten« sind straff organisiert. Es werden Anleihen bei Rockern und der Mafia gemacht, Mitglieder nennen sich untereinander »Bruder«, ein Wahlspruch lautet: »Die Familie hält zusammen«. Mobilisierung und Auftritt von Hooligans sind ohnehin legendär. Salafisten als vorgebliches Feindbild spornen Hass und Aggression an. Doch es geht nicht nur um sie. Die Message lautet sinngemäß: Ausländische Fanatiker tanzen dem deutschen Staat und der Polizei auf der Nase herum, und Hooligans stellen sich als Hüter von Ordnung und Macht zur Verfügung. Ausgerechnet Hooligans.

Nach einem weiteren »Orga-Treffen« Ende 2014 gab HoGeSa bekannt: »Unsere friedlichen Kundgebungen sind ein eindeutiges Signal an die Politik – HANDELT. Sollte sich die Politik weiterhin unfähig zeigen, das Thema Salafisten in Deutschland in den Griff zu bekommen, werden wir uns zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob und inwieweit wir als ›Hooligans‹ aktiv werden.«

Vor der ersten Großdemo in Köln sollen Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zufolge über Facebook 57 000 Einladungen an Gleichgesinnte verschickt worden sein. 7205 User sagten ihre Teilnahme am ersten Marsch der »Hooligans gegen Salafisten« zu. Tatsächlich erschienen etwa 4800. Die Kölner Behörden wurden überrumpelt – der Hooligan-Auftritt in der Domstadt lief völlig aus dem Ruder. TV-Bilder eines umgestürzten Polizeieinsatzwagens und randalierender Banden erschreckten die Öffentlichkeit.

Köln, 26. Oktober 2014: Gegen Mittag füllte sich der Breslauer Platz neben dem Hauptbahnhof. Tausende von Islam-Feinden, Neonazis, AfD-Anhängern, Box-Fans und Hooligans versammelten sich in Sichtweite des gewaltigen Doms. Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter erschienen auch viele Frauen und junge Mädchen. Die ehemalige NPD-Liedermacherin Karin Mundt trat unter ihrem neuen Künstlernamen »Wut aus Liebe« auf. Erste Parolen wurden gebrüllt, Schals von Fußball-Clubs in die Höhe gereckt. Die Stimmung war von Anfang an sehr aufgeheizt. Journalisten wiesen Einsatzkräfte der Polizei auf erste Aggressionen hin. Der Platz schien Beobachtern zu ungesichert, die Anzahl der Beamten zu niedrig. Verängstigte Reisende aus allen Ländern versuchten unauffällig an der Menge vorbeizukommen. Schaulustige versammelten sich rund um den Bahnhof auf den Emporen.

Auf die Bühne der Organisation »Hooligans gegen Salafisten« trat ein Redner, der die Demonstrationsteilnehmer darauf hinwies: keine Pyrotechnik, keine Flaschen, kein Alkohol. Nur wenige hielten sich daran. Die ersten Rauchbomben gingen hoch. Böller krachten. Flaschen flogen gegen Kameras. Gegen 15 Uhr trat die Kultband der Hooligan-Szene, »Kategorie C« aus Bremen, auf. Kategorie C steht im Polizeijargon für besonders gewaltbereite Fans. Sänger Hannes Ostendorf gehört wie sein Bruder zur »Standarte Bremen«, er sang die Hymne der Band »Hooligans gegen Salafisten«. Darin heißt es: »Heute schächten sie Schafe und Rinder, morgen vielleicht schon Christenkinder.«

Die Menge geriet allmählich außer Rand und Band. Weitere Redebeiträge folgten. Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb später, dass einer der Redner seine Ansprache mit einem Hitlergruß beendet habe. Mehrere im Publikum hätten ihn erwidert – die Justiz ermittele. Viele Teilnehmer waren stark alkoholisiert. Der Demonstrationszug hatte sich noch keine hundert Meter vom Hauptbahnhof wegbewegt, da gingen die ersten Angriffe auf Journalisten los. Nur 46 Minuten nach den ersten Tönen der Einheizer-Band »Kategorie C« eskalierte die Lage. Schwere Wasserwerfer wurden eingesetzt, 45 Polizisten verletzt. Mit solch heftigen Krawallen hatte die Polizeiführung in Köln nicht gerechnet. »Grundsätzlich lagen keine Erkenntnisse für einen geplanten unfriedlichen Verlauf vor«, heißt es in einem fünf Monate später vorgelegten Bericht im Auftrag des nordrhein-westfälischen Innenministeriums. Zu wenig schien bekannt über den Organisationsgrad von HoGeSa.

Als Vorbild der »Hooligans gegen Salafisten« gilt die bereits 2009 in Großbritannien von islamfeindlichen Hooligans gegründete »English Defence League« (EDL). Das lose Netzwerk der EDL mit Tausenden von Anhängern profitierte von der anti-islamischen Stimmung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und den Bombenattentaten in der Londoner U-Bahn 2005. Der rechte norwegische Massenmörder Anders Breivik gab 2011 an, die EDL habe ihn zu seinen Taten inspiriert. Anhänger der »Defence League« begrüßten dessen eiskalt geplante Ermordung von 77 überwiegend politisch

engagierten jungen Menschen. Im Herbst 2016 errang ein Berliner Politiker der AfD ein Direktmandat im Stadtteil Lichtenberg, der zuvor der »German Defence League« angehört hatte und sie zu einer »Miliz« ausbauen wollte. In einem rechten Blog schrieb der »Leader« der Berliner »Division«: »Die GDL wird als Miliz ausgebaut und trainiert und wir werden allen islamkritischen Parteien zur Seite stehen.« Anhänger der »German Defence League« beteiligten sich gemeinsam mit Hooligans an deren Aktionen gegen Salafisten, nahmen aber auch an Pegida-Aufmärschen teil. Als »Miliz« von Pegida.

Es seien die »schrecklichen Ereignisse von Celle und Hamburg« gewesen, die ihn endgültig politisiert hätten, erzählt der Dresdner Pegida-Anführer Lutz Bachmann in einem Video-Interview mit der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Im Herbst 2014 hatten sich dort Kurden und Salafisten Straßenschlachten geliefert. Wenige Tage später hatte es in der sächsischen Landeshauptstadt eine prokurdische Demonstration gegeben, und der Freundeskreis um Bachmann, der sich vorher wohl eher mit Frauen und Partys beschäftigt hatte, begann sich empört auszutauschen.

Der gelernte Koch Lutz Bachmann ist als Frontmann der Dresdner Aufstände gut vernetzt, seine Fäden reichen bis in die Halbwelt. Früher nannte die *Bild*-Zeitung ihn den »Panzerknacker aus Dresden«. Mit Anfang 20 hatte der Sachse eine Serie von Einbrüchen begangen. Wegen Diebstahl und Drogenhandel ist der 43-Jährige vorbestraft. 2016 wurde er zu einer Geldstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt, Bachmann soll Migranten in einem Kommentar als »Viehzeug« und »Gelumpe« bezeichnet haben. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Bachmanns kleine Werbeagenturen »Hotpepperpix« und DD-Werbung, die er mit seiner Ehefrau betreibt, liefern Schilder, Banner und Logos. Einer Bordellkette soll er die Reklame für ihre »Abfuckprämie« entworfen haben. Seine Rotlichtkontakte sind in Dresden Stadtgespräch.

2016 zieht es den Dresdner Provokateur auf die Kanarischen Inseln, für die montäglichen Protest-»Spaziergänge« fliegt er immer wieder rechtzeitig in Sachsen ein.

Die Drähte des gesamten Pegida-Gründerkreises reichten von der Fanszene zu Fußballfans und ins Security-Milieu, einer kannte »die Türsteher der halben Stadt und Bachmann deren ›Partymacher‹« *(Die Zeit)*. Aus diesem Milieu kamen die ersten Demonstranten. »Ohne Facebook und ohne Kontakte in die Sport- und Partyszene hätten Lutz Bachmann und seine Freunde es kaum geschafft, die Massen zu bewegen«, urteilt auch die *Sächsische Zeitung*. Mitorganisator Siegfried Däbritz, der Mann neben Bachmann an der Spitze von Pegida, hatte zudem früh Zugang zum geheimen Forum von HoGeSa. Unauffällig mischte der begeisterte Rocker- und Waffenfan aus Meißen sich unter die Menge, die an der Gewaltdemonstration in Köln 2014 teilnahm. Als Redner trat Däbritz bei der AfD in Thüringen auf. Der Mann mit Glatze und Spitzbart ist im Sicherheitsgewerbe tätig, ebenso wie ein weiterer Mitbegründer von Pegida. René Jahn war früher Sicherheitschef bei Dynamo Dresden, er kennt die Hooligans des Clubs. 2015 organisierte er mit seiner Security-Firma die Bewachung von Borussia Dortmund während des Aufenthalts in der Elbstadt. Aus dem Organisationsteam von Pegida trat er im Streit zurück.

Etwa 300 Anhänger des Fußballvereins Dynamo Dresden beteiligten sich bereits Anfang 2015 an den Pegida-Aufmärschen. Die Hooligans darunter gerierten sich als Demonstrationsschutz und bildeten eine bedrohliche Kulisse, schreibt Reporter Olaf Sundermeyer. »Sie gehörten schon mehrmals zu den Ersten, die den völkischen Ruf gegen die sogenannte Lügenpresse intonierten«, so Sundermeyer. 200 von ihnen versuchten die Absperrungen zur friedlichen Gegendemonstration zu durchbrechen. Bereits im Dezember 2014 hatten rund 50 vermummte Männer, teils mit Dynamo-Schals, nach einer Pegida-Demonstration jugendliche Migranten durch eine Einkaufspassage gehetzt. Die Angreifer sollen mit

Teleskopschlagstöcken, Elektroschockern und Reizgas bewaffnet gewesen sein, teilte das zivilgesellschaftlich engagierte Kulturbüro Sachsen mit.

Die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) mobilisierten zu ihren wöchentlichen Abendspaziergängen in der Spitzenzeit Anfang 2015 bis zu 25 000 Menschen. In der Menge waren immer wieder auch GDL- und HoGeSa-Symbole zu erkennen. »Neu an dieser Protestbewegung ist, dass sich Rassismus und Ressentiments in Deutschland in einem derartigen Ausmaß verdichten«, schreibt Felix M. Steiner auf dem Informations-Blog »Störungsmelder«. Es sei ganz leicht, sich den Protesten anzuschließen, oft reichten die Gemeinsamkeiten, gegen »Ausländer«, »Islamisten« oder »die da oben« oder gegen die »gleichgeschalteten deutschen Medien« zu sein, resümiert Steiner. Auch das Thema des radikalen Salafismus diene dabei »nicht mehr und nicht weniger« als »Mobilisierungshilfe«. Bedrohung und Schutz als Elemente der Hooligan-Ideologie lassen sich bequem auf die Begriffe Volk und Nation erweitern. Vorherrschendes Credo: Deutschland muss vor Islamismus und Migration geschützt werden.

Pegida und HoGeSa haben gefährliche Folgen. Als Anfang Januar 2016 zwei Leuchtfackeln durch die Scheibe eines Flüchtlings-Übergangsheimes in Mülheim an der Ruhr geworfen wurden, klebten darauf Aufkleber von Pegida NRW. Die beiden mutmaßlichen Täter gaben in ihren Aussagen gegenüber der Polizei außerdem zu, an der zweiten HoGeSa-Demonstration wenige Monate zuvor in Köln teilgenommen zu haben. Bereits im August 2015 hatten drei Angreifer brennende Latten gegen eine bewohnte Unterkunft im Berliner Stadtteil Marzahn geworfen, zwei von ihnen verkehren in der Hooligan-Szene. Nach der Attacke einer zum Teil mit Baseballschlägern bewaffneten 30-köpfigen Angreifergruppe auf syrische Flüchtlinge in Magdeburg prüfte die Polizei Spuren ins Hooligan-Milieu. Auf der Heimreise von der Fußballeuropameisterschaft in Frankreich verprügelten russische Hooligans drei spanische Touristen auf der Kölner Domplatte. Die beiden jungen Männer und eine Frau hatten antifaschistische Aufkleber an einem Bauzaun verteilt, bevor sie angegriffen wurden. Einem Zivilbeamten war die russische Gruppe aufgefallen, weil sie vor dem Weiterflug rumgrölend durch die Stadt zog. Ein Richter erließ Haftbefehl gegen fünf der Männer. Sie trugen neben »hooligantypischen Gegenständen« wie Masken und Zahnschutz auch Eintrittskarten für das Randalespiel England gegen Russland in Marseille bei sich.

Die propagierte HoGeSa-Familie brach bereits Anfang 2015 auseinander. Es soll dabei um Geld gegangen sein. Sechzehn Aktivisten gründeten nach eigenen Angaben in Fulda einen neuen Verein: »Gemeinsam – Stark Deutschland e.V.« (GSD). Im April 2016 mobilisiert der Verein, der »deutsche Werte und Tugenden« erhalten will, 700 Anhänger zur offen neonazistischen Demonstration nach Magdeburg. Die Verquickung von Neonazis und Hooligans ist jetzt noch offensichtlicher. Der Magdeburger Aufmarsch war aggressiv, immer wieder wurden Pressevertreter körperlich angegangen. Unter Führung von Bremer Hooligans und deren »Brüdern« aus Nordrhein-Westfalen hatten sich auch Kader von NPD und der Neonazi-Partei »Die Rechte« angeschlossen. »Ruhm und Ehre der deutschen Nation« skandierten die Teilnehmer. Mit erhobenen Fäusten brüllten sie gegen das »Regime der Schande« in Berlin an. Hinter der Führung von »Gemeinsam – Stark Deutschland e.V.« verbergen sich Hooligans mit Pseudonymen wie »Marcel Bolle« oder »Captain Flubber«. Beide sind inzwischen enttarnt: Der eine lebt im niedersächsischen Wendland, der andere in Bremen.

Zu den großen Einheitsfeierlichkeiten mit der Bundeskanzlerin am 3. Oktober 2016 in Dresden gibt es konkurrierende Protestaktionen aus dem Pegida- wie aus dem radikaleren Spektrum einer Pegida-

Abspaltung namens »Festung Europa«. Hooligans mobilisieren nach Dresden. Neonazis mischen sich unter beide Ansammlungen. Pegida zählt bis zu 5000 Teilnehmer, einige Hundert aus dem harten Kern setzen sich zu den Staatsfeierlichkeiten ab. Dort entlädt sich ungezügelter Hass, Politiker und Gäste werden vor laufenden Kameras beleidigt. Ein hässliches Bild aus Dresden flimmert über die Bildschirme. Eine Woche später mobilisieren die GSD-Hooligans um »Captain Flubber« rund 500 Anhänger in den »Nazi-Kiez« nach Dortmund. Trotz einiger Straftaten wie Körperverletzung und Volksverhetzung kommt es nicht zu den ganz großen Ausschreitungen.

Als radikale Bewegung werden sich weder »Hooligans gegen Salafisten« noch deren Abspaltung »Gemeinsam – Stark Deutschland e.V.« innerhalb der Stadionkurven dauerhaft halten können, darüber sind sich Fanprojekte einig. Politisierung, Aggressivität und Organisationsgrad rechtsextremer Hooligan-Gruppen sollten allerdings sehr ernst genommen werden. In einer Studie des Bundeskriminalamtes zum Thema heißt es bilanzierend: HoGeSa habe »eindrucksvoll« aufgezeigt, »wie hoch das rechtsextrem nutzbare Potenzial innerhalb der deutschen Fanszenen ist«.

Chronik Dezember 2015

01.12. Plauen (SN) Zehn Jugendliche beleidigen und schlagen zwei Flüchtlinge und stehlen einem von ihnen Geld.

02.12. Hennigsdorf (BB) Vier Männer beleidigen einen Flüchtling fremdenfeindlich, schlagen ihm unvermittelt ins Gesicht und bedrohen ihn mit einem Messer. Er will flüchten, wird von den Angreifern eingeholt und zu Boden gebracht. Die Männer treten auf den am Boden Liegenden ein. Eine Zeugin greift ein und kann den Übergriff stoppen. Das Opfer trägt schwere Verletzungen davon und wird nicht mehr als Leistungssportler aktiv sein können.

02.12. Viechtach (BY) Unbekannte werfen Steine auf die Fensterscheiben einer Flüchtlingsunterkunft. Hinter einem der Fenster sitzen zwei Bewohner, die nicht verletzt werden.

03.12. Chemnitz (SN) Zwei Unbekannte werfen Steine durch das geöffnete Fenster einer Wohnung. In der Wohnung halten sich drei ausländische Studierende auf, zwei werden leicht verletzt. Einer der Täter trägt eine bei Neonazis beliebte Kleidungsmarke.

03.12. Berlin-Köpenick (BE) Der Teilnehmer einer Neonazi-Kundgebung beleidigt eine Frau rassistisch und zieht sie an den Haaren aus dem Bus.

04.12. Berlin-Spandau (BE) Ein unbekannter Mann greift einen 27-Jährigen aus rassistischer Motivation an, hetzt seinen Hund auf ihn und versucht ihn zu schlagen.

04.12. Berlin-Hellersdorf (BE) Neonazis dringen in eine Notunterkunft für Flüchtlinge ein und beleidigen und bedrohen freiwillige Helfer.

04.12. Herxheim (RP) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Vier Monate später nimmt die Polizei zwei Tatverdächtige (23 und 32 Jahre alt) fest, die am selben Abend Benzinkanister an einer Tankstelle gefüllt hatten.

05.12. Bischofswerda (SN) Fans des Vereins Lokomotive Leipzig äußern sich einem Imbissbesitzer gegenüber rassistisch, greifen ihn an und verletzen ihn mit einem Messer.

05.12. Braunschweig (NI) Fünfzehn Neonazis, darunter NPD-Anhänger, greifen eine antifaschistische Demonstration an. Sie werfen Flaschen und sprühen Reizgas.

06.12. Frankenberg (SN) Zwei Männer schlagen und treten einen Mann, nachdem sie ihn rassistisch beleidigt haben.

06.12. Muldenhammer (SN) Eine Personengruppe wirft Feuerwerkskörper auf das Haus einer irakischen Familie und einen Pflasterstein durch das Wohnzimmerfenster.

06.12. Ahlen (NW) Sechs Männer versuchen in eine Notunterkunft für Flüchtlinge einzudringen. Der Wachdienst kann drei der Angreifer festhalten. Sie haben zwei Messer dabei, eines davon offen in der Hand.

07.12. Magdeburg (ST) Vier Rechte beschimpfen eine Gruppe Schüler rassistisch und greifen sie mit Schlagstöcken an.

70.12. Altenburg (TH) Ein 29- und ein 30-jähriger Mann setzen zwei Kinderwagen und einen Zeitungsstapel in einem von 70 Flüchtlingen bewohnten Haus in Brand. Die Täter sind wegen des Verwendens von Nazi-Symbolen vorbestraft. Die Polizei geht von einer »rechtsextremen Tat« aus.

07.12. Berlin-Marzahn (BE) Der Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft wird von einem Unbekannten beleidigt und zusammengeschlagen.

07.12. Berlin-Lichtenberg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen 33-Jährigen rassistisch und schlägt ihn.

08.12. Borken (NW) Unbekannte werfen faustgroße Steine in die Fensterscheiben zweier Wohnungen, die von Flüchtlingen bewohnt sind. Hinter einem der Fenster schlafen vier Kinder.

08.12. Neubukow (MV) Vier Männer und eine Frau beschimpfen vor einem Supermarkt einen Flüchtling rassistisch und treten ihn.

09.12. Wurzen (SN) Eine Gruppe Jugendlicher feindet über Wochen die Schüler einer »Deutsch als Zweitsprache«-Klasse an. Eine neun- und eine 14-jährige Schülerin werden bespuckt, geschubst, mit Steinen beworfen und in der Tür eingeklemmt. Sie werden mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht.

09.12. Heide (SH) Unbekannte stecken ein Haus in Brand, das von 13 Menschen bewohnt wird, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Darunter sind sechs Flüchtlinge. Das Feuer zerstört zudem zwei angrenzende Häuser.

11.12. Jahnsdorf (SN) Eine Gruppe von 30 Menschen greift einen Bus mit Flüchtlingen an, der sich auf dem Weg zu einer Unterkunft befindet.

12.12. Finsterwalde (BB) Aus einem Auto heraus wird mit einer Schreckschusspistole mehrmals auf eine Gruppe Flüchtlinge geschossen.

12.12. Güstrow (MV) Vier Jugendliche werfen Steine gegen eine Flüchtlingsunterkunft und zerstören mehrere Fensterscheiben.

13.12. Burg (ST) Drei Männer und vier Frauen randalieren an einem Weihnachtsmarktstand. Sie skandieren »Ausländer raus« und bewerfen den Besitzer mit Flaschen und Steinen.

13.12. Roßleben (TH) Unbekannte rufen rassistische Parolen und werfen Böller auf eine Unterkunft für Flüchtlinge, dabei geht eine Fensterscheibe zu Bruch.

14.12. Pirna (SN) Unbekannte Täter werfen einen Brandsatz gegen eine Flüchtlingsunterkunft, die zu diesem Zeitpunkt unbewohnt ist. Der Sicherheitsdienst kann das Feuer löschen.

14.12. Kirchhundem (NW) Unbekannte legen Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

14.12. Bad Bevensen (NI) Unbekannte legen in einem Supermarkt, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollen, Feuer. Die Polizei hält ein »ausländer- oder flüchtlingsfeindliches Motiv für nicht unwahrscheinlich«.

14.12. Rostock (MV) Aus einer Personengruppe, die sich zuvor rassistisch geäußert hatte, wird ein Informationsstand der Initiative »Rostock hilft« mit einer Flasche beworfen.

14.12. Stadtbergen (BY) Unbekannte legen mehrere Feuer in einem Haus, das als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll.

14.12. Höchstadt an der Aisch (BY) Drei Männer treffen auf zwei junge Flüchtlinge aus Äthiopien. Einer der Täter schlägt einem der Flüchtlinge mit Quarzhandschuhen ins Gesicht. Dem Betroffenen wird ein Schneidezahn ausgeschlagen.

15.12. Merseburg (ST) Eine Menschengruppe beschimpft einen 38-jährigen Mann dunkler Hautfarbe rassistisch, zeigt den Hitlergruß und bedroht ihn mit einer zerbrochenen Bierflasche.

15.12. Dessau-Roßlau (ST) Drei Neonazis greifen zwei Migranten mit einem Messer und einem Schlagring an.

16.12. Berlin-Treptow (BE) In der Straßenbahn bedroht ein Unbekannter einen 22-Jährigen rassistisch.

Nachdem beide ausgestiegen sind, wird das Opfer von hinten gestoßen und mit einer abgeschlagenen Glasflasche und einem Messer bedroht.

17.12. Düsseldorf (NW) Zwei unbekannte Männer brüllen rassistische Parolen und treten einer muslimischen Studentin in den Rücken.

17.12. Berlin-Neukölln (BE) Ein Mann beschimpft, bespuckt und bewirft Kinder und Erwachsene aus antiziganistischem Motiv mit Gegenständen. Ein Junge wird durch eine Flasche am Bein getroffen.

18.12. Velburg-Deusmauer (BY) Ein Unbekannter wirft Steine auf eine Flüchtlingsunterkunft.

19.12. Lingen (NI) Unbekannte legen Feuer an einer Flüchtlingsunterkunft, in der 230 Menschen untergebracht sind.

19.12. Rostock (MV) In der Innenstadt beleidigen mehrere Personen einen Mann rassistisch und schlagen auf ihn ein.

19.12. Godendorf (MV) Ein Unbekannter wirft einen Molotowcocktail auf eine Unterkunft für Flüchtlinge, der Brandsatz bleibt in einem Baum hängen und verfehlt sein Ziel.

19.12. Berlin-Köpenick (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen 17-Jährigen rassistisch und verletzt ihn mit einem Messer.

20.12. Dresden (SN) Der Teilnehmer einer asylfeindlichen Demonstration wirft eine brennende Kerze auf eine Gegendemonstrantin, heißes Wachs trifft sie im Gesicht.

20.12. Hildesheim (NI) Vier unbekannte Männer locken einen aus Afghanistan stammenden Taxifahrer gezielt in einen Hinterhalt und versuchen ihn mit Eisenstangen anzugreifen.

20.12. Hildesheim (NI) Wenige Stunden später locken unbekannte Männer erneut einen aus dem Irak stammenden Taxifahrer in einen Hinterhalt. Mit Schlagstöcken in der Hand beschimpfen sie ihn und fordern ihn auf auszusteigen. Tage später bekommt der aus Afghanistan stammende Besitzer des Taxiunternehmens Morddrohungen via Handy. Der Drohende gibt sich als Mitglied der Neonazi-Terrororganisation »Combat 18« aus. Sie ist der bewaffnete Arm des Neonazi-Netzwerks »Blood and Honour«, das seit 2000 in Deutschland verboten ist.

20.12. Tutow (MV) Ein Unbekannter legt Feuer in einem vorwiegend von Flüchtlingen bewohnten Mehrfamilienhaus. Im Vorfeld kam es zu Bedrohungen aus der rechten Szene.

20.12. Rahlstedt (HH) Ein Unbekannter beschießt einen minderjährigen Flüchtling, der Fußball spielt, mit zwei Metallkugeln. Eine trifft ihn an der Lippe, die andere am Kopf.

23.12. Dresden (SN) Zwei Unbekannte beleidigen einen 19-jährigen Somalier rassistisch und verletzen ihn mit einem Messer.

23.12. Premnitz (BB) Ein 20-jähriger Mann wird aus rassistischen Motiven geschlagen.

24.12. Dresden (SN) Unbekannte brechen das Fenster eines alternativen Hausprojekts auf und legen Feuer im Kohlekeller. Die Feuerwehr kann den Brand löschen.

25.12. Eisleben (ST) Zwei Männer rufen rassistische Parolen, unter anderem »Heil Hitler«, und bedrohen einen 20-Jährigen mit einem Schlagring. Der Betroffene wehrt sich und flüchtet in ein Haus, dessen Rollläden und Fenster daraufhin beschädigt werden.

25.12. Oberspier (TH) Eine 29-Jährige schlägt eine 22-Jährige und tritt ihr mit Springerstiefeln in den Bauch. Sie ruft »Sieg Heil« und zeigt den Hitlergruß.

25.12. Schwäbisch Gmünd (BW) Unbekannte legen einen Brand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

25.12. Kempten (BY) Zwei Unbekannte fragen einen aus Marokko stammenden Mann nach seiner Herkunft. Als der Mann antwortet, schlagen die Täter auf ihn ein und verletzen ihn mit einem Messer.

25.12. Berlin-Spandau (BE) Ein unbekannter Mann greift einen 34-jährigen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes einer Flüchtlingsunterkunft an. Zuvor wollte er wissen, ob das Haus ein »Asylbewerberheim« sei und er dort eine Bombe legen könne.

26.12. Dresden (SN) Unbekannte zünden einen Sprengkörper im Eingangsbereich einer Flüchtlingsunterkunft. Es werden mehrere Fensterscheiben beschädigt.

26.12. Schlettau (SN) Unbekannte Täter werfen mehrere Molotowcocktails auf eine Flüchtlingsunterkunft. Das Sicherheitspersonal kann den Brand löschen.

26.12. Halle (ST) Eine Personengruppe beleidigt einen 42-jährigen Nigerianer rassistisch und attackiert ihn mit einem Schlagstock.

27.12. Marktoberdorf (BY) Unbekannte versuchen ein leer stehendes Gebäude in Brand zu setzen, das als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll.

28.12. Guben (BB) Drei unbekannte Täter randalieren vor einer Wohnung für geflüchtete Menschen. Sie rufen rassistische Parolen und werfen einen Stein in ein Fenster.

28.12. Waghäusel (BW) Zwei Männer bedrohen Flüchtlinge vor ihrer Unterkunft mit einer Maschinenpistole.

30.12. Leipzig (SN) Unbekannte zünden 13 Wohnwagen an, deren Bewohner für ihren »alternativen Lebensstil« bekannt sind. Die Polizei geht von einer politisch motivierten Tat aus.

30.12. Ahaus (NW) Unbekannte werfen eine brennende bengalische Fackel durch das gekippte Badezimmerfenster einer Flüchtlingsunterkunft.

30.12. Bottrop (NW) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf einen Wohncontainer, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

30.12. Assamstadt (BW) Rechtsradikale randalieren vor einer Flüchtlingsunterkunft, rufen Parolen und malen ein Hakenkreuz an den Eingang. Einen Tag später wirft ein Unbekannter einen Stein durch ein Fenster der Einrichtung auf eine junge Mutter. In der Folgenacht gibt es ähnliche Angriffe.

30.12. Geislingen an der Steige (BW) Ein 24-jähriger Neonazi legt ein Feuer vor einer Halle, in der Flüchtlinge untergebracht sind.

30.12. Schopfheim (BW) Zwei Unbekannte überfallen den Besucher eines linken Cafés und sprühen ihm Reizgas in die Augen.

31.12. Chemnitz (SN) Jugendliche beschimpfen einen gehbehinderten Asylsuchenden und seine zwei Töchter im Alter von 13 und 16 Jahren rassistisch. Sie schlagen den Mann zu Boden, sprühen Reizgas und berauben ihn. Die 13-jährige Tochter wird geschlagen und am Boden liegend getreten. Die Täter flüchten.

31.12. Gleidingen (NI) Unbekannte werfen brennende Grillanzünder durch das Kellerfenster eines Flüchtlingswohnheims. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes können das Feuer löschen.

31.12. Nienburg (ST) Vier Unbekannte werfen Steine und Bierflaschen auf eine Flüchtlingsunterkunft.

31.12. Merseburg (ST) Zwanzig Personen greifen Flüchtlinge in einer Unterkunft mit Pyrotechnik an. Anwesende Polizeibeamte werden mit Flaschen beworfen.

31.12. Unterspreewald (BB) Drei Rechte greifen aus rassistischen Gründen zwei Menschen an.

Das Reker-Attentat in Köln, der terroristische Akt eines braunen Schläfers

Seit dem Attentat verfolge sie dieser Albtraum. Doch er ende immer, bevor »etwas passiert«. Henriette Reker schilderte vor Gericht ihr Leben nach der lebensgefährlichen Messerattacke eines Neonazis. Die Oberbürgermeisterin von Köln hat den Angriff während des Wahlkampfes 2015 nur knapp überlebt. Mitte April 2016 wurde sie als Zeugin in den Hochsicherheitstrakt des Oberlandesgerichts Düsseldorf geladen. Angeklagt war Frank S., der die damalige Oberbürgermeisterkandidatin am 17. Oktober 2015 an einem Wahlkampfstand zunächst freundlich angesprochen und um eine gelbe Rose als Wahlkampfgeschenk gebeten hatte – um ihr dann unvermittelt ein großes Bowie-Jagdmesser in den Hals zu rammen. Im nachfolgenden Gerangel verletzte er vier weitere Menschen. Am Boden liegend, versuchte die Schwerverletzte die Blutungen mit der bloßen Hand zu stoppen. Um Haaresbreite verfehlte die Tatwaffe Halsschlagader und Rückenmark, eine Notoperation und künstliches Koma retteten Reker das Leben.

»Ich habe gedacht, der hat mir die Kehle durchgeschnitten«, schilderte die Politikerin vor Gericht. Der Angriff erinnere sie an eine Hinrichtungsmethode. Seitdem komme dieser Albtraum: »Ich träume, dass mir eine Kapuze über den Kopf gezogen wird«, doch dann, bevor »etwas« geschieht, endet der Traum, »Gott sei Dank!«.

Der Angreifer stellte sich wenige Minuten nach der Tat in Köln. »Da die Herrscherklasse unsere Bevölkerung nicht beschützen konnte«, sagte er später, habe er ein »Zeichen« setzen wollen. Bekleidet mit Jeans, schwarzer Mütze und Kapuzenpullover blieb Frank S. am Tatort und poste während des Wartens auf die Polizei sogar vor Fotografen. Das Messer hatte er zuvor weggeworfen.

Mit seinem Angriff reiht der Kölner Neonazi sich bei den mutmaßlich rechten Einzeltätern ein, die mit politischen Attentaten ihren Hass und Fanatismus brutal öffentlich machten. Weitere Beispiele: Der niedersächsische Neonazi Josef Bachmann schoss 1968 mehrmals auf den in weiten Teilen der Gesellschaft verhassten Studentenführer Rudi Dutschke. 1980 ermordete ein Mitglied der antisemitischen »Wehrsportgruppe Hoffmann« den jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Partnerin in Erlangen. Im Jahr 2000 richtete der rechtsextreme Dortmunder Waffenfanatiker Michael Berger drei Polizisten regelrecht hin. Polizisten gelten in der Neonazi-Szene als »Büttel« des von ihnen gehassten Staates.

Im Fall von Köln zog die oberste Anklagebehörde Deutschlands den Fall nach zwei Tagen überraschend an sich. Eine nicht unumstrittene Entscheidung. Denn zuvor hatte die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe sich dafür entschieden, die rassistisch motivierte bundesweite Brandstiftungsserie nicht als einen Terrorakt zu bewerten und die Aufklärung weiterhin den einzelnen, verstreuten Staatsanwaltschaften zu überlassen. Den Anlass für die eilige Übernahme im Fall Reker gebe das Motiv, so Generalbundesanwalt Peter Frank. Der rechte Angreifer habe mit der Tat »die Willkommenskultur« für Flüchtlinge zerstören wollen. Doch das wollen auch die Hunderten von

Brandstifter, die seit 2014 Flüchtlingsunterkünfte anstecken. Der Generalbundesanwalt argumentierte weiter, es gebe eine Sonderzuständigkeit für Staatsschutzdelikte von besonderer Bedeutung, und zu so einem zählte das Reker-Attentat. Kritiker unterstellen Frank und seiner Behörde, der Promistatus dieses Falls könne entscheidend gewesen sein.

Henriette Reker war bis zur Wahl im Oktober 2015 als Kölner Sozialdezernentin auch für die Unterbringung von geflüchteten Menschen zuständig und hatte sich für einen menschenwürdigen Umgang miteinander starkgemacht. Dieses Engagement machte sie in den Augen von Frank S., einem kräftig gebauten, 1,85 Meter großen Mann mit Glatze und Kinnbart, zum Anschlagsziel. Er verklärte die Tat auf krude Art als freie Meinungsäußerung. S. ging so weit, sich als »Freiheitskämpfer« und »wertkonservativer Rebell« zu präsentieren. Ähnlich dem norwegischen Massenmörder Anders Behring Breivik versuchte auch S. den Prozess Mitte 2016 als politische Bühne zu nutzen. Er kleidete sich schwarz, ähnelte mit seinem Outfit den italienischen »Schwarzhemden«, Mitgliedern faschistischer Kampfbünde in den zwanziger Jahren.

In ihrem Plädoyer forderten die Chefankläger für Frank S. eine lebenslange Freiheitsstrafe. Der seit Jahren arbeitslose Maler und Lackierer habe mit seiner Tat die Person Reker als Oberbürgermeisterin verhindern wollen, hieß es. Die Bundesanwaltschaft erinnerte daran, dass der Attentäter im Prozess die Täter-Opfer-Rolle vertauscht und sich auf die Meinungsfreiheit des Grundgesetzes berufen habe. »Sie sind kein Opfer und kein politisch Verfolgter. Sie sind ein Straftäter, der sich herausgenommen hat, anderen das Recht auf Meinungsfreiheit zu nehmen«, hielten die Ankläger dem Mittvierziger vor.

In ihrem Richterspruch wird die Vorsitzende des Senats, Richterin Barbara Havliza, später betonen: S. hielt »die Bundesregierung nicht für berechtigt, Flüchtlinge ins Land zu lassen«. Er wollte dagegen »ein extremes und brutales Zeichen setzen«. Aus des Täters Sicht habe Reker »Hochverrat« begangen und Beihilfe zum »millionenfachen Rechtsbruch« beim Zuzug von Flüchtlingen geleistet. Zu seiner Verteidigung behauptete S., er habe die wehrlose Frau nicht töten wollen. Wenn er sprach, dann formulierte er oft Sätze wie: »Ich wollte, dass die völlig realitätsferne Herrscherklasse, die das Volk, das Sorgen hat, als Ratten und Mischpoke beschimpft, wieder Angst vor dem Volkszorn hat.«

Frank S. ist der Prototyp des zornigen weißen Mannes. Der Angeklagte, ursprünglich aus Bonn stammend, ist jemand, der sich in den Jahren vor der Tat via Internet radikalisiert hat, eine Art brauner Schläfer. Lange lebte er zuletzt isoliert in Köln, surfte und las rechtsextreme und rassistische Webseiten, Blogs oder Forendiskussionen in den sozialen Netzwerken. Doch zuvor hatte er auch gelernt, Aggression und Gewalt aktiv auf die Straße zu tragen. Dass der 44-Jährige 2015 tatsächlich zustach, hängt wohl nicht zuletzt mit seiner bewegten Zeit in der Neonazi-Szene zusammen.

Ein altes Archivfoto zeigt S. beim Gedenkmarsch zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess 1993 in Fulda. Mit Polohemd und Haartolle ist er im Gespräch mit einem Neonazi mit Landser-Mütze zu sehen. Damals bewegte er sich organisatorisch im Umfeld der 1995 verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) und gehörte der rechten Schläger- und Hooligan-Truppe »Berserker Bonn« an, deren Namen sich Frank S. sogar in Frakturschrift auf den Bauch tätowieren ließ. Die »Berserker« seien für ihn eine »Art Bürgerwehr« gewesen, wird er später im Prozess erklären.

Dann wurde er erstmalig straffällig: Ende der neunziger Jahre verbüßte der junge Mann nach Gewalttaten gegenüber politischen Gegnern sowie den neuen Partnern von Ex-Freundinnen, insgesamt 37 Monate Haft. In der Szene erhielt er einen Spitznamen: »Messerstecher«.

Nach der Haft zog S. um in die Domstadt, es wurde ruhig um ihn, soziale Kontakte waren selten,

beschränkten sich zuletzt oft nur noch auf solche im Internet. Er war lange Jahre arbeitslos, gab auch dafür Migranten und Muslimen die Schuld. Ein forensischer Psychologe urteilte während des Kölner Prozesses, dass der Angeklagte sich dagegen verwahrt habe, als typisch rechtsradikaler Attentäter zu erscheinen, heiße nicht, dass er dies nicht sei. Er habe mehrere Vorstrafen wegen Gewaltdelikten, überwiegend mit rechtsradikalem Hintergrund. Seine Hauptfeinde seien »die Antifa, die hinter allem und jedem steckt«, und natürlich Ausländer.

Der psychiatrische Gutachter attestierte S. Schuldfähigkeit. Der Glatzkopf mit dem Spitzbart sei eigensinnig, halsstarrig, schnell kränkbar und von seiner eigenen schwarz-weißen Weltsicht restlos überzeugt. Wegen seiner sehr problematischen Kindheit – er verlor früh seine Eltern, wuchs bei Pflegeeltern unter teils prekären Bedingungen und offenbar auch unter Schlägen auf – sehe er sich als misstrauischer Einzelkämpfer einer feindseligen Umwelt und einer permanenten Bedrohung von außen gegenüber, so der psychologische Gutachter. Vieles an dieser Darstellung erinnert an den norwegischen Massenmörder und Neonazi Breivig.

Beachtenswert ist aber auch der Zeitpunkt des Attentats 2015. Es geschah, als Mordaufrufe gegen Politiker bei rechten Versammlungen und im Internet an der Tagesordnung waren. Die Hemmschwellen in Teilen der Bevölkerung waren erschreckend gesunken. Nur wenige Tage zuvor hatten Demonstranten bei einer Kundgebung von Pegida in Dresden eine Galgen-Attrappe für Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Chef Sigmar Gabriel in die Kameras gereckt. Rentner schrien »Lügenpresse« und gingen auf Kamerateams los. Ungeachtet dessen bewegte sich neonazistische Gewalt auf einem hohen Niveau. 2014 hatte es in dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen 370 Angriffe von rechts gegeben. 2015 zählte das Bundesamt für Verfassungsschutz 288 Angriffe.

In Großstädten wie Dortmund, Teilen des Rheinlandes oder in Ostwestfalen konnte sich eine teils sehr gut strukturierte, oftmals auch militante rechtsextreme Szene festigen. In manchen Landesteilen gibt es zudem eine starke Szene gewaltbereiter, rechter Hooligans. Bereits 2014 war es zu schweren Ausschreitungen mehrerer tausend Krawallmacher bei einer »Hooligan gegen Salafisten«-Demonstration am Kölner Hauptbahnhof gekommen. Zum Teil sturzbetrunkene Fußballrandalierer waren zuvor durch rechte Redebeiträge und Lieder in eine äußerst aggressive Stimmung versetzt worden. Sie schmissen vor den Augen von Sicherheitskräften und Fernsehteams ein Polizeifahrzeug auf die Seite und attackierten danach alle, die ihnen im Weg standen. Die Bilanz des Gewaltexzesses: 45 verletzte Polizisten und rund 40 000 Euro Sachschaden. Organisierte rechte Hooligans sorgten seit Herbst 2015 auch im Umfeld von Pegida-Aufmärschen in Duisburg, Köln und Mönchengladbach für Furcht auf den Straßen.

Als eines der gefährlichsten Neonazi-Zentren bundesweit gilt der Dortmunder Stadtteil Dorstfeld. Kameradschaftsaktivisten haben sich dort in nationalen Wohngemeinschaften niedergelassen und bemühen sich, eine Art »No-go-Area« für politische Gegner und Migranten zu schaffen. Kooperiert wird dabei mit den gewaltbereiten Glatzen der »Skinhead-Front Dorstfeld« sowie anderen Gruppen. Knapp 20 Neonazis griffen zum Jahreswechsel 2016 am Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld Polizisten an. Die Beamten wurden mit Raketen beschossen und mit Feuerwerkskörpern, Steinen und Flaschen beworfen. Im Februar 2016 kam es deswegen zu Hausdurchsuchungen in Dortmund und Niedersachsen. Der Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange kommentierte die Vorfälle mit den Worten: »Die Rechtsextremisten machen auch offenbar vor der Polizei nicht mehr halt! Meine Mitarbeiter wurden in der Silvesternacht gezielt und massiv angegriffen. Im Raum steht neben einer Vielzahl von Delikten wie Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte der

Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs.«

Eine maßgebliche Rolle hinsichtlich der Eskalation von Gewalt wird der radikalen Neonazi-Partei »Die Rechte« zugeschrieben. Die Partei des aus Hamburg stammenden Neonazis Christian Worch hatte sich 2012 gegründet und diente nach dem Verbot der Kameradschaft »Nationaler Widerstand Dortmund« durch das Landesinnenministerium als Auffangbecken zahlreicher Kader. Bei der Kommunalwahl im Mai 2014 errang »Die Rechte« in Dortmund Sitze im Stadtrat und in Bezirksvertretungen. Nach dem Wahlerfolg wollte ein großer Tross von Neonazis die Party im Rathaus besuchen und provozieren. Viele waren einheitlich in gelben T-Shirts mit Parolen gegen das Verbot der Kameradschaft gekleidet. Gegendemonstranten und Lokalpolitiker versperrten der neonazistischen Gruppe am Wahlabend spontan den Weg. Es kam zu wilden Rangeleien, Neonazis attackierten die Rathaus-Verteidiger, die Polizei brauchte einige Zeit, um Herr der Lage zu werden.

Eine neue Qualität der Bedrohung stellen fingierte Todesanzeigen für engagierte Menschen in Nordrhein-Westfalen dar. Auch Dortmunder Journalisten waren 2015 betroffen. Unbekannte veröffentlichten zum Beispiel via Twitter eine falsche Todesanzeige mit dem Satz »Wir freuen uns mitteilen zu können das Peter bald von uns geht« und unterzeichneten mit »Der Nationale Widerstand«. In anderen Fällen hieß es »Danke einer weniger!« oder »Sein Tod wird für uns Deutsche alle ein Freudentag sein«. Der betroffene Redakteur der *Ruhr-Nachrichten*, Peter Bandermann, war bereits zuvor von Neonazis verfolgt worden, Farbbeutel flogen gegen sein Wohnhaus. Die Ermittlungen verliefen ergebnislos, man fand die Täter nicht. Im Juli 2015 flogen bei einer ähnlichen Gelegenheit Böller auf ein Team des WDR. Auch der sachkundige und engagierte Internet-Blog »Ruhrbarone« geriet immer wieder ins Visier von Neonazis.

Nicht immer blieb es bei virtuellen Drohungen. Ab Februar 2016 wurde über die »HJ Wassenberg« verhandelt. Fünf Jugendliche einer WhatsApp-Chatgruppe, die sich nach der »Hitlerjugend« (HJ) und ihrem Heimatort benannten, hatten sich vor dem Amtsgericht Heinsberg zu verantworten. In der Gemeinde südwestlich von Mönchengladbach kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu Bedrohungen, Sprühaktionen und Gewalttaten. Mehrfach wurden eine alternative Rock-Kneipe im Ort oder deren Besucher attackiert, dann wurde es ruhiger, denn die regionale »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) war aufgrund ihrer Militanz verboten worden. Ältere Neonazis gründeten Familien und zogen sich zurück. Heran wuchs eine neue Generation Rechtsextremer, von denen sich einige »HJ Wassenberg« nannten. Ab Winter 2014 kam es erneut zu Vorfällen.

Ausgerechnet am 27. Januar 2015, dem Holocaust-Gedenktag, griffen rechtsextreme Jugendliche an einem ihrer Treffpunkte, einem kleinen Busbahnhof, drei Asylbewerber aus einer benachbarten Unterkunft an. Eines der Opfer wurde aus der Gruppe heraus mit einem Schlagstock, Quarzhandschuhen, Fäusten und Tritten mit Stahlkappenschuhen traktiert und erlitt Verletzungen an Kopf und Knie. Später wurde bekannt, dass der Tat seit Dezember Pöbeleien, Bedrohungen und Gewalttaten vorausgegangen waren. Die fünf Täter wurden angeklagt, einer von ihnen gab auf seinem Facebook-Profil 2015 als Beruf an: »Sturm-Führer bei der SS bei Adolf Hitler«. Ein anderer zeigte sich mit Hakenkreuz und gab damit an, mit der rechtsterroristischen Vereinigung »Combat 18« zu sympathisieren.

Die Opferberatung Rheinland (OBR) betreute während des Prozesses die Angegriffenen. Für sie im Zeugenstand sei gerade das provokante Verhalten der Angeklagten und deren Kameraden eine Belastung gewesen. »Lachend und feixend präsentieren sie sich im Gerichtssaal und stellten teilweise ihre extrem

rechte Gesinnung durch Kleidung offen zur Schau«, hieß es dazu weiter. Die Lokalzeitung stellte fest, bei den Angeklagten sei »von Ernsthaftigkeit, Respekt vor dem Gericht oder ehrlicher Reue […] nichts zu spüren«. Selbst bei Aussagen traumatisierter Opfer sei dies so gewesen, teilte die Nebenklage mit. Das Jugendschöffengericht verurteilte vier der Angeklagten zu Jugendstrafen, ausgesetzt zur Bewährung. Der fünfte Neonazi erhielt eine neunmonatige Haftstrafe.

Parallel zum Reker-Verfahren begann vor dem Hagener Landgericht am 31. Mai 2016 der Prozess um einen Brandanschlag im sauerländischen Altena. In dem Haus waren sieben Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien untergebracht. Anfang Oktober 2015 hatten ein 25-jähriger Feuerwehrmann und ein 24-jähriger Metallarbeiter aus Altena Feuer gelegt, weil sie, so ihre Angaben, fürchteten, von immer mehr ankommenden Flüchtlingen angegriffen zu werden. Die beiden Täter waren in das Haus eingebrochen und hatten auf dem Dachboden der Unterkunft Feuer gelegt. Es blieb über Stunden bei einem Schwelbrand, die zwei asylsuchenden, syrischen Familien wurden darauf aufmerksam, bevor die Feuerwehr zum Löschen anrückte. Sie hätten das Haus nur unbewohnbar machen wollen, hieß es vonseiten der Verteidigung.

Nebenklagevertreter Rechtsanwalt Mehmet Daimergüler warf den Ermittlungsbehörden nachlässige Arbeit vor. So sei es den Tätern möglich gewesen, Einträge auf ihren Handys zu löschen. Erst auf Druck der Opferanwälte wurden die verbliebenen und rekonstruierbaren Daten auf den Geräten genauer untersucht. Eine rechte Gesinnung wurde laut Medienbericht des WDR durch Hitlerbilder und Hakenkreuze erkennbar.

Diskrepanzen gab es im Altena-Prozess auch zwischen zuständiger Staatsanwaltschaft und dem Landgericht; Letzteres schloss eine Verurteilung wegen versuchten Mordes zunächst nicht aus, während die Ankläger nur vorsätzliche schwere Brandstiftung forderten. Letztlich wurde der Haupttäter Mitte September 2016 wegen schwerer Brandstiftung zu sechs Jahren und sein Komplize zu fünf Jahren Haft verurteilt. Ein Tötungsvorsatz konnte nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden.

Im Juli fiel das Urteil in einem der aufsehenerregendsten Prozesse des Jahres 2016. Für den Angriff auf Henriette Reker und vier ihrer Wahlhelfer wurde Frank S. vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu einer Haftstrafe von 14 Jahren verurteilt. Sein Anwalt legte Revision ein – der Fall geht vor den Bundesgerichtshof.

Mitarbeit: Michael Klarmann

Chronik Januar 2016

01.01. Leipzig (SN) Neonazis bewerfen in der Silvesternacht Menschen mit Böllern und beschimpfen sie. Dabei wird eine Person leicht verletzt.

01.01. Burg (ST) Eine Gruppe Deutscher jagt zwei Männer, die laut Augenzeugen augenscheinlich »Ausländer« sind. Sie umringt einen von ihnen und verprügelt ihn. Ein türkischer Familienvater, der eingreifen will, wird ebenfalls zusammengeschlagen. Als er bereits am Boden liegt, treten die Angreifer weiter auf ihn ein.

01.01. Burg (ST) Ein 35-jähriger Mann spricht eine Familie aus Bosnien auf rassistische Weise an und schlägt einem 22-Jährigen eine Bierflasche auf den Kopf.

01.01. Berlin-Lichtenberg (BE) Ein 31-jähriger Mann beleidigt einen 42-jährigen Taxifahrer rassistisch und würgt ihn.

01.01. Barmbek-Süd (HH) Ein Unbekannter bedroht eine Personengruppe ohne erkennbaren Grund mit einer Brechstange. Er beschimpft sie als »Neger« und sagt: »Ich bin Deutscher. Heil Hitler!«

01.01. Leverkusen (NW) In der Nacht schießen fünf Männer Böller auf eine Flüchtlingsunterkunft. Das Sicherheitspersonal wird beschimpft und massiv bedroht. Bei der Festnahme der Tatverdächtigen im Alter zwischen 17 und 31 Jahren wird ein Beamter verletzt.

01.01. Garbenheim (HE) Ein Unbekannter wirft einen Böller durch das geöffnete Fenster einer Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge. Dieser explodiert in unmittelbarer Nähe eines Bewohners und zerstört eine Deckenlampe.

01.01. Untergermaringen (BY) Eine Personengruppe ruft einer anderen Gruppe rassistische Beschimpfungen und Parolen zu. Einer der Täter wirft einen Böller in die Gruppe und trifft einen 29-Jährigen an der Wange.

01.01. München (BY) Im Januar wird eine Person nach einer Demonstration des örtlichen Pegida-Ablegers angegriffen und mit einem Messer verletzt. Zum Schutz des Opfers wird das genaue Datum nicht öffentlich gemacht.

02.01. Ibbenbüren (NW) Zwei Jugendliche randalieren vor einer Polizeiwache, beleidigen die Beamten und zeigen den Hitlergruß.

02.01. Köln (NW) Unbekannte bewerfen eine Flüchtlingsunterkunft mit Pyrotechnik. Dabei geht eine Scheibe zu Bruch. Die eingesetzte Leuchtfackel ist mit einem Pegida-Aufkleber beklebt. In Tatortnähe werden ein 21- und ein 25-jähriger Tatverdächtiger festgenommen.

02.01. Burscheid (NW) Eine Person beschießt mit einer unbekannten Waffe eine Flüchtlingsunterkunft.

03.01. Pirna (SN) Fünf unbekannte Personen greifen einen 25-jährigen Syrer an. Sie schubsen und treten ihn. Mit einem abgeschlagenen Flaschenhals schlagen sie zu. Der junge Mann trägt Schnittwunden am Hals und im Gesicht davon.

03.01. Spremberg (BB) Auf einer Feier beleidigt ein Rechter einen 19-Jährigen rassistisch und greift ihn körperlich an.

04.01. Dresden (SN) Mutmaßliche Pegida-Teilnehmer verletzen einen Slowaken.

04.01. Berlin-Treptow (BE) In der Nacht greift ein Unbekannter einen Geflüchteten an.

04.01. Berlin-Marzahn (BE) Ein Unbekannter greift aus rassistischer Motivation eine 28-jährige schwangere Frau an und verletzt sie.

04.01. Bottrop (NW) Unbekannte brechen einen Wohncontainer für Geflüchtete auf und legen Feuer. Der Brand erlischt von selbst. Das Containerdorf ist zu dieser Zeit noch unbewohnt.

04.01. Delbrück (NW) Ein Unbekannter schießt, vermutlich mit einer Luftdruckwaffe, auf eine Flüchtlingsunterkunft.

04.01. Dreieich (HE) Ein Unbekannter schießt mit scharfer Munition mehrere Male aus einem Auto auf eine Flüchtlingsunterkunft. Dabei wird ein schlafender Mann am Bein verletzt. Vier Monate später nimmt die Polizei einen 27-jährigen Tatverdächtigen fest. Sie ermittelt gegen ihn wegen Verdachts des versuchten Mordes, Hinweise auf ein fremdenfeindliches Motiv gäbe es bislang nicht.

05.01. Birkenwerder (BB) Eine Person beleidigt einen 47-jährigen Marokkaner rassistisch und greift ihn körperlich an.

06.01. Guben (BB) Unbekannte werfen in der Nacht eine Bierflasche durch das Fenster einer Unterkunft für geflüchtete Menschen. Die Glassplitter der eingeworfenen Scheibe fliegen bis auf die Schlafplätze der Bewohner.

06.01. Berlin-Marzahn (BE) Ein Unbekannter attackiert aus rassistischer Motivation eine 28-jährige schwangere Frau. Dies ist bereits der zweite Angriff innerhalb von zwei Tagen auf die Betroffene.

07.01. Zwickau (SN) Ein unbekannter Autofahrer steuert seinen Wagen in eine Gruppe »ausländischer Fußgänger«. Um nicht vom Auto erfasst zu werden, müssen sie zur Seite springen.

07.01. Halle (ST) Ein Unbekannter beleidigt einen 21-jährigen Nigerianer rassistisch. Dann schlägt er ihm ins Gesicht.

07.01. Lohfelden (HE) In der Nacht sticht ein unbekannter Radfahrer einen Flüchtling von hinten mit einem Messer nieder. Verletzt schleppt sich der 22-Jährige zu einer Straßenkreuzung und bricht dort zusammen. Ein vorbeifahrender Autofahrer hält an und alarmiert den Rettungsdienst.

08.01. Frankfurt (Oder) (BB) Ein unbekannter Mann schneidet einem Erasmus-Studenten aus Ägypten den Weg ab. Er gibt sich als Polizeibeamter aus und fordert die Ausweispapiere. Dann beleidigt er den Studenten rassistisch und schlägt ihm mehrfach ins Gesicht. Ein Zeuge schreitet ein. Der Täter entfernt sich mit zwei Begleiterinnen unerkannt. Das Opfer erleidet mehrere Jochbeinbrüche und weitere Verletzungen im Gesicht und an der Hand.

08.01. Berlin-Friedrichshain (BE) Ein Autofahrer beleidigt eine 38-Jährige rassistisch. Er steigt aus seinem Auto, schlägt und tritt die Frau. Als sich eine Zeugin einmischt, flieht der Täter.

08.01. Stralsund (MV) Zwei Männer beleidigen vor einem Hotel, in dem Flüchtlinge untergebracht sind, einen Mann rassistisch. Sie schlagen ihm gegen Kopf und Oberkörper und zerstören sein Mobiltelefon. Das Opfer kann sich losreißen und zu einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes fliehen. Dieser weigert sich, einen Krankenwagen zu rufen.

08.01. Ascheberg (NW) Unbekannte zünden vor einer Flüchtlingsunterkunft eine mit brennbarer Flüssigkeit gefüllte Flasche an.

08.01. Günzburg (BY) Eine Gruppe Jugendlicher randaliert vor einer Asylunterkunft. Sie werfen Fahrräder um und reißen einen Zaun ein.

09.01. Erfurt (TH) Ein 42-jähriger Mann legt einen Brandsatz vor einer Flüchtlingsunterkunft ab. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes kann das Feuer löschen.

09.01. Anklam (MV) Fünf Männer greifen eine Frau und einen Mann aus dem Iran an. Sie beleidigen das Paar rassistisch und schlagen mit einer abgeschlagenen Flasche auf den Mann ein, der eine blutende

Wunde davonträgt. Die Täter fliehen mit einem Auto.

09.01. Neubrandenburg (MV) Im Vorfeld einer Demonstration der AfD schlägt in der Innenstadt ein Mann mit einer Deutschlandfahne einen Gegendemonstranten.

09.01. Mönchengladbach (NW) Zwei ältere Männer greifen mit ihren Hunden einen 24-Jährigen an. Sie grölen NS-Parolen, stoßen den Mann zu Boden und bedrohen ihn.

09.01. Köln (NW) Teilnehmer einer Pegida-Demonstration werfen mehrfach Flaschen, Steine und Böller auf Journalisten und Polizeibeamte.

10.01. Bad Waldsee (BW) Zwei junge Männer werfen Feuerwerksraketen durch das geöffnete Fenster einer Asylunterkunft. Der Bewohner des Zimmers verliert nach den Explosionen das Bewusstsein. Er wird durch Mitbewohner gerettet, die den Brand im Zimmer löschen. Einer der Täter soll zuvor in einer Chatgruppe geschrieben haben: »Ich will Deutschland wieder deutsch machen. Also lass mich eine Waffe kaufen und damit spielen. Ich will alles was nicht deutsch ist wegmachen.« Der andere Täter posierte für ein Foto mit Hitlergruß.

10.01. Raesfeld (NW) Ein Unbekannter schlägt die Fensterscheibe einer noch unbewohnten Flüchtlingsunterkunft ein, schüttet Brandbeschleuniger hinein und entzündet ein Feuer. Dann flüchtet er auf einem Fahrrad.

10.01. Köln (NW) Rocker, Hooligans und Türsteher schlagen in der Altstadt vermeintliche Flüchtlinge zusammen. Dabei werden sieben Personen verletzt, zwei davon schwer. Die Angreifer hatten sich zuvor in einer geheimen Facebook-Gruppe verabredet. Sie wollten sich für die sexistischen Übergriffe in der Kölner Silvesternacht am Hauptbahnhof rächen.

10.01. Geroldsgrün (BY) Etwa fünf Personen betreten eine Flüchtlingsunterkunft und rufen lautstark »Polizei!« Dann treten sie eine Zimmertür ein und entfernen alle Sicherungen aus dem Sicherungskasten.

11.01. Dresden (SN) Rechte Personen beschimpfen zwei israelische Studenten und schlagen sie. Dann zerstören sie die Fensterscheibe eines orientalischen Spezialitätengeschäfts.

11.01. Leipzig (SN) Über 250 Neonazis randalieren im linksalternativen Stadtteil Connewitz. Sie greifen Geschäfte, Kneipen, Wohnhäuser und Passanten an. Die Täter zünden Pyrotechnik und stecken Mülltonen in Brand. Sie sind für diesen Angriff auf einen ganzen Stadtteil bundesweit angereist. Die Polizei kann 211 Angreifer einkesseln.

11.01. Freiberg (SN) Drei Unbekannte drücken einen 18-jährigen Syrer zu Boden, schlagen und treten auf ihn ein.

11.01. Leipzig (SN) Am Rande einer »Legida«-Demonstration greift eine Frau eine Journalistin an.

11.01. Merseburg (ST) Teilnehmer einer AfD-Demonstration greifen einen Fotografen an. Die Versammlung steht unter dem Motto: »Asylchaos stoppen – Grenzen sichern«.

11.01. Gößnitz (TH) In der Nacht werfen zwei dunkel gekleidete Personen Steine auf eine Flüchtlingsunterkunft.

11.01. Berlin-Tiergarten (BE) Zwei Sicherheitsmitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Soziales schlagen und treten aus rassistischer Motivation zwei Flüchtlinge.

11.01. Berlin-Tiergarten (BE) Während einer Demonstration des örtlichen Pegida-Ablegers »Bärgida« wirft ein 45-jähriger Teilnehmer eine Flasche in Richtung eines 61-jährigen Gegendemonstranten.

11.01. Rutesheim (BW) Ein Unbekannter bricht die Hintertür eines Mehrfamilienhauses auf und legt Feuer. Das Haus ist zu diesem Zeitpunkt unbewohnt, da es dort sechs Tage zuvor bereits gebrannt hatte. Die Bewohner waren Deutsche, EU-Bürger und seit Anfang des Monats auch eine syrische

Flüchtlingsfamilie.

11.01. Duisburg (NW) Zwei Teilnehmer einer Pegida-Demonstration greifen am Hauptbahnhof einen 18-Jährigen mit dunkler Hautfarbe an und verletzen ihn schwer. Die Polizei kann die Tatverdächtigen noch während der Abschlusskundgebung festnehmen.

12.01. Salzwedel (ST) Unbekannte werfen einen Brandsatz durch das Fenster eines linksautonomen Zentrums. Ein Bewohner kann das Feuer löschen.

12.01. Mattstedt (TH) Ein Unbekannter schlägt das Küchenfenster des örtlichen Bürgermeisters ein und wirft Pyrotechnik in das Haus. Der Mann und seine Frau setzen sich ehrenamtlich für geflüchtete Menschen ein. Zum Tatzeitpunkt halten sich Kinder und die Schwiegermutter des Bürgermeisters im Haus auf.

12.01. Berlin-Tiergarten (BE) Ein Sicherheitsmitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Soziales beleidigt eine schwangere, geflüchtete Frau rassistisch und schubst sie.

13.01. Zwickau (SN) Ein Unbekannter wirft einen Stein auf das Haus der Oberbürgermeisterin.

13.01. Halle (ST) Zwei Männer geben sich als Fahrkartenkontrolleure aus und schikanieren vier junge Männer, die kein Deutsch sprechen, in der Straßenbahn. Eine Studentin, die ins Geschehen eingreift, wird beschimpft und geschlagen.

13.01. Erfurt (TH) Nach einer Demonstration der Partei AfD greifen Neonazis mehrere Gegendemonstranten an. Mindestens zwei Menschen werden dabei verletzt.

13.01. Jena (TH) Zwei Männer überfallen Geflüchtete aus Afghanistan vor ihrer Unterkunft. Einer der Täter ist vermummt, beide sind mit Teleskopschlagstöcken bewaffnet. Das Landeskriminalamt geht von einem politischen Tatmotiv aus.

13.01. Berlin-Tiergarten (BE) Ein Sicherheitsmitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Soziales beleidigt einen 20-jährigen Flüchtling, bespuckt und schlägt ihn.

13.01. Hammerbroock (HH) Ein Mann greift aus »fremdenfeindlicher« Motivation zwei Menschen an.

13.01. Farmsen-Berne (HH) Drei Männer beschimpfen einen Mann »ausländerfeindlich«. Einer wirft dem Betroffenen eine Flasche gegen den Rücken.

14.01. Naunhof (SN) Unbekannte werfen eine Bierflasche durch das Küchenfenster einer Flüchtlingsunterkunft.

14.01. Dorstadt (NI) Drei unbekannte Männer sprechen einen 22-jährigen Flüchtling an, ob er Arabisch spreche. Nachdem dieser bejaht, wird er geschubst, zu Boden gestoßen und geschlagen. Einer der Täter sagt zu ihm: »Mit dir machen wir jetzt das Gleiche, was du mit denen in Köln gemacht hast.«

14.01. Offenburg (BW) Zwei Männer, die mit ihrem Auto an einer Flüchtlingsunterkunft vorbeifahren, feuern mit einer Schreckschusspistole mehrere Schüsse ab. Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat aus. Die mutmaßlichen Täter hätten gegenüber den Beamten angegeben, nichts davon gewusst zu haben, dass sich in der Nähe ein Flüchtlingsheim befindet.

14.01. Rostock (MV) Eine Person rempelt einen jungen Mann so stark an, dass er gegen seine hochschwangere Frau stolpert. Als er den Angreifer daraufhin anspricht, wird er rassistisch beleidigt.

15.01. Hennigsdorf (BB) In einem Supermarkt beleidigt ein Mann zwei kenianische Frauen rassistisch und bedroht sie mit einer Waffe. Auch ein 45-jähriger Mann, der sich dem Angreifer entgegenstellt, wird mit der Waffe bedroht. Beim Verlassen des Marktes zeigt der Angreifer den Hitlergruß.

15.01. Neustadt (BB) Ein deutscher Bewohner verwehrt einer 29-jährigen Somalierin den Zutritt zu einem Mehrfamilienhaus, in dem auch Geflüchtete wohnen. Dabei stößt er der Frau mehrfach vor die Brust und beschimpft sie.

15.01. Jena (TH) Zwei Männer sprechen einen irakischen Asylbewerber an und stoßen ihn. Es kommt zu einer Rangelei, in deren Verlauf einer der Angreifer dem Mann mit einem Messer durch die Hand sticht.

15.01. Berlin-Hohenschönhausen (BE) Fünf Männer betreten das Gelände einer Flüchtlingsunterkunft und schlagen mit einem Hammer eine Fensterscheibe ein. Ein Sicherheitsmitarbeiter wird durch Glassplitter verletzt.

15.01. Berlin-Tiergarten (BE) Eine 44-jährige Frau und ein 21-jähriger Mann beleidigen eine Nachbarin rassistisch. Sie versuchen das Kopftuch der Frau herunterzureißen und schlagen sie.

15.01. Berlin-Marzahn (BE) Ein unbekannter Mann bedroht aus rassistischer Motivation mehrere Kinder, die in einer Flüchtlingsunterkunft leben. Die Kinder fliehen in einen Supermarkt.

15.01. Oberhausen (NW) Unbekannte legen unterhalb eines Gastanks der im Bau befindlichen Flüchtlingsunterkunft Feuer. Die Feuerwehr kann den Brand löschen.

15.01. Dortmund (NW) Zwei Personen pöbeln drei Menschen rassistisch an und verletzen einen von ihnen.

15.01. Neustadt a.d. Waldnaab (BY) Unbekannte beschädigen die Eingangstür einer Flüchtlingsunterkunft.

15.01. Soyen (BY) Unbekannte setzen eine unbewohnte Unterkunft für Geflüchtete in Brand. Das Feuer erlischt von selbst, beschädigt jedoch zehn Container.

16.01. Bautzen (SN) Zwei Männer beschimpfen Vertreter des Bündnisses »Bautzen bleibt bunt«. Sie werfen deren Informationsstand um und verstreuen das Werbematerial.

16.01. Chemnitz (SN) Drei maskierte Männer verfolgen drei Migranten. Die Betroffenen suchen Schutz in einem Dönerimbiss. Die Angreifer dringen in den Laden ein und attackieren nun zudem auch den Inhaber.

16.01. Großdubrau (SN) Unbekannte legen in einer ehemaligen Flüchtlingsunterkunft Feuer. Der genaue Tatzeitpunkt ist unklar. Die Polizei geht von rechtsmotivierter Brandstiftung aus.

16.01. Karlsdorf-Neuthard (BW) Ein Unbekannter wirft einen Stein durch die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft.

16.01. Detmold (NW) Aus einer Gruppe mehrerer männlicher Jugendlicher wird vor einer Flüchtlingsunterkunft mit einer Luftdruckwaffe geschossen.

17.01. Altenberg (SN) Am Rodelhang taucht ein junger Mann auf, der einen Stahlhelm mit Hakenkreuz trägt und sich einen »Hitlerbart« rasiert hat. Er beleidigt zwei junge Männer aus Afghanistan und schlägt einem der beiden mit dem Helm gegen den Kopf. Als dieser zu Boden geht, attackiert der Angreifer ihn weiter. Passanten gehen dazwischen. Der Täter zeigt den Hitlergruß und geht davon.

17.01. Berlin-Lichtenberg (BE) In der S-Bahn schlagen mehrere Männer aus rassistischer Motivation einen Flüchtling. Der Betroffene steigt aus der Bahn. Die Täter folgen ihm. Zeugen schreiten nicht ein.

17.01. Berlin-Mitte (BE) Sechs Männer beleidigen zwei Männer und eine Frau rassistisch. Sie rempeln einen Betroffenen an und schlagen den anderen.

17.01. Kirch Grambow (MV) Unbekannte werfen die Scheiben eines Wohnhauses ein, in dem auch Flüchtlinge aus Syrien wohnen.

17.01. Lalendorf (MV) Unbekannte werfen die Scheiben einer Flüchtlingseinrichtung ein, in der Kinder zwischen 13 und 17 Jahren untergebracht sind.

17.01. Gelsenkirchen (NW) In der Nacht zünden Unbekannte mehrere Kinderwagen in einem Mehrfamilienhaus an. Im Gebäude wohnen unter anderem syrische Flüchtlinge.

17.01. Gescher (NW) Unbekannte dringen in eine Flüchtlingsunterkunft ein und zünden eine

Feuerwerksbatterie.

17.01. Brensbach (HE) Drei Unbekannte dringen in eine Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge ein. Dort beschimpfen sie die Jugendlichen, greifen sie mit Stöcken an und verletzen sie.

18.01. Luckenwalde (BB) Ein Rechter beschimpft einen 20-jährigen Flüchtling aus Syrien rassistisch und greift ihn körperlich an.

18.01. Berlin-Marzahn (BE) Rund 15 Neonazis, teilweise vermummt, bedrohen Pressevertreter, die über eine Kundgebung berichten.

19.01. Brandenburg an der Havel (BB) Zwei Männer beschimpfen einen kamerunischen Studenten in der Straßenbahn. Sie fragen, was er in Deutschland zu suchen habe, und bedrohen ihn mit dem Tod. Einer der Täter versucht dem Studenten zwei Finger in den Mund zu stecken. Sie fotografieren und filmen ihr Opfer mit dem Mobiltelefon. Keiner der Mitreisenden greift ein oder ruft die Polizei.

19.01. Sollstedt (TH) Ein unbekannter Mann greift einen Bulgaren an. Er schlägt auf ihn ein, auch als das Opfer bereits am Boden liegt.

19.01. Horn (HH) Ein Mann droht einem anderen mit: »Du Scheiß Ausländer, du Asylbewerber, ich schieße dir ins Bein.« Dann schlägt er mit einer Handfeuerwaffe auf den Kopf des Opfers ein.

19.01. Saarbrücken (SL) Eine Frau beleidigt eine andere in einem Dönerimbiss mit den Worten: »Ich kotze, wenn ich dich sehe, zieh dein Kopftuch aus, du bist hier in meinem Land.« Dann schlägt sie der Betroffenen mit der Faust ins Gesicht.

19.01. Ense (NW) Ein Unbekannter feuert mehrere Schüsse auf eine Flüchtlingsunterkunft ab. Zur Tatwaffe macht die Polizei keine Angaben.

20.01. Templin (BB) Drei Männer überfallen die Leiterin eines Deutschkurses für Flüchtlinge. Sie schütteln und bedrängen sie und beschädigen ihr Mobiltelefon. Die Täter hinterlassen NPD-Propagandamaterial.

20.01. Jena (TH) Nach einer Demonstration der AfD greift ein Sympathisant der Partei einen Gegendemonstranten an. Erst sprüht er ihm Reizgas ins Gesicht, dann tritt er auf den am Boden Liegenden ein.

20.01. Marl (NW) Unbekannte zünden ein Vereinsheim an, in dem am kommenden Tag Flüchtlinge einziehen sollen. Wochen zuvor protestierten Eltern, deren Kinder auf eine angrenzende Schule gehen, gegen die Unterbringung. Am Tag vor dem Brand wurden Hakenkreuze auf das Gebäude gemalt.

20.01. Bad Münstereifel (NW) In der Nacht werfen Unbekannte einen Stein gegen die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft.

21.01. Saalfeld (TH) Zwei Männer beleidigen eine Gruppe Flüchtlinge. Als daraufhin einer der Betroffenen sich diesen in den Weg stellt, schlagen die beiden ihm ins Gesicht.

21.01. Berlin-Marzahn (BE) Sechs Neonazis bedrängen acht Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft und verfolgen sie von einer Bushaltestelle bis zu ihrer Unterkunft.

21.01. Bergisch-Gladbach (NW) Drei Männer, die sich vor einer Kneipe aufhalten, greifen einen Fahrrad fahrenden Flüchtling an. Einer der Täter setzt einen Schlagring ein.

22.01. Ulm (BW) Drei angetrunkene Männer pöbeln an einer Bushaltestelle einen »Mann mit Migrationshintergrund« an. Sie sagen, sie seien Nazis, und rufen nationalsozialistische Parolen. Der Betroffene ignoriert die drei und geht weiter. Die Neonazis pöbeln und verpassen ihm Schläge mit einer Flasche in den Rücken. Sie flüchten mit einem Auto.

22.01. Harsewinkel (NW) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine unbewohnte Flüchtlingsunterkunft.

22.01. Fulda (HE) In der Nacht schlagen mehrere Rocker einen 40-jährigen Flüchtling vor einer Gaststätte zusammen. Er wird zu Boden gestoßen, geschlagen und getreten. Anschließend flüchten die Tatverdächtigen zu Fuß in einen nahe gelegenen Rocker-Club. Dort nimmt die Polizei später sieben Mitglieder der Vereinigung fest.

23.01. Dresden (SN) 25 Fußballfans greifen einen Tunesier, seine drei Begleiter und einen irakischen Ladenbesitzer an. Sie schlagen mit Fäusten und einem Ladenaufsteller zu.

23.01. Dresden (SN) Unbekannte beleidigen zwei »asiatisch aussehende« Männer am Hauptbahnhof rassistisch. Sie schlagen einen der beiden nieder und treten ihm, während er am Boden liegt, in das Gesicht.

23.01. Frankfurt (Oder) (BB) Unbekannte beleidigen zwei junge Männer aus Eritrea aus rassistischen Motiven und greifen sie an.

23.01. Barsinghausen (NI) Unbekannte legen im Rohbau eines Flüchtlingsheims Feuer. Sie hinterlassen geöffnete Gasflaschen, die durch eine Explosion das Gebäude in die Luft hätten sprengen können. Die eintreffende Feuerwehr kann den Brand löschen und die Gasflaschen rechtzeitig aus dem Haus entfernen.

23.01. Berlin-Charlottenburg (BE) Zwei unbekannte Männer beleidigen einen 22-Jährigen und eine 23-Jährige rassistisch. Sie versuchen den Mann mit einer Bierflasche zu schlagen, der Betroffene kann ausweichen. Die Täter zeigen den Hitlergruß und fliehen.

24.01. Tübingen (BW) Ein angetrunkener Mann randaliert in einer Gaststätte und ruft »Heil Hitler«. Er muss von der Polizei unter Zwang aus dem Lokal gebracht werden und wird in Gewahrsam genommen.

24.01. Viereck (MV) Vier bis fünf Männer rufen vor einem Haus, in dem fünf syrische Flüchtlinge leben: »Go back home to Syria«, und beschädigen die Eingangstür. Dann werfen sie mehrere Bierflaschen in eine Fensterscheibe.

24.01. Borken (MV) Unbekannte werfen einen Molotowcocktail gegen eine Schweißerwerkstatt. Der Besitzer rief Tage zuvor die Polizei, weil er sich von Neonazis, die im Ort lautstark feierten, belästigt gefühlt hatte.

24.01. Stellingen (HH) Ein Mann wird »fremdenfeindlich« angesprochen, festgehalten und geschlagen.

24.01. Speyer (RP) Zwei Jugendliche schießen mit einer Schreckschusswaffe vor einer Flüchtlingsunterkunft.

25.01. Zeithain (SN) Sechs Männer greifen sieben Flüchtlinge mit einem Baseballschläger, einem Samurai-Schwert und Bierflaschen an. Zuvor fallen Beleidigungen wie »Ausländer raus«. Die Angreifer jagen ihre Opfer mit »Kill you«-Rufen durchs Dorf. Ein Flüchtling wird durch Schläge mit dem Baseballschläger leicht verletzt, die anderen fünf können fliehen.

25.01. Naumburg (ST) Zwei Männer im Alter von 31 und 38 Jahren beleidigen einen Reisenden mit dunkler Hautfarbe auf dem Bahnsteig rassistisch. Sie bedrängen ihn aggressiv. Einem Zugbegleiter, der dem Opfer hilft, versetzen sie einen Kopfstoß.

25.01. Guben (BB) Zwei rechte Jugendliche beleidigen einen 16-jährigen Schüler und seine Schwester rassistisch. Dann schlägt einer der Rechten den Jungen zu Boden und tritt mehrfach auf ihn ein.

25.01. Velen-Ramsdorf (NW) Unbekannte werfen einen Stein durch die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft. Ein Bewohner wird durch den Angriff am Bein getroffen und verletzt.

25.01. Witten (NW) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine noch unbewohnte Flüchtlingsunterkunft und hinterlassen Nazi-Parolen.

26.01. Salzwedel (ST) Ein Rechter schlägt einem »alternativen« Jugendlichen vor einem Tattoostudio die

Nase blutig.

26.01. Heilbronn (BW) Ein Unbekannter zündet vor einer Unterkunft für Asylbewerber Feuerwerkskörper an und wirft Glasflaschen gegen das Gebäude.

26.01. Stralsund (MV) Ein Unbekannter greift einen Stralsunder »mit türkischer Herkunft« auf offener Straße an. Die Polizei geht von einem rechten Tatmotiv aus.

26.01. Pasewalk (MV) Unbekannte greifen in der Nacht eine Flüchtlingsunterkunft an. Sie beschädigen die Eingangstür und zerstören mit einer Bierflasche eine Fensterscheibe. In der Wohnung dahinter wohnt eine Familie.

27.01. Magdeburg (ST) Teilnehmer einer Demonstration der AfD attackieren aus der Menge heraus Journalisten mit Reizgas.

27.01. Hannover (NI) Neonazis beleidigen Personen, die sie als politische Gegner ausmachen, in der Innenstadt und schlagen dann mit Quarzhandschuhen zu.

27.01. Schmölln (TH) Eine Gruppe von 15 Jugendlichen beleidigt zwei Flüchtlinge rassistisch. Dann greifen sie die beiden mit Reizgas an. Die Flüchtlinge rennen davon, werden aber von den Tätern verfolgt. Dem einen schlagen sie ins Gesicht, dem anderen werfen sie eine Flasche hinterher und treffen ihn am Kopf.

27.01. Wettenberg (HE) Unbekannte werfen Steine auf eine Flüchtlingsunterkunft.

28.01. Kirchhundem (NW) Ein Unbekannter legt in einer unbewohnten Flüchtlingsunterkunft Feuer.

29.01. Bahren (SN) Unbekannte werfen mehrere Schottersteine auf eine Flüchtlingsunterkunft.

29.01. Leipzig (SN) Unbekannte versuchen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Brand zu setzen. Das Feuer erlischt von selbst.

29.01. Leipzig (SN) Fünf bis sieben Personen versuchen mit einem selbst gebauten Sprengsatz eine geplante Flüchtlingsunterkunft anzuzünden.

29.01. Magdeburg (ST) Fünf bis sechs Jugendliche beleidigen ein Paar mit »Ausländer raus«-Rufen. Menschen, die helfen wollen, werden von der Gruppe verprügelt.

29.01. Hannover (NI) Neonazis jagen Personen, die sie als politische Gegner ausmachen, durch die Innenstadt. Sie schlagen und treten zu. Einer der Neonazis zieht ein Messer. Die Auseinandersetzung wird durch eingreifende Passanten beendet.

29.01. Berlin-Neukölln (BE) Ein Unbekannter schießt mit einem Luftdruckgewehr gegen das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

29.01. Heidelsheim (BW) Eine Gruppe von vier bis fünf jungen Männern schlägt und tritt zwei Geflüchtete. Als eine Anwohnerin verbal einschreitet, flüchten die Täter.

29.01. Ihringen (BW) Ein unbekannter Mann wirft Schottersteine auf den jugendlichen Sohn einer Flüchtlingsfamilie. Er ruft Parolen wie »Scheiß Ausländer« und »Ich hasse alle Ausländer!«. Der Junge flüchtet ins Haus. Der Täter wirft weiter Steine hinter ihm her. Dabei zerstört er eine Glasscheibe am Haus.

29.01. Gütersloh (NW) Ein Unbekannter wirft eine Bierflasche gegen eine Flüchtlingsunterkunft und beschädigt Fahrräder mit einer Eisenstange.

30.01. Großröhrsdorf (SN) Ein Unbekannter beleidigt einen Asylsuchenden und schlägt ihm ins Gesicht.

30.01. Salzwedel (ST) Drei Vermummte springen aus einem Auto und überfallen ein junges Paar. Mit Stöcken schlagen die Angreifer dem Mann auf Kopf und Oberkörper. Fälschlicherweise halten sie ihn für einen ihnen bekannten »alternativen« Jugendlichen, dessen Namen sie mehrfach rufen. Als sie ihren Irrtum bemerken, drohen sie den Opfern im Falle einer Anzeige mit weiterer Gewalt. Der Betroffene

muss sich mit einem Schädel-Hirn-Trauma, mehreren Kopfplatzwunden und drei gebrochenen Fingern stationär im Krankenhaus behandeln lassen. Einer der Angreifer ist laut Polizeiermittlungen ein stadtbekannter Rechter.

30.01. Magdeburg (ST) Zwei Fußballfans beschimpfen einen Flüchtling und zwei Frauen. Dann treten sie auf den Mann ein.

30.01. Rostock (MV) Nach einer rassistischen Kundgebung greifen mehrere vermummte Rechte zwei Personengruppen, die sich an Gegenprotesten beteiligen, an. Zwei Betroffene müssen medizinisch behandelt werden.

30.01. Steinberg-Deckenhardt (SL) Drei Männer provozieren vor einem Flüchtlingsheim. Einer von ihnen ist mit einem Baseballschläger bewaffnet.

30.01. Duisburg (NW) Pegida-Anhänger greifen einen Infostand von »Duisburg stellt sich quer« in der Innenstadt an. Sie bewerfen die Menschen mit Gegenständen und schlagen mit Fäusten zu.

30.01. Wißmar (HE) Unbekannte werfen Steine auf eine Flüchtlingsunterkunft.

30.01. Senden (BY) Ein Mann nähert sich mit einem Messer in der Hand einer Flüchtlingsunterkunft. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes halten die Eingangstür geschlossen. Der Angreifer tritt dagegen und wirft ein Fahrrad gegen ein abgestelltes Auto. Bei seiner Festnahme durch die Polizei leistet der Täter massiven Widerstand. Den Beamten sagt er, dass er in die Unterkunft eindringen wollte, um sich für die Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens in Berlin zu rächen. Diese Tat ist laut Polizei frei erfunden.

31.01. Chemnitz (SN) Drei vermummte Männer werfen Steine in die Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

31.01. Heilbronn (BW) Ein Unbekannter versprüht Reizgas in einem Wohngebäude, in dem auch Flüchtlinge untergebracht sind. Sechs Bewohner müssen daraufhin mit Atemwegsbeschwerden in umliegende Krankenhäuser gebracht werden.

31.01. Neunkirchen (SL) Unbekannte werfen zwei Molotowcocktails in den Hof einer Moschee.

Der neue Kampf um die Straße.

Rechte Hooligans wüten in Leipzig

Der Angriff dauerte keine fünf Minuten. Er endete so unerwartet, wie er begann, und hinterließ eine Schneise der Zerstörung. Sie zog sich auf 150 Metern durch die Wolfgang-Heinze-Straße, die längs durch den Leipziger Stadtteil Connewitz führt. Das Viertel am südlichen Ende der Stadt gilt als alternativ. Am frühen Abend des 11. Januar 2016 aber hatten über 200 Neonazis und rechte Hooligans diese Straße kurze Zeit für sich allein. In der Dunkelheit schlugen sie kaputt, was immer sie erwischen konnten, die Fensterscheiben von rund 20 Geschäften und Lokalen. »Hooligans, Hooligans«-Rufe schrillten laut. Und immer wieder »Scheiß Zecken« oder »Sieg heil«. Lauter als die Parolen und die Autoalarmanlagen, die reihum ansprangen, klang der Krach der vielen Böllerschläge. »Connewitz wird eben mit Kärcher gereinigt«, heißt es kurz darauf bei Twitter. Absender der Meldung ist die Leipziger NPD. Die rechte Szene wird diesen Januarabend noch ausgiebig feiern.

Tatsächlich handelte es sich um eine der größten und gewalttätigsten Neonazi-Attacken der jüngsten Zeit in Deutschland, und offenbar war sie gut vorbereitet. Die Angreifer kamen mit Autos, eigenen und geliehenen, die sie recht versteckt in kleinen Seitenstraßen am Rande des Stadtteils abstellten. Von dort aus zog der Pulk, durchgängig schwarz und anonym gekleidet, zu Fuß los.

»Das sah ja erst mal aus wie irgendeine Demo«, berichtet eine Anwohnerin, die zu dem Zeitpunkt zufällig aus dem Fenster sah. Demonstrationen sind in Connewitz so ungewöhnlich nicht, »aber die hier waren mucksmäuschenstill«. Ruhig blieb der Trupp zunächst noch, als ein junger Mann auf dem Fußweg stehen blieb, um zu sehen, wer da vorbeizog. Unvermittelt wurde ihm daraufhin in die Magengrube geschlagen.

Über Seitenstraßen gelangte die Gruppe schließlich auf die Wolfgang-Heinze-Straße und sammelte sich vor einem kleinen Park. Auf Kommando ging es richtig los: »Bereit«, habe jemand gerufen, und: »Los jetzt!« Schon setzte sich die Menge in Bewegung. Es war 19.20 Uhr, als die Verwüstung begann. Einige Männer trugen ein Transparent mit der Aufschrift »Leipzig bleibt helle«. Geklaut bei einer Gemeinde, die sich der von der berühmten Thomaskirche initiierten Lichterkette gegen Rassismus angeschlossen hatte.

Heimlich gefilmte Videoaufnahmen zeigen später, dass beim Überfall in Connewitz gezielt vorgegangen wurde: Mit Steinen und Knüppeln wurde im Spaziergangstempo sorgfältig fast jede erreichbare Scheibe zertrümmert, zahlreiche Geschäfte demoliert. Es traf Bäcker, Friseur und Optiker ebenso wie Waschsalon, Videothek, Elektronik- und Musikgeschäft. In mehreren Kneipen, die heftig attackiert wurden, verbarrikadierten sich die Gäste eilig aus Angst um ihr Leben in den hinteren Räumen. Die Angreifer zogen weiter.

Am schwersten verwüstet wurde ein Dönerimbiss: Die Angreifer drangen in den Verkaufsraum ein, raubten die Kasse mit den Tageseinnahmen und warfen schwere Böller. Die Wucht eines Sprengsatzes ließ Teile der Deckenverkleidung herabstürzen. Wenige Meter neben dem Imbiss erlosch nur durch Zufall die reichlich verfeuerte Pyrotechnik hinter dem Schaufenster eines Buchladens. Ein Rauchtopf flog durch die geschlossene Scheibe einer Privatwohnung. Auf ein anderes Wohnhaus wurde Signalmunition

geschossen, der Dachstuhl fing Feuer. Mehrere kleine Brände konnten von der Feuerwehr gelöscht werden.

Fast hätten die Angreifer das Connewitzer Kreuz erreicht, einen zentralen Platz in Leipzig. Dort hätten sie sich in alle Himmelsrichtungen zerstreuen oder in einem weiten Bogen zurück zu ihren Autos laufen können. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Um 19.30 Uhr traf die Polizei ein. Die Menge machte kehrt, lief ohne große Hektik in die entgegengesetzte Richtung zurück und bog in die schmale Auerbachstraße ein, die geradewegs zu einem kleinen Polizeiposten führt. Eintreffende Beamte hatten keine Mühe, dem vermummten Rollkommando dort den Weg abzuschneiden. Wenigen Neonazis und Fußball-Hooligans gelang die Flucht.

Genau 214 Männer und eine Frau, die teils auf lange »Karrieren« in der rechtsextremen Szene zurückblicken, wurden an Ort und Stelle festgesetzt. Einige Beteiligte hatten Sturmhauben, Mundschutz, Handschuhe, Knüppel, Messer und dunkle Jacken noch schnell weggeschmissen, bevor die Polizei erschien. Der Angriffstrupp war anonym schwarz uniformiert aufgetreten. Zum Vorschein kam nun buntere Kleidung mit üblichen rechten Szene-Labels oder in den Farben namhafter Fußballvereine. Durch den »Klamottenwechsel« soll eine individuelle Zuordnung der jeweiligen Straftaten bei den Ermittlungen erschwert werden.

Was an diesem Januarabend in Leipzig zusammenfand, war eine Mischung aus radikaler Neonazi- und gewaltbereiter Hooligan-Szene, eine kaum mehr auseinanderzuhaltende Schnittmenge, die in den letzten Jahren häufiger vereint zuschlug. Rund 1500 gewaltbereite Fußballfans der sogenannten Kategorien B und C zählen Behörden allein in Sachsen, wovon knapp 300 zugleich der extremen Rechten angehören sollen. Die polizeiliche Einstufung unterteilt Stadiongänger wie folgt: Als »Kategorie A« werden »normale Fußballfans« bezeichnet; »B« steht für die Gruppe der »gewaltbereiten« und »C« für die »gewaltsuchenden« Fans, damit sind in den häufigsten Fällen Hooligans gemeint. Die zumeist männlichen Anhänger suchen eine Form zivilen Ungehorsams, um dem »langweiligen Spießerdasein« wenigstens für ein paar Stunden zu entfliehen. Rowdytum als Variante gewalttätigen Protests. Sehr viel Hass ist im Spiel.

Um 1900 wurden mit dem Begriff in Großbritannien noch Straßenkriminelle beschrieben. Frühe Anhänger kamen vor allem aus der sogenannten Unterschicht. In der Vergangenheit ging es vor allem um Zuschauerausschreitungen im Zusammenhang mit Fußballspielen. Es gab sogenannte Ehrenkodexe. Die Kämpfe dienten als Ventile zum Frustabbau. Heute geht es kaum noch direkt um den Zusammenhang zum Spiel, vor allem jüngere Männer aller Milieus fühlen sich angezogen, auch werden verstärkt Waffen eingesetzt. Hooligans pflegen Hass gegen Anhänger anderer Vereine, aber auch gegen Minderheiten. Sie zelebrieren ihre Lust an Gewalt offensiv. Der Wissenschaft zufolge gilt Hooliganismus als gewalttätige Subkultur, deren Aktionismus auf keiner ideologischen Grundlage basiert. Mit dem Boom der Skinheadkultur seit den achtziger Jahren verschmolzen jedoch die Szenen. Inzwischen gelten viele Hooligans als rechtsradikal.

Im Umkehrschluss bedeutet das: Von den mehr als 2500 bekannten sächsischen Rechtsextremisten hat ungefähr jeder Zehnte Anschluss an entsprechende Fanszenen. Diese Mischung stellt ein schlagkräftiges Potenzial dar. Fußballschläger mit rassistischem Hintergrund sind gewohnt, im Illegalen zu operieren, sie kennen konspirative Kommunikationsmittel und sind ungehemmt aggressiv. Das Phänomen ist nicht neu, aber weit aktionistischer als bisher angenommen. Nach Lageeinschätzungen der Polizei und Beobachtungen szenekundiger Journalisten sind rechte »Hools« seit Anfang 2015 bei

Versammlungen von Pegida in Dresden und einigen der Ableger in Orten wie Leipzig in einer Stärke aufgelaufen, die ihr theoretisches Personenpotenzial um ein Mehrfaches übersteigt.

In Connewitz hat ein neonazistisches Spektrum mit Hooligan-Verstärkung zugeschlagen, welches unter anderem aus Berlin, Dresden oder Gera kam. Darunter waren rechte Anhänger von mindestens sieben verschiedenen Fußballvereinen wie Lokomotive Leipzig, Dynamo Dresden, Carl-Zeiss-Jena, dem Chemnitzer FC oder dem Halleschen Fußballclub. Obwohl sie zum Teil als verfeindet gelten, machte anscheinend ein gemeinsames Ziel das konzertierte Vorgehen möglich.

Der Angriffstag war ein Montag, also ein »Legida«-Tag. »Legida« ist die Leipziger Variante von Pegida. Am 11. Januar 2016 gab es etwas zu feiern: Seit genau einem Jahr gingen in der internationalen Messestadt Leipzig Wutbürger und Rechtsextremisten für nationalistische Ziele gemeinsam auf die Straße. Während die großen Proteste in den meisten Städten bald abebbten, konnte sich Legida im Schatten der Dresdner behaupten. Sachsen sicherte sich damit eine zweifelhafte Vormachtstellung innerhalb der bundesdeutschen rassistischen Straßenbewegung. Zum Jahrestag des einjährigen Bestehens stieg allerdings auch der zivilgesellschaftliche Gegenprotest wieder an. Tausende Menschen zeigten Flagge gegen Fremdenfeindlichkeit, die Einsatzkräfte der Polizei konzentrierten sich ganz auf dieses Geschehen. Zeitgleich mit der Auftaktkundgebung von Legida mit über 3000 Teilnehmern im Innenstadtbereich startete der Angriff in Connewitz.

Auf der Legida-Bühne standen an diesem Abend zwei Musiker der Bremer Rechtsrockband »Kategorie C« (KC) . Sie sangen »Leipzig gegen Salafisten«, eine Abwandlung der eigenen Randale-Hymne »Hooligans gegen Salafisten«. Begehrteste Rednerin in Leipzig war die damalige Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling. Ihre Rede gipfelte in dem oft zitierten Satz: »Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würde sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen, aus den Pressehäusern prügeln.«

Von Beginn an hatte es bei den sogenannten Abendspaziergängen an Montagen Angriffe gegen Journalisten und Fernsehteams gegeben, die augenscheinlich von schwarz gekleideten, zum Teil vermummten Hooligans ausgingen. Die Hamburgerin Festerling heizte die Stimmung routiniert ein. Einen Aufruf zur Gewalt wollte die ermittelnde Staatsanwaltschaft Leipzig in ihren Sätzen jedoch nicht erkennen, die Ermittlungen wurden eingestellt. Im September 2015 hatte die Polizei eine Legida-Versammlung ganz abgebrochen, nachdem sich Hooligans erneut an die Spitze des Aufzuges gesetzt hatten. Das passierte nicht zum ersten Mal, dieses Mal aber flogen Flaschen auf Gegendemonstranten und Polizisten.

Legida-Organisatoren und Leipziger Hooligans hatten sich längst arrangiert. Teilnehmern wurde gar ein Geleitschutz durch die »Sportfreunde von Lok Leipzig« angeboten. Der Fußballverein verwahrte sich gegen diese Vereinnahmung, distanziert sich bis heute. Doch die rassistische Straßenbewegung in Leipzig verzichtet nicht auf die Aggressoren. Angesichts der starken Gegenproteste in Leipzig hieß es zum Beispiel im Internet, man brauche die Hooligans, um das »Volk vor der Antifa« zu beschützen. Nahezu obsessiv wird immer wieder in den sozialen Netzwerken betont, dass der Feind im Stadtteil Connewitz beheimatet sei. So lautet zum Beispiel ein Eintrag bei Legida: »In Leipzig heißt es AUSMISTEN: Rathaus, Polizeispitze, Antifa, Ahmadiyya-Sekte, Parteienfilz, Connewitz!«

Als der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz kurze Zeit nach dem Angriff warnte: »Es herrscht Pogromstimmung«, hagelte es Hassbriefe und auch Morddrohungen gegen ihn. Zuvor war bei der Legida schon Stimmung gegen den leitenden Beamten gemacht worden. Der CDU-Mann, so die gestreute Legende, sei ein »ganz Linker«, der sich mit den Antifaschisten aus Connewitz verbündet habe. Polizist

Merbitz hatte sich am 11. Januar selbst an der Lichterkette von Menschen beteiligt, deren Transparent Rechtsextreme kurz darauf klauten und in Connewitz wie zum Hohn vor sich hertrugen. Vor der Randale habe es in sozialen Netzwerken unverhohlene Gewaltaufrufe gegeben. Aus dem Umfeld neonazistischer Kameradschaften wurde zum »Sturm auf Leipzig« geblasen, verbunden mit der Forderung an die Polizei: »Entscheidet euch am Montag, zu wem ihr steht, ansonsten seid ihr eines Tages mit vorm Gericht!«

Der Angriff auf den Stadtteil Connewitz ist fast beispiellos, auch, weil er einem alten Mythos galt, entstanden noch zu DDR-Zeiten. Wie vielerorts mangelte es auch im Leipziger Süden an Wohnraum. Die knappe Bausubstanz verfiel so stark, dass an Sanierungen nicht mehr zu denken war. Die letzte Fünfjahresplan-Perspektive hieß plump: Leerzug, irgendwann Abriss, dann Neubebauung im Plattenbaustil. Die Wende 1989/90 kam dem Plan zuvor. In einige der maroden Häuser waren inzwischen Jugendliche eingezogen. Sie nannten das »Instandbesetzungen« und wurden mehr oder weniger geduldet. Dass einige der wilden Projekte die Wendewirren überlebten, prägte für lange Zeit das Image des Stadtteils als alternativ und rebellisch. Das zog schnell die »Faschos« an, wie sie damals in der Stadt genannt wurden. Im Oktober 1990 marschierten von weit her zusammengezogene Neonazis durch die Straßen des Stadtteils. Sie versuchten mit 150 Leuten alternative Hausprojekte zu stürmen. Der Sachschaden war immens, die Gegenwehr auch. Der Polizei gelang es schließlich, die Angreifer zu vertreiben – mit Schüssen aus einer Pistole.

Wann immer die rechtsextreme Szene in den Folgejahren versuchte, in Leipzig ein Bein auf den Boden zu bekommen, hatte sie – anders als in Dresden – mit massivem Protest zu rechnen. So wurde den Neonazis im Laufe der Zeit auch ein größeres NPD-Immobilienprojekt in der Odermannstraße durch anhaltende Aufklärungskampagnen und Veranstaltungen verleidet.

Der Angriff von Connewitz zeigt, wie selbstbewusst die Neonazi-Szene im Freistaat Sachsen agiert. Zwar konnte die NPD ihren propagierten »Kampf um die Parlamente« nach dem gescheiterten Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag 2014 nicht fortsetzen, doch sie wich gemeinsam mit Anhängern der Kameradschaftsszene aus auf die Straße.

Mehr als 700 rechtsextreme und rassistische Veranstaltungen gab es im Jahr 2015 sachsenweit, mehr als überall sonst in Deutschland und mehr als jemals zuvor in der Geschichte des Bundeslandes. Über 200 rechte Gewalttaten wurden in dem Jahr offiziell registriert, mehr als doppelt so viel als noch im Jahr 2014. Opferberatungsstellen registrierten noch weit mehr Angriffe, doch so oder so ist Sachsen, bezogen auf die Bevölkerungsdichte, unangefochtener Spitzenreiter. Zwei mutmaßlich rechtsterroristische Vereinigungen wurden hier 2015 ausgehoben. Es waren die ersten seit der Selbstenttarnung des mordenden NSU 2011. So war es wohl auch kein Zufall, dass die Rechtsterroristen vom NSU hier 13 Jahre lang unentdeckt leben konnten. Ihr Netzwerk von unterstützenden Kameraden und Kameradinnen ging weit über die Verstecke in Chemnitz und Zwickau hinaus.

Das Zentrum der neuen rechten Protestbewegung liegt in Dresden. Dort entlud sich neonazistische Gewalt zunächst. Mitte Juni 2015 stürmte eine 20-köpfige Gruppe Neonazis den Alaunpark, gelegen in der Neustadt, einem Stadtteil, der gleich Connewitz den Ruf eines alternativ geprägten Viertels hat. Die Täter waren auf ein Kommando losgerannt und schlugen offenbar wahllos sechs Jugendliche zusammen. Drei Beteiligte wurden gut ein Jahr später zu Bewährungsstrafen verurteilt. Sie hatten im Prozess angegeben, sich bei Pegida-Versammlungen kennengelernt und sich dann der »Freien Kameradschaft Dresden« angeschlossen zu haben. Zwei von ihnen waren auch dabei, als Ende August 2015 eine Asylunterkunft in Dresden-Stetzsch mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen wurde.

Die heftigsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen fanden im Sommer 2015 in der Kleinstadt Heidenau im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge statt. Die Neonazi-Szene legte ihren Fokus auf den nur wenige Kilometer von Dresden entfernten Ort. Um zu verhindern, dass geflüchtete Menschen in eine für sie eingerichtete Unterkunft einziehen konnten, zettelten Rechtsextreme und Hooligans eine spektakuläre Straßenschlacht an.

Während der massiven Angriffe gegen Flüchtlingsheime in Sachsen blieb es in Leipzig ruhig. Die größte Stadt im Freistaat mit über 570 000 Einwohnern gilt vielen als weltoffener und attraktiver als die historisch geprägte, etwas biedere Landeshauptstadt Dresden. Beide Städte könnten verschiedener nicht sein – auch aus politischer Sicht. Während sich zu den Pegida-Aufmärschen über 20 000 Anhänger fast ohne Gegenproteste tummelten, konnten die rechten Legida-Märsche nur mühselig überdauern. Auch die inhaltlichen Zielsetzungen wechselnder Organisatoren differenzierten sich gegenüber dem Vorbild Pegida. Während dort vor allem gegen die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgewiegelt wurde, wollte Legida zunächst die eigene Stadt »ausmisten«.

Je näher das Legida-Jubiläum im Januar 2016 rückte, desto expliziter wurden Drohungen aus der rechten Ecke – nachlesbar bei Facebook. So hieß es unter anderem: »geschulte Bürgerwehren« würden jeglichen Störungen durch Gegendemonstranten vorbeugen. Die Hooligan-nahe Webseite »Ultras & Hooligans für Deutschland« forderte »alle Patrioten Deutschlands« auf, gemeinsam »furchtlos auf der Straße in Leipzig« zu stehen.

Die neonazistische »Freie Kameradschaft Dresden«, deren Anhänger mehrfach in Dresden wüteten, rief in einem Beitrag »alle Mann nach Leipzig« und kündigte vielsagend »eine kleine Überraschung« an. Im Namen der »Brigade Halle« wurde zum »Sturm auf Leipzig« und einem »Rassekrieg« geblasen.

Das alles hätte frühzeitig Warnung sein können. Immerhin war die Polizei auf Ausschreitungen eingestellt. Doch für das, was da kommen sollte, habe es keinerlei Hinweise gegeben, beteuert das Innenministerium in Dresden auf Nachfrage der Linksfraktion im Sächsischen Landtag. Tatsächlich hatte sich das Landesamt für Verfassungsschutz im Vorfeld an das Leipziger Ordnungsamt und die Leipziger Polizei gewandt. In der internen Lageeinschätzung hieß es, eine »punktuelle Mobilisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene« sei zu verzeichnen. Mit der Anreise aus dem »gewaltbereiten Milieu und der Hooligan-Szene« wurde demnach gerechnet. Die Sicherheitskräfte hielten zehn schwere Wasserwerfer, Spezialfahrzeuge der Polizei, in der Innenstadt bereit. Doch der wirkliche Hotspot rechter Gewalt lag vier Kilometer südlich.

Diese Distanz reichte, um binnen weniger Minuten 26 Geschäfte und etliche Autos zu demolieren. Der Gesamtsachschaden des Angriffs beläuft sich auf viele zehntausend Euro. Die Tatverdächtigen, die im Kessel landeten, verstanden offensichtlich ihr Handwerk. Von den mutmaßlich Beteiligten war der jüngste gerade 15, der älteste knapp 50 Jahre alt. Die meisten stammen aus Leipzig, Dresden und dem jeweiligen Umland, manche waren bereits bei Ausschreitungen dort sowie in Freital und Heidenau 2015 aufgefallen.

Mehrere der Angreifer von Connewitz befanden sich zum Tatzeitpunkt nur mit Bewährungsauflagen auf freiem Fuß. Sie gehören Neonazi-Gruppierungen wie der zwei Monate später verbotenen Kameradschaft »Weiße Wölfe Terrorcrew« oder der bereits zehn Jahre zuvor verbotenen Berliner »Kameradschaft Tor« an. Allein sieben Männer, vornehmlich aus dem Raum Dresden und der Sächsischen Schweiz, wurden den berüchtigten »Skinheads Sächsische Schweiz« oder, nach deren Verbot im Jahr 2001, einer ihrer mutmaßlichen Nachfolgeorganisationen zugerechnet. Vertreten waren auch Sympathisanten des im Jahr 2000 verbotenen »Blood & Honour«-Netzwerks sowie der ähnlich

ausgerichteten konspirativen Bruderschaft »Hammerskin Nation«. Auch Parteianhänger waren am Angriff beteiligt, unter anderem aus den Reihen von NPD und »Die Rechte«.

Mehrere Personen werden der »Terrorcrew Muldental« (TCM) zugerechnet. Gegen die Kameradschafts-ähnliche Clique aus dem Leipziger Umland wurde jahrelang wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Das Verfahren wurde im Frühjahr 2015 eingestellt. In den letzten Jahren seien auch keine TCM-Aktivitäten mehr zu verzeichnen gewesen, so das sächsische Innenministerium. Bekannt geworden war die TCM im Oktober 2009, nachdem rund 50 Neonazis und Hooligans in Brandis (Landkreis Leipzig) ein Bezirksklasse-Fußballspiel des Vereins »Roter Stern Leipzig« stürmten und Fans wie Spieler verletzten. Dieser Fußballverein ist eine Gründung aus der linksalternativen Szene, das Vereinslokal »Fischladen« ist in Connewitz zu finden – am 11. Januar 2016 war es eines der ersten Geschäfte, auf das die Angreifer eindroschen. An dem Abend in Connewitz sind auch zwei Männer beteiligt, die wegen ihrer Beteiligung an der Brandiser Attacke verurteilt worden waren.

Beteiligt waren vor allem auch Hooligans der rechten Fangruppen »Scenario Lok« aus Leipzig und »Faust des Ostens« aus Dresden. Offiziell existieren beide Organisationen nicht mehr. Unter den Tätern mit Fußball-Bezug sind halbprofessionelle Kampfsportler, die für private Sicherheitsdienste arbeiten oder dem Türsteher-Milieu angehören. Auch Verbindungen zu Rockerclubs zeichnen sich ab. Enthemmte Gewalterlebnisse, wie sie in Sachsen bisweilen vorkommen, haben ihren Reiz offenbar über die Grenzen der klassischen braunen Szene hinaus.

215 Tatverdächtige haben sich für den Angriff zu verantworten, ihnen wirft die ermittelnde Staatsanwaltschaft besonders schweren Landfriedensbruch vor. Darauf stehen zwischen sechs Monate und zehn Jahre Haft. Zuständig ist das auf politisch motivierte Straftaten spezialisierte »Operative Abwehrzentrum«. Bernd Merbitz ist Leiter der 2013 eingerichteten Stelle. Doch obwohl der Hauptteil der mutmaßlichen Angreifergruppe festgesetzt werden konnte, sei die Beweislage schwierig, heißt es aus Ermittlerkreisen. Die Rechtsprechung ist streng und eine Verurteilung nur möglich, wenn jeder Einzelne nicht nur anwesend, sondern auch nachweisbar eigenhändig an Tathandlungen beteiligt war.

Festgenommen wurde nur ein mutmaßlicher Angreifer, wenn auch in anderer Sache: Spezialkräfte der Bundespolizeieinheit GSG 9 verhafteten im April 2016 einen 38-Jährigen in Dresden. Er soll der Bürgerwehr »Freital« angehört haben, gegen die wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt wird. Die Angreifer von Connewitz konnten nach Prüfung ihrer Personalien zurück zu ihren Autos gehen. In manchen davon war, gut sichtbar, Pyrotechnik gelagert, in einem Fahrzeug gar eine Axt, wie Aufnahmen des MDR zeigten.

»Festung Connewitz ist gefallen!«, jubilierte noch am selben Abend die rechtsextreme Szene im Internet. »Frontstadt Leipzig in Nazihand« und »Connewitz war nur der Anfang«, hieß es da, teils illustriert mit Bildern der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA). Im mittelsächsischen Döbeln entstand ein anonymes Wandbild: »11.1.16 – Strassenterror is coming home«.

Mitarbeit: Felix Korsch

Chronik Februar 2016

01.02. Leipzig (SN) Der Teilnehmer einer Demonstration des örtlichen Pegida-Ablegers »Legida« greift einen Journalisten an.

01.02. Berlin-Marzahn (BE) Ein unbekannter Mann fährt aus rassistischer Motivation einen elfjährigen Jungen vor einem Supermarkt mit seinem Fahrrad an.

01.02. Berlin-Hohenschönhausen (BE) Ein unbekannter Mann bedroht ein neunjähriges Mädchen rassistisch. Als sich zwei Frauen vor das Mädchen stellen, verpasst der Täter der einen Frau einen Faustschlag gegen den Kopf und stößt die andere Frau, die schwanger ist.

01.02. Düsseldorf (NW) Zwei Dutzend Angreifer attackieren die Gründungsversammlung von »Garath stellt sich quer«. Die Täter kommen von einer Kundgebung der extrem rechten Partei »Republikaner«. Sie schlagen, treten, werfen Flaschen und bedrohen Menschen. Einer der Angreifer ist mit einem Billardqueue bewaffnet.

01.02. München (BY) Am Rande einer Pegida-Demonstration greifen Neonazis eine Person tätlich an. Zum Schutz des Opfers wird das genaue Datum nicht öffentlich gemacht.

02.02. Chemnitz (SN) Ein unbekannter Täter greift einen sehbehinderten Menschen aufgrund seiner körperlichen Andersartigkeit mit einem Schlagstock an.

02.02. Krefeld (NW) In der Regionalbahn beleidigt ein älteres Pärchen eine Frau und ihr Kind rassistisch. Als die Mutter am Hauptbahnhof versucht, die beiden mit ihrem Mobiltelefon zu fotografieren, schlagen die Täter zu.

02.02. Oberhausen (NW) Unbekannte setzen drei Holzpaletten an einer Flüchtlingsunterkunft in Brand. Auf die Holzpaletten haben sie eine Gasflasche gestellt. Die Feuerwehr kann den Brand löschen und eine Explosion verhindern.

03.02. Dresden (SN) Mehrere Unbekannte greifen auf dem Albertplatz einen Tunesier an. Sie bedrohen ihn mit einem Messer und verletzen ihn am Kopf.

03.02. Chemnitz (SN) Zwei Personen bedrohen einen Geflüchteten mit einem Messer und schlagen zu.

03.02. Görzke (BB) Ein Mann hält eine 39-jährige Deutsche gegen ihren Willen in seiner Wohnung fest, beleidigt sie rassistisch und greift sie körperlich an.

03.02. Oberursel (HE) Sieben bis acht Personen halten mit einem Auto neben einem Fahrrad fahrenden Flüchtling an. Dann schlagen sie mit Stöcken und Fäusten auf ihn ein und klauen seinen Rucksack.

04.02. Regis-Breitingen (SN) Drei Unbekannte stechen mit einem Messer auf einen Asylsuchenden ein.

04.02. Warburg (NW) Ein Unbekannter verübt einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft.

05.02. Grimma (SN) Ein 20-jähriger Neonazi greift einen 19-jährigen Linken auf der Straße mit einem Messer an und verletzt ihn lebensgefährlich. Der Täter wird in Haft genommen.

05.02. Berlin-Mitte (BE) Der Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes schubst und schlägt eine Frau aus rassistischen Motiven.

05.02. Berlin-Mitte (BE) Ein Mann beleidigt zwei Geflüchtete in der S-Bahn und beschuldigt sie des Diebstahls. Er versucht die beiden zu schlagen, dann greifen andere Fahrgäste ein.

05.02. Schwerin (MV) Mehrere Personen beleidigen einen Mann rassistisch. Dann treten und schlagen

sie auf ihn ein.

06.02. Hardegsen (NI) Drei Unbekannte schlagen das Fenster eines Hauses, in dem sechs junge Flüchtlinge leben, ein. Einer von ihnen wird leicht verletzt. Am Gebäude findet die Polizei Aufkleber, die sich gegen Flüchtlinge richten.

06.02. Ortenberg (BW) Vier junge Männer, drei Deutsche und ein Türke, werfen Böller auf eine Flüchtlingsunterkunft. Einen Mann aus dem Irak, der aus dem Gebäude herauskommt, greifen sie an und bedrohen ihn mit einem Messer. Sie schlagen und treten zu, auch als das Opfer bereits am Boden liegt. Der Betroffene leidet seitdem an Panikattacken und Schlafstörungen.

06.02. Velgast (MV) In der Nacht versuchen Unbekannte in die Wohnung von Geflüchteten zu gelangen. Sie klingeln Sturm und schlagen gegen die Tür.

06.02. Landau (RP) Drei Männer greifen auf der Straße einen Flüchtling aus dem Irak an und verletzen ihn mit einem Messer.

06.02. Bocholt-Spork (NW) Aus einem Auto heraus schießen Unbekannte mit einer Schreckschusswaffe auf zwei Flüchtlinge.

07.02. Plauen (SN) Deutsche Hausbewohner werden gegenüber einer syrischen Mutter und ihren Kindern handgreiflich, sie beschimpfen sie und beschmieren die Wohnungstür.

07.02. Hainichen (SN) Unbekannte werfen zwei Bierflaschen gegen eine Flüchtlingsunterkunft.

07.02. Halle (ST) Ein Rechter beleidigt einen Jugendlichen mit dunkler Hautfarbe und schlägt ihm mehrfach ins Gesicht. Ein Fahrgast, der eingreifen will, wird von einem Begleiter des Angreifers daran gehindert.

07.02. Cottbus (BB) Vier Rechte greifen in einer Bahnhofsunterführung fünf Jugendliche aus rassistischen Motiven an. Polizeibeamte, die eingreifen, werden ebenfalls angegriffen.

07.02. Velgast (MV) Unbekannte Täter werfen die Fensterscheibe einer Wohnung ein, in der eine Familie aus Syrien lebt. Tage zuvor werfen Unbekannte Abfälle durch das Fenster dieser Wohnung und treten gegen die Tür.

07.02. Jüchen (NW) Unbekannte setzen den Keller einer ehemaligen Gaststätte in Brand, die als Flüchtlingsunterkunft dienen soll. Vier Jugendliche geben die Tat später zu, bestreiten jedoch einen rassistischen Hintergrund.

07.02. Bruck (BY) In der Nacht verteilen Unbekannte Zettel mit rassistischen Parolen und werfen eine Flasche gegen eine Flüchtlingsunterkunft.

07.02. Hirschau (BY) Ein 25-jähriger Familienvater wirft einen Molotowcocktail durch die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft. Zu diesem Zeitpunkt befindet sich ein Bewohner im Zimmer, der nicht verletzt wird. Der Täter kommt aus der Nachbarschaft und wird in Untersuchungshaft genommen.

07.02. Neugablonz (BY) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf ein Wohnhaus, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollen. In der Umgebung des Gebäudes werden Aufkleber der »Identitären Bewegung Deutschland« gefunden. Anwohner hatten zuvor Unterschriften gegen die Unterbringung der Menschen in dem Gebäude gesammelt.

07.02. Ingolstadt (BY) Ein Mann betritt ein Lokal in der Innenstadt und beleidigt drei Senegalesen, die sich dort aufhalten, rassistisch. Dann schlägt er einem der Männer mit der flachen Hand und dem anderen mit der Faust ins Gesicht.

07.02. Kaufbeuren (BY) Unbekannte brechen in ein Haus ein und setzen es in Brand. Das Gebäude sollte als Flüchtlingsunterkunft dienen.

08.02. Garbsen (NI) Unbekannte bewerfen die Küchenfenster einer Asylunterkunft mit zwei Ziegelsteinen. Es wird niemand verletzt.

08.02. Nordhausen (TH) Zwei Unbekannte schlagen die Scheibe einer Flüchtlingsunterkunft ein und attackieren danach einen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes von hinten. Zuvor sollen die Täter rassistische Parolen aus einem Auto gerufen haben.

09.02. Waltershofen (BW) Drei bis vier unbekannte Personen werfen einen Pflasterstein durch das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft. Glassplitter treffen eine Bewohnerin am Hinterkopf.

10.02. Erfurt (TH) Ein 26-jähriger Mann pöbelt in der Straßenbahn einen Tunesier an und schlägt auf ihn ein. Die herbeigerufene Polizei greift der betrunkene Angreifer ebenfalls tätlich an.

10.02. Erfurt (TH) Drei unbekannte Täter prügeln auf einen jugendlichen Afghanen ein und stechen mit einem Messer zu. Der 17-Jährige wird mit Stichwunden am Oberschenkel und einer Schädelprellung ins Klinikum gebracht.

10.02. Viernheim (HE) Ein Unbekannter schießt mit einer Schreckschusswaffe aus einem Auto mehrmals auf eine Flüchtlingsunterkunft.

11.02. Lahr (BW) Aus einem Auto heraus schießt ein Unbekannter mit einer Luftdruckwaffe auf eine Gruppe von vier Flüchtlingen.

11.02. Dresden (SN) Ein Neonazi beleidigt vier »alternative« Jugendliche als »Scheiß Zecken« und attackiert sie daraufhin. Eine Frau wird dabei verletzt.

11.02. Warburg (NW) Ein Unbekannter setzt die Fensterverkleidung einer unbewohnten Flüchtlingsunterkunft in Brand.

11.02. Kelheim (BY) Ein 22-jähriger Mann brüllt vor einer Flüchtlingsunterkunft rechte Parolen. Mit einer Machete bewaffnet, betritt er das Gebäude und versucht eine Wohnungstür einzuschlagen. Dann versucht er zwei Bewohner mit seiner Waffe zu schlagen. Die beiden können flüchten, der Angreifer folgt ihnen auf die Straße und wird von zwei Passanten überwältigt.

12.02. Rathenow (BB) Drei Männer verfolgen zwei Geflüchtete aus Syrien in der Nähe des Bahnhofs. Die Täter werfen mit einer Flasche nach ihnen.

12.02. Braunschweig (NI) Zwei Männer, die zuvor rassistische Aufkleber verkleben, schlagen und treten einen Mitarbeiter der »Sozialistischen Jugend – Die Falken«. Zudem versuchen sie dem Mann das Handy zu entreißen.

12.02. Mönchengladbach (NW) Mehrere rechte Hooligans und Neonazis greifen bei einer Pegida-Demonstration Gegendemonstranten an.

13.02. Merseburg (ST) Acht Rechte schreien in einem Supermarkt einen 20-Jährigen aus Mali an, was er in ihrem Land zu suchen habe, und drücken ihn gegen ein Regal. Vor dem Supermarkt zeigen sie den Hitlergruß und brüllen »Sieg Heil« und »Scheiß Zecken«. Dann greifen sie »alternativ« aussehende Jugendliche an. Schlagen zu und nehmen einen Jugendlichen in den Schwitzkasten.

13.02. Rathenow (BB) Drei Personen greifen in den frühen Morgenstunden zwei albanische Flüchtlinge an. Sie schlagen unmittelbar auf die Betroffenen ein und sprühen ihnen Reizgas ins Gesicht.

13.02. Aldenhoven (NW) Ein Unbekannter greift einen evangelischen Pfarrer vor dessen Haustür an. Er setzt Reizgas ein und schlägt ihm gegen den Kopf. Der Geistliche engagiert sich seit Langem für geflüchtete Menschen und erhielt in den vorangegangenen zwei Wochen Drohungen aus der rechten Szene.

14.02. Cottbus (BB) Ein unbekannter Täter greift aus rassistischer Motivation einen 18-jährigen Flüchtling aus Afghanistan an.

14.02. Peine (NI) Unbekannte werfen einen Blumentopf in das Fenster eines Wohnhauses, in dem zwei syrische Flüchtlinge leben. Hinter dem Fenster sitzt ein Bewohner, der unverletzt bleibt.

14.02. Dörnfeld (TH) Zwei Männer versuchen mit einem Messer und einer Eisenstange bewaffnet in eine Flüchtlingsunterkunft einzudringen. Die Bewohner schaffen es, die Täter daran zu hindern. Ein Syrer wird dabei verletzt.

14.02. Ahaus (NW) Zwei Männer schießen vor einer Flüchtlingsunterkunft mit einer Schreckschusswaffe. Dann dringen sie in das Gebäude ein und schießen auf einen Bewohner. Der Mann flüchtet verängstigt in sein Zimmer. Die Polizei nimmt in Tatortnähe einen 25-jährigen und einen 26-jährigen Mann fest. Beide sind angetrunken. Einer führt unberechtigt eine Schreckschusswaffe mit sich.

14.02. Bad Neustadt (BY) Ein Mann taucht mit einer Pistole und einem Messer bewaffnet vor einer Flüchtlingsunterkunft auf. Er versucht zwei Bewohner, die im Freien stehen, zu provozieren. Als weitere Mitbewohner dazukommen, flüchtet der Mann.

15.02. Bautzen (SN) Ein Unbekannter wirft Steine auf eine Flüchtlingsunterkunft.

15.02. Cottbus (BB) Drei Rechte werfen mit Flaschen auf die Teilnehmer der Demonstration »Cottbus bekennt Farbe«, die sich gegen eine NPD-Kundgebung richtet.

15.02. Frankfurt (Oder) (BB) Ein Rechter beschimpft zwei »alternative« Jugendliche und greift sie körperlich an.

15.02. Kahla (TH) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf den »Demokratieladen« und werfen Steine auf ein benachbartes SPD-Büro. Die Polizei geht von einem rechtsmotivierten Anschlag aus. Der »Demokratieladen« ist in der Vergangenheit immer wieder Ziel rechter Angriffe gewesen.

15.02. Bad Salzungen (TH) Zwei Jugendliche sprechen einen Mann aus Serbien auf seine Nationalität an. Dann verpasst ihm einer der beiden einen Schlag mit der Stirn ins Gesicht und bricht ihm dabei die Nase.

15.02. Berlin-Wedding (BE) Ein Mann beleidigt auf rassistische Weise einen 25-jährigen Flüchtling. Er bespuckt, tritt und bedroht das Opfer mit einem Messer. Als sich eine Zeugin einmischt, kann der 25-Jährige fliehen.

17.02. Halle (ST) Eine Frau beleidigt einen aus Kroatien stammenden Jugendlichen rassistisch. Ihr Begleiter schlägt den 17-Jährigen. Dann flüchten die beiden.

17.02. Ueckermünde (MV) Unbekannte beschädigen die Fensterscheibe eines Hauses, in dem vor allem Flüchtlinge untergebracht sind. Die Täter schießen vermutlich mit einem Luftgewehr.

18.02. Löbau (SN) Ein 16- und ein 26-Jähriger werfen zwei Brandsätze auf eine Flüchtlingsunterkunft.

18.02. Clausnitz (SN) Rund 100 Personen blockieren lautstark die Ankunft von Flüchtlingen im Ort. Diese sind verängstigt und wollen ihren Bus zunächst nicht verlassen. Die Polizei holt einzelne Flüchtlinge – darunter auch Kinder – mit körperlicher Gewalt aus dem Bus. Zwei Frauen kollabieren und müssen von einem Notarzt behandelt werden.

18.02. Merseburg (ST) Ein Unbekannter beleidigt drei syrische Flüchtlinge rassistisch und wirft eine Flasche nach ihnen. Er verfolgt die Gruppe und bedroht sie mit einem Metallwerkzeug.

18.02. Berlin-Tiergarten (BE) Ein Mann beleidigt mehrere Fahrgäste in der S-Bahn rassistisch. Ein 29-Jähriger, der daraufhin eingreift, wird von einem Neonazi angegriffen.

18.02. Unterensingen (BW) Unbekannte legen Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft. Die Polizei findet Spuren von Brandbeschleuniger am Tatort.

19.02. Radeberg (SN) Zwei Teilnehmer einer Anti-Asyl-Demonstration beleidigen zehn Gegendemonstranten und greifen sie an.

19.02. Winsen/Luhe (NI) Unbekannte legen Feuer in einem Mehrfamilienhaus, in dem Asyl suchende

Menschen untergebracht sind. Fünf Bewohner werden von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht.

19.02. Berlin-Reinickendorf (BE) Am Abend beleidigt ein unbekannter Mann einen 20-Jährigen rassistisch. Er schlägt und verletzt ihn.

19.02. Bad Doberan (MV) Ein Mann beleidigt einen Flüchtling rassistisch auf der Straße. Dann schlägt er zu.

20.02. Zwickau (SN) Sechs Hooligans schlagen in einem Zug einem Flüchtling ins Gesicht und würgen ihn. Ein weiterer wird von einem der Angreifer durch ein Abteil geschubst. Niemand der Mitreisenden greift ein. Erst als eine 24-jährige Studentin »Lass ihn in Ruhe« ruft und dazwischenspringt, lässt der Täter von seinem Opfer ab. Er klaut ihm jedoch noch seinen Rucksack.

20.02. Wehlen (SN) 15 Personen beschimpfen gegen Mittag eine Gruppe Wanderer am Bahnhof. Sie sagen: »So was hätte es unter dem Führer nicht gegeben.« Am Abend treffen die beiden Gruppen am Bahnhof erneut aufeinander. Diesmal werfen die Angreifer Steine aus dem Gleisbett und verabschieden sich mit einem Hitlergruß.

20.02. Flensburg (SH) Ein Unbekannter gießt eine ätzende Flüssigkeit durch das auf Kipp stehende Fenster einer Flüchtlingsunterkunft. Zwei Syrer, die zu diesem Zeitpunkt im Raum dahinter duschen, bekommen akute Atemprobleme und müssen sich erbrechen.

20.02. Östringen (BW) Ein Unbekannter wirft einen 2,5 Kilogramm schweren Betonbrocken durch die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft.

20.02. Denklingen (BY) Unbekannte zünden vor einem Gebäude, in dem syrische Flüchtlinge leben, einen Knallkörper. Die Polizei ermittelt wegen einer »Ordnungswidrigkeit nach dem Sprengstoffgesetz«.

21.02. Bautzen (SN) Unbekannte legen Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft. Anwohner bejubeln den Brand und behindern die Löscharbeiten der Feuerwehr massiv.

22.02. Leipzig (SN) Vier Männer rufen ein Taxi zum Thomaskirchhof. Als sie bemerken, dass der Fahrer nicht deutscher Herkunft ist, lehnen sie die Mitfahrt ab. Nach einer kurzen Diskussion schlagen sie dem Fahrer mit der Faust ins Gesicht.

22.02. Göttingen (NI) Zwei betrunkene 27 und 38 Jahre alte Männer beschimpfen in der Innenstadt einen aus dem Sudan stammenden Mann und schlagen ihm ins Gesicht. Kurz darauf beschimpfen sie im Bus einen Mann aus Kamerun als »Kanakenschwein« und greifen ihn ebenfalls an. Die Polizei vermutet Fremdenfeindlichkeit als Tatmotiv.

22.02. Grevesmühlen (MV) Am Rande einer rassistischen Demonstration rempelt ein Rechter einen Fotografen an und schlägt ihn.

22.02. Wallersdorf (BY) Am Abend dringen drei dunkel gekleidete Männer in eine Flüchtlingsunterkunft ein. Sie entleeren mehrere Feuerlöscher und bedrohen einen Bewohner mit einem Messer.

23.02. Moritzburg (SN) Unbekannte werfen einen Stein durch die Scheibe einer Flüchtlingsunterkunft, hinter der sich Menschen aufhalten.

23.02. Neuhaus am Rennweg (TH) An einer Tankstelle schlägt ein Neonazi einem Mann wegen seines »alternativen« Aussehens ins Gesicht.

24.02. Markranstädt (SN) Unbekannte werfen Gegenstände gegen das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

24.02. Bernburg (ST) Ein unbekannter Mann pöbelt Passanten an. Dann geht er auf einen 20-jährigen syrischen Flüchtling zu und tritt und schlägt ihn, während er ihn rassistisch beleidigt.

24.02. Kiel (SH) Unbekannte beschießen am Abend eine Flüchtlingsunterkunft mit Farbmunition.

24.02. Ellwangen (BW) Ein unbekannter Mann bedroht zwei syrische Flüchtlingskinder. Er tritt nach

ihnen und untersagt ihnen, auf der Straße zu spielen. Die beiden Kinder berichten, dass der Mann ein Messer bei sich trug.

24.02. Florstadt (HE) Unbekannte werfen Steine auf eine Flüchtlingsunterkunft und hinterlassen einen Zettel mit Äußerungen wie »Tötet Asylanten«.

25.02. Zwickau (SN) Ein Mann beschimpft von seinem Balkon aus eine Muslima mit frauenfeindlichen und rassistischen Sprüchen und wirft ein Glas nach ihr.

25.02. Cottbus (BB) Ein älterer Mann klebt rassistische NPD-Aufkleber an einen Ampelmast. Eine Passantin spricht ihn daraufhin an. Er beleidigt sie und schlägt ihr mit der flachen Hand ins Gesicht.

26.02. Cottbus (BB) Ein betrunkener Mann beschimpft drei Geflüchtete, die an einer Straßenbahnhaltestelle sitzen. Als diese nicht auf die Provokationen reagieren, hetzt er seinen Schäferhund auf die Männer. Zwei von ihnen beißt der Hund in die Oberarme und dem anderen ins Knie.

26.02. Storkow (BB) Drei Rechte greifen zwei Flüchtlinge aus Afghanistan körperlich an.

26.02. Stralsund (MV) Drei junge Männer beschimpfen zwei Jugendliche rassistisch. Dann schlagen sie einem 15-Jährigen zwei Mal mit einer Glasflasche gegen den Kopf. Der Betroffene erleidet Hämatome im Gesicht und eine Gehirnerschütterung.

27.02. Pirna (SN) Rund zehn Personen schlagen und treten einen Syrer.

27.02. Heidenau (SN) In einer Straßenbahn beleidigen und bedrängen rund 20 Personen mehrere Reisende, darunter vier Flüchtlinge. Nach der Ankunft am Bahnhof Heidenau werfen die Angreifer eine Flasche.

27.02. Berlin-Pankow (BE) Ein Neonazi greift einen 54-jährigen Imbissmitarbeiter an. Einen 24-jährigen Gast, der eingreift, attackiert er ebenfalls und beleidigt ihn rassistisch.

27.02. Wismar (MV) Zwei Personen bedrohen zwei Jugendliche und ihren Betreuer mit einem Messer und beschimpfen sie rassistisch. Der Betreuer stellt sich schützend vor die beiden Jugendlichen und wird daraufhin mehrfach ins Gesicht geschlagen. Dann zerstechen die Angreifer die Autoreifen des Betroffenen.

27.02. Merzalben (RP) Unbekannte versuchen eine geplante Flüchtlingsunterkunft niederzubrennen. Sie stecken die Außenfassade aus Holzschindeln in Brand.

28.02. Chemnitz (SN) Drei verkleidete Männer lassen sich von einem Taxifahrer mit Migrationshintergrund befördern. Nachdem sie gezahlt haben, schlagen zwei von ihnen auf den Fahrer ein. Die Angreifer grölen rassistische Parolen und zeigen den Hitlergruß.

28.02. Cottbus (BB) Zwei Unbekannte greifen einen 21-jährigen Flüchtling aus Syrien körperlich an.

28.02. Gransee (BB) Ein Mann beleidigt einen 22-jährigen Geflüchteten aus Eritrea rassistisch und greift ihn körperlich an.

28.02. Wittstock (BB) In einem Regionalzug zwischen Wittenberge und Wittstock zeigt ein 37-Jähriger den Hitlergruß und schlägt einem 67-jährigen Fahrgast auf den Rücken.

28.02. Finsterwalde (BB) Auf einer rechten Kundgebung bedrohen Teilnehmer einen Gegendemonstranten mit den Worten: »Wir kennen dich, wir werden heute noch zu dir kommen.« Stunden später werden vier Fenster in der Wohnung des Betroffenen durch Paintball-Munition zerstört.

28.02. Sonneberg (TH) In einem Mehrfamilienhaus, in dem unter anderem zehn Geflüchtete untergebracht sind, bricht im Dachstuhl Feuer aus. Die Polizei geht von einer vorsätzlichen Tat aus.

28.02. Hamm-Süd (HH) Zwei unbekannte Täter prügeln unvermittelt auf einen Taxifahrer ein. Sie bezeichnen ihn als »Scheiß Flüchtling«.

28.02. Greven (NW) In der Nacht werfen Unbekannte einen Böller durch das gekippte Fenster einer Flüchtlingsunterkunft. Durch die Explosion wird die Fensterscheibe zerstört.

28.02. Neuss (NW) Ein Unbekannter beschießt, vermutlich mit einem Luftdruckgewehr, die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft.

28.02. Rosellen (NW) Ein Unbekannter schießt mit einem Luftdruckgewehr auf eine Flüchtlingsunterkunft.

29.02. Friedrichshafen (BW) Ein Unbekannter wirft einen Stein in das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

Als Bürgerinitiative getarnt: Rechtsextreme Hetzer

Bei leichtem Schneefall steht der Hamburger NPD-Landesvorsitzende Thomas Wulff auf dem Kantplatz im Westen Neumünsters. Der Mann trägt eine lederne Arbeitermütze als Markenzeichen, angespannt wartet er auf Sympathisanten. Die Polizei hat den Platz an diesem Tag, dem 16. Januar 2016, hermetisch abgeriegelt. Ringsherum stehen Gegendemonstranten, die lautstark deutlich machen, dass sie den Neonazis nicht die Meinungsführerschaft überlassen wollen.

Immer wieder wird die Stadt Neumünster, in der Mitte Schleswig-Holsteins gelegen, zum Aufmarschzentrum der Braunen. NPD-Mann Wulff, der sich in Anlehnung an den berüchtigten SS-General Felix Steiner den Beinamen »Steiner« gegeben hat, beschwert sich lauthals bei der Polizei: Einige Leute, die zur Kundgebung wollten, seien nicht durch die Absperrungen gekommen, Beamte hätten sie weggeschickt. Wulff ist sauer.

Die Kommune mit rund 79 000 Einwohnern im nördlichen Bundesland gilt als empfänglich für rassistische Phrasendrescher. Seit 2013 hält die NPD einen Sitz im Rat der Stadt. Lange Jahre gab es mit dem »Club 88« einen Treffpunkt für Neonazis. Auch die Kneipe »Titanic« bietet dieser Szene einen Anlaufpunkt. Doch die Facebook-Gruppe »Neumünster wehrt sich« kann an diesem Tag keine hundert Menschen mobilisieren.

»Heute tolerant, morgen fremd im eigenen Land«, mit diesem Slogan hatte die Initiative gegen die »volksfeindliche Politik der Merkelregierung« gewettert. Doch Demonstrationen nach dem Vorbild von Pegida in Dresden ziehen in Schleswig-Holstein nicht. Der Versuch der »Schleswig-Holsteinischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«, abgekürzt »Shegida«, einen Protestmarsch in Kiel auf die Beine zu stellen, scheiterte bereits Anfang 2015 kläglich. Von Facebook auf die Straße schaffen es die Rechtsextremisten im nördlichsten Bundesland nicht. Doch auch hier trägt die braune Saat Früchte.

Bereits im Februar 2015 versuchte der 39-jährige Finanzbeamte Kim-Alexander M. in Escheburg ein Holzhaus in seiner Nachbarschaft in Brand zu setzen. Das renovierte Gebäude sollte irakischen Kriegsflüchtlingen als Unterkunft dienen. Während des Prozesses, drei Monate später, gab der Mann mit Brille, Schiebermütze und Sakko sich reumütig: »Ich habe meine eigenen Werte als Beamter und Christ mit Füßen getreten.« Als Mitarbeiter des Finanzamtes Hamburg hatte er einen Eid auf die Verfassung abgelegt. Zu seiner Verteidigung behauptete der Brandstifter, geglaubt zu haben, »etwas Gutes« zu tun. Die ganze Nachbarschaft sei auch verärgert gewesen, dass das Amt Hohe Elbgeest »über ihre Köpfe hinweg« sechs junge Männer in die Siedlung setzen wollte. Wenige Stunden vor dem Anschlag hatten etwa zehn Anwohner, darunter auch M., aufgebracht die Behörde besucht. »Wir sind da total aufgelaufen«, beschwerte sich eine Zeugin laut der *tageszeitung (taz)*. Sie gestand, überlegt zu haben, die Unterkunft mit Wasser unbenutzbar zu machen. Zu der Gruppe gehörte auch M., der gegenüber seinen Nachbarn schon angedeutet haben soll, dass am Abend etwas passiere.

Er wollte nur »das Schöne« für seine Familie erhalten, mit Ausländerfeindlichkeit habe das nichts zu tun, gab Kim-Alexander M. im Prozess an. »Wer erklärt denen, wann der Müll rausgestellt werden muss,

wenn die kein Deutsch verstehen?« Die Vorsitzende Richterin des Landgerichts Lübeck entgegnete: »Woher kommt die Annahme, dass man Irakern beibringen muss, den Müll rauszubringen?«

»Mit keinem Wort haben Sie erwähnt, dass Ihnen die Flüchtlinge leidtun, Sie tun sich nur selber leid«, resümierte Richterin Helga von Lukowicz laut *taz*. Ihr Fazit demnach: Wirkliche Reue wäre nicht zu erkennen. Noch jetzt würde der Angeklagte sich als Beschützer von Frauen und Kindern darstellen. Doch die unterstellte Bedrohung sei fremdenfeindlich, sagte sie. M. erhielt zwei Jahre Haft auf Bewährung. Wird das Urteil rechtskräftig, dann verliert der Brandstifter seinen Beamtenstatus.

Am 3. März 2016 stecken drei Männer ein Fenster in der Erdgeschosswohnung einer syrischen Flüchtlingsfamilie in Schleswig in Brand. Die Bewohner können das Feuer löschen, bevor es sich ausbreitet. Zwei Monate lang sucht die Polizei mit Phantombildern nach den Tatverdächtigen. Nachdem sie gefasst werden, räumt einer ein, aus »Hass auf Ausländer« gehandelt zu haben. Da die 18-, 19- und 24-Jährigen nicht vorbestraft sind, bleiben sie bis zu einer Verurteilung auf freiem Fuß, berichtet der NDR.

»Irgendwas in der öffentlichen Debatte in Deutschland läuft anscheinend falsch«, sagt Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig in einer Rede vom Februar 2016. Albig weist darauf hin, das Land habe es »hinbekommen«, eine Million Menschen aufzunehmen, »ohne dass unsere Wirtschaft zusammengebrochen ist, ohne dass unsere Schulen nicht mehr wissen, wie sie Unterricht abhalten sollen, ohne dass es zu großen Aufständen gekommen wäre«. Es gibt Erfolge, so Albigs Anliegen. Doch Populisten lancieren das Gefühl, Deutschland breche an der Flüchtlingslast zusammen. Der Kieler Politiker weist darauf hin, dass es Rassisten in jeder aufgeklärten Gesellschaft gebe, man müsse sich aber »mit aller Härte dagegen wenden«.

Ein Vorreiter in Sachen zivilgesellschaftlicher Prävention war Schleswig-Holstein bisher jedoch nicht. Erst im Februar 2015 eröffnete die erste staatlich-unabhängige Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt. Der Verein »Zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.« begann von Kiel aus mit der landesweiten Arbeit in dem weitläufigen Flächenstaat.

Als im April 2016 Unbekannte mehrere Schweinekopfhälften in das Lübecker Lokal »Blauer Engel«, in dem sich auch ein Treffpunkt für geflüchtete Menschen befindet, warfen, schaltete sich »Zebra« ein. Bereits Wochen zuvor hatten Neonazis mit »Heil Hitler«-Rufen Gäste überfallen und einem Opfer schwere Gesichtsverletzungen mit einer abgebrochenen Flasche zugefügt. Die Opferberatung warnt, die »Serie rechter Angriffe« erzeuge ein »bedrohliches Klima in Lübeck«.

Sozialpädagoge Lars-Arne Raffel ist Berater bei »Zebra«. Der 32-Jährige erklärt gegenüber Lokalmedien, seiner Erfahrung nach würden engagierte Bürger erste Anzeichen oft nicht als Bedrohung wahrnehmen. Raffel schildert eine typische Situation: Kommunalpolitiker und Bürger äußern sich bei Veranstaltungen positiv über Flüchtlinge. Auf dem Heimweg fallen dann von gegnerischer Seite Sätze wie: »Sie sind ja einer dieser Gutmenschen. Sie werden schon sehen, was Sie davon haben.« Solche Andeutungen würden von den Angesprochenen meist nur als Fortsetzung der Diskussion bei der Veranstaltung interpretiert, erklärt Raffel.

Das ändere sich, wenn offen gedroht und genötigt wird. »Wenn du damit nicht aufhörst, wirst du keine Ruhe mehr in deinem Dorf haben.« Oder: »Lass das sein, sonst wirst du sehen, dass deine Kinder keinen Spaß mehr haben.« Häufiger komme es dann auch zu Sachbeschädigungen. Das Auto wird beschädigt oder Farbe über die Wäsche geschüttet, die im Garten zum Trocknen hängt. »Rechte Taten sind immer Botschaften«, warnt der »Zebra«-Berater. Auch wenn es gegenüber Helfern – im Gegensatz zu den Übergriffen gegen Flüchtlinge – meist nicht zu körperlicher Gewalt komme, sollen solche Signale

Angst erzeugen mit dem Ziel, die ehrenamtliche Unterstützung einzustellen.

Via Facebook befeuern Rechtsextremisten das Thema Flüchtlinge auch in Schleswig-Holstein. Parolen wie »gegen Asylbetrug, Rechtsbruch und Masseneinschleusung« verfangen auch bei Menschen, die zuvor nichts mit der rechtsextremen Szene am Hut hatten. Als »Heimatbund Schleswig-Holstein« startete die spätere Facebook-Seite »Neumünster wehrt sich«, sie gab an, »patriotisch, überparteilich und unabhängig« zu sein. Ab November 2015 begannen die Organisatoren mit öffentlichen Demonstrationen. Auf der Straße wurde deutlich, wer hinter der Gruppe steckt.

Der »Neumünster wehrt sich«-Hauptredner Thomas Wulff ist ein Routinier der Neonazi-Szene. In den neunziger Jahren bewegte sich der Hamburger im äußerst militanten Spektrum. Seine Partei, die »Nationale Liste«, wurde verboten, Wulff mehrfach verurteilt. In der NPD war er zeitweilig im Bundesvorstand vertreten, trat als Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein auf, dann übernahm er den Vorsitz in Hamburg und verließ die Partei Mitte 2016 im Streit. In Neumünster hat der Agitator ein weiteres Schwergewicht im Schlepptau: Karl Richter. 2008 wurde Richter als Vertreter der »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) in den Münchner Stadtrat gewählt. Weil er bei seiner Vereidigung den Hitlergruß zeigte, wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt. Karl Richter wettert in Neumünster: »Die Deutschen sind noch weithin im Schlaf versunken, aber allmählich geht's ans große Erwachen.«

Während Richter am Mikrofon einen gemeinsamen Kampf einfordert, steht Manfred Riemke im Hintergrund. Der Mann aus Neumünster hält sich bedeckt, tauscht sich aber immer wieder mit Wortführer Thomas Wulff aus. Im Internet hatte Riemke noch versucht, auch Rechtspopulisten für »Neumünster wehrt sich« zu begeistern. Auf der Facebook-Seite der AfD Neumünster warb er für die rechtsextreme »Bürgerinitiative«. Doch am 16. Januar folgten nur rund zwei Dutzend »Szenefremde« diesem Aufruf und standen zwischen den Neonazi-Aktivisten. Während die strammen Neonazis froh waren, dass auch einige »Normalbürger« gekommen waren, blickte man bei eben diesen Bürgern in enttäuschte Gesichter: Sie schienen zu merken, dass sie mit ihrer Kundgebung – umzingelt von viermal so vielen Gegendemonstranten – keine Veränderung in ihrem Sinne erreichen werden können.

Um tatsächliche Ängste und Sorgen scheren sich die Aufhetzer nicht. An der Lösung gesellschaftlicher Probleme mit demokratischen Mitteln haben die Rechtsextremisten kein Interesse. Sie wollen Hass schüren, gegen jene, die vor Bürgerkriegen, Elend und Unterdrückung hier Schutz suchen. Konstruktive Gespräche mit verantwortlichen Politikern lehnen die meisten ab. Humanismus und Liberalität betrachten sie als Schwäche. Als der Bürgermeister des nahen Ortes Boostedt sich mit der dortigen Bürgerinitiative gegen ein Flüchtlingsheim an einen Tisch setzen will, pöbelt Riemke von »Neumünster wehrt sich« im Internet: »Kritikgespräch in Boostedt unter Gleichgesinnten, was kommt dabei für den Bürger heraus? Nicht das Geringste …«

Der selbst gewählte Leitspruch der Bürgerinitiative »Neumünster wehrt sich« stammt vom deutschnationalen Dichter Theodor Körner: »Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!« Die Zeile lieferte schon Reichspropagandaminister Joseph Goebbels die Vorlage für die Schlussphrase seiner Sportpalastrede 1943: »Nun Volk, steh' auf, und Sturm, brich los!« Das Profil aus der virtuellen Welt erhielt über 3000 »Gefällt mir«-Klicks. Nahezu im Stundentakt werden neue Hetz-Beiträge gepostet. Neonazi-Redner Karl Richter fordert die Neumünsteraner derweil auf, nicht nur bei Facebook aktiv zu sein. Er träumt von einer nationalen Revolution, bei der »in Berlin die Versager und Volksverräter aus ihrem Reichstagspalast« hinausgespült werden. »Das Regime, das uns alles Verderben eingebrockt hat,

das Regime und seine parteipolitischen Voraussetzungen müssen verschwinden und durch eine gerechte, freie, souveräne deutsche Ordnung ersetzt werden.«

»Jeder, der durch Neumünster geht, jeder, der hier wohnt, sieht es jeden Tag: Das Stadtbild hat sich dramatisch verändert. Überall laufen die ›Kulturbereicherer‹ quer durch die Stadt«, behauptet dann Mark Michael Proch auf dem Kantplatz. Der Neumünsteraner NPD-Stadtrat hat Richter abgelöst. Auch Proch gilt als treibende Kraft hinter der »Bürgerinitiative«. »Es gibt genug junge Mädchen, die sich nicht mehr alleine durch Neumünster trauen in den Abendstunden, weil es auch hier schon zu ›Antanzversuchen‹, zu Übergriffen an unseren deutschen jungen Mädchen gekommen ist. Mir sind einige Fälle persönlich bekannt.« Behauptungen, die von der Polizei nicht bestätigt werden können. So werden Ängste geschürt.

Die Panikmache ist mit dem Ende der Kundgebung in Neumünster noch nicht vorbei. Kurz darauf wird eilig via Facebook verbreitet, ein Demoteilnehmer sei am Bahnhof von politischen Gegnern überfallen worden. Mit einer Keule sei auf seinen Kopf eingeschlagen worden, im Krankenhaus sei das Opfer dann seinen Verletzungen erlegen, heißt es in den Postings. Die Polizei sucht daraufhin alle Bahnhöfe ab, überprüft die Krankenhäuser. »Nirgends war eine entsprechend verletzte Person eingeliefert worden«, so ein Polizeisprecher. Übrig bleibt nur das Ermittlungsverfahren gegen den Verursacher der Falschmeldung. Der Spuk ist vorbei, doch die gefährliche Stimmung schwelt weiter.

Auch im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern verbreiten rechte Scharfmacher entlang der Ostseeküste Angst und Hetze. »Wismar wehrt sich« versucht es nach demselben Muster. Ansage: patriotisch ja, rechtsextrem nein. So will man auch in der kleinen Hansestadt nahe Rostock die rassistische Mobilisierung als Bürgerprotest tarnen. Ihre Zugehörigkeit zur rechten Szene verschleiert die Initiative von Beginn an. Die Forderungen der »Bürgerbewegung Wismar« klingen harmlos: Unter anderem stehe man für eine »schnellere Bearbeitung der Asylanträge«, eine »Durchsetzung bestehender Asylgesetze in Deutschland«, die »schnelle Aufnahme von Flüchtlingen, welche nach dem Asylgesetz einen Anspruch auf Asyl haben« und eine »dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge« ein.

Die zuwanderungsfeindlichen Bewegungen agieren in Mecklenburg-Vorpommern unter dem Namen »Deutschland wehrt sich« oder heißen »MVgida« und »MV Patrioten«. Von Anfang des Jahres bis Ende Mai 2016 finden allein in diesem Bundesland 26 Versammlungen statt, die thematisch ins Korsett passen. Dem Banner der NPD-dominierten »MVgida« folgen regelmäßig Hunderte.

Spätestens auf der Straße zeigt sich, wer hinter »Wismar wehrt sich« steht. So skandierte die aggressive Menge bei der ersten Demonstration am 5. September 2015: »Wismar bleibt deutsch.« Die Polizei musste die aufgebrachten überwiegend männlichen Aktivisten zurückhalten, sie wollten auf Journalisten und Nazigegner losgehen. Unter den rechten Protestlern war auch eine knasterfahrene Szenegröße, der Neonazi Sven Krüger aus Jamel. Der umtriebige ehemalige NPD-Politiker hat aus seinem Heimatdorf Jamel nahe Grevesmühlen längst eine »National befreite Zone« gemacht. Bereits 2007 hatte der Bürgermeister der zuständigen Gemeinde Gägelow gesagt: »Wir haben Jamel aufgegeben.«

Von den Bewohnern des kleinen Ortes zählen zwei Drittel zu den Anhängern von »Dorfchef« Sven Krüger. Der wurde 2014 gegen Auflagen aus der Haft entlassen. Der Glatzkopf war wieder verurteilt worden. Dieses Mal hatte er illegalen Handel mit Baumaschinen betrieben und eine Maschinenpistole sowie 200 Schuss Munition besessen. Während der Patriarch im Gefängnis saß, führte Krügers Frau, zuvor auch in der NPD aktiv, sein Abrissunternehmen mithilfe der Kameraden weiter. Auf dem Firmenlogo der »Männer fürs Grobe« war ein zertrümmerter Davidstern erkennbar.

Krüger provoziert gerne. Bereits 2003 führte er eine Wehrsportgruppe mit 20 Neonazis an, die auch

mit Übungshandgranaten hantierten. Vor seiner Hochzeit 2010 mit vielen politischen Anhängern auf dem Dorfplatz in Jamel stellte die Polizei eine Armbrust sicher. Die Beamten fanden zudem vergrößerte Fotos von Politikern. Sie sollten als Zielscheibe für ein makabres Feier-Vergnügen dienen.

In Jamel steht ein selbst gebauter Wegweiser, auf dem die Kilometerzahl bis zum Geburtsort von Adolf Hitler, Braunau am Inn, steht. Ein großes Wandbild an einer Garage zeigt, wie sich Neonazis die ideale deutsche Familie vorstellen: blond und bäuerlich. Daneben steht: »Dorfgemeinschaft Jamel, frei – sozial – national«. In dem kleinen mecklenburgischen Dorf nahe Wismar lernen bereits die Kinder, wer ihr Feind ist: Forsthaus-Besitzer Birgit und Horst Lohmeyer, ein zugezogenes Ehepaar aus St. Pauli. Die beiden Künstler stellen sich seit Jahren mutig den Neonazis entgegen, bezahlen dafür aber einen hohen Preis. Den normalen bundesdeutschen Alltag gibt es für sie nicht. Jede Fahrt, aus dem Nachbarort Gressow kommend, ins Sackgassendorf Jamel führt vorbei an den Nachbarn. Auch ein Spaziergang zur nur wenige Kilometer entfernten Ostsee ist nicht selbstverständlich, wenn man gehasst wird.

Lohmeyers erhielten viele Preise, wie den Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage. Das von ihnen initiierte Festival »Jamel rockt den Förster« steht unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, zahlreiche prominente Bands wie Die Toten Hosen, Die Ärzte oder Fettes Brot unterstützen mit Auftritten den Widerstand gegen die Nazi-Dominanz in Jamel. Lohmeyers wollen sich von ihrem idyllischen Hof in dem 46-Seelen-Ort nicht vertreiben lassen. Doch es wird immer schwieriger. 2016 zerstachen Unbekannte während des Festivals die Reifen von Gästen, trotz Anwesenheit von Polizei und Security. Im Jahr zuvor war kurz vor dem bunten Event die uralte Scheune des Ehepaars in Brand gesteckt worden. Sie brannte lichterloh ab, ein Übergreifen auf das bewohnte Bauernhaus konnte gerade noch verhindert werden. Obwohl ein Feriengast einen Unbekannten wegrennen sah, gab es keine Razzien bei den neonazistischen Anwohnern im Dorf. Die Beamten recherchierten dagegen auch im alternativen und linken Milieu, suchten angeblich Neider und ehemalige Weggefährten der Lohmeyers auf. Schließlich verebbten die Ermittlungen, inzwischen wurden sie ganz eingestellt. Wer die Scheune auf dem Anwesen der Neonazi-Gegner niederbrannte, bleibt unaufgeklärt.

An einem der »Wismar wehrt sich«-Aufmärsche Ende 2015 hatte Sven Krüger schon teilgenommen. Fahne schwenkend und mit Wollmütze gegen die Kälte. Neben ihm lief ein alter Bekannter: Jens-Holger Schneider. Das belegen Fotos auf dem Portal der antifaschistischen »Recherchegruppe Westmecklenburg«. Schneider kandidierte bei der Landtagswahl 2016 auf der Landesliste der AfD. Der 45-jährige Schweriner war bereits neun Jahre zuvor mit Krüger in Wismar unterwegs, als sie Journalisten anpöbelten. Damals beschossen Bewohner des Wismarer Wohnprojekts, genannt »Wolfshöhle«, Neonazi-Gegner mit Zwillen und Stahlkugeln. Neonazis und rechte Rocker des MC Schwarze Schar kämpften lange um ihre Domizile in der Stadt. Die NPD unterhält inzwischen ein Bürgerbüro des einzigen verbliebenen Europaabgeordneten Udo Voigt in der Hansestadt. Krügers politische Aktivitäten werden vor allem über den Neonazi-Treffpunkt »Thinghaus« in Grevesmühlen ersichtlich. Sein festungsartig mit Nato-Draht umzäuntes Gebäude im Gewerbegebiet der Kleinstadt dient immer wieder als rechtsextremer Veranstaltungsort. Vor dem Eingang hängen überlebensgroße NPD-Plakate und eine mannshohe Lebensrune. Neonazi-Ordner sichern das Gelände, zuletzt beim Rechtsrock-Konzert Anfang September 2016. Seine Botschaft trägt Sven Krüger an diesem Abend auf dem Shirt, wie Fotos der »Recherchegruppe Westmecklenburg« belegen: »Freiheit für Wolle«.

Mit »Wolle« ist der »Kamerad« Ralf Wohlleben aus Jena gemeint, der sich seit Ende 2011 in Haft befindet. Wohlleben muss sich als mutmaßlicher Waffenbeschaffer und Unterstützer des terroristischen »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) vor dem Landgericht München verantworten. Auch aus

Mecklenburg erhält er nationale Solidaritätsbekundungen.

Für engagierte Menschen und Minderheiten bleibt das ländlich geprägte, idyllische Bundesland an der Ostsee ein gefährliches Pflaster. Rechte Gewalt konnte sich dort 2015 verdreifachen. Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern stellte 206 Straftaten im sogenannten »Tatmittel« Internet fest, das waren fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Insgesamt 94 Delikte mit Gewaltanwendung gab es offiziell. Doch die Dunkelziffer ist hoch, davon geht auch die landesweite Opferberatung »Lobbi e.V. – für Betroffene rechter Gewalt« aus. Viele Jugendliche oder Geflüchtete haben Angst, eine Straftat anzuzeigen, vor allem, weil sie Racheaktionen fürchten.

Mitarbeit: Julian Feldmann

Chronik März 2016

01.03. München (BY) Ein Mann greift eine Gruppe Jugendlicher mit Migrationshintergrund an. Er beleidigt sie rassistisch, bespuckt und schubst sie. Zum Schutz der Opfer wird das genaue Datum nicht öffentlich gemacht.

02.03. Guben (BB) Ein Jugendlicher schlägt an einer Bushaltestelle einem 16-jährigen Geflüchteten aus Syrien unvermittelt ins Gesicht. Wenig später greift ihn der Täter am Bahnhof erneut an.

02.03. Storkow (BB) Ein unbekannter Täter greift aus rassistischer Motivation einen 16-jährigen Jugendlichen aus Afghanistan körperlich an.

02.03. Künzelsau (BW) Ein unbekannter Mann verklebt einen asylfeindlichen Aufkleber und bedroht einen Flüchtling mit einem Messer.

03.03. Guben (BB) Zwei Männer greifen einen 13-jährigen syrischen Jungen aus rassistischer Motivation körperlich an.

04.03. Choren (SN) Ein Unbekannter beschießt eine Flüchtlingsunterkunft mit einem unbekannten Projektil.

04.03. Borna (SN) Unbekannte greifen das Deutsch-Arabische Kultur- und Bildungszentrum an. Sie werfen Steine und Beutel mit einer blutähnlichen Flüssigkeit.

04.03. Oelsnitz (SN) Fünf bis sechs Jugendliche schlagen und würgen einen 33-Jährigen, weil er auf dem Rathausplatz mit Kreide »Toleranz, Würde, Nächstenliebe und Grundrechte für Alle« auf den Boden schreibt.

04.03. Berlin-Schöneberg (BE) Ein 27-jähriger Neonazi beleidigt einen 75-jährigen Mann antisemitisch und schlägt ihm mit einer Glasflasche gegen den Kopf.

04.03. Bad Oldesloe (SH) Ein 44-jähriger Mann beschimpft drei junge Flüchtlinge, die ein Schuhgeschäft verlassen, mit fremdenfeindlichen Äußerungen. Er pöbelt in Richtung der Jugendlichen im Alter von 14 und 15 Jahren und schlägt zweien mit der Faust auf die Brust.

04.03. Schleswig (SH) Unbekannte Täter verüben einen Brandanschlag auf die Wohnung einer Flüchtlingsfamilie. Sie zünden eine brennbare Flüssigkeit am Fenster des Wohnzimmers an. Die im Raum dahinter sitzenden Bewohner können den Brand mit einer Decke löschen. Zwei Monate später nimmt die Polizei zwei Tatverdächtige im Alter von 19 und 24 Jahren fest. Sie geben an, aus »Hass auf Ausländer« gehandelt zu haben.

04.03. Stralsund (MV) Nach einer rechten Demonstration beleidigen betrunkene Männer eine Flüchtlingsfamilie rassistisch. Ein Passant, der eingreift, wird tätlich angegriffen.

04.03. München (BY) Drei Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren werfen Molotowcocktails auf das Gelände einer geplanten Flüchtlingsunterkunft. Einen Tag später tauchen die drei mit Brandbeschleuniger, Feuerzeugen und Stahlkugeln vor der Unterkunft auf. Die Polizei nimmt sie fest. Gegenüber den Beamten geben sie an, dass sie mit ihrer Tat den Einzug von Flüchtlingen verzögern wollten. Die Polizei teilt mit, dass es keine Hinweise auf einen politischen Hintergrund der Täter gebe.

05.03. Cottbus (BB) Ein Unbekannter beleidigt einen Mann rassistisch, schlägt und tritt ihn. Als ein Zeuge einschreitet, wird auch dieser beleidigt und geschlagen.

05.03. Hemsbach (BW) Zwei junge Männer schießen mit einer Schreckschusspistole auf eine Flüchtlingsunterkunft.

05.03. Düsseldorf (NW) Vier bis fünf Personen randalieren vor einer Flüchtlingsunterkunft.

06.03. Prenzlau (BB) Gäste einer Diskothek beschimpfen fünf Flüchtlinge rassistisch und schlagen sie.

06.03. Vreden (NW) Sechs bis sieben Personen pöbeln vor einer Flüchtlingsunterkunft. Sie werfen eine Flasche auf das Gebäude.

06.03. Dortmund (NW) Eine vierköpfige Männergruppe beleidigt einen 24-jährigen Tunesier rassistisch, greift ihn an und schlägt ihn zusammen.

06.03. Schönbrunn im Steigerwald (BY) Ein 21-jähriger Mann und eine 19-jährige Frau werfen Gegenstände, Flaschen und Steine gegen eine Flüchtlingsunterkunft. Sie rufen rassistische Parolen, beleidigen die Bewohner und bedrohen diese.

07.03. Leipzig (SN) Ein Anhänger des örtlichen Pegida-Ablegers »Legida« greift einen Gegendemonstranten an und verletzt ihn.

07.03. Dresden (SN) Mehrere Personen greifen einen Menschen aus Afghanistan an. Der Betroffene kann sich losreißen und fliehen. Er wird leicht verletzt.

08.03. Hildesheim (NI) Unbekannte werfen einen Stein durch das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft. Eine 19-jährige schwangere Frau erleidet dadurch einen Schock.

09.03. Halle (ST) Der Teilnehmer einer Aktion der »Identitären Bewegung« auf dem Marktplatz versucht einen Menschen aus der Bahn zu treten.

09.03. Eberswalde (BB) Ein Unbekannter beschimpft einen 14-Jährigen rassistisch und schlägt diesen.

11.03. Göttingen (NI) Drei Männer schlagen einen aus Südamerika stammenden 36-Jährigen mit Fäusten nieder. Am Boden liegend treten sie gegen seinen Kopf. Die Polizei geht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus.

11.03. Flensburg (SH) Ein Unbekannter sprüht Reizgas durch das auf Kipp stehende Fenster einer Wohnung, in der Flüchtlinge wohnen. Eine Bewohnerin, die sich in der Wohnung aufhält, klagt über Atemnot und wird zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht.

12.03. Bad Grund (NI) Drei Männer dringen gewaltsam in das Wohnhaus einer syrischen Flüchtlingsfamilie ein. Der Familienvater wird von einem der Männer, der im Nachbarhaus wohnt, mit einem Messer bedroht. Die Polizei vermutet einen politischen Hintergrund der Tat.

13.03. Förderstadt (ST) Unbekannte werfen einen Stein durch das geöffnete Fenster einer Wohnung, in der Flüchtlinge leben. Zum Tatzeitpunkt befinden sich sechs Menschen im Raum.

13.03. Cottbus (BB) Mehrere Unbekannte beleidigen zwei Jugendliche rassistisch und greifen sie unvermittelt mit Schlägen an. Mindestens einer der Angreifer trägt eine Sturmmaske.

13.03. Timmendorfer Strand (SH) Ein 42 Jahre alter Mann pöbelt einen 45-Jährigen an, der aus dem Libanon kommt. Dieser solle nach Hause gehen und für sein Land kämpfen. Dann zieht der Täter plötzlich ein Messer und greift an. Das Opfer kann die Attacke abwehren, wird dabei leicht am Hals verletzt.

15.03. Berlin-Marzahn (BE) Ein Unbekannter greift einen Geflüchteten an und verletzt diesen.

15.03. Neubrandenburg (MV) Vier Männer belästigen ein irakisches Ehepaar. Sie lassen das Paar nicht in ihr Wohnhaus und bedrohen es mit einem Messer. Die Täter stoßen der Frau mit dem Knie in den Bauch.

16.03. Guben (BB) Rechte bewerfen eine syrische Familie, die auf dem Weg zum Einkaufen ist, mit einem Stein. Auf dem Rückweg bedrängen die Täter ihre Opfer.

16.03. Erfurt (TH) Während einer Demonstration der AfD beleidigt ein Teilnehmer Männer mit

»augenscheinlichem Migrationshintergrund« und wird handgreiflich. Er wird von der Polizei festgenommen.

16.03. Hagenow (MV) Zwei unbekannte Personen werfen Bierflaschen in eine hell erleuchtete Wohnung von Zuwanderern. Ein Bewohner wird dabei von einer Flasche am Kopf getroffen, ein anderer durch herumfliegende Glassplitter verletzt.

17.03. Lauta (SN) Unbekannte versuchen Feuer in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft zu legen. Die Flammen erlöschen von selbst.

17.03. Aalen (BW) Ein 22-jähriger Mann reißt in der Fußgängerzone ein zehn Jahre altes Mädchen von hinten nieder. Er beleidigt sie und ihre Mutter rassistisch. Das Kopftuch des Mädchens war laut Polizei der Grund für seine Tat.

18.03. Niedereschach (BW) Drei Männer und eine Frau schlagen das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft ein. Einer der Täter dringt ins Haus ein. Bei anschließenden Hausdurchsuchungen findet die Polizei Anti-Asyl-Propagandamaterial und Gegenstände, die die Zeit des Nationalsozialismus verherrlichen.

19.03. Berlin-Kreuzberg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen 36-Jährigen rassistisch, tritt ihn und attackiert ihn mit Reizgas.

19.03. Eslohe (NW) Unbekannte zünden einen mit Brandbeschleuniger gefüllten Behälter vor einer Flüchtlingsunterkunft an.

19.03. Regensburg (BY) Ein 20-Jähriger schlägt einem 18-jährigen Geflüchteten an einer Bushaltestelle mit einer Schreckschusspistole gegen den Kopf. Das Opfer wird kurzzeitig bewusstlos.

20.03. Finsterwalde (BB) Aus einem Auto heraus feuern Unbekannte mit einer Schreckschusspistole auf eine Flüchtlingsunterkunft.

21.03. Mannheim (BW) Ein Unbekannter setzt in einer Flüchtlingsunterkunft ein Kinderbett in Brand. Das Zimmer ist zu dieser Zeit unbewohnt. Fünf Bewohner werden mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung in ein Krankenhaus gebracht.

21.03. Wolgast (MV) Eine Gruppe Jugendlicher beleidigt auf der Straße einen Mann rassistisch. Sie verfolgen ihn, fordern ihn auf, Deutsch zu lernen, und schlagen ihm mit der Faust ins Gesicht. Der Betroffene wird durch den Rettungsdienst versorgt.

21.03. Wolgast (MV) Jugendliche pöbeln einen 25-jährigen Mann aus Ghana vor einer Flüchtlingsunterkunft an. Sie schlagen ihm mit der Faust ins Gesicht.

22.03. Langgöns (HE) Drei Männer werfen vier Steine durch das geöffnete Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

22.03. Woffenbach (BY) In der Nacht wirft ein unbekannter Täter einen großen Stein gegen eine Unterkunft für Geflüchtete.

22.03. Pfaffenhofen (BY) Unbekannte versuchen einen Brandanschlag auf eine Scheune zu verüben, die zu einer Flüchtlingsunterkunft gehört.

23.03. Oschatz (SN) Ein Mann bedroht den Betreiber einer Pizzeria mit einer Luftdruckwaffe. Er äußert sich rassistisch und droht ihn abzuschießen.

23.03. Braunschweig (NI) Ein 23-jähriger Neonazi verletzt zwei 19-jährige Schüler an einer Oberschule durch Schläge und Tritte. Zuvor hatte er mit einem anderen Mann Flyer der NPD-Jugend »JN« verteilt.

23.03. Berlin-Marzahn (BE) Ein unbekannter Mann bedroht drei Flüchtlinge mit einer Waffe. Bevor die Polizei eintrifft, flieht der Täter.

23.03. Berlin-Lichtenberg (BE) Ein unbekannter Mann beschimpft einen 15-jährigen Flüchtling rassistisch und schlägt ihn.

23.03. Wesel (NW) Drei Unbekannte sprühen Hakenkreuze auf einen Wohncontainer für Flüchtlinge. Als die Täter bemerkt werden, schlagen sie einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes ins Gesicht und fliehen.

24.03. Dresden (SN) Ein Mann verfolgt eine muslimische Frau. Erst beleidigt er sie rassistisch, dann greift er sie an. Zwei weitere Personen greifen ein und schützen sie.

24.03. Garbsen (NI) Rund 20 Neonazis aus dem Hooligan-Spektrum lauern nach einem Fußballspiel einer Gruppe Jugendlicher auf, die sich gegen rechte Strömungen in ihrem Sport engagieren. Die Angreifer ziehen die Notbremse der S-Bahn, in der die Jugendlichen sitzen, und schlagen auf sie ein. Sie werfen Flaschen und Böller gegen den Waggon.

24.03. Berlin-Zehlendorf (BE) Ein 33-Jähriger bedroht eine Frau in der S-Bahn mit einem Messer und beleidigt sie rassistisch.

25.03. Potsdam (BB) Ein Unbekannter beschimpft einen 34-jährigen Kenianer rassistisch und schlägt ihn.

25.03. Jena (TH) Zwei männliche Personen greifen einen 17-jährigen Afghanen an. Sie beschimpfen ihn und schlagen ihm ins Gesicht.

25.03. Berlin-Marzahn (BE) Unbekannte Personen rufen rassistische Parolen und werfen Steine auf die Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes, die in einer Flüchtlingsunterkunft arbeiten.

25.03. Roggendorf (MV) Unbekannte werfen nachts Steine in das Schlafzimmerfenster einer Flüchtlingsunterkunft. In dem Zimmer dahinter schlafen eine Frau und ihr Säugling. Die Frau wird durch herumfliegende Glassplitter verletzt.

25.03. Laage (MV) Unbekannte werfen Steine in die Fensterscheibe einer Wohnung und rufen rassistische Parolen.

25.03. Eidelstedt (HH) Mehrere Männer beleidigen einen Inder als »Scheiß Asylant«, schlagen massiv auf ihn ein und treten ihn.

26.03. Bautzen (SN) Mehrere Unbekannte attackieren einen Flüchtling, rauben ihm sein Mobiltelefon und seine Geldbörse.

26.03. Limbach-Oberfrohna (SN) Mehrere Personen schlagen mit Gegenständen gegen die Fenster eines Hauses, das als antifaschistischer Treffpunkt genutzt wird. Ein Angreifer schießt mit einer Schreckschusspistole. Den Bewohnern des Hauses wird entgegengerufen: »Jetzt gibt es aufs Maul, Zeckenschweine!«

26.03. Berlin-Hohenschönhausen (BE) Eine Gruppe rechter Personen besprüht aus rassistischer Motivation einen jungen Mann mit Reizgas.

26.03. Berlin-Spandau (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen 32-Jährigen rassistisch, greift ihn mit einem Messer an und verletzt ihn dadurch.

26.03. Lübeck (SH) Drei Neonazis betreten eine Studenten-Kneipe, in der regelmäßig ein »Café Welcome« für Flüchtlinge stattfindet. Sie geraten mit anderen Gästen in Streit, zeigen den Hitlergruß und rufen »Sieg Heil«. Nachdem sie aus der Kneipe geworfen werden, verletzen sie vor dem Lokal andere Gäste mit Flaschen.

26.03. Schwerin (MV) Zehn Personen rufen nach einem Fußballspiel mehrfach »Sieg heil!«. Ein Passant, der sie dazu auffordert, dies zu unterlassen, wird von den Rechten angegriffen. Sie schlagen und treten auf ihn ein, auch als das Opfer bereits am Boden liegt. Seine Begleiterin, die ihm helfen will, wird ebenfalls attackiert.

27.03. Brandis (SN) Ein Neonazi schießt mit einer Armbrust auf Polizisten. Zuvor war er mit einem

Baseballschläger auf einen Journalisten losgegangen, hatte Menschen bedroht und soll Molotowcocktails geworfen haben. Ein Sondereinsatzkommando der Polizei kann ihn schließlich überwältigen. Den Beamten ruft er bei seiner Festnahme »Heil Hitler« entgegen.

27.03. Sebnitz (SN) Unbekannte bewerfen zwei Wohnungen, in denen Flüchtlinge leben, mit Steinen. Ein Stein fliegt in das Bett eines vierjährigen Kindes, ein anderer trifft einen Geflüchteten am Kopf.

27.03. Dresden (SN) Im Verlaufe eines Fußballspiels kommt es zu mehreren fremdenfeindlichen Übergriffen: Ein Mensch aus Syrien wird geschlagen, ein Mann zeigt den Hitlergruß und ruft »Sieg Heil«, eine Person aus Tunesien wird als »Scheiß Asylant« beleidigt und geschlagen, und eine Frau aus dem Iran wird sexuell belästigt.

27.03. Bergen (NI) Fünf Flüchtlinge im Alter von 18 bis 30 Jahren sowie ihr Betreuer werden unvermittelt von sechs bis sieben jungen Männern mit Schlägen und Tritten angegriffen.

27.03. Ildehausen (NI) Unbekannte brechen in ein Haus ein und legen im Dachgeschoss Feuer. An die Fassade des Gebäudes schmieren sie ein Hakenkreuz und »Keine Asylanten«.

27.03. Berlin-Mitte (BE) In der Nacht greift ein Unbekannter aus rassistischer Motivation einen 18-Jährigen an. Er schlägt und tritt zu.

27.03. Flensburg (SH) Zwei junge Männer sprechen einen 31-jährigen Flüchtling auf der Straße an. Dieser versucht ihnen klarzumachen, dass er sie nicht versteht. Dann zieht einer der beiden Männer ein Messer aus der Jackentasche und sticht auf das Opfer ein. Der stark blutende Mann wird mit Schnittwunden im Oberkörperbereich ins Krankenhaus gebracht.

27.03. Ruppichteroth (NW) Vier Männer greifen in der Nacht eine Flüchtlingsunterkunft an. Sie dringen in das Gebäude ein und randalieren.

27.03. Borgentreich (NW) Ein Unbekannter droht damit, eine Bombe während des Osterballs zu zünden, und hinterlässt eine »fremdenfeindliche« Botschaft.

27.03. Schieder-Schwalenberg (NW) Ein Mann schießt mit einem Luftdruckgewehr auf eine Flüchtlingsunterkunft.

27.03. Darmstadt (HE) Ein Mann greift mit einem Knüppel einen zwölfjährigen Flüchtling und seine Betreuerin an.

29.03. Halle (ST) Am Hauptbahnhof beleidigt ein Mann drei Frauen rassistisch. Sie sollten mit ihren Kopftüchern nach Hause gehen. Mehrere Reisende stellen sich schützend vor die Frauen. Einem davon versucht der Täter ins Gesichts zu schlagen. Polizisten müssen den aggressiven Mann fesseln, um weitere Übergriffe zu verhindern.

29.03. Berlin-Spandau (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt aus rassistischer Motivation eine 39-jährige Frau. Er brüllt sie an und bedroht sie mit dem Tode. Dann boxt er in Richtung des Kinderwagens, in dem der einjährige Sohn der Frau liegt, und tritt ihr gegen die Hüfte.

29.03. Berlin-Marzahn (BE) Ein 28-Jähriger ruft in einer Bar »Sieg Heil« und schlägt zwei Männer.

30.03. Greiz (TH) Sechs Kinder verfolgen einen 16-jährigen Flüchtling, bedrohen ihn mit Stöcken und einem Messer und werfen Steine. Bei der Polizei behaupten sie, der junge Mann habe sie »unsittlich« berührt. Die Auswertung der Mobiltelefone widerlegt die Aussagen der Kinder.

30.03. Berlin-Steglitz (BE) Ein unbekannter Fahrradfahrer schlägt mit einem Schloss einen 34-Jährigen und verletzt ihn dadurch. Eine Woche zuvor hatte derselbe Täter den Mann rassistisch beleidigt.

31.03. Freital (SN) Drei Männer greifen Flüchtlinge in ihrer Wohnung mit Reizgas an.

31.03. Berlin-Lichtenberg (BE) Ein 34-jähriger Mann beleidigt einen 24-Jährigen in einer Bank rassistisch, rempelt ihn an und stößt ihn.

31.03. Itzehoe (SH) Eine 61-jährige Frau und ihr 27-jähriger Sohn bringen mit ihrem Auto einen 44-jährigen Mann mit dunkler Hautfarbe in Bedrängnis. Dieser macht mit einem Handzeichen deutlich, dass er sich gefährdet fühlt. Daraufhin springt der junge Mann aus dem Auto, bedroht den 44-Jährigen und beschimpft in rassistisch. Als dieser den 27-Jährigen zurückdrängt, wird er von der 61-jährigen Mutter mit Reizgas besprüht. Mutter und Sohn setzen ihren Einkauf daraufhin fort und lassen den am Boden sitzenden Mann zurück. Auch bei der Anzeigenaufnahme durch die Polizei äußert sich der 27-Jährige wiederholt rassistisch.

Der Ballstädt-Prozess und das rechtsextreme Spektrum in Thüringen

Das Kulturhaus in Ballstädt bot ein Bild der Verwüstung. Die eintreffenden Beamten der Thüringer Polizei fanden in den frühen Morgenstunden des 9. Februar 2014 ein Chaos aus umgeworfenen und zum Teil kaputten Tischen und Stühlen vor. Zwischen den Scherben eines zerstörten Wandspiegels lagen zerknüllte, blutverschmierte Papierhandtücher. Auf dem Parkettboden zeichneten sich dunkelrote Flecken als stumme Zeugen einer Gewalttat ab. Kurz zuvor noch hatten hier letzte Gäste der Kirmesgesellschaft Ballstädt ausgelassen gefeiert.

Das Fest nahm ein abruptes Ende, als gegen halb drei Uhr morgens eine etwa 16-köpfige Gruppe zum Teil vermummter Schläger die Treppe des Kulturhauses hinaufstürmte und in den Saal eindrang. Sie schlugen jeden nieder, der sich ihnen in den Weg stellte. Einer der Angreifer trug ein Tuch mit skelettierten Zähnen als Aufdruck, die anderen waren schwarz gekleidet. Junge Männer wurden gejagt und verletzten sich, als der große Spiegel in tausend Scherben zerbrach. Einen warfen sie über den Tresen, ein anderer wurde am Boden liegend getreten, sogar auf einen schlafenden Gast schlug die Truppe ein. Verängstigte Frauen versteckten sich zitternd hinter einem Vorhang. Einem Opfer wurde das Ohr angerissen. Keines der Mitglieder der Kirmesgesellschaft aus dem kleinen Ort nahe Gotha konnte sich wehren. Nach nur wenigen Minuten war der Spuk vorbei. Das Rollkommando verschwand so schnell, wie es gekommen war. Die Bilanz des Überfalls: zehn teils schwer verletzte Personen, erheblicher Sachschaden und ein Ort in Angst. Denn die Gefahr ist nicht gebannt, das braune Treiben im Dorf geht weiter.

Seit Jahren schüchtern Neonazis Menschen ein, die sich dagegen wehren, wenn ihr Dorf zur »national befreiten Zone« werden soll. Ebenso war es in Ballstädt: Einige Mitglieder der Kirmesgesellschaft hatten sich gegen rechte Dominanz und für ein buntes Miteinander engagiert. Sie sollten womöglich mit dem Überfall zum Schweigen gebracht werden. Das Thüringer Innenministerium bescheinigt Teilen der rechtsextremistischen Szene grundsätzlich eine »immanente Gewaltorientierung«.

Fast zwei Jahre später beginnt der Prozess gegen bekannte Neonazis aus der Region vor dem Landgericht Erfurt. Die 14 Männer und eine Frau sind Teil einer berüchtigten Gruppe, die seit 2013 unter der Bezeichnung »Kameradschaft Jonastal« (KJ) firmiert und sich bis dahin »Hausgemeinschaft Jonastal« nannte. Wegen des Tatvorwurfs des schweren Hausfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung sitzen sie seit Dezember 2015 auf der Anklagebank.

Die Angeklagten, die zum Teil bis ins Gesicht tätowiert sind, zeigen sich vom Verfahren wenig beeindruckt. Lässig plaudern einige mit ihren ebenfalls zur rechten Szene zählenden Verteidigern. Einer der mutmaßlichen Täter erscheint auffällig häufig zu spät und verzögert damit immer wieder den Sitzungsbeginn. Markus B., ein martialisch anmutender Skinhead-Hooligan, verschläft einen Teil der Verhandlung mit dem Kopf auf dem Holztisch. Als Anführer der Angeklagtengruppe treten Thomas Wagner und Tony S. auf. Zwischen ihnen sitzt die einzige weibliche Angeklagte Ariane S. Der zierlichen,

dunkelhaarigen Frau werfen Staatsanwaltschaft und Nebenklage vor, bei dem Überfall nicht nur Schmiere gestanden, sondern mit der Uhr gestoppt und die Truppe zurückgepfiffen zu haben.

Provokationen bleiben den Opfern und ihren Familien nicht erspart. Von Reue ist im Gericht nichts zu spüren – im Gegenteil. Die mutmaßlichen Täter zeigen ungerührt gewaltverherrlichende Tätowierungen wie »Ran an den Feind« oder tragen Kleidungsstücke mit Aufdrucken wie »Pro Violence« oder »Support your local Hooligans«. Auf der Rückseite des Pullovers eines Angeklagten ist die Silhouette eines Scharfschützen zu erkennen, darunter steht: »Last man standing«. Für die Opfer einer Gewalttat eine unerträgliche Situation. Bei einigen von ihnen ist während ihrer Aussagen im Prozess die Angst vorherrschend. Die Folgen des Überfalls sind ihnen bis heute anzumerken. So sagt ein Zeuge vor Gericht ängstlich, er wisse nicht, ob sie in Ballstädt weiter sicher leben und feiern könnten.

Die Gefahr ist nicht gebannt. Die neonazistische »Kameradschaft Jonastal« und ihre militanten Anhänger haben sich längst im Zentrum des Ortes, im »gelben Haus«, festgesetzt.

Wenige Monate vor der Tat 2014 hatte die ehemalige Bäckerei im Ortskern von Ballstädt den Besitzer gewechselt. Erika Reisser war damals die Bürgermeisterin des Dorfes. Bereits vor dem Verkauf hatte der Vorbesitzer Reisser regelrecht gedroht, entweder die Gemeinde erwerbe die Immobilie für 165 000 Euro oder sie gehe an »Rechte«. Ende 2013 erwarb André K. gemeinsam mit einem anderen Rechtsextremisten das Haus an der Hauptstraße. Auch K. sitzt auf der Anklagebank des Erfurter Gerichts.

Seither herrscht in der rund 700 Einwohner zählenden Gemeinde eine Art Ausnahmezustand, der bis heute anhält. Argwöhnisch hatte nicht nur die Lokalpolitikerin Erika Reisser dem Treiben der neuen Immobilienbesitzer und deren Kameraden zugeschaut, auch viele Ballstädter waren zunehmend besorgt. Das Haus ist seitdem ein regelmäßiger Treffpunkt für Neonazis, vor allem aus dem Kreis der »Kameradschaft Jonastal«.

Die Neonazi-Gruppe benannte sich nach dem Standort ihres ersten Wohnprojektes in Crawinkel (»Hausgemeinschaft Jonastal«). Crawinkel liegt im Jonastal und hat eine berüchtigte Vergangenheit: Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald mussten hier Stollen in den Berg treiben, da die Nationalsozialisten vor Kriegsende an dieser Stelle ein letztes geheimes Führerhauptquartier planten. Nicht nur der Name der Gruppe deutet somit auf die Gesinnung, auch ihr Erscheinungsbild ist martialisch. Bei einer Razzia nach dem Überfall in Ballstädt beschlagnahmte die Polizei bei Angehörigen der Kameradschaft diverse Gegenstände, darunter einen Schlagring und ein Springmesser.

2012 fiel die »Hausgemeinschaft« erstmals auf. Sie postete ein Gruppenfoto auf Facebook auf dem Neonazis in Kampfmontur mit Softair-Pistolen Aufstellung genommen haben. »Der neue NSU aus Thüringen« lautete die drohende Beschreibung dazu. Damit nahmen sie Bezug auf die rechte Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU), die ebenfalls aus Thüringen stammt und für zehn Morde, zwei Bombenanschläge und über ein Dutzend Raubüberfälle verantwortlich gemacht wird. Für einen der NSU-Angeklagten, Ralf Wohlleben aus Jena, engagierten sich auch die Sympathisanten der »Hausgemeinschaft Jonastal« mit Solidaritätsaktionen. Wohlleben wird von der Anklage vorgeworfen, die Terrorgruppe NSU als Waffenlieferant unterstützt zu haben.

Zur Gruppe zählen verurteilte Gewalttäter wie Anführer Thomas Wagner, der auch als mutmaßlicher Haupttäter im Ballstädt-Verfahren gilt. Der 41-Jährige wird als »Urgestein« der braunen Thüringer Szene bezeichnet und saß mehrfach in Haft. Er ist Musiker der berüchtigten Rechtsrock-Band »Sonderkommando Dirlewanger« (SKD), benannt nach einer für ihre Brutalität bekannten SS-Sondereinheit im Dritten Reich. Das Cover eines Tonträgers von SKD ist mit einer Szene illustriert, in der eine Horde glatzköpfiger Neonazis unter einer Hakenkreuzflagge zwei politische Gegner meuchelt.

1997 hob die Polizei ein von Thomas Wagner veranstaltetes Wehrsportlager bei Gotha aus und fand Waffen, Kampfausrüstung, Hakenkreuze, SS-Runen, eine Reichskriegsflagge, ein geklautes Feuerwehrzelt, Feldbetten, Spinde, vier Luftgewehre, eine Schreckschusspistole, Drosselschlingen, Gasmasken, aufgemotzte Feuerwehr- und Stahlhelme sowie eine Überwachungskamera. Rund drei Monate später schoss W. beim Hantieren mit einer Pumpgun einem Kameraden ins Bein.

Seit 2011 lebte die »Hausgemeinschaft Jonastal« in Crawinkel. Dort veranstalteten sie politische Treffen und Rechtsrock-Konzerte. Die Anwohner von Crawinkel wehrten sich gegen die Neonazis in ihrem Ort. Nach zähen Verhandlungen setzte die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht durch und übernahm die Immobilie für 155 000 Euro. Die Gruppe zog weiter. Das rund 30 Kilometer entfernte Ballstädt wurde zum neuen Zentrum. Opfer und Täter leben seit 2014 zum Teil in unmittelbarer Nachbarschaft.

Rechte Gewalt scheint im Freistaat Thüringen fast schon alltäglich. Die Statistik des Landeskriminalamtes für das erste Quartal 2016 weist auf einen Anstieg von 270 Prozent bei Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hin. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 registrierte die mobile Opferberatung in Thüringen »ezra« 72 Gewalttaten mit rassistischem oder antisemitischem Hintergrund. 2015 waren es im Vergleichszeitraum 39 Fälle. Direkt betroffen von diesen Übergriffen sind bisher mehr als 130 Menschen. Hass auf Migranten und politische Gegner macht »ezra«-Projektkoordinatorin Christina Büttner als Hauptgründe aus. Sie blickt besorgt auf die Gewalttaten, deren Zahl habe sich bereits 2015 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. »So viele Fälle wurden in Thüringen noch nie gezählt«, erklärt Büttner und kommt zu dem Schluss: »Wir haben es längst mit rechtem Terror zu tun«.

Das Thüringer Innenministerium bestätigt den Negativtrend für 2016. Hoffnung auf Besserung besteht kaum. Seit 2010 pendelten sich die Straftaten von rechts auf einem hohen Niveau ein, doch nun erreichte ihre Zahl den höchsten Stand seit 15 Jahren. 2015 wurden durchschnittlich fast vier rechte Straftaten pro Tag verübt, an jedem vierten Tag ereignete sich mindestens eine Gewalttat. Die Zahl der Opfer extrem rechter Gewalt im Jahr 2015 beziffert das Erfurter Ministerium mit 136 Menschen. Nicht nur Migranten oder Obdachlose geraten ins Visier brauner Schläger, sondern auch Menschen, die auf die rechte Gefahr aufmerksam machen.

Mehr als ein Drittel der Betroffenen wurde allein im Bereich der Landespolizeiinspektion Saalfeld, südöstlich von Erfurt, verletzt. Am 1. Mai 2015 versammelten sich rund 700 gewaltbereite Neonazis in der Kreisstadt. Die radikale Kleinpartei »Der III. Weg« hatte zur Demonstration aufgerufen. Nicht nur die hohe Beteiligung werteten die Organisatoren als Erfolg, sondern auch das Aggressionspotenzial: »Mit entschlossenem und revolutionärem Handeln erkämpfte sich der Nationale Widerstand die Straße Saalfelds.«

Tatsächlich rekrutiert die 2013 gegründete Partei »Der III. Weg« vor allem militante Mitglieder, die sich inhaltlich in der Tradition des Nationalsozialismus verortet sehen. Der Aufzug in Saalfeld eskalierte schnell. Insgesamt elf Menschen wurden angegriffen und verletzt. Drei Jugendliche wurden dabei Opfer eines Gewaltexzesses von 80 Neonazis in der Nähe des Marktplatzes. Auch Journalisten wurden körperlich attackiert. Weil die Polizei ihnen keinen Schutz bei ihrer Arbeit gewährleistete, mussten die Pressevertreter den Ort verlassen – eine immer häufiger auftretende Entwicklung vor allem in den neuen Bundesländern.

Im Umfeld der 1.-Mai-Demonstration griffen rechte Gewalttäter dann auch das Jugendzentrum in Saalfeld an. Sie schlugen Opfern Zähne aus, junge Menschen erlitten Gehirnerschütterungen. Die

Landtagsabgeordnete der Partei Die Linke, Katharina König, betreibt in der Kreisstadt ihr Wahlkreisbüro, das ebenfalls immer wieder attackiert wird. Die Kennerin der Szene beobachtet seit vielen Jahren ein immer offensiveres rechtes Dominanzstreben. Vehement warnt sie vor der »immer weiter sinkenden Hemmschwelle« Thüringer Neonazis.

Während die NPD im Freistaat immer weiter schrumpft, wachsen cliquenartige Neonazi-Gruppen. Die Landesregierung zählt knapp 30 Organisationen, die zwischen 2010 und 2015 aktiv waren, darunter eine Sektion der 2016 verbotenen »Weißen Wölfe Terrorcrew«. Der Vernetzungswille von Kleinstgruppen zählt zur Neuorientierung, in der sich die rechte Szene seit etwa 2015 befindet, nachdem die NPD ihre Vormachtstellung verlor. Die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) werden in Thüringen seit April 2015 durch »Thügida« repräsentiert, seitdem erfolgten 31 Demonstrationen. Parallel zu »Thügidas« Versuch, mit migrations- und islamfeindlichen Themen Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu finden, radikalisierten sich die Neonazis bis hin zur Militanz.

Allein 945 Personen zählt die Landesregierung in Erfurt zum rechtsextremen Spektrum, mehr als die Hälfte sollen gewaltbereit sein. Besonders in Saalfeld haben sich neue extrem rechte Strukturen festigen können, die sich durch eine Zusammenarbeit von jüngeren und älteren Neonazis auszeichnen. Bereits in den neunziger Jahren galt Saalfeld-Rudolstadt als gefährliches Zentrum. Hier radikalisierten sich Anhänger des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) um die späteren Rechtsterroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Einige der Aktivisten von damals kannten das Jenaer Terrortrio des NSU sowie deren mutmaßliche Unterstützer. Der Kult von Terror und Gewalt ist ungebrochen.

Knapp ein Jahr nach dem brutalen Saalfelder Aufmarsch vom 1. Mai 2015 bekommt auch ein Sozialarbeiter im Stadtteilzentrum Gorndorf die Aggression zu spüren. Er ist Mitglied im Bündnis »Zivilcourage und Menschenrechte« im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, das macht ihn in den Augen der Neonazis zum Angriffsziel. Während eines Einkaufs in einem Supermarkt bedrohen sechs Neonazis den Mann und kündigen an, »sich bald wiederzusehen«. Die Situation spitzt sich zu, als im April 2016 ein Trupp auf der Suche nach ihm in das Stadtteilzentrum eindringt. Während sie randalieren, kann sich der bedrängte Sozialarbeiter in einem Büro verstecken. Zehn Tage später erscheinen erneut sechs Neonazis an seinem Arbeitsplatz und drohen damit, ihm auf dem Heimweg aufzulauern. Auch wollen sie angeblich das Zentrum anzünden.

Die Drohkulisse zeigt Wirkung. Einige Saalfelder trauen sich nicht mehr gegen die Neonazis auf die Straße zu gehen. Längst liegt der Ort bei der regionalen Verteilung der Angriffe von rechts auf dem unrühmlichen Platz 2 der »ezra«-Statistik 2015, mehr Angriffe gab es nur im bevölkerungsreicheren Erfurt.

In der Landeshauptstadt Erfurt mit ihrem mittelalterlichen Stadtkern und einer der ältesten erhaltenen Synagogen gehören Hetzjagden für jugendliche Nazigegner zum Alltag. Meistens treten die Neonazis in großen Gruppen auf und schlagen sofort zu.

Auch der Bezirksvorsitzende der Gewerkschaft ver.di in Erfurt, Denny Möller, gehört zu den Betroffenen rechter Gewalt. Ihn erwischte es am Rande eines Aufmarsches der rechtspopulistischen Partei AfD. Unter Führung ihres Fraktionschefs Björn Höcke mobilisierte die AfD Ende September 2015 Tausende von Anhängern unter dem Motto »Demo gegen das Politikversagen! Wirklich Verfolgte schützen, Asylmissbrauch und ungesteuerte Einwanderung beenden« vor den Erfurter Landtag. Dass sich die von Höcke verharmlosend als »Mutbürger« bezeichneten Teilnehmer nicht nur auf »Wir sind das Volk«-Rufe beschränkten, sondern auch Parolen wie »Deutschland den Deutschen« und »Ausländer raus«

skandierten, machte deutlich, dass die Veranstaltung das gesamte rechte Spektrum anzog.

Die Stimmung während des Demonstrationszuges wurde als äußerst aggressiv beschrieben. Immer wieder ertönten »Volksverräter«- oder »Judenpack«-Rufe. Einzelne Teilnehmer warfen Bierdosen auf Gegendemonstranten. Aus dem Tross des AfD-Aufmarsches heraus wurde auch eine Mutter mit Kind angegriffen, berichteten Augenzeugen.

Der Gewerkschafter Denny Möller gehörte zu den Erfurtern, die an diesem Abend im Landtagsgebäude Schutz suchen wollten. Auf dem Weg dorthin wurde er von Neonazis und Hooligans überfallen. Möller erinnert sich, wie es war, gejagt zu werden: »Gut 300 Meter vom Thüringer Landtag entfernt stoppte uns ein schwarz gekleideter Schlägertrupp und prügelte auf alle ein, die nicht schnell genug fliehen konnten. Als ich merkte, dass eine Person aus der von uns begleiteten Gruppe gestürzt war und mindestens zwei Angreifer sie mit Tritten traktierten, drehte ich mich, ›Aufhören!‹ schreiend, um und wollte zu Hilfe eilen. Mit meinem Handy hatte ich bereits die 110 gewählt. In dem Moment erschien ein bulliger Kerl vor mir, knallte mich mit voller Wucht gegen ein parkendes Auto und schlug mir unvermittelt mit der Faust ins Gesicht.«

Wie sonst eher bei Neonazi-Demonstrationen üblich, hatten einzelne Gruppen sich abgesetzt und damit begonnen, in den dunklen Straßen Jagd auf Gegendemonstranten zu machen, berichtete der Bezirksvorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Sandro Witt, der *Tageszeitung (taz)*. Er habe beobachtet, wie sogar Landtagsabgeordnete vor Angreifern fliehen mussten, da »die Polizei es nicht schaffte, sie zu schützen«.

Die Erfurter Innenstadt bot während des Aufmarsches kein sicheres Terrain. Das mussten auch Anhänger der SPD-Jugendorganisation (Jusos) erleben. Bis zu der bei Touristen beliebten Krämerbrücke verfolgten Neonazis den SPD-Stadtrat Kevin Groß, der kurz zuvor gemeinsam mit anderen gegen die AfD protestiert hatte. Der blonde junge Mann mit der dunklen Brille berichtet: »Dann ging's los, sie sind uns hinterhergerannt und haben einem von uns die Fahne entrissen. Der stand perplex da und hat eingeschenkt bekommen mit seiner eigenen Juso-Fahne, die Angreifer haben dabei die ganze Zeit darauf geachtet, keinen Mucks zu machen.« Die Angegriffenen erkannten einen der Täter. Das Verfahren gegen den Neonazi Sascha W. wurde jedoch eingestellt, er kam mit einer Geldstrafe davon. Wie so viele gewaltaffine Thüringer Neonazis macht W. weiter. Nur eine Woche nach dem Gerichtsurteil war er erneut an einem Angriff beteiligt.

Die Rolle der Sicherheitsbehörden im Umgang mit Neonazi-Gewalttätern spiegelt sich besonders anschaulich im Ballstädt-Prozess wider. MDR Thüringen enthüllte, warum der damalige Innenminister Jörg Geibert (CDU) bereits kurz nach dem Überfall Anfang 2014 von einer »eindeutigen« Tatbeteiligung Rechtsextremer sprechen konnte, obwohl die zuständige Polizei und Staatsanwaltschaft sich noch überhaupt nicht festlegen wollten. Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte den Politiker über laufende Überwachungsmaßnahmen gegen Neonazis aus der Region informiert. Mindestens ein Gespräch eines mutmaßlichen Mittäters sei mitgeschnitten worden. Die Tat konnte jedoch nicht verhindert werden, weil nach Erkenntnissen des MDR Telefongespräche und SMS ohne Personal aufgezeichnet und erst wenige Zeit später ausgewertet wurden. Der Minister verschwieg seine Informationsquelle. Doch die Überwachung wurde publik und ein Teil der geheimen Unterlagen dem Landgericht Erfurt zur Klärung des Ballstädt-Verfahrens zur Verfügung gestellt. Das war kein freiwilliger Akt: Vertreter der Nebenklage hatten diesen Teilerfolg im Sommer 2016 vor Gericht erzielt. Die Abhörprotokolle sind allerdings nicht unter den zu liefernden Beweismaterialien. Doch gerade aus den

Protokollen könnten Verabredungen der Täter untereinander und demzufolge der Nachweis einer gemeinschaftlich begangenen Tat hervorgehen. Scharf kritisieren die Nebenkläger das sperrige Verhalten der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung der Gewalttat.

»Jeder der Überfallenen schleppt das mit sich herum«, berichtet *Maik Stange* (Pseudonym), eines der Opfer von Ballstädt. Viele befürchten, es könnte »jederzeit wieder passieren«. Demnach sei die Situation im Ort durch die ständige Präsenz der Neonazis »fast noch schlimmer« geworden. Nahezu an jedem Wochenende würden die vielen Autos anreisender Rechter die Straßen vor dem »Gelben Haus« zuparken. Das Leben in Ballstädt seit dem Überfall sei eines mit »Einschränkungen«, von »Angst« möchte Stange nicht reden.

Die Einwohner sind keinesfalls mutlos. Ende Juni 2016 beteiligten sich einige von ihnen an einer Tatortbegehung des Landgerichts. Weil auch die Angeklagten dabei waren, rückte die Polizei zum Schutz an. Alle Teilnehmer der Begehung versammelten sich im Innenhof des Kulturhauses und folgten dem Tross unter Führung des Vorsitzenden Richters. Keine 150 Meter entfernt wurden das »Gelbe Haus« und der kleine Löschwasserteich besichtigt, neben dem die Polizei in der Tatnacht einen Baseballschläger sicherstellte. Eine zerbrochene Fensterscheibe im Nazi-Treffpunkt am Abend der Kirmesfeier habe die Wut der Rechten und damit den Überfall ins Rollen gebracht, so lautet das Credo der Verteidigung. Doch die Nebenklage hegt Zweifel an dieser Version. Für eine vorgeblich spontane Aktion sei die Attacke zu gut organisiert, zu brutal gewesen.

Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk aus Jena vertritt eines der Opfer. Der junge Mann lebt in Reichweite des »Gelben Hauses«, ihm wurden eine Schädelprellung und Schnittwunden am Ohr zugefügt. Trotz aller Hindernisse ist Pietrzyk zuversichtlich, dass zumindest einige der Angeklagten durch die Beweislast mit einer Verurteilung zu rechnen haben. Ein Ende des Prozesses vor dem Landgericht ist jedoch noch nicht absehbar. In den neuen Bundesländern ist das Ballstädt-Verfahren eines der größten gegen rechte Gewalttäter seit der Wende. Gemeinsam mit den anderen Nebenklage-Vertretern sieht Pietrzyk darin eine Chance: »Dieser Prozess ist dafür geeignet, die Bewertung der Taten nicht losgelöst von der politischen Ideologie der Täter zu betrachten.« Die Anwältin kämpft dafür, »dass die menschenfeindlichen Motive der Täter in das Urteil aufgenommen werden«.

Mitarbeit: Kai Budler

Chronik April 2016

01.04. Burg (ST) Ein Mann steigt aus einem Auto aus und spricht einen 23-jährigen alternativen Mann mit »Ey, du hässliche Zecke, warte mal!« an. Der Täter behauptet, der Betroffene habe eine rechte Demo fotografiert. Dann schlägt er auf den 23-Jährigen ein, der dadurch Rippenbrüche erleidet.

01.04. Halle (ST) Mehrere Rechte umstellen eine Gruppe Punks am Bahnhof. Sie beschimpfen sie als »Scheiß Zecken« und greifen sie an. Mindestens fünf Punks werden verletzt.

02.04. Vetschau (BB) Ein Rechter beleidigt den Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete und greift ihn mit einem Schlagring an. Im Anschluss kommen etwa sieben weitere Rechte mit dem Auto angefahren. Der Betroffene kann flüchten. Er verliert dabei sein Mobiltelefon, das von den Angreifern mitgenommen wird. Der Betroffene geht von einem rassistischen Tatmotiv aus.

02.04. Potsdam (BB) Ein Unbekannter beschimpft einen 59-jährigen Angolaner rassistisch und schlägt ihn.

02.04. Berlin-Lichtenberg (BE) In der S-Bahn greifen 25 vermummte Neonazis einen Antifaschisten an.

02.04. Berlin-Marzahn (BE) Während einer Neonazi-Demonstration greifen rund 20 Teilnehmer, unter ihnen auch Ordner, Gegendemonstranten an. Sie schlagen und treten ihre Opfer. Ein Neonazi wird von der Polizei festgenommen.

02.04. Stralsund (MV) Auf der Zugfahrt von Rostock nach Stralsund bewirft eine Gruppe Fußballfans drei Männer und eine Frau mit Bierflaschen und beleidigt sie rassistisch.

02.04. Selb (BY) Unbekannte zerstören, vermutlich mit einem Luftdruckgewehr, die Fensterscheibe einer Flüchtlingsunterkunft.

03.04. Fürstenwalde (BB) Ein Rechter bedroht und beleidigt aus rassistischen Gründen über Wochen seine nigerianische Nachbarin. Eines Tages schlägt der Mann ins Gesicht und in den Nacken. Sie erleidet durch den Angriff schwere Verletzungen. Am folgenden Tag treffen die beiden erneut im Treppenhaus aufeinander. Der Mann bedroht die Frau mit dem Tode.

03.04. Gera (TH) Unbekannte zünden auf dem Gelände einer Flüchtlingsunterkunft einen Feuerwerkskörper. Die Polizei spricht von einer »enormen Sprengkraft«. Einer der Bewohner geht von einer Explosion aus und drückt den Brandmelder.

03.04. Saalfeld (TH) In der Nacht attackieren drei Neonazis einen »alternativen« Jugendlichen. Sie schlagen auf seinen Kopf ein.

03.04. Berlin-Reinickendorf (BE) Am Abend beleidigt ein Gast den Kellner eines italienischen Restaurants rassistisch. Als vier Zeugen eingreifen, beleidigt der Täter sie und wirft einen Stuhl nach ihnen.

03.04. Stavenhagen (MV) In der Innenstadt verfolgen sechs Männer einen Mann aufgrund seiner Hautfarbe. Fünf von ihnen schlagen auf den Betroffenen ein. Er kann sich losreißen und fliehen.

03.04. Hamm-Süd (HH) Ein Mann fordert einen anderen dazu auf, »Heil Hitler« zu sagen. Als dieser sich weigert, beleidigt, schubst und schlägt der Täter ihn.

03.04. Saarbrücken (SL) Ein Mann greift unvermittelt zwei Fußgänger von hinten mit einem Messer an. Die beiden Opfer, die aus dem Kosovo stammen, werden leicht verletzt. Sie können den Angriff abwehren

und halten den Täter bis zum Eintreffen der Polizei fest. Der Angreifer gibt gegenüber den Polizeibeamten an, dass er »Ausländer hasst«.

03.04. Töging (BY) In der Nacht greifen acht Jugendliche eine Flüchtlingsunterkunft an. Sie sind mit Stöcken bewaffnet, rufen Beleidigungen und fordern die Bewohner dazu auf rauszukommen. Ein Angreifer bewirft das Gebäude mit Steinen. Die Polizei kann später vier Hauptverdächtige ermitteln. Einer der Täter soll Wochen zuvor auf einen Geflüchteten eingetreten und eingeschlagen haben.

04.04. Dresden (SN) Acht Rechte werfen nach einer Pegida-Demonstration Steine auf Gegendemonstranten und stoßen eine Fahrradfahrerin vom Rad.

04.04. Quedlinburg (ST) Ein Unbekannter beleidigt zwei syrische Geflüchtete als »Scheiß Ausländer« und schlägt einem der beiden mit der Hand ins Gesicht.

04.04. Duisburg (NW) Teilnehmer einer Pegida-Demonstration greifen Gegendemonstranten und Journalisten an. Vier Neonazis schlagen einen Medienvertreter, der daraufhin einen Platzverweis bekommt. Die Personalien der Täter werden nicht aufgenommen.

05.04. Chemnitz (SN) Ein Tunesier erhebt gegen die Polizei den Vorwurf der rassistisch motivierten Körperverletzung im Amt. Er habe bei einer Schlägerei zwischen vermeintlichen Neonazis und Flüchtlingen schlichten wollen. Ein Polizist habe ihm dabei das Bein gebrochen. Beim Abtransport soll ihm der Beamte unter der Beschimpfung »Hau ab in dein Land« das Bein ein zweites Mal gebrochen haben. Weiterhin behauptet er, dass er fünf Stunden nackt in einer Zelle ausharren musste, bis er in ein Krankenhaus gebracht wurde.

05.04. Görlitz (SN) Mehrere Jugendliche greifen einen 16- und einen 18-Jährigen aus dem Kosovo an, weil sie sich mit deutschen Mädchen treffen.

05.04. Klütz (MV) Ein Unbekannter versucht mehrfach, Flüchtlinge mit seinem Auto anzufahren. Die Betroffenen können sich jeweils rechtzeitig in Sicherheit bringen und bleiben unverletzt.

06.04. Berlin-Reinickendorf (BE) Zwei unbekannte Männer beleidigen einen 47-jährigen Mann sexistisch. Ein dritter Mann schlägt den Betroffenen und verletzt ihn dabei so schwer, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden muss.

07.04. Chemnitz (SN) Vier Rechte greifen ein »alternatives« Pärchen mit Faustschlägen und Fußtritten an.

07.04. Beelitz (BB) Ein Mann beleidigt einen 14-jährigen Jungen aus Syrien mehrfach rassistisch und schlägt ihn.

07.04. Luckenwalde (BB) Unbekannte schießen mit einem Luftdruckgewehr auf eine Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge.

07.04. Berlin-Hellersdorf (BE) Ein Unbekannter beleidigt einen Mann rassistisch und bedroht ihn mit einem Schlagring.

07.04. Berlin-Wilmersdorf (BE) Ein Mitarbeiter des Ordnungsdienstes beleidigt einen 47-Jährigen rassistisch und rempelt ihn an.

08.04. Düsseldorf (NW) Am Rande eines Konzerts greift ein Mann einen anderen an, weil er »Gegen Nazis«-Aufnäher verkauft. Menschen, die dem Betroffenen helfen wollen, werden ebenfalls attackiert und als »linke Schweine« bezeichnet. Drei Personen werden verletzt, zwei davon schwer.

09.04. Leipzig (SN) Ein 28-jähriger Neonazi, der sich als Reichsbürger sieht, widersetzt sich der Festnahme durch die Polizei. Er schlägt nach den Beamten und beißt einem in den Unterarm. Im Krankenwagen randaliert er und beleidigt die Rettungskräfte.

09.04. Chemnitz (SN) Eine Gruppe Neonazis verfolgt, bewaffnet mit Stöcken, eine Gruppe Punks. Die

Angreifer versuchen in eine Kneipe einzudringen, in die sich die Opfer geflüchtet haben.

10.04. Ronneburg (TH) Unbekannte werfen in der Nacht Steine auf eine Wohnung, die von einem Flüchtling bewohnt wird.

11.04. Berlin-Mitte (BE) Drei unbekannte Männer rufen »Heil Hitler« und beschimpfen drei andere rassistisch. Dann versuchen sie einen der Betroffenen zu treten und zu schlagen.

11.04. Berlin-Charlottenburg (BE) Zwei Männer und eine Frau beleidigen eine 17-Jährige rassistisch. Dann schlägt und tritt einer der Männer das Mädchen.

12.04. Bautzen (SN) Drei Unbekannte beleidigen einen Flüchtling rassistisch, schlagen ihm ins Gesicht und rauben ihm seine Geldbörse.

13.04. Empelde (NI) Unbekannte schießen auf eine noch unbewohnte Unterkunft für Flüchtlinge. Die Polizei stellt Patronenhülsen sicher, die sie einer scharfen Schusswaffe zuordnen.

14.04. St. Georg (HH) Ein Mann ruft rassistische Parolen und greift einen anderen grundlos an.

14.04. Herford (NW) Ein Unbekannter setzt eine Flüchtlingsunterkunft in Brand.

15.04. Oschersleben (ST) Drei dunkel bekleidete Männer greifen einen 27-Jährigen aus Benin an. Sie stoßen ihn zu Boden und schlagen auf ihn ein.

15.04. Lohne (NI) Unbekannte brechen in ein Haus ein, in das eine syrische Flüchtlingsfamilie ziehen soll, und stecken es in Brand.

15.04. Berlin-Kreuzberg (BE) In der Nacht beleidigen vier bis fünf Männer eine Person sexistisch und schlagen sie. Als ein Zeuge eingreift, fliehen die Täter unerkannt.

16.04. Guben (BB) Unbekannte werfen Steine auf eine Flüchtlingsunterkunft und zerstören drei Fensterscheiben.

16.04. Saalfeld (TH) Mehrere Neonazis greifen »alternative« Jugendliche am Bahnhof an.

16.04. Lübeck (SH) 30 Neonazis attackieren im Hauptbahnhof Antifaschisten. Die Angreifer werfen mit Flaschen und Gegenständen.

16.04. München (BY) Ein 36-jähriger Münchner randaliert morgens in einem Schnellimbiss. Er beleidigt einen 16-Jährigen wegen seiner Hautfarbe und tritt ihn mit dem Fuß. Einen 27-jährigen Iraker, der schlichten will, schlägt er mit einer Kette gegen den Kopf.

17.04. Königstein (SN) Unbekannte klingeln an der Wohnungstür einer irakischen Familie und fragen nach ihrer Nationalität. Dann verbarrikadieren sie die Tür mit Bauzäunen, Mülltonnen und Sandsteinen.

17.04. Berlin-Köpenick (BE) Mehrere Männer beleidigen eine Gruppe junger Flüchtlinge rassistisch. Eine Frau, die fotografiert, wird geschlagen, gewürgt und dabei verletzt.

17.04. Ratingen (NW) Vier Personen beleidigen vor einem Lokal einen 26-jährigen Syrer mit rassistischen Parolen. Als ein 21-jähriger Ratinger dem Mann zu Hilfe kommt, wird er attackiert, im Gesicht verletzt, und seine Geldbörse wird geraubt.

18.04. Elsterwerda (BB) Vor der Asyl-Clearingstelle attackieren drei deutsche Jugendliche einen 15-jährigen Afghanen aus rassistischen Gründen. Einer der Angreifer setzt einen Elektroschocker ein.

19.04. Chemnitz (SN) Unbekannte werfen drei Brandsätze auf das Gelände einer Asylunterkunft. Ein Wachmann kann die Flammen löschen.

20.04. Jena (TH) Während einer Neonazi-Demonstration versucht ein Teilnehmer einen Gegendemonstranten mit einem Messer anzugreifen.

20.04. Berlin-Steglitz (BE) Vier Männer, die Aufkleber der »Identitären Bewegung« verkleben, beleidigen einen jungen Mann als »Scheiß Zecke« und jagen ihn.

21.04. Altendorf (SN) Zwei Männer laufen mit einem Bierkasten durch das Dorf und rufen rechte

Parolen. Einer der beiden schlägt einen jungen Mann.

21.04. Lentzke (BB) In der Nacht wirft ein Unbekannter einen Pflasterstein in die Fensterscheibe einer Wohnung, in der auch Flüchtlinge leben. Der Stein ist mit rechten Symbolen bemalt.

21.04. Braunschweig (NI) Drei Männer beleidigen im Bus eine Gruppe Menschen mit dunkler Hautfarbe, darunter auch Kinder, rassistisch. Beim Aussteigen stoßen die Täter einen Mann mit dem Ellenbogen und treten ihn, auch als er am Boden liegt. Einer Frau schlagen sie ins Gesicht.

21.04. Berlin-Steglitz (BE) Zwei Neonazis beleidigen einen Busfahrer rassistisch und greifen ihn an. Die Täter schubsen den Fahrer gegen die Frontscheibe des Busses. Zeugen halten einen der Täter, der »Sieg Heil« ruft, bis zum Eintreffen der Polizei fest.

21.04. Berlin-Neukölln (BE) Zwei Männer beleidigen eine 33-jährige Frau rassistisch, treten und schubsen sie. Als ein Autofahrer sich einmischt, fliehen die Täter.

22.04. Chemnitz (SN) Ein Tunesier wird vom Sicherheitspersonal dazu gezwungen, sich im öffentlichen Bereich eines Ladens fast vollständig auszuziehen. Es wird kein Diebesgut bei ihm gefunden, der Mann fordert eine Entschuldigung. Stattdessen wird er aus dem Geschäft geworfen und dabei leicht verletzt.

22.04. Halle (ST) Ein Unbekannter beleidigt auf dem Marktplatz einen Mann mit dunkler Hautfarbe und zeigt den Hitlergruß. Auf einen Passanten, der ihn dazu auffordert, dies zu unterlassen, prügelt er ein. Er schlägt ihm einen Schneidezahn aus.

22.04. Wismar (MV) Mehrere Personen beschimpfen vor einem Supermarkt zwei junge Männer rassistisch und greifen sie an. Einer der Betroffenen muss daraufhin im Krankenhaus behandelt werden.

23.04. Halle (ST) Mitten in der Nacht treten Unbekannte die Wohnungstür einer alternativen Wohngemeinschaft ein. Dann stürmen zehn Angreifer unter »Scheiß Zecken«-Rufen in die Zimmer der Schlafenden. Sie zerren drei junge Männer aus ihren Betten und schlagen und treten auf sie ein. Bevor die Täter flüchten, verwüsten sie die Wohnung und klauen eine Fahne. Die Opfer erleiden Stichverletzungen und Hämatome am ganzen Körper. Zwei junge Frauen, die sich ebenfalls im Haus aufhalten, stehen unter Schock.

23.04. Lampertheim (HE) Drei Männer und eine Frau dringen in der Nacht in eine Flüchtlingsunterkunft ein und randalieren und bedrohen die Bewohner mit einem Messer.

24.04. Neustadt (BB) Ein Unbekannter verübt einen Brandanschlag auf ein Wohngebäude, in dem unter anderem Flüchtlinge untergebracht sind.

24.04. Berlin-Marzahn (BE) Ein Unbekannter wirft einen Pflasterstein auf eine Flüchtlingsunterkunft. Der Stein durchschlägt das Fenster eines Raumes, in dem sich vier Personen aufhalten.

25.04. Saalfeld (TH) Mehrere Neonazis bedrohen in einem Jugend- und Stadtteilzentrum einen Mitarbeiter, der in einem Bündnis für »Zivilcourage und Menschenrechte« aktiv ist. Sie drohen damit, das Gebäude anzuzünden. Tage zuvor hatten zwei Neonazis in demselben Zentrum randaliert.

26.04. Gorndorf (TH) Ein Neonazi jagt zwei »alternative« Jugendliche mit einem Teleskopschlagstock durch das Dorf. Sie können unverletzt entkommen.

26.04. Kerken (NW) In der Nacht zünden Unbekannte einen Teppich im Flur einer Flüchtlingsunterkunft an. Am Tatort werden ein 24-jähriger Mann und eine 36-jährige Frau aus Kerken angetroffen, die bei einer ersten Befragung widersprüchliche Angaben machen. Beide werden festgenommen.

27.04. Berlin-Wilmersdorf (BE) Im Nachtbus beleidigen Neonazis eine Frau, die einen Beutel mit einem antirassistischen Aufdruck dabei hat. Sie bedrohen die Frau und treten sie.

27.04. Berlin-Wilmersdorf (BE) Ein Mann bedroht einen anderen Mann aus rassistischer Motivation. Er

versucht ihn zu schlagen und zu treten. Zeugen greifen ein und schützen das Opfer.

27.04. Wismar (MV) Ein junger Mann wird in der Nähe eines Supermarkts rassistisch beschimpft und mit dem Ellenbogen ins Gesicht geschlagen. Ein herbeigerufener Bekannter wird ebenfalls angegriffen. Beide müssen danach zur medizinischen Behandlung ins Krankenhaus.

28.04. Titisee-Neustadt (BW) Ein 26-jähriger Mann beleidigt einen 17-Jährigen mit dunkler Hautfarbe rassistisch. Er rennt auf das Opfer zu und schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht. Einen jungen Mann, der sich schützend vor den Betroffenen stellt, schlägt der Täter mit einer Flasche.

28.04. Münster (NW) Unbekannte verschaffen sich gewaltsam Zutritt zu einem Wohnhaus und legen mithilfe von Brandbeschleunigern Feuer. In dem Gebäude sollten geflüchtete Menschen untergebracht werden.

29.04. Berlin-Prenzlauer Berg (BE) Ein 29-jähriger Mann beleidigt mehrere Lokalbesucher antisemitisch, zeigt den Hitlergruß und wirft mit einer Glasflasche nach ihnen.

30.04. Chemnitz (SN) Ein Vermummter beschimpft eine Gruppe marokkanischer und deutscher Studenten rassistisch. Dann greifen mehrere Unbekannte die Gruppe an und verletzten einen Betroffenen im Gesicht.

30.04. Rudolstadt (TH) Mindestens zwei Personen überfallen in einem Park einen 20-Jährigen. Die Täter sind vermummt. Sie stoßen ihr Opfer zu Boden und treten dann auf es ein.

30.04. Remscheid (NW) Unbekannte werfen Steine auf eine Caritas-Einrichtung, die sich für Flüchtlinge einsetzt.

Rechtsextreme Terrorzellen: NSU und »Oldschool Society«

Nach dem NSU ist vor dem NSU. Der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) gilt als Synonym für Rechtsterrorismus, seine Verbrechen sind unvergleichlich. Im Schatten islamistischer Anschlagsgefahr und medialer Hysterie verblassen Erinnerungen und Warnungen davor, welche enorme Gefahr von rechts ausgehen kann.

Im laufenden Jahr 2016 wurden bereits 750 Straftaten gegen Asylunterkünfte verübt, davon 58 Brandstiftungen. In vier Fällen kam es zu Sprengstoffexplosionen. Eine der Neonazi-Gruppen, gegen die gegenwärtig wegen Terrorismusverdacht verhandelt wird, heißt »Oldschool Society« – kurz OSS. In der Öffentlichkeit werden die Mitglieder eher als »Facebook-Terroristen« denn als reale Bombenleger eingestuft. Das Agieren der Kameradschaft »Oldschool Society« scheint wenig gemein zu haben mit der konspirativen und professionellen Zellenarbeit des NSU. Doch es gibt auch Gemeinsamkeiten: Beide Gruppen pflegten ein rassistisches Feindbild und fühlten sich als Kampfgemeinschaft der nationalistischen Szene.

Mit Sprüchen wie »Eine Kugel reicht nicht!« oder »Entfache das Feuer der Wahrheit« präsentierten sich die Neonazis von »Oldschool Society« auch noch bei Facebook, nachdem vier ihrer Anführer wegen Anschlagsplanungen festgenommen wurden und sich inzwischen vor Gericht verantworten müssen. Das Logo der OSS besteht aus einem Totenkopf und zwei blutbefleckten Hackbeilen. Die »Verbindung gleichgesinnter Menschen« stellte sich zuerst 2014 im sozialen Netzwerk vor, wirbt aber aktuell immer noch: »Wir haben klare Regeln!« Gesucht werden Kameraden und Kameradinnen, die zum »Vaterland« stehen. Im Stil neuer Neonazi-Gruppen nannten auch sie sich »Brotherhood« (Bruderschaft), kopierten Kutten, Abzeichen und Rangordnungen aus der Rockerszene.

»Ich bin der Presi von dieser Gruppe, und wir meinen das verdammt ernst, was da steht«, verkündete Andreas Hafemann aus Augsburg. Bevor der Neonazi die OSS gründete, war er Beisitzer im regionalen NPD-Vorstand. Nach einer kriminellen Karriere und mehreren Gefängnisaufenthalten ließ Hafemann sich als selbstständiger Maler nieder. Auf seinem Firmenwagen prangten der Spruch »Wir kommen todsicher« und ein Reichsadler, wie eine Zeugin vor Gericht berichtete. Bei Facebook zeigte sich das älteste OSS-Mitglied mal mit protziger Armbanduhr und Siegelring, mit Munitionsgürtel oder an einem Waffenstand, daneben dann der Kommentar: »9mm einfach geil«. Andere Mitglieder posten in »Oldschool«-Skinheadkleidung, dazu Nasenpiercings und dunkle Sonnenbrillen. Knallrot gefärbt die Haare der wenigen jungen Frauen. 40 Personen haben sich in die Mitgliederliste von OSS eingetragen, es können auch mehr sein. Doch so richtig scheint niemand eine Gruppe, die sich derartig bei Facebook produzierte, ernst genommen zu haben.

Polizei und Justiz sahen das anders. Anfang Mai 2015 durchsuchten Sicherheitskräfte unter Einsatz der Spezialeinheit GSG 9 dreizehn Objekte von Mitgliedern in fünf Bundesländern. Es wurden neben verbotenen pyrotechnischen Gegenständen mit großer Sprengkraft, Schreckschuss- und Gaswaffen auch Teleskopschläger, Quarzhandschuhe, Schlagringe und Schwerter gefunden. Vorläufige Haftbefehle

bestanden gegen drei Männer und eine Frau der OSS, die im Verdacht stehen, unter anderem einen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Sachsen geplant zu haben, diese vier müssen sich vor Gericht verantworten. Gegen weitere verdächtige Mitglieder wird noch ermittelt.

Die Anführer von »Oldschool Society« hatten sich zunächst als Chat-Gruppe unter dem Titel »Geheimrat« formiert. Zum »Geheimrat« gehörten Andreas Hafemann und sein Stellvertreter, der »Chief of Security« Markus Wilms, außerdem der selbst ernannte »Pressesprecher« Olaf Ogorek und die erst 23-jährige Denise Vanessa G. als »Schriftführerin«. Die Männer sind zum Zeitpunkt der Verhaftung 2015 zwischen 40 und 57 Jahre alt. Sie stammen aus völlig unterschiedlichen Regionen und politischen Strukturen. Wilms arbeitet als Security-Mann in Sachsen. In Nordrhein-Westfalen kandidierte er früher für die NPD, danach gehörte er der 2012 verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« an, die als äußerst gefährlich galt. Im Landkreis Leipzig fand der Neonazi neuen Anschluss.

Sein Kamerad, der grauhaarige Olaf Ogorek, nahm wenige Tage vor seiner Festnahme noch an einem Neonazi-Aufmarsch in Essen teil. Das Gesundheitsamt ließ die komplett verwahrloste Wohnung des Angeklagten reinigen. Eine schwere Krankheit hatte den ehemaligen Teamleiter bei Opel nach eigenen Angaben gesellschaftlich aus der Bahn geworfen. Von ihm soll angeblich die Idee stammen, Anschläge zu begehen, »um das Ausländern und Salafisten in die Schuhe zu schieben« und so Erregung in der Bevölkerung zu erzeugen.

Beim Gründungstreffen der OSS in der Kleingartenanlage »Sommerfreude« im sächsischen Frohburg wurden der »bewaffnete Kampf gegen Salafisten« und ein »gewaltsames Vorgehen gegen Asylanten« erörtert, so steht es in der Anklage der Generalbundesanwaltschaft Karlsruhe gegen die »Oldschool Society«. Pathetisch wurde demnach bei der Zusammenkunft gefragt, wer von den Kameraden »bereit wäre, auch in den Knast zu gehen für irgendwelche Taten«. Dann wurde ausgiebig gefeiert und getrunken, ein Teilnehmer landete mit Alkoholvergiftung im Krankenhaus. Ein weiteres Treffen war für den 8. bis zum 10. Mai 2015 beim Vize-Präsidenten Wilms in Borna geplant. Diesmal schien es ernst zu werden, denn für »eine eventuell stattfindende Aktion« sollten die Mitglieder »neutrale schwarze Kleidung« tragen. Auch sollten sie unbedingt nüchtern kommen. Alarmsignale gab es auch in der Kommunikation. Die Truppe um Hafemann verlegte ihren Chatroom zur vermeintlich sicheren App »Telegram Messenger«. Ein kleiner virtueller Schritt, der jedoch den Gang in Richtung Illegalität aufzeigte.

Die bis zu 20 Personen starke Gruppe ahnte nicht, dass sie im Chat nicht unter sich blieb. Als gefährliche Ideen aufgegriffen und wieder verworfen wurden, als sie zum Beispiel überlegten, ob man einen Anschlag auf den Kölner Dom oder ein Einkaufszentrum nicht »Ausländern und Salafisten in die Schuhe« schieben könnte, hörten Beamte mit.

»Ein Glücksfall aus Ermittlersicht« sei ein am 1. Mai 2015 abgehörtes Telefonat zwischen Wilms und Hafemann gewesen, berichtete der zuständige Vertreter der Bundesanwaltschaft Jörn Hauschild der Wochenzeitung *Junge Welt*. Hauschild zufolge ging es bei dem Gespräch um die Verwendung des wenige Stunden zuvor im Ausland erworbenen und illegal eingeführten Sprengstoffes. Wilms habe vorgeschlagen, dass man daraus eine Nagelbombe bauen und ins »Asylcenter« werfen könne.

Die »Oldschool Society« wurde bis zu den Razzien und Festnahmen am 6. Mai 2015 jedoch von den Behörden unterschätzt, räumte Oberstaatsanwalt Hauschild weiterhin ein. Seiner Meinung nach seien NSU und OSS getrennt voneinander zu betrachten. Auf das Konto der Zwickauer Terrorzelle NSU gehen nach derzeitigem Kenntnisstand immerhin zehn Morde und zahlreiche Verletzte. Dennoch sei die OSS brandgefährlich, so Hauschild, das bestätigten Sprengstofffunde und Vernehmungen ehemaliger

Mitglieder. Die Bundesanwaltschaft stuft die Neonazi-Gruppe nicht als kriminelle, sondern sogar als terroristische Vereinigung ein. Laut Anklage war sie darauf ausgerichtet, ihre Ideologie »unter Einsatz von Schusswaffen, Brandsätzen oder Sprengmitteln« durchzusetzen.

Den Sicherheitsbehörden schien daran gelegen, nach dem unglaublichen Versagen und Behindern im Umgang mit dem rechtsterroristischen »Nationalsozialistischen Untergrund« zu zeigen, dass sie ihre Lektion, aufmerksam auch nach rechts zu blicken, gelernt haben. Mit »umfangreichen nachrichtendienstlichen Maßnahmen«, sprich Überwachung, kontrollierte das Bundeskriminalamt das Treiben der Truppe OSS frühzeitig. Die Polizei schlug zu, bevor die Neonazis es taten. Ein vorbildlicher Fall, wie es schien. Stolz ließ Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) dann auch verlauten, mit dem Schlag habe man die Gründung einer weiteren rechtsextremen Terrororganisation ähnlich dem NSU verhindert. Der Staat demonstrierte Härte, wenigstens punktuell.

Doch de Maizières Vergleich zum NSU war gewagt. Besser hätte er über eine neue Qualität und Erscheinungsform rechter Militanz aufgeklärt, als zu protzen, wo es nicht unbedingt angemessen scheint. Denn die Gruppe »Oldschool Society« agierte alles andere als konspirativ. Auf ihrem offenen Facebook-Profil gab es sogar Fotos interner Veranstaltungen, die Mitglieder zeigten sich unverpixelt, und das Impressum war mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse versehen.

Die Innenexpertin der Linksfraktion, Martina Renner, kritisierte gegenüber dem Fachportal »publikative.org« im Mai 2015 eine »Symbolpolitik gegen rechts«. Ihrer Meinung nach werde die Gefahr rechtsterroristischer Aktionen weiterhin unterschätzt. »Der Generalbundesanwalt hat in mehreren Fällen, bei denen Neonazis in den letzten zwei Jahren Waffen gehortet und Sprengstoffanschläge geplant hatten, die Ermittlungen nicht übernommen und wollte darin keine rechtsterroristischen Ansätze erkennen. Es gibt Dutzende Gruppen, die wie ›OSS‹ offen zu Gewalt gegen Flüchtlinge und politische Gegner aufrufen und entsprechend auch handeln.«

Im Oktober 2015 flog zum Beispiel die Bamberger Sektion der inzwischen verbotenen Kameradschaft »Weisse Wölfe Terrorcrew« auf. Bei einer groß angelegten Razzia gegen zwölf Objekte in Bayern fanden Beamte ähnlich wie bei der OSS gefährliche Pyrotechnik, darunter sogenannte Kugelbomben, aber auch Waffen und eine große Hakenkreuzfahne. Anschlagspläne gegen Flüchtlingseinrichtungen waren geschmiedet worden. Die »Terrorcrew« habe geplant, »mit allen Mitteln« durch Hetze und Gewalt eine Diktatur nach dem Vorbild der Hitler-Diktatur zu errichten, hieß es vonseiten des Bundesinnenministeriums im März 2016. Einer der Beschuldigten ist regionaler Anführer der Neonazi-Partei »Die Rechte«. Die Gruppe scheint gut vernetzt ins militante Spektrum. Anders als bei »Oldschool Society« ist vom terroristischen Terminus nicht die Rede. Gegen die Bamberger »Weissen Wölfe« besteht nur der Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Staatsanwaltschaft in Bamberg erhob im September 2016 Anklage.

Ob medienwirksame Inszenierung oder nicht, »Oldschool Society« hortete Sprengmaterialien und schmiedete Pläne, die Menschenleben gefährdeten. Dabei hatten es die Mitglieder der enttarnten Gruppe den Behörden leicht gemacht. Laut Anklage sprachen sie über ihre Vorhaben sogar am Telefon. Ungewöhnlich für eine Szene, deren gefestigte Strukturen immer professioneller agieren und die sich im Verborgenen mit Guerilla- und Partisanentaktiken, Waffengebrauch und Wehrsport beschäftigt. Eine maßgebliche Rolle bei der Verbreitung militanter Ideen spielen Bücher wie der Roman *Turner Diaries* (dt. *Die Turner-Tagebücher*). Sie sind bis heute Teil interner Schulungen der Szene.

Der Münchner Rechtsextremismus-Experte Robert Andreasch warnt: »Auch die Taten des NSU weisen große Parallelen zum Vorgehen in den Turner Diaries auf.« Die Terrorzelle im Roman will durch Hinrichtungen von jüdischen und schwarzen Ladenbesitzern einen »Rassenkrieg« auslösen, Bekennerschreiben werden nicht hinterlassen, die Finanzierung ihrer Taten erfolgt durch Banküberfälle.

Neonazi-Parteien wie die NPD, »Die Rechte« oder »Der III. Weg« pflegen nach außen ein patriotisches Kümmerer-Image. Um ein Verbot zu umgehen, werden Gewaltbereitschaft und Bedrohung getarnt. Die Gefahr, die von ihnen ausgeht, ist subtiler, schwerer nachweisbar geworden. Tipps und Tricks gegenüber Verfassungsschutz und Polizei gehören zum ersten Lehrstoff politischer Schulungen. Die Verschlüsselung von Botschaften ist Usus.

Dennoch stacheln auch routinierte Neonazis offen zu Hass und Straftaten an, innerdeutsche Geheimdienste und Polizei lassen sie dabei oft jahrelang gewähren. Militante Strukturen wie das »Freie Netz Saalfeld/Rudolstadt« lassen sich kaum einschüchtern. Auch die konspirativen Kreise um den umtriebigen Westfalen Meinolf Schönborn, Mitbegründer der verbotenen »Nationalistischen Front«, bleiben weitestgehend unangetastet. Gefährliche Gruppen wie die »Skinheads Sächsische Schweiz« (SSS) konnten jahrelang in einer ganzen Region ihr braunes Unwesen treiben. Ungehindert agiert bis heute die deutsche »Division« der internationalen Neonazi-Bruderschaft »Hammerskin Nation«.

2012 richtete ein US-Hammerskin in einem Sikh-Tempel in Wisconsin aus rassistischer Motivation sechs Menschen hin. Obwohl auch diese klandestine Neonazi-Truppe immer wieder von Spitzeln des Verfassungsschutzes durchsetzt war, kann sie unter Führung eines Lehrer-Sohnes von Ludwigshafen aus weitermachen.

Verstummt ist auch nicht das in der Bundesrepublik seit 2000 verbotene rassistische »Blood & Honour«-Netzwerk. Im Gegenteil, Blut und Ehre ist heute wieder Kult – ebenso wie dessen mit Anschlägen in Schweden und Großbritannien in Verbindung gebrachter bewaffneter Ableger »Combat 18« (»Kampf Adolf Hitler«). »Combat 18« exitiert weiter. Im Juni 2016 trafen sich internationale Aktivisten in Dortmund. Dort hatten Neonazis aus dem Umfeld der Rechtsrock-Band »Oidoxie« einen Ableger gegründet. Die Untergrundzelle löste sich angeblich kurz vor dem NSU-Mord an dem Dortmunder Kiosk-Besitzer Mehmet Kubasik im Frühjahr 2006 auf.

Neonazis halten den Mythos eines bevorstehenden »Rassenkampfes« bewusst am Leben. Neue Mischszenen, bestehend aus rechten Hooligans, Rockern und Kampfsportlern, helfen bei der gefährlichen Verbreitung. Solche Gruppierungen, vor denen antifaschistische Initiativen und fachkundige Experten immer wieder warnen, werden von staatlicher Seite oft viel zu lange ignoriert.

Nach Informationen von *tagesschau.de* hatte die für Terrorismus zuständige Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe seit dem Bekanntwerden des »Nationalsozialistischen Untergrunds« 2011 bis 2015 immerhin 41 Rechtsextreme im Visier. 20 neue Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung von kriminellen und terroristischen Vereinigungen wurden eingeleitet. Wie viele der Verfahren noch laufen oder bereits eingestellt wurden, konnte das Nachrichtenportal nicht erfahren.

Weitere Zahlen spiegeln ein noch dringlicheres Bild wider: Demnach beschlagnahmten Polizeibehörden nach Informationen des *Focus* bereits 2015 mehr als doppelt so viele Waffen bei Neonazis wie im Jahr zuvor. Das Magazin schrieb im September 2016 unter Berufung auf eine vertrauliche Analyse des Bundeskriminalamtes, es handele sich um 1947 verschiedene Waffen. Dem Magazin zufolge sind die Zahlen für 2015 die höchsten seit Einführung der Statistik im Jahr 2008. Besonders dramatisch für die Ermittler sei der Fund von 562 Spreng- und Brandvorrichtungen. Denn: Etliche der Brandsätze seien bei

Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte benutzt worden. Diese Zahlen wurden vom BKA nicht bestätigt, wohl aber die Existenz der vertraulichen Analyse.

Brauner Terror war nie weg aus Deutschland, doch er hat ein verändertes Erscheinungsbild. Es wird Feuer in Flüchtlingshäusern gelegt, engagierte Menschen werden bedroht, Politiker angegriffen, Waffen und Sprengstoff gehortet. Die Übergänge von rechter Militanz zum Terrorismus sind schwer erkennbar, können fließend sein.

Die Stimmung in Deutschland bleibt trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen brandgefährlich. In die Spirale der Gewalt reihen sich auch die beiden Sprengstoffanschläge, die fast zeitgleich im September 2016 auf eine Moschee und das Internationale Kongresszentrum in Dresden erfolgten. Laut sächsischem Innenministerium habe der erste selbst gebaute Sprengsatz der neben der Moschee lebenden Familie des türkischen Imam gegolten. Beide Anschläge erfolgten kurz nacheinander.

»Auch wenn uns bislang kein Bekennerschreiben vorliegt, müssen wir von einem fremdenfeindlichen Motiv ausgehen«, beurteilte Dresdens Polizeichef Horst Kretzschmar die Attacken. In dem Kongresszentrum fanden wenige Tage später, am 3. Oktober 2016, die Feiern zum Tag der Deutschen Einheit mit einem Empfang des Bundespräsidenten statt. »Um die Demokratie zu deformieren, braucht es keinen neuen Führer, nur völkische Ideologie und die Gleichgültigkeit der Demokraten«, schrieb der Journalist Michael Kraske im September 2016 in einem Kommentar für das Portal »Mut gegen rechte Gewalt« lakonisch. Irene Mihalic, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags für Die Grünen, warnte: »Wir müssen aufpassen, dass rechtsterroristische Tatzusammenhänge nicht wieder unerkannt bleiben.«

Nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden ist Terrorismus der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mithilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten. Bindend für Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt ist die Orientierung am Begriff der terroristischen Vereinigung gemäß Paragraf 129 des Strafgesetzbuchs und an den hierzu vom Bundesgerichtshof aufgestellten Voraussetzungen, beispielsweise zur Mitgliederzahl von mindestens drei Personen.

Nahezu alle rechtsterroristischen Gruppen in Deutschland seien aus einem »alltagsterroristischen Milieu gekommen, in dem es zum praktischen Selbstverständnis gehörte, jederzeit gegen definierte Feinde zuzuschlagen«, sagt der Politikwissenschaftler Hajo Funke, emeritierter Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, im Gespräch mit *tagesschau.de.* Dieses Milieu nicht einzubeziehen mache eine Definition von Rechtsterrorismus bürokratisch: Sie werde »zu eng gefasst und trägt dazu bei, die wirklichen Gefahren nicht angemessen zu erfassen«, warnt Funke.

Dennoch gab es immer wieder Zweifel, ob die Gruppenmitglieder der OSS zu den geplanten Taten imstande wären. Das Jugendmagazin *Vice* kürte »Oldschool Society« zur »dümmsten Terrorgruppe Deutschlands«. Fanatische Fremdenfeindlichkeit, die in Anschlägen mündet, muss nicht in den Hirnen professioneller Neonazi-Strategen erwachsen. Dass OSS nicht nur lamentierte, sondern auch handeln wollte, zeigt der Kauf der Böller mit tödlicher Sprengkraft in Tschechien.

Sebastian Lipp ist einer der wenigen Journalisten, die den Prozess gegen Hafemanns Truppe kontinuierlich beobachten. Lipp urteilt: »Dumm und gefährlich.« Aber er weist auch darauf hin, dass die Anführer womöglich so clever waren, die Anschläge nicht selbst begehen zu wollen. Führungsmitglied Denise Vanessa G. nannte die übrigen Mitglieder abschätzig »Lollis«. Nachdem Wilms und G. illegal Pyrotechnik im Ausland besorgt hatten, rief der Vize den älteren Präsidenten an. Das Gespräch wurde

abgehört: »… hier, so ein Cobra 11, hier, weißt du, hier Dachpappenstifte draufmachen mit Sekundenkleber ringsrum, draufkleben und dann so ein Ding im Asyl …, so ein Ding im Asylcenter, im Asylheim so, weißt du, Fenster eingeschmissen und dann das Ding hintergejagt.« Hafemann antwortete: »Tät mir schon gefallen, wär schon so nach meinem Geschmack.« Auch die junge Frau hörte mit. Im Hintergrund erklärte sie, dass man aufgrund der Sprengkraft die Zündschnüre verlängern müsse.

Strafjustizzentrum München, Nymphenburger Straße: Seit April 2016 wird nicht nur im großen Schwurgerichtssaal A 101, sondern auch in Raum B 277 rechter Terror verhandelt. Zwei Prozesse, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Die Anklageerhebung gegen die OSS ist die erste dieser Stärke seit dem Auffliegen des NSU vor fünf Jahren. Die Verbrechen, die der einzigen Überlebenden der NSU-Kerntruppe, Beate Zschäpe, und vier mutmaßlichen Unterstützern von der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe vorgeworfen werden, sind ungeheuerlich: Neun der Opfer wurden nach rassistischen Gesichtspunkten ausgewählt, ausspioniert und liquidiert. Die 2007 ermordete Polizistin Michèle Kiesewetter traf es nach Ansicht der Behörden dagegen zufällig, als sie mit einem Kollegen Mittagspause in Heilbronn machte. Mit einem gezielten Kopfschuss wurde die 22-jährige Thüringerin getötet, ihr 24-jähriger Beifahrer überlebte schwer verletzt.

Die penibelst agierenden NSU-Terroristen, die keine DNA-Spuren an den Tatorten hinterließen, sich auf Kameraden verlassen konnten und so jahrelang mitten unter uns lebten, hinterließen Spuren, die nach ihrem Tod 2011 in Eisenach direkt zur ungeklärten Tötungsserie, abfällig »Döner-Morde« genannt, und dem Heilbronner Polizistenmord führten. Ungereimtheiten und Widersprüche prägen den NSU-Prozess im Hochsicherheitstrakt des Münchner Gerichtsgebäudes. Sicherheitsbehörden mauern. Zeugen schweigen oder lügen.

Mit über einem Dutzend Raubüberfällen von Stralsund bis Eisenach finanzierten die Haupttäter Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt das Leben im Untergrund. Ein nicht untypisches Vorgehen rechter Terroristen. Obwohl über 40 Spitzel von Inlandsgeheimdiensten und Polizei sich im Laufe der Jahre im Umfeld der Zwickauer Terrorzelle bewegten, konnte der NSU nicht auffliegen. Weibliche und männliche Neonazis, die zum Teil unter Bewachung durch Sicherheitsorgane standen, konnten unbehelligt getarnte Wohnungen für das Trio anmieten, Ausweise zur Verfügung stellen, Leihfahrzeuge und Waffen besorgen oder fuhren sogar noch mit dem Trio in den Urlaub.

Eingesetzte Sonderkommissionen der Polizei wie die »Soko Bosporus« in Bayern kamen ihnen nicht auf die Spur. Zu sehr hatte man sich auf »Klischeetäter« konzentriert. Das Hauptaugenmerk der Ermittlungen lag – wie wir heute wissen – bei möglichen Verbindungen der Opferfamilien ins kriminelle Milieu. Damit könnte die Rechnung des NSU aufgegangen sein. Denn das Ziel der Neonazis scheint es gewesen zu sein, ein Klima der Angst unter Migranten zu schaffen.

Inzwischen wird der NSU-Terrorist Uwe Böhnhardt, der als krimineller Kopf der braunen Bande galt, auch mit dem ungeklärten Mord an der neunjährigen Peggy aus der Nähe der bayerischen Stadt Hof in Verbindung gebracht. Seine DNA wurde in der Nähe des Fundorts der Leiche in Thüringen ausgemacht. Über Verbindungen der Neonazi-Truppe ins kriminelle Milieu von Waffen- und Menschenhandel ist bisher nur wenig bekannt. Berechtigten Zweifel gibt es auch an der offiziellen Variante, wonach die Neonazi-Szene nichts von der Existenz des NSU gewusst haben soll. Das scheint ungewöhnlich, denn weite Teile des braunen Spektrums bewegen sich bewusst auf dem schmalen Grad zur Illegalität. Straftäter gelten in der Szene als »nationale Märtyrer«.

Tatsächlich war das Zwickauer Trio nicht isoliert, zudem hatten Unterstützer des Trios selbst aktive Kontakte zu militanten Kameradschaften. Die Terrorzelle nannte sich in einem Bekennerbrief ein »Netzwerk von Kameraden« und spendete rund 500 Euro an Gruppen im eigenen Spektrum. Das Gefängnis-Fanzine *Der weisse Wolf* veröffentlichte im Vorwort der Ausgabe von 2002 jenen folgenschweren Gruß: »Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter …« Ein Satz, der Mitwissertum andeutet.

Als 2006 der erst 21-jährige Halit Yozgat in Kassel im Internetshop seines Vaters hingerichtet wurde, war ausgerechnet ein Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes am Tatort. Der Mann, V-Mann-Führer eines Kasseler Neonazis, gibt heute an, von der Tat nichts gewusst und mitbekommen zu haben. Glaubwürdig ist das nicht. Doch den bundesdeutschen Geheimdiensten gelang es, durch Aktenvernichtung, Aktenverweigerung und Aussageverbote für Beamte eine umfassende Aufklärung zu verhindern. Der gesamte NSU-Komplex hinterlässt bis heute mehr Fragen als Antworten.

In der Geschichte rechten Terrors gab es schon einmal ähnlich klaffende Ermittlungslücken. Der Anschlag auf das Oktoberfest 1980 mit zwölf ermordeten Besuchern und über 200 Verletzten wurde allein dem Studenten und Neonazi Gundolf Köhler zugeschrieben, der ebenfalls dabei starb. Köhlers Verbindungen zur »Wehrsportgruppe Hoffmann« sowie Zeugenaussagen möglicher Mittäter führten nicht zu einer umfassenden Aufklärung. Als wenig später, 1980, ein Führungsmitglied der »Wehrsportgruppe Hoffmann« mit der Waffe des Chefs den jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Freundin Frieda Poeschke an ihrer Haustür in Erlangen hinrichtete, gingen die ermittelnden Behörden zunächst von einem Streit innerhalb der jüdischen Gemeinde aus, deren Vorsitzender Levin eine Zeit lang war. Die Gruppe floh in den Libanon. Nach 35 Jahren wird das Oktoberfestattentat neu untersucht. Doch viele Beweise sind längst vernichtet, wichtige Zeugen verstorben. »Es gibt Inkompetenz, und es gibt Verschleierung«, kommentierte der Münchner Opferanwalt Werner Dietrich das Verhalten der Ermittlungsbehörden im Fall von NSU und Oktoberfestattentat gegenüber dem *Berliner Tagesspiegel*. Dietrich ergänzte: »… und manchmal kommt beides zusammen.«

2003 flog die bayerische Terrorzelle des Neonazis Martin Wiese auf. Dem Münchner Neonazi und Kameraden wurden Rädelsführerschaft in der »Kameradschaft Süd« und Verstöße gegen das Waffengesetz vorgeworfen. Ziel der bewaffneten Gruppe um Wiese sei eine »blutige Revolution« für einen »NS-Staat« gewesen, wie es in der Urteilsbegründung hieß. Führend dabei: »Didier Magnien«, V-Mann des bayerischen Verfassungsschutzes. Der ehemalige französische »Hammerskin« kümmerte sich um die Kontakte zwischen Münchner und Nürnberger Neonazis, brachte den jungen Anhängern Marschieren und Antreten im Bayerischen Wald bei und fuhr mit, um Waffen zu besorgen. Im Gerichtsverfahren gegen Wieses Kameradschaft konnte der Geheimdienstspitzel dennoch keine Angaben machen oder erinnerte sich angeblich nicht. »Wann immer es für ihn oder seinen Arbeitgeber kritisch« wurde, erinnert sich Prozessbeobachter Robert Andreasch, waren die Fragen »plötzlich nicht von der Aussagegenehmigung« der Behörde gedeckt. 2003 aber war die Verwicklung zwischen Verfassungsschutz und rechtem Terror noch kein Thema.

Der Prozess gegen Beate Zschäpe und ihre mutmaßlichen Unterstützer befindet sich nach über drei Jahren Verhandlung vor dem Oberlandesgericht München auf der Zielgeraden. Zeugenvernehmungen und Beweisanträge scheinen aus Sicht des Senats so gut wie abgeschlossen. Umfassende Antworten auf quälende Fragen werden auch vonseiten der Opferanwälte kaum noch erwartet.

Der Prozess gegen »Oldschool Society« erscheint dagegen übersichtlich. Die Gruppe war – ähnlich der »Kameradschaft Süd« um Wiese – aufgeflogen, als sie mitten in den Vorbereitungen für Anschläge steckte. »Ich wehr mich jetzt, mit meinen Freunden der OSS«, soll Anführer Hafemann in den sozialen Netzwerken geprahlt haben. Das Feindbild: Muslime. In Zeiten, in denen massenhaft Flüchtlingsunterkünfte brennen, planten der Augsburger und seine militanten Mitstreiter Ähnliches.

Gideon Botsch, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Potsdam, beobachtet die Neonazi-Szene seit Jahren. Ihn erinnert die aktuelle Entwicklung an die frühen neunziger Jahre. »Das Boot ist voll!« – mit dieser Stammtischparole ging die rechtsextreme Partei »Die Republikaner« Anfang der neunziger Jahre auf Wahlfang. Am 9. September 1991 titelte auch das Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel:* »Ansturm der Armen. Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten.« Auf dem Cover war ein Schiff mit schwarz-rot-goldenem Schiffsrumpf abgebildet, vom Menschenzustrom bedroht. Die Schreckensvision eines vereinten Deutschlands. Menschen aus dem Krieg in Jugoslawien suchten Zuflucht, hinzu kam die Einwanderung deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa. Zeitgleich wurde das Grundrecht auf Asyl in gesellschaftsübergreifenden Diskursen zunächst infrage gestellt.

Die folgenreiche, zum Teil äußerst populistisch ausgetragene Debatte führte nicht nur zu rassistisch entladener Gewalt, sondern schließlich zur Einschränkung individuellen Rechts auf Asyl durch eine Grundgesetzänderung. Die erste Welle enthemmter Gewalt gegen Migranten wird zwischen dem Pogrom von Hoyerswerda im August 1991 und den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen ein Jahr später datiert. »Ausländerfrei« ging als Unwort des Jahres 1991 in die Begriffsgeschichte der Bundesrepublik ein. Im September 1991 offenbarte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid, dass 21 Prozent der Ostdeutschen und 38 Prozent der Westdeutschen »Verständnis« für jene »rechtsradikalen Tendenzen« hätten.

Allein 1992 forderte rechte Gewalt 27 Menschenleben. Städte wie Mölln und Solingen wurden in den neunziger Jahren zum Synonym für den Geist, der herrschte. In Lübeck starben 1996 zehn Menschen beim Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Die Täter wurden nie zur Verantwortung gezogen.

Die Justiz schien vor allem in den neuen Bundesländern völlig überfordert. Die Entwicklung des NSU ist in diesem zeitlichen Kontext zu sehen. In Thüringen sammelten sich zu dieser Zeit subkulturell geprägte Skinheads unter dem Schirm des Kameradschaftsnetzwerks »Thüringer Heimatschutz«. Auch die jungen Jenaer Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe fühlten sich als Teil einer elitären arischen Bewegung. Ihre Legitimation war der »Rassenkrieg« zur »Reinhaltung« des »deutschen Blutes«.

1999 wurden einige Länder Europas von gewalttätigen Aktionen der militanten »White Power«-Bewegung erschüttert. Neonazistische Attentäter verübten mehrere blutige Nagelbombenanschläge in England mit vielen Opfern – auch in Schweden mordeten und bedrohten Neonazis Menschen.

Ein Jahr zuvor war das Jenaer Trio wegen Sprengstoffbesitzes vor den Augen der Thüringer Polizei geflohen. Es blieb unentdeckt, obwohl während der gesamten 13 Jahre im Untergrund Kontakte in die aktive Neonazi-Szene bestanden. Der politische Fanatismus der NSU-Terroristen führte schließlich zu den politisch motivierten Verbrechen. Wichtig war ihnen dabei eine Bekennung nach innen, nicht nach außen. Die Kameraden sollten wissen, dass es sie gab und sie nach dem Motto »Taten statt Worte« agierten.

Botsch weist darauf hin, dass die gegenwärtigen Anschlagspläne rechtsextremer Gruppen und Personen als radikalste Äußerungsformen einer breiten, gesellschaftlich viel stärker verankerten Bewegung gewertet werden, die gegen Zuwanderung mobil macht. »Mit dem Abebben dieser Bewegung

als Straßenprotest werden einige Einzelpersonen und Gruppen weitermachen wollen und ihre Aktivitäten noch verstärken«, warnt der Experte. Nach heutigem Kenntnisstand gibt es in Deutschland zum NSU-Netzwerk keine bekannten Parallelen. Aber die Gefahr eines im Untergrund geführten »Rassenkriegs« besteht weiterhin, wie auch die aktuellen Treffen der internationalen »Blood & Honour«-Szene und von »Combat 18« zeigen. Experten wie der Potsdamer Botsch befürchten neue, möglicherweise auch schwere Anschläge von rechts.

Chronik Mai 2016

01.05. Plauen (SN) Ein Neonazi schlägt während einer Demonstration der Partei »Der III. Weg« eine 29-jährige Frau mit einem Kamerastativ bewusstlos.

01.05. Erfurt (TH) Aus einer Neonazi-Demonstration werden Flaschen und Böller auf Gegendemonstranten geworfen. Der Anmelder der Demonstration hatte zuvor »alle wehrfähigen Männer nach vorn« gefordert.

02.05. Werder (BB) Ein Unbekannter beschimpft eine 18-Jährige mit rechten Parolen und schlägt sie anschließend.

02.05. Hagenow (MV) Eine Frau beschimpft einen Flüchtling am Busbahnhof rassistisch und tritt ihn. Dann schlägt sie gemeinsam mit einer weiteren Person auf ihn ein.

03.05. Berlin-Tiergarten (BE) Personen beleidigen ihre Nachbarin, die ein neugeborenes Kind im Arm hält, rassistisch und greifen sie an. Die Frau wird dabei verletzt.

03.05. Schwerin (MV) Drei Männer und eine Frau brüllen »Heil Hitler!«. Ein junger Mann, der sie daraufhin anspricht, wird attackiert. Gemeinsam schlagen die Hitleranhänger auf ihn ein.

03.05. Parkstetten (BY) Ein 24-Jähriger fährt auf der Straße Schlangenlinien und brüllt mehrmals »Heil Hitler« aus dem Fenster. Er flüchtet vor der Polizei und gefährdet dabei andere Autofahrer.

04.05. Rabenau (SN) Unbekannte beschädigen die Fensterscheiben einer Wohnung, in der Flüchtlinge leben.

04.05. Nienburg (ST) Ein Mann beleidigt in einem Dönerimbiss einen 29-jährigen Kurden rassistisch und attackiert ihn körperlich. Vor der Tür kommen zwei weitere Männer dazu, schlagen auf den 29-Jährigen ein und stoßen ihn vor ein fahrendes Auto. Drei Stunden später werfen Unbekannte mehrere große Steine in die Scheiben des Ladens.

05.05. Dresden (SN) Fünf alkoholisierte Männer im Alter zwischen 18 und 26 Jahren überfallen am Wiener Platz zwei Menschen aus Eritrea.

05.05. Oschersleben (ST) Zwei Rechte stoßen einen 15-jährigen »alternativen« Jugendlichen von seinem Fahrrad und schlagen ihm mit Quarzhandschuhen ins Gesicht.

05.05. Weißenfels (ST) Eine Gruppe Menschen schlägt und tritt auf einen Geflüchteten aus Guinea-Bissau ein. Einer der Angreifer schlägt ihm so heftig in den Nacken, dass das Opfer zu Boden stürzt und das Bewusstsein verliert. Die Täter gehen weiter und drohen beim Weggehen noch mit »Hals abschneiden«-Gesten.

05.05. Halle (ST) Fünf bis sieben Männer werfen eine Bierflasche und einen Bierkrug in Richtung einer Kopftuch tragenden Frau. Wenig später werfen sie einen Stein in Richtung einer weiteren Kopftuch Tragenden. Dieser trifft die Scheibe eines Haltestellenhäuschens, die zu Bruch geht. Der Angreifer kommt auf die verängstigten Frauen zu und ruft: »Jetzt machen die Ausländer auch schon die Scheiben kaputt!«

05.05. Cottbus (BB) Eine Ansammlung rechter Jugendlicher provoziert eine Gruppe »alternativer« Jugendlicher beim Grillen am See. Die Rechten beleidigen einen Jugendlichen rassistisch. Einen anderen stoßen sie zu Boden, treten ihn und schlagen auf ihn ein.

05.05. Premnitz (BB) Mehrere Täter greifen vier Geflüchtete aus Syrien und dem Libanon an und verletzen sie mit Gegenständen.

05.05. Wittstock (BB) Eine Personengruppe wirft Gegenstände auf drei Männer aus Pakistan.

05.05. Spremberg (BB) Mehrere Rechte beleidigen einen Jugendlichen aus rassistischen Gründen und greifen ihn körperlich an.

05.05. Erfurt (TH) Neonazis greifen das linksautonome Jugendzentrum an. Zehn bis 15 Personen werfen zunächst Flaschen auf den Innenhof, dann stürmen sie das Zentrum. Sie sprühen Reizgas und schlagen auf die Besucher ein.

05.05. Kölleda (TH) Unbekannte Täter greifen einen Flüchtling und seine drei Kinder an. Sie zerstechen mit einem Messer den Reifen des Familienfahrrads.

05.05. Gaildorf (BW) Zwei Männer schlagen und stoßen einen Mann, weil er einen Rucksack mit der Aufschrift »Kein Bock auf Nazis« trägt. Der Betroffene schlägt mit dem Kopf auf die Deichsel eines Lkw-Anhängers auf und erleidet eine Gehirnerschütterung.

05.05. Strasburg (MV) Unbekannte werfen eine Flasche auf eine Asylbewerberin und ihren Begleiter. Die Frau wird am Bein getroffen und verletzt.

05.05. Rostock (MV) Ein Rassist schießt auf eine Frau mit einem Luftdruckgewehr und verletzt sie am Fuß. Danach schießt er auf einen Mann, den er für einen Migranten hält. Die Polizei nimmt den Schützen in Haft.

06.05. Cottbus (BB) Zehn bis 15 Personen teilen einer Gruppe Flüchtlinge mit, dass sie in Deutschland unerwünscht seien. Dann greifen sie an. Die Täter setzen Reizgas ein, werfen Bierflaschen, hetzen einen Hund auf ihre Opfer und schlagen mit einem Billardqueue auf den Kopf eines Flüchtlings. Eintreffende Polizisten beenden den Übergriff.

07.05. Berlin-Tiergarten (BE) Am Rande einer Anti-Flüchtlingskundgebung greifen zwei Neonazis einen Politiker der Partei Die Linke an.

07.05. Bodenwöhr (BY) Ein Unbekannter schießt mit einem Luftdruckgewehr auf eine Flüchtlingsunterkunft.

08.05. Lübeck (SH) Zwei Rechte betreten eine Gaststätte in der Innenstadt und versprühen Reizgas. Zwei junge Flüchtlinge klagen daraufhin über Reizungen der Augen und Atemwege. Die Polizei nimmt in Tatortnähe zwei Männer vorläufig fest, von denen einer den Einsatz des Reizstoffs zugibt.

09.05. Frankfurt (Oder) (BB) Ein Mann beschimpft einen 13-jährigen Jungen rassistisch und greift ihn anschließend körperlich an.

09.05. Weimar (TH) Ein unbekannter Mann greift an einer Bushaltestelle einen 21-jährigen Flüchtling an. Er beschimpft ihn, versucht ihn mit einer Hundeleine zu schlagen und mit dem Kopf zu stoßen. Wenig später trifft das Opfer erneut auf den Täter und wird mit einem Messer bedroht.

10.05. Perleberg (BB) Ein Mann beleidigt einen 30-jährigen Rumänen rassistisch und schlägt ihn.

10.05. Albbruck (BW) Ein 23-jähriger Mann betritt eine Flüchtlingsunterkunft und beginnt dort zu randalieren. Er greift sich einen Feuerlöscher, schlägt damit ein Fenster ein und geht anschließend auf zwei Bewohner los. Die Opfer erleiden Brüche an Hand und Unterarm. Kurz darauf wird der Täter von der alarmierten Polizei festgenommen. Bei seiner Festnahme äußert er sich so, dass die Polizei von einem »fremdenfeindlichen Hintergrund« der Tat ausgeht.

11.05. Frankfurt (Oder) (BB) Acht bis neun Personen beleidigen einen syrischen Geflüchteten rassistisch und versuchen ihm den Zutritt zu einem Wohnhaus zu verwehren. Im Fahrstuhl treten und schlagen sie auf den Betroffenen ein. Er erleidet diverse Verletzungen, darunter einen Fingerbruch.

11.05. Elsterwerda (BB) Fünf Jugendliche greifen einen 17-jährigen Asylsuchenden vor dessen Unterkunft an. Sie drohen ihm, sein Mobiltelefon zu stehlen. Als er um Hilfe ruft, schlagen sie auf ihn ein.

11.05. Ennigerloh (NW) Am Abend dringen drei Männer in eine Flüchtlingsunterkunft ein, werfen Stühle und Tische um und fordern die Bewohner dazu auf, das Haus zu verlassen. Einer der Täter geht mit einem Stuhl auf einen Geflüchteten los, der dadurch leicht verletzt wird.

12.5. Duvenstedt (HH) Unbekannte legen Feuer in einem Gebäude, das als Flüchtlingsunterkunft in Gespräch war. Der Staatsschutz ermittelt.

12.05. Wettenberg (HE) Unbekannte zünden in der Nacht einen Zeitungsstapel vor einer Flüchtlingsunterkunft an.

13.05. Spremberg (BB) Rechte werfen Böller in Richtung einer Gruppe Umweltaktivisten, zeigen den Hitlergruß und drohen mit den Worten »Man müsste euch alle erschießen«.

13.05. Hamm-Nord (HH) Ein Mann beleidigt einen anderen, schimpft auf den Islam und wirft dem Betroffenen eine Glasflasche vor die Füße.

13.05. Weißenthurm (RP) Unbekannte zündeln in der Nacht zeitgleich vor zwei Flüchtlingsunterkünften. Vor einer brennen Müllsäcke ab. Bewohner werden durch Knallgeräusche wach.

13.05. Coesfeld (NW) Zwei Männer prügeln auf einen 39-jährigen syrischen Flüchtling ein. Sie treten und schlagen zu und beleidigen ihn als »Scheiß Syrer«. Die Polizei nimmt einen 29-jährigen Tatverdächtigen vorläufig fest, der zweite Täter ist unbekannt.

13.05. Neuss (NW) Ein Unbekannter verübt einen Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss. Zeugen beobachten eine Person, die mit einem Gullydeckel die Fensterscheibe einschlägt und einen Brandsatz ins Innere wirft.

14.05. Borna (SN) Vier deutsche Männer greifen an einer Bushaltestelle einen Pakistaner an. Sie schlagen und treten zu.

14.05. Spremberg (BB) Mehrere Rechte greifen mit Schlagwerkzeugen Umweltaktivisten an, drohen ihnen mit einem Elektroschocker und verfolgen die flüchtenden Menschen.

14.05. Cottbus (BB) Nach einem Fußballspiel wirft ein Mann eine Glasflasche auf zwei Frauen, weil sie Kopftücher tragen.

15.05. Cottbus (BB) Drei Deutsche beleidigen drei Geflüchtete beim Verlassen einer Diskothek rassistisch. Sie schubsen die Betroffenen und drohen mit einem Messer.

15.05. Rheinsberg (BB) Ein Mann schlägt einen »alternativen« Jugendlichen aufgrund seines Aussehens.

15.05. Rheinsberg (BB) Ein Unbekannter greift einen 17-jährigen Syrer an und beschimpft ihn später rassistisch.

15.05. Rheinsberg (BB) Ein Mann greift einen 18-jährigen Syrer körperlich an.

15.05. Welzow (BB) Drei unbekannte Täter schlagen auf einen Umweltaktivisten ein. Als er am Boden liegt, treten sie weiter auf ihn ein.

15.05. Berlin-Wilmersdorf (BE) Ein unbekannter Mann uriniert auf den Bahnsteig eines U-Bahnhofs. Er wird daraufhin von einem 59-Jährigen angesprochen. Der Unbekannte zeigt den Hitlergruß, ruft »Sieg Heil« und schlägt dem 59-jährigen Mann mit der flachen Hand ins Gesicht. Zwei weitere Männer kommen dazu. Zu dritt schlagen und treten sie auf das Opfer ein, auch als der Mann bereits am Boden liegt. Der 59-Jährige wird schwer verletzt. Die Täter können unerkannt fliehen.

15.05. Lippstadt (NW) Etwa zehn, teilweise vermummte Angreifer dringen auf das Gelände einer Flüchtlingsunterkunft und geben Schüsse aus einer Schreckschusspistole ab.

16.05. Limbach-Oberfrohna (SN) Bei einem Lokalpolitiker und einer Mitarbeiterin einer sozialen und politischen Bildungsvereinigung werden die Radschrauben am Auto gelöst.

17.05. Berlin-Marzahn (BE) Ein 26-jähriger Mann beleidigt drei Männer rassistisch und bedroht sie mit einem Messer. Der Täter entfernt sich in Begleitung seiner Frau und seines Kindes und wird später von der Polizei festgenommen.

17.05. Lübeck (SH) Auf dem Meesenplatz rufen sechs bis acht Personen »Heil Hitler«, zeigen den Hitlergruß und werfen Flaschen auf vorbeigehende Passanten. Die Polizei nimmt zwei von ihnen in Gewahrsam. Die Täter leisten Widerstand, einer von ihnen verletzt dabei einen Polizeibeamten durch Tritte.

18.05. Rangsdorf (BB) Zwei unbekannte Täter stoßen einen 13-jährigen Flüchtling vom Fahrrad und schlagen ihm mit einem Schlagring in Oberkörper und Schulter.

18.05. Lübeck (SH) Eine Gruppe Männer belästigt Kunden eines Supermarkts. Sie brüllen Frauen hinterher, beleidigen Flüchtlinge und beschimpfen Menschen als »Neger«. Wenig später jagt eine Gruppe Männer einen weiteren Mann und ruft dabei rechte Parolen.

18.05. Geldern (NW) In der Nacht beschießen eine Frau und ein Mann eine Flüchtlingsunterkunft mit Feuerwerksraketen.

19.05. Guben (BB) Unbekannte beleidigen einen Fahrrad fahrenden Flüchtling aus einem Auto heraus rassistisch. Sie schneiden ihm den Weg ab und sprühen ihm Reizgas ins Gesicht. Lachend flüchten die Täter.

19.05. Berlin-Lichtenberg (BE) Zwei Neonazis beleidigen mehrere Kinder, die vor einer Flüchtlingsunterkunft spielen. Ein Fahrradfahrer, der sich verbal einmischt, wird bedroht und verfolgt.

20.05. Erfurt (TH) Ein 29-Jähriger zeigt in der Straßenbahn gegenüber einer »ausländischen« Familie den Hitlergruß und beleidigt andere Fahrgäste. Er greift einen Fahrgast und den Straßenbahnfahrer tätlich an.

20.05. Bredstedt (SH) Ein Unbekannter wirft einen Stein in das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

20.05. Solingen (NW) Unbekannte attackieren das Haus einer Flüchtlingsfamilie. Sie schlagen, vermutlich mit einer Brechstange, Löcher in die Wand des Hauses.

21.05. Premnitz (BB) Eine fünfköpfige Gruppe beschimpft einen syrischen Flüchtling rassistisch. Einer von ihnen schlägt dem Betroffenen mit einer Holzleiste ins Gesicht.

21.05. Arnsdorf (SN) Vier Mitglieder einer »Bürgerwehr«, darunter ein lokaler CDU-Politiker, ziehen einen 21-jährigen Iraker mit Gewalt aus einem Supermarkt. Dann fesseln sie ihn mit Kabelbindern an einen Baum. Die eintreffende Polizei nimmt nicht die Personalien der »Bürgerwehr«-Anhänger auf, sondern fordert sie auf, zu gehen. Wie sich später herausstellt, ist der irakische Mann psychisch krank und in einer Fachklinik untergebracht. Laut Polizei hat er am besagten Tag weder geklaut noch jemanden verletzt oder etwas beschädigt.

21.05. Frankfurt (Oder) (BB) Mehrere Täter beleidigen aus rassistischer Motivation heraus drei Studierende der Europa-Universität. Sie treten, schlagen und attackieren sie mit Reizgas.

21.05. Berlin-Treptow (BE) Am Rande des Fests für Demokratie am Bahnhof Schöneweide beleidigen drei Neonazis zwei Jugendliche. Sie bedrängen und schubsen sie.

21.05. Strasburg (MV) Aus mehreren Autos heraus bewerfen Unbekannte drei Männer aus dem Iran und Afghanistan mit Flaschen. Kurz darauf jagen sie die Betroffenen durch die Stadt und schlagen zu. Eines der Opfer muss im Krankenhaus behandelt werden.

22.05. Zwickau (SN) Unbekannte werfen Molotowcocktails gegen eine Flüchtlingsunterkunft. Ein

Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes kann den Brand löschen.

22.05. Berlin-Friedrichshain (BE) Ein 34-Jähriger ruft Naziparolen und zeigt den Hitlergruß. Er beleidigt einen 20-Jährigen rassistisch und drückt ihn über ein Brückengeländer der S-Bahn. Passanten greifen ein und rufen die Polizei.

22.05. Berlin-Marzahn (BE) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine im Bau befindliche Flüchtlingsunterkunft.

22.05. Saarbrücken (SL) Ein Mann beleidigt eine Frau mit dunkler Hautfarbe, weil sie seinen Gruß nicht erwidert. Die Frau macht zu diesem Zeitpunkt als Pflegerin einer rollstuhlfahrenden Patientin einen Spaziergang. Der Angreifer tritt sie und reißt sie an den Haaren. Erst als ein Zeuge einschreitet, lässt er von ihr ab.

23.05. Frankfurt (Oder) (BB) Mehrere Täter beleidigen an einer Straßenbahnhaltestelle zwei somalische Flüchtlinge und einen ägyptischen Studenten rassistisch. Sie schlagen auf sie ein. Ein hinzukommender Jugendlicher aus Syrien wird ebenfalls geschlagen. In der Nähe stehen Menschen und applaudieren. Die Angreifer verfolgen ihre fliehenden Opfer und können erst durch die Polizei gestoppt werden.

24.05. Dresden (SN) Zwei Unbekannte bepöbeln zwei Menschen aus Syrien in einem Imbiss, dann schlagen sie auf einen ein.

24.05. Cottbus (BB) Mehrere unbekannte Täter beleidigen einen Jugendlichen aus Syrien rassistisch und greifen ihn körperlich an.

24.05. Bohmte (NI) Eine Polizeistreife will einen 31 Jahre alten Mann festnehmen, gegen den ein Haftbefehl vorliegt. Der Mann setzt Reizgas gegen die Beamten ein und verhindert so seine Festnahme. Er wird von den Behörden der »Reichsdeutschenbewegung« zugeordnet, die die rechtliche Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Befugnisse leugnet.

26.05. Magdeburg (ST) Ein 60-jähriger Mann beleidigt in der Straßenbahn mehrere Menschen mit vermeintlichem Migrationshintergrund. Eine Frau, die dazwischengeht, greift er an.

26.05. Forst (BB) Aus einer Gruppe von Rechten heraus werden vier Kameruner, die das Rosengartenfest besuchen, rassistisch beleidigt und bedroht. Einer wird von den Rechten hinterrücks zu Boden gerissen. Ein zweiter Angreifer sprüht dem am Boden liegenden Betroffenen Reizgas in die Augen.

26.05. Olsberg (NW) Vier Männer attackieren in der Nacht einen 29-jährigen Mann »mit türkischen Wurzeln«. Sie werfen ihn zu Boden, treten ihn und schlagen auf ihn ein. Aus der Gruppe heraus wird der Betroffene rassistisch beschimpft.

27.05. Unterwellenborn (TH) Zwei unbekannte Männer greifen einen 20-jährigen Flüchtling an. Erst sprechen sie ihn auf Englisch an, dann attackieren sie ihn mit Stühlen und werfen ein Glas nach ihm.

30.05. Aue (SN) Unbekannte werfen Brandsätze auf eine Flüchtlingsunterkunft.

30.05. Heiligenstadt (TH) Ein Mann legt mit einem Brandbeschleuniger Feuer an einer Wohnungstür. Der Wohnungsinhaber ist Algerier. Tage zuvor war ein Hakenkreuz an dieselbe Tür gemalt worden. Die Polizei ermittelt gegen einen Tatverdächtigen, der am gleichen Tag mehrere Reifen zerstochen und eine Frau mit einem Messer bedroht hatte.

30.05. Berlin-Charlottenburg (BE) Ein Fahrgast schlägt aus rassistischer Motivation am Stuttgarter Platz einen Taxifahrer.

30.05. Passau (BY) Ein 18-Jähriger greift zwei Asylsuchende an, die an einer Bushaltestelle warten. Er schlägt einem der beiden grundlos mit der Faust ins Gesicht und tritt ihn auch, als er bereits am Boden liegt.

30.05. Ansbach (BY) Ein unbekannter Mann beleidigt einen 27-jährigen Flüchtling vor dessen Unterkunft und schlägt auf ihn ein.

31.05. Neuruppin (BB) Ein Unbekannter greift ein achtjähriges Kind aus Bosnien-Herzegowina an und schlägt ihm auf den Kopf. Der Junge stürzt auf die Straße. Die anwesende Mutter erleidet einen Schock.

31.05. Guben (BB) Unbekannte werfen Bierflaschen gegen eine Flüchtlingsunterkunft. Zuvor hatten sechs bis sieben Jugendliche rassistische Parolen gerufen.

Niedersachsen und die rechtsextreme Szene, die keiner sehen wollte

Durch das, was Sie in dieser Nacht getan haben, unterscheidet Sie nichts von marodierenden SA-Trupps, die am 9. November 1938 jüdische Geschäfte und Synagogen angezündet haben. Es unterscheidet Sie nichts von Ku-Klux-Klan-Mitgliedern, die Menschen aufgehängt haben, weil deren Hautfarbe schwarz ist, und auch nichts von den IS-Terroristen, die in Paris Menschen getötet haben, nur weil sie anders sind und anders denken.«

Mit diesen deutlichen Worten wandte sich Richter Wolfgang Rosenbusch am 17. März 2016 an drei Rechtsextremisten auf der Anklagebank des Landgerichts Hannover. Wegen gemeinschaftlich begangenem, versuchtem Mord in vier Fällen und versuchter schwerer Brandstiftung wurden sie zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein halbes Jahr zuvor war das Trio zu einem bewohnten Asylbewerberheim im niedersächsischen Salzhemmendorf gefahren, einer der beiden Männer hatte daraufhin einen Brandsatz in das Schlafzimmer eines Kindes geschleudert. Der 11-Jährige schlief in dieser Nacht im Nachbarzimmer, niemand wurde verletzt. Die Mutter allerdings leidet noch heute unter dem Trauma. Der Anschlag war einer der ersten in der Serie von rassistisch motivierten Brandstiftungen, die sich gegen Menschen richtete – in einer friedlichen Gemeinde im Leinebergland.

Das Trio besteht aus Dennis Lemke, Sascha Dohme und Saskia B. Dennis Lemke ist gelernter Holzmechaniker und arbeitet als Produktionsmitarbeiter. Er wuchs vaterlos auf, besuchte die Hauptschule in Salzhemmendorf. Auf seinem Facebook-Profilfoto hält er einen großen, gefangenen Fisch in den Händen. Doch er ist kein harmloser Angler. Wegen seines Alkoholkonsums fällt Lemke ebenso auf wie durch Straftaten. Er redet gerne über rechte Politik oder postet Sprüche, wie den aus dem Jahr 2011: »Negerkuss darf man ja nicht mehr sagen!! Das heißt jetzt Schaumwaffel mit Migrationshintergrund.«

Dennis Lemke hört Musik von Rechtsrock-Bands. Unter anderem ist er ein Fan der Berliner Neonazi-Band »Landser«, der ersten Musikgruppe, die gerichtlich zur kriminellen Vereinigung erklärt wurde, deren Musiker zu Haft- und Geldstrafen verurteilt wurden und die sich 2003 auflöste. In ihren Liedern, die zum Teil indiziert und doch bis heute auf Youtube zu finden sind, rufen die Rechtsrocker zum Mord an Schwarzen und Juden auf. Der Salzhemmendorfer Lemke outet sich auch im Internet als Fan von »Landser«. Er postet bei Facebook ein Foto von sich. Darauf ist er nachdenklich am Fenster stehend zu sehen. Er hat ein Bier in der Hand und auf seinem »Landser«-Shirt steht: »Terroristen mit E-Gitarre«.

In seiner Garage im Ortsteil Lauenstein trifft sich regelmäßig eine kleine rechte Dorfclique, um unter anderem Rechtsrock zu hören. Jüngere beschreiben Lemke später vor Gericht als autoritär, vor allem wenn er getrunken habe. Einem 16-Jährigen soll er von Adolf Hitler vorgeschwärmt haben. Etwa 2010 lernt er Sascha Dohme, Jahrgang 1990, kennen. Alkohol und Hass verbinden die beiden.

Sascha Dohme ist ein schlaksiger junger Mann, der in einer Gummifabrik in Hameln arbeitet. Er ist Vater eines Sohnes, der bei seiner Mutter aufwächst. Besonders stolz soll er gewesen sein, als der Kleine schon mit zwei Jahren »Adolf Hitler« sagen konnte, berichtet die *Süddeutsche Zeitung* später. In der

Grundschule wurde bei ihm ADHS diagnostiziert, seit der 7. Klasse schon konsumiert Dohme Alkohol. Besonders selbstbewusst ist er nicht, auf Fotos wirkt er linkisch.

Auffällig wurde der Salzhemmendorfer erst, wenn er betrunken war, dann schlug er auch mal zu oder zeigte den Hitlergruß. In der Freiwilligen Feuerwehr kann Dohme dennoch bleiben. Seinen Notruf-»Pieper« hat er meistens dabei. Er ist stolz darauf. In Salzhemmendorf stört sich kaum jemand an seinen rechten Sprüchen.

Auch der Freund von Sascha und Dennis, Robert, hat eine rechtsextreme Einstellung, und dennoch ist er Jugendwart der Freiwilligen Feuerwehr. Den Posten verliert er erst, nachdem das Landgericht ihn im Zeugenstand als Neonazi enttarnt.

Saskia B. ist eine neue Bekannte von Sascha Dohme. Ihre zwei kleinen Kinder erzieht sie alleine. Sie wurde 1991 in Springe bei Hannover geboren. Im Prozess wird später bekannt, dass ihre Wohnung zum Zeitpunkt der Tat kurz vor der Räumung stand. Fotos zeigen eine junge Frau mit dunkel geschminkten Augen, die immer ernst in die Kamera blickt. Die Kammer des Landgerichts Hannover wird auch ihr eine rechte Gesinnung bestätigen.

27. August 2015, abends: In Lemkes Garage sitzen die Freunde Dennis Lemke und Sascha Dohme, hin und wieder kommen auch andere Leute vorbei. Um sie herum, eine ruhige Siedlung mit Einfamilienhäusern, Vorgärten und gefegten Bürgersteigen. Bei Bier und hochprozentigem Weinbrand kommen die beiden schnell auf das Thema Flüchtlinge zu sprechen. »Scheiß Asylanten«, die in ihre Heimatländer zurückkehren sollen, nennen sie die vor Krieg und Terror Geflohenen.

Aus einem Laptop dröhnen die Lieder von Rechtsrock-Bands. »Aber nicht mehr lange, dann seid ihr dran / dann gibt's hier den Ku-Klux-Klan« oder »Wenn in der Nacht die Kreuze brennen / dann könnt ihr stinkenden Kaffer um euer Leben rennen« singen die Musiker von »Landser«.

Der Spätsommerabend zieht sich in die Länge. Die 23-jährige Saskia B. aus Springe stößt gegen 22 Uhr hinzu. Die Freundin von Lemkes Bruder bringt alkoholischen Nachschub vorbei. Die Stimmung heizt sich immer weiter auf. Die Flüchtlinge im Ort sind Mittelpunkt des Gesprächs. Keiner war je persönlich mit einem Asylsuchenden aneinandergeraten oder hatte schlechte Erfahrungen gemacht. Bloße Vorurteile und ein allgemeiner Hass auf das Fremde reichen aber aus, um einen mörderischen Plan zu schmieden.

In der ehemaligen Grundschule in der Hauptstraße 70 in Salzhemmendorf sind zu diesem Zeitpunkt 31 Flüchtlinge untergebracht, auch neun Deutsche leben dort. Dohme und Lemke kennen das Haus, ein Bekannter wohnte dort zeitweilig. Das Gebäude soll in Flammen aufgehen, beschließen sie. Wenn dabei »Neger« ums Leben kämen, poltern die hasserfüllten jungen Männer, nähme man dies eben in Kauf.

Obwohl Lemke und Dohme bereits einiges getrunken haben, bauen sie sorgsam ihren Brandsatz. Saskia B. sitzt dabei. Als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr kennt Dohme die tödliche Wirkung von Brandsätzen. Er weiß, wie einfach ein Molotowcocktail, »Molli« genannt, zu bauen ist. Die beiden Männer suchen eine Flasche, Benzin, mit Heizöl getränkte Sägespäne und einen Lappen als Lunte zusammen. Saskia B. bekommt alles mit. Sie habe den ganzen Abend über keinen Alkohol getrunken, so steht es später in der Urteilsverkündung. Spät in der Nacht steigen die drei ins Auto, Saskia B. fährt. Auf den gut vier Kilometern von der Garage bis zum Flüchtlingsheim versichern sie sich ihres Plans.

Sie gehen dabei durchaus berechnend vor. Dohme fällt ein, dass er als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr über einen »Pieper« über den Brandeinsatz informiert werden wird. Um zu verhindern, dass zu Hause jemand durch den Alarmton geweckt wird, fahren die drei noch bei seiner Wohnung vorbei, der

24-Jährige springt aus dem Wagen und holt das Gerät.

Auf der Fahrt zur Flüchtlingsunterkunft erzählt Dohme seinen beiden Komplizen, dass es in dem Haus eine Wohnung gibt, die nur von Schwarzen bewohnt werde. Lemke sagt dann wohl noch, so behauptet seine Mittäterin vor Gericht, er wolle »den Neger brennen sehen«, er sitzt auf dem Beifahrersitz und hat den Molotowcocktail griffbereit.

Gegen zwei Uhr fährt das Trio am Flüchtlingsheim vor, sie schalten die Scheinwerfer aus. Lemke steigt aus, geht auf das Haus zu, kehrt dann aber zurück zum Wagen. Er will sich vergewissern, durch welches der beiden Fenster im Erdgeschoss er den Brandsatz werfen soll. Dohme gibt ihm zu verstehen, er solle das rechte nehmen, hinter dem anderen würde sich ein Bad befinden. Die Neonazis wollen größtmöglichen Schaden anrichten.

Lemke macht sich auf den Weg zum anvisierten Fenster, zündet den Molotowcocktail an und schleudert ihn durch die Glasscheibe. Es ist das Kinderzimmer eines elfjährigen Jungen. Der Attentäter sieht einen hellen Feuerschein und rennt eilig zum mit laufendem Motor wartenden Fahrzeug, die drei flüchten. »Die ging voll durch«, berichtet Lemke im Auto. Die beiden Männer brechen in lautes Lachen aus.

Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, dass niemand getötet wird, da sich in dieser Nacht niemand in dem Kinderzimmer, durch dessen Fenster der Brandsatz geschleudert wurde, befindet.

Der elfjährige Alvin schläft ausnahmsweise mit seiner Mutter und den beiden Geschwistern im Nebenraum. Weil die Flasche des Brandsatzes nicht zerbirst, breitet sich das Feuer nicht so stark aus, wie es die Neonazis beabsichtigt hatten. Ein wachsamer Nachbar bemerkt den Brand schnell, kann so Schlimmeres verhindern. Er gibt später auch den entscheidenden Tipp, der die Ermittler auf die Spur des Trios bringt.

Schon einige Stunden später kann die Polizei die drei Rechtsextremen festnehmen. Heraus kommt nun, dass Feuerwehrmann Dohme sich tatsächlich noch mit Atemschutzgerät bis 3.30 Uhr an den Löscharbeiten am Flüchtlingsheim beteiligte, danach nach Hause fuhr und sich schlafen legte. Haupttäter Dennis Lemke erschien wie gewohnt pünktlich um 6.45 Uhr zur Morgenschicht. Saskia B. wünschte Dennis nach dem Anschlag noch per WhatsApp »Gute Nacht und süße Träume«.

Die Familie aus Simbabwe konnte sich retten. Die Mutter mit ihren drei Kindern hatte es sich nicht ausgesucht, in dem ehemaligen Schulgebäude untergebracht zu werden. Die vier waren ein Jahr zuvor von der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig nach Salzhemmendorf geschickt worden. Den Neonazis war das egal, sie waren von der Überlegenheit der »arischen Rasse« getrieben, von Vorstellungen des Nationalsozialismus geprägt, befindet das Gericht. Sie putschten sich mit Songs gegen Schwarze auf. Zwischen vier Jahren und acht Monaten und acht Jahren sollen die Täter von Salzhemmendorf hinter Gitter.

Die Männer haben den Anschlag vor Gericht eingeräumt, fremdenfeindliche Motive aber abgestritten, ebenso eine Tötungsabsicht. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe prüft das Verfahren auf Rechtsfehler, alle drei Verurteilten haben Revision eingelegt. »Es geht im Kern darum, ob der Vorwurf des versuchten Mordes haltbar ist«, sagte Roman von Alvensleben, der Anwalt von Dennis Lemke gegenüber dem NDR. Der Verteidiger habe laut NDR nach dem Urteil eine gewagte These verkündet: »Die Tat sei nicht zu entschuldigen, aber viele Bürger seien mit der aktuellen Flüchtlingspolitik überfordert. Der Brandanschlag sei ein trauriges Resultat dieser Überforderung.«

Nebenklagevertreter Lukas Theune war besonders daran gelegen, Tatmotivation und politische Einstellung der Brandstifter offenzulegen, damit die Anschläge nicht als »dumme Ideen betrunkener Bürger« verharmlost würden, wie es leider so oft geschehe. Theune hatte zudem den Eindruck, dass »ein Großteil der Zeugen wirklich rassistisch eingestellt war«. Seiner Meinung nach habe sich die Staatsanwaltschaft in Hannover von Anfang an zu wenig für das politische Milieu interessiert, in dem sich die Angeklagten bewegten. Erst auf Druck der Opferanwälte seien auch die unzähligen auf den Handys sichergestellten Neonazi-Fotos und Rechtsrock-Dateien in den Prozess eingeführt worden.

Unter den ausgewerteten Dateien in den Mobilfunkgeräten der drei Angeklagten fanden sich menschenverachtende Bilder und Sprüche. Saskia B. kommunizierte am Morgen nach der Tat mit ihrer Mutter über WhatsApp. Insbesondere die Tatsache, dass sie einen Molotowcocktail in einem Flüchtlingsheim mit den Worten »Schad ja nix« kommentierte, lastete das Gericht ihr an.

Die beiden Männer hörten die Kultmusik der Neonazi-Szene, Bands wie »Sturmwehr«, »Nordfront« oder auch »Kategorie C«. Vielleicht wussten sie, dass der Sänger der Neonazi-Hooligan-Band »Kategorie C« in seiner Jugend an einem Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Bremen beteiligt war. Des Weiteren scheinen menschenverachtende rechte Sprüche zu ihrem Alltagsrepertoire gehört zu haben. Einer ihrer Freunde postete ein Hitlerbild und dazu den Kommentar: »Du bist lustig, dich vergase ich zuletzt« – die anderen »likten« es. 2013 schrieb Lemke: »Schlagt sie tot!!!« Dohme fragte nach, was los sei. Lemke antwortete: »Für manche Menschen hätte eine Dusche aufbleiben sollen.«

Gemeinsam mit einem Freund hatten Dennis Lemke und Sascha Dohme eine WhatsApp-Gruppe mit dem Titel »Garage Hakenkreuz« eingerichtet. So nannten sie ihren Treffpunkt im Ortsteil Lauenstein. Die Clique blieb nicht nur unter sich. Sie haben ihr gefährliches Gedankengut auch an Jüngere weitergegeben.

Manche Nachrichten aus dem Freundeskreis der Täter klingen, als hätte der ein oder andere etwas gewusst oder auch nur geahnt von dem verbrecherischen Vorhaben. Zwei Tage vor dem Anschlag schreibt der 16-jährige Florian R. seinem älteren Freund Dennis eine Nachricht per WhatsApp: »Ich bete darum dass die abgefackelt wird«. Gemeint ist die Flüchtlingsunterkunft in Salzhemmendorf. Am Tag nach dem Brand schickt der Jüngere ein Foto mit dem ausgebrannten Kinderzimmer und dem Kommentar: »Hohohoo«. Der Mann, der den Molotowcocktail warf, schreibt zurück: »Da hat wohl einer zu heiß gefurzt von den Schwattköppen«.

Auch Saskias Mutter, eine Altenpflegerin, fragt am Morgen nach der Attacke halb scherzhaft: »Was habt ihr da angestellt? Molli ins Asylbewerberheim. Ne ne ne.« Dazu einen Smiley, der unter Tränen lacht. Die Tochter winkt ab: »Wir haben alle artig Heia gemacht. Aber schad ja nichts.«

Einige Wochen vor dem Anschlag waren in einer Bushaltestelle nahe der Unterkunft Hakenkreuze geschmiert worden. Doch eine rechtsextreme Szene wollte in Salzhemmendorf dennoch keiner sehen. Nach dem Mordanschlag war auch die Polizei schnell mit der Behauptung zur Stelle, eine rechte Szene gebe es im Landkreis Hameln-Pyrmont nicht. Dabei wohnt in Salzhemmendorf zum Zeitpunkt des Brandanschlags ein regionaler Anführer der Neonazi-Partei »Der III. Weg«, die massiv gegen Flüchtlinge hetzt. Zuvor hatte die Partei auf einer Karte im Internet die Adressen zahlreicher Flüchtlingsunterkünfte veröffentlicht – mögliche Ziele für rechte Brandstifter. Zynischerweise verteilten Anhänger des »III. Wegs« in Salzhemmendorf auch kurz nach dem Anschlag rassistische Flugblätter. Dazu schrieben die Neonazis später: »Aktivisten des III. Wegstützpunktes im Hermannsland verteilen Informationsmaterial an die angesichts dieser propagandistischen Zirkusvorstellung verunsicherten Anwohner.« Ende 2014

hatte die kleine Partei-Gruppe in der Region ein »Heldengedenken« abgehalten. Der Bruder des Brandstifters Dennis Lemke gratulierte dem regionalen Anführer des »III. Weges« kurz zuvor via Facebook zum Geburtstag. Man kennt sich auf dem Land.

Nur wenige Tage vor dem Brandanschlag marschierten offenkundig Neonazis mit Holzknüppeln bewaffnet vor einer Flüchtlingsunterkunft im Landkreis Schaumburg auf. Das benachbarte Weserbergland galt einige Jahre lang als Zentrum rechter Gewalt in Niedersachsen. Im nahen Bad Nenndorf fand Jahr für Jahr eine zentrale Großveranstaltung von überregionaler Bedeutung für die braune Szene statt. Dennoch wird von Politik und Polizei eine organisatorische Anbindung der drei Attentäter an die Neonazi-Szene in der Region ausgeklammert.

In Niedersachsen ist überhaupt wenig bekannt über radikale rechte Strukturen. Rassistische Vorfälle wie in manchen anderen Bundesländern gehören nicht zur Tagesordnung. Doch seit 2015 gibt es auch hier verstärkt Gewalttaten gegen Flüchtlinge oder Andersdenkende. So wird am 12. Juni 2016 vor einer Flüchtlingsunterkunft im emsländischen Lingen auf ein kleines Kind und einen jungen Mann mit einem Luftgewehr geschossen. Aus der gegenüberliegenden Wohnung soll der 21-jährige Moritz H. auf die Asylbewerber gezielt und dann abgedrückt haben. Der Mann, der in direkter Nachbarschaft zu den Geflüchteten wohnt, ist in Lingen kein Unbekannter: H. hatte bereits an einer NPD-Kundgebung teilgenommen und soll der Neonazi-Partei beim Plakatieren im Wahlkampf geholfen haben. Bei Facebook bezeichnete er sich selbst als stellvertretender Vorsitzender des NPD-Unterbezirks Emsland/ Grafschaft Bentheim. Für die Ermittler im Nordwesten des Bundeslandes war der Fall schnell klar. Die Polizei stellte bei H. das Luftgewehr sicher, mit dem er auf die Flüchtlinge gefeuert haben soll. Haftgründe sah die Staatsanwaltschaft allerdings nicht. Die Flüchtlinge, die vor dem Krieg geflohen sind, müssen in Lingen weiter neben einem Neonazi leben, der offenbar mit einem Luftgewehr auf sie zu schießen bereit ist.

Zu den Feindbildern gewaltbereiter Neonazis zählen auch kritische Jugendliche, das verdeutlicht eine besonders brutale Attacke aus Braunschweig.

An der Neuen Oberschule im Östlichen Ringgebiet verteilten zwei junge Männer am 23. Februar 2016 rechtsextreme Flyer der NPD-Nachwuchsorganisation »Junge Nationaldemokraten«. Nach einem Verweis vom Schulgelände, kehrte einer der beiden zurück und griff zwei Schüler an, die ihn zum Gehen aufforderten. Der 23-jährige Pierre B. trat dabei so heftig auf sein 19-jähriges Opfer ein, dass er ihm den Kiefer brach. Der Schüler musste operiert werden. Am Vortag hatte der Angreifer noch an der Demonstration des Braunschweiger Ablegers von Pegida namens »Bragida« teilgenommen und dort das Front-Banner getragen. Bereits in den Wochen vor dem blutigen Übergriff an der Schule hatten Neonazis immer wieder Nazi-Gegner in Niedersachsens zweitgrößter Stadt angegriffen und etwa mit Pfefferspray verletzt.

Polizeisprecher Wolfgang Klages bestätigt gegenüber der *Braunschweiger Zeitung*, dass der Angreifer Pierre B. aus Lehndorf in kurzem Zeitraum bereits 30-mal polizeilich aufgefallen sei. Dennoch wurde der Neonazi, der als brutal und skrupellos gilt, monatelang nicht festgenommen. Er blieb auf freiem Fuß, obwohl er weiterhin Straftaten beging, Menschen angriff und bedrohte. Wenige Monate später trat der begeisterte Bodybuilder und Kampfsportler noch als Sicherheitsordner der NPD beim Landesparteitag in Wolfsburg auf. Erst im Juli, nachdem er erneut polizeilich auffiel, wurde er in Untersuchungshaft genommen. Schülerinnen und Schüler der Neuen Oberschule werden später bei einem Jugendworkshop berichten, dass sie nach dem brutalen Angriff auf ihre Mitschüler immer noch Angst haben.

Die Polizei in Niedersachsen hat immer häufiger mit Straftaten zu tun, die einen rechten Hintergrund haben. 2015 verzeichneten die Behörden einen starken Anstieg auch zwischen Nordsee und Harz. Taten, bei denen Ausländerhass eine Rolle spielt, haben im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent zugenommen. Allein 110-mal wurden Flüchtlingsunterkünfte angegriffen. Diesen rechten Alltagsterror blenden viele »besorgte Bürger« völlig aus. Der Ausländeranteil beträgt in Niedersachsen 2015 8,6 Prozent. Diese Neubürger werden in den sozialen Netzwerken massiv kriminalisiert, egal ob Polizeistatistiken widersprechen. Rechte Facebook-Gruppen inszenieren ein Angstszenario gegen alles Fremde. Gerüchte werden blitzschnell zu Scheinwahrheiten. In dem Ort Schwanewede führte so eine Hysterie sogar zur zeitweiligen Gründung einer sogenannten »Bürger-Patrouille«.

Die, die sich ansonsten eher wenig um Recht und Gesetz scheren, spielen sich als Hilfspolizisten auf: unter anderem gewaltbereite rechte Hooligans und Angehörige krimineller Rockergangs. Sie nutzen den Paragraph 127 der Strafprozessordnung, das sogenannte Jedermannsrecht, nach dem jeder Bürger im Fall einer Straftat einen Täter ohne richterliche Anordnung bis zum Eintreffen der Polizei vorläufig festhalten darf. Nicht selten wird damit der Bock zum Gärtner gemacht – wie im niedersächsischen Schwanewede. Der knapp 10 000 Einwohner zählende Ort an der Unterweser, direkt an der Landesgrenze zu Bremen gelegen, beherbergte in der ehemaligen Lützow-Kaserne vorübergehend an die 1200 Flüchtlinge. So fanden 55 Angestellte dort Arbeit. Nach Angaben der Polizei gab es keine Steigerung der Kriminalitätsrate im Umfeld der Notunterkunft. Dennoch putschte eine Anti-Asyl-Facebookgruppe mit über 1000 Mitgliedern die Stimmung so stark hoch, dass der Ruf nach einer »Bürger-« oder »Nachbarschaftswache« aufkam.

Ende 2015 patrouillierten selbst ernannte Ordnungshüter nachts durch Schwanewede, um Flüchtlinge abzuschrecken. Hinter diesem vermeintlichen Selbstschutz von Anwohnern steckten jedoch keine verängstigten Schwaneweder Bürger, sondern ein amtsbekannter Rechtsextremist als Anführer. Dennis Zadow führte diese »Bürger-Patrouille« an, die mit Taschenlampen durch die Einfamilienhausviertel am Rande des Kasernengeländes zog. Für seine Gesetzestreue war Zadow allerdings nicht bekannt: Der bullige Glatzkopf ist Sänger der Bremer Rechtsrock-Band »Strafmass«, die seit ihrer Gründung vom Bremer Verfassungsschutz beobachtet wird. »Militantes Vorgehen, ja das ist unsere Art / wir kämpfen gegen das System und gegen Volksverrat!«, singt Zadow in einem Song.

Der Bremer Innensenator warnte laut Radio Bremen vor der Bürgerwehr, für die sich die extrem rechte Szene Bremens mit Gleichgesinnten aus Niedersachsen zusammengetan habe. Die AfD dagegen zeigte Sympathie. Um das politische Klima gegen das zentrale Aufnahmelager zu nutzen, wurde eilig zu einer öffentlichen Versammlung gegen die zentrale Aufnahmestelle in Schwanewede aufgerufen.

Der Kreisvorsitzende der AfD im Landkreis Osterholz-Scharmbeck, Uwe Wappler, der auch als »Oberstleutnant d. R.« firmiert, behauptete dort vor Sympathisanten und Neonazis, Flüchtlinge hätten im Bereich Unterweser ein zwölfjähriges Mädchen vergewaltigt. Die Behörden aber hätten weggeschaut. Wappler drohte, wenn Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter nicht ihren Pflichten nachkämen »und wenn niemand in diesem verdammten Laden seine Aufgabe erfüllt, dann werden wir das machen«. Das Publikum johlte.

Kurze Zeit später enttarnte das ARD-Politmagazin »Panorama« Wapplers Behauptung als Lüge. Der AfD-Mann räumte ein, seine Darstellung sei nicht korrekt gewesen, er habe die Geschichte mit einem anderen Fall verwechselt. Er bedauere seinen Fehler und bat darum, den TV-Beitrag aus dem Programm zu nehmen.

Der Sympathie vieler Schwaneweder für »ihre« Bürgerwehr tat das keinen Abbruch. Immer wieder bestellten einzelne Anwohner die vom Neonazi Zadow angeführte Truppe in ihr Wohngebiet. Die Bremer Beratungsstelle »Pro aktiv gegen rechts« bereitete die Patrouille Sorge, weil sie beabsichtige, eine »No-go-Area zu errichten«. Die Experten fragten sich, was passieren würde, wenn die selbst ernannten Ordnungshüter tatsächlich mal auf Flüchtlinge träfen.

Im Spätsommer 2016 liegt die ehemalige Lützow-Kaserne wieder verlassen da. Keine Flüchtlinge, die aufgenommen werden müssen. Die Schwaneweder Facebook-Gruppe »Schwanewede & Umzu – Wir reden Klartext«, die so gefährlich Hass, Gerüchte und Aufrufe zur Selbstjustiz vermischt, existiert weiter.

Mitarbeit: Julian Feldmann

Chronik Juni 2016

01.06. Gera (TH) Zwei Männer im Alter von 20 und 22 Jahren grölen rassistische Parolen und Beleidigungen von einem Balkon. Eine Frau mit Kopftuch, die mit einem Kind vorbeiläuft, beschießen sie mit einer Schreckschusspistole.

01.06. Berlin-Mitte (BE) Ein 28-Jähriger beleidigt einen 43-Jährigen im gemeinsamen Wohnhaus rassistisch. Er greift ihn mit einem Beil an. Das Opfer kann sich vor einem Hieb retten, indem es rechtzeitig die Tür zuwirft.

02.06. Berlin-Hellersdorf (BE) Eine unbekannte Person schreit einen Flüchtling an und wirft ihm einen Gegenstand gegen das Bein.

03.06. Machtilshausen (BY) Polizeibeamte entdecken an einem Auto der rechten Szene gefälschte Kennzeichen. Der 67-jährige Fahrer steigt aus und schlägt mit einem etwa 40 Zentimeter langen Metallrohr unvermittelt in Richtung des Kopfes eines Beamten. Der Angreifer und seine 53-jährige Beifahrerin werden festgenommen. Gegen den Mann lag ein Haftbefehl vor.

04.06. Halle (ST) Fünf bis sechs dunkel gekleidete Männer, darunter einer, der sich selbst als »Fascho« bezeichnet, schlagen und treten auf eine Gruppe »alternativer« Menschen ein. Einem 24-Jährigen fügen sie mehrere lebensgefährliche Stichverletzungen zu. Als der Betroffene bemerkt, dass sein Shirt mit Blut durchtränkt ist und er eine offene Bauchverletzung hat, bricht er zusammen. Freunde versuchen die Blutung zu stoppen und alarmieren den Rettungsdienst.

04.06. Münster (NW) Unbekannte verüben erneut einen Brandanschlag auf eine noch unbewohnte Flüchtlingsunterkunft. Tage später nimmt die Polizei einen 23-jährigen und einen 25-jährigen Tatverdächtigen fest. Einer der Täter gesteht die Tat. Als Motiv gibt er an, er habe den Einzug von Flüchtlingen in das Gebäude verhindern wollen.

05.06. Dresden (SN) Ein Unbekannter beschimpft einen Mann aus der Türkei rassistisch, zeigt ihm den Hitlergruß und schlägt zu.

05.06. Stendal (ST) Ein Unbekannter tritt einen 22-jährigen Antifaschisten, der ein T-Shirt mit einer Anti-Nazi-Aufschrift trägt, von hinten nieder. Er tritt auf ihn ein und beschimpft ihn als »Zeckenschwein«. Der Täter trägt ein Shirt mit der Aufschrift »Ich bin ein Nationalsozialist«.

05.06. Erfurt (TH) Unbekannte legen einen Brand vor einem vietnamesischen Lebensmittelladen, wodurch ein offenes Feuer im Hauseingang entsteht.

05.06. Wachtendonk (NW) Ein 31-Jähriger greift einen 23-Jährigen mit einem Messer an. Als ein 25-jähriger Iraker eingreifen will, stößt der Täter ihn zu Boden und zeigt den Hitlergruß.

06.06. Dresden (SN) Während einer Pegida-Demonstration reißt ein Ordner einen Fahrrad fahrenden Gegendemonstranten nieder.

06.06. Erfurt (TH) Ein 36-Jähriger attackiert einen 31-jährigen Iraker. Gegenüber der Polizei gibt er an, dass der Mann ein 14-jähriges Mädchen belästigt und angefasst habe. Das vermeintliche Opfer bestätigt dies nicht.

08.06. Dresden (SN) Ein 30-jähriger Sympathisant einer Anti-Asyl-Gruppe schlägt einen Polizeibeamten vor einer Flüchtlingsunterkunft. Der Täter erhielt zuvor einen Platzverweis, weil er provoziert hatte.

08.06. Meiningen (TH) Mehrere Neonazis bedrohen die Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft. Sie klopfen an die Fenster, fordern die Menschen auf, die Unterkunft zu verlassen, und rufen rassistische Parolen.

09.06. Bautzen (SN) Zwei Deutsche verfolgen einen Flüchtling. Als diesem Passanten zu Hilfe kommen, kommt es zu einer Schlägerei.

09.06. Pößneck (TH) Ein Neonazi greift eine Person an, die sich gegen die rechte Szene engagiert. Der Mann schlägt zu und lässt von seinem Opfer erst ab, als Zeugen einschreiten.

10.06. Güstrow (MV) Drei Personen beschimpfen in der Innenstadt einen jungen Flüchtling. Er sucht Hilfe bei einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, der ihn jedoch ignoriert. Kurz darauf schlägt ihm ein Mann aus der Tätergruppe ins Gesicht.

10.06. Neunkirchen (NW) Unbekannte werfen einen Brandsatz auf eine Flüchtlingsunterkunft. Das Feuer erlischt von selbst.

11.06. Dresden (SN) Aus einer Gruppe von 15 Menschen wird ein Informationsstand über den Islam mit Schweinefleisch beworfen. Einem 18-Jährigen, der am Stand arbeitete, wird ins Gesicht geschlagen.

11.06. Eichwalde (BB) Am Rande des Rosenfests beschimpfen mehrere Täter einen Mann rassistisch. Dann greifen sie den Betroffenen an und schlagen auf ihn ein.

11.06. Jena (TH) Am Abend greifen Unbekannte eine Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen an. Sie rufen »Wir wollen euch nicht hier« und »White pride«. Dann werfen sie Steine gegen das Haus.

11.06. Güstrow (MV) Etwa zehn angetrunkene Deutsche beschimpfen in einer Parkanlage unvermittelt zwei junge Männer auf rassistische Weise und greifen sie mit Schlagstöcken an. Die Angreifer verletzten sie so heftig, dass sie stationär im Krankenhaus behandelt werden müssen.

11.06. Köln (NW) Ein Unbekannter zündet ein Pfarrhaus an, in dem eine achtköpfige Flüchtlingsfamilie lebt. Das Gebäude wird durch das Feuer zerstört. Die Familie ist zum Tatzeitpunkt nicht im Haus. Die Polizei nimmt später einen 17-jährigen Tatverdächtigen fest und geht nicht von einem rassistischen Motiv aus.

12.06. Lingen (NI) Ein 21-jähriger Neonazi schießt mit einem Luftdruckgewehr auf Flüchtlinge im Nachbarhaus. Er trifft ein fünfjähriges Mädchen und einen 18-jährigen Jungen.

12.06. Reutlingen (BW) Zwei Männer pöbeln einen 29-jährigen Marokkaner an und schlagen mit Fäusten auf ihn ein. Als das Opfer am Boden liegt, treten die Täter weiter auf ihn ein.

12.06. Stuttgart (BW) Aus einem Auto heraus schießt ein Unbekannter mit einer Schreckschusspistole auf einen 21-Jährigen. Er ruft dabei mehrmals: »Lauf, Schwarzer!« Im Auto sitzen zwei Männer mit weißen Deutschlandtrikots.

12.06. St. Pauli (HH) Ein Unbekannter sagt einem Mann, dass er zurück nach Afrika gehen solle, und schlägt ihm ins Gesicht.

13.06. Berlin-Charlottenburg (BE) Ein unbekannter Fahrgast beleidigt einen Taxifahrer während der Fahrt. Nachdem der Fahrer ihn bittet, das Auto zu verlassen, äußert dieser sich volksverhetzend. Er greift dem Fahrer an den Hals, stößt und verletzt ihn.

13.06. Reutlingen (BW) Ein 42-jähriger Mann zeigt mehrmals den Hitlergruß und pöbelt Menschen an, die er für Ausländer hält. Als ein 18-Jähriger ihn daraufhin anspricht, versucht der 42-Jährige, ihn anzugreifen.

14.06. Roßlau (ST) Zwei deutsche Jugendliche provozieren und beleidigen zwei syrische Flüchtlinge mit rassistischen Parolen. Dann bewaffnen sie sich mit Holzlatten und schlagen auf die beiden ein.

16.06. Neustadt-Glewe (MV) Auf einer Skaterbahn beschimpfen Jugendliche fünf andere Jugendliche rassistisch und fordern sie auf, »in ihr Land zurückzukehren«. Anschließend kommt es zu einer Auseinandersetzung.

16.06. Köln (NW) Fünf bis sechs russische Hooligans greifen am Kölner Dom drei spanische Touristen an, weil sie antifaschistische Aufkleber verteilen. Die Opfer werden geschlagen und getreten, auch als sie bereits am Boden liegen. Einem Mann wird am Boden ins Gesicht getreten, sodass er einen Nasenbeinbruch erleidet.

16.06. Chemnitz (SN) Ein Tunesier weigert sich, einen für ihn erstellten Platzverweis zu unterschreiben. Daraufhin sollen Polizisten mit ihm auf ein Feld am Stadtrand gefahren sein, ihn gewürgt, geschlagen und dort alleine zurückgelassen haben.

17.06. Wunstorf (NI) Unbekannte werfen in der Nacht Steine gegen die Fenster einer Flüchtlingsunterkunft. Sie werfen einen illegalen Böller durch ein auf Kipp stehendes Fenster.

17.06. Kölleda (TH) Auf dem Parkplatz eines Supermarktes stoßen drei Männer einen Syrer unvermittelt zu Boden. Dann schlagen und treten sie auf ihn ein.

18.06. Neustadt (SN) Auf einer Sonnenwendfeier verprügeln drei deutsche Täter mit Fäusten und einem Gegenstand zwei Männer aus Bulgarien und einen aus Rumänien. Die Betroffenen werden schwer verletzt. Eines der Opfer muss aufgrund von Kopfverletzungen im Krankenhaus operiert werden. Eine Stunde später greift das Trio erneut an. Diesmal trifft es einen Mann aus Rumänien. Die Täter schlagen und treten zu.

18.06. Halle (ST) Drei Personen sprechen einen 22-Jährigen an, ob er eine »Zecke« sei. Der junge Mann versucht zu flüchten, wird aber von einem der Täter niedergeschlagen. Das Opfer geht zu Boden und wird am Boden liegend getreten.

18.06. Winterrieden (BY) Mehrere Personen beschimpfen eine Gruppe von Flüchtlingen rassistisch. Dann greifen sie vier junge Männer aus Eritrea vor ihrer Unterkunft an und verletzen diese erheblich. Einer der Angreifer zieht sich bei seiner Attacke einen Handrückenbruch zu. Die Opfer erleiden psychische Retraumatisierungen.

18.06. Bad Reichenhall (BY) Ein 38-jähriger Mann bedroht grundlos eine kongolesische Familie mit einem Messer. Die Eltern flüchten mit ihren Kindern in ein nahe stehendes Haus. Der Leiter der örtlichen Polizei spekuliert, es sei noch gar nicht klar, ob der 38-Jährige die Familie wirklich bedrohen wollte oder diese das Verhalten des Mannes nur falsch deutete.

19.06. Burg (ST) Mehrere Personen treten mitten in der Nacht die Tür eines 27-jährigen Syrers ein. Dieser wird vom Lärm und den Stimmen wach und kann in Panik die Eindringlinge aus seiner Wohnung drängen. Stunden später kommt die Gruppe der Angreifer zurück und feiert in der Nachbarwohnung. Dort spielen sie lautstark rechte Musik ab und rufen »Sieg Heil«. Der Betroffene war zuvor mehrfach aus der Gruppe um den rechten Wohnungsnachbarn rassistisch beleidigt und mit der »Hals abschneiden«-Geste bedroht worden.

19.06. Gorleben (NI) Eine Rollstuhlfahrerin, die auf eine Ruhestörung in der Nachbarschaft aufmerksam machen will, wird von einem Paar als »Judensau« beschimpft und getreten. Die beiden versuchen den Rollstuhl umzukippen.

19.06. Berlin-Spandau (BE) Eine unbekannte Frau beleidigt ein 13-jähriges Mädchen rassistisch und reißt ihr das Kopftuch herunter.

19.06. Volkmarsen (HE) In der Nacht brennt ein mobiler Wohncontainer nieder. Die Polizei findet in der Umgebung Hakenkreuze und schließt Brandstiftung nicht aus.

20.06. Anklam (MV) Ein Hundebesitzer attackiert einen Mann verbal und bedroht ihn mit einem Messer. Der Täter ruft einen Helfer hinzu, der auf den Mann mit einem Holzstock einschlägt. Der Betroffene kann fliehen.

21.06. Berlin-Neukölln (BE) Drei Männer beleidigen einen 21-Jährigen antisemitisch, weil er eine Kippa trägt. Sie schlagen und treten ihn.

21.06. Reutlingen (BW) Ein 24-Jähriger beschimpft nach dem Spiel Deutschland gegen Nordirland Menschen mit dunkler Hautfarbe rassistisch. Er verpasst einem Opfer einen Kopfstoß und zeigt den Hitlergruß.

22.06. Paderborn (NW) Zwei Personen schießen in der Nacht durch das geöffnete Fenster einer Flüchtlingsunterkunft mit einer Luftdruckwaffe. Sie richten die Waffe auf einen Bewohner.

23.06. Mühlhausen (TH) Eine Gruppe Deutscher beschimpft mehrere Eritreer, die auf einer Bank sitzen. Einer der Täter läuft auf einen Mann zu und tritt ihm gegen den Kopf. Die anderen Eritreer können den Angreifer zurückhalten. Zeugen hören während des Angriffs rassistische Parolen.

25.06. Lichtenstein (SN) Eine Gruppe Jugendlicher läuft randalierend durch das Dorf. Sie beschädigen ein Auto, greifen den Besitzer an, rufen »Sieg Heil« und zeigen den Hitlergruß.

25.06. Frankfurt (Oder) (BB) Mehrere Menschen beleidigen zwei Geflüchtete aus Eritrea rassistisch und schlagen sie.

25.06. Caputh (BB) Ein Unbekannter wirft eine Bierflasche durch das geöffnete Fenster einer Flüchtlingsunterkunft. Sie zerschellt neben drei Personen, die sich im Zimmer aufhalten.

25.06. Trebbin (BB) Mehrere unbekannte Täter beleidigen einen 21-jährigen Kameruner beim Verlassen einer Diskothek rassistisch. Er und seine Begleiter werden daraufhin geschlagen. Die Angreifer rauben dem 21-Jährigen zudem sein Mobiltelefon.

27.06. Berlin-Neukölln (BE) Unbekannte werfen in der Nacht das Fenster einer Wohnung ein, in dem ein Banner mit »Kein Mensch ist illegal« hängt.

28.06. Berlin-Zehlendorf (BE) Ein 67-jähriger Mann greift einen 16-Jährigen auf einer Badewiese an. Er zeigt den Hitlergruß, ruft verbotene Parolen und versucht den Jugendlichen mit einer Bierflasche zu schlagen.

Nauen: Die Brandserie und der NPD-Rädelsführer

Nauen ist ein unscheinbarer Ort. Die Kleinstadt, 40 Kilometer westlich von Berlin, ist über Brandenburgs Grenzen hinaus wenig bekannt. Theodor Fontanes Gedicht »Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland« verlieh dem gleichnamigen Schloss Bekanntheit, nicht aber der Stadt. Anders als das benachbarte Falkensee oder die barocke Landeshauptstadt Potsdam wurde das ländlich geprägte Nauen kein Publikumsmagnet. Einen schillernden Namen trägt nur das in privater Trägerschaft befindliche Schulzentrum im Gewerbegebiet. Zum Leonardo-da-Vinci-Campus mit seinen sechs internationalen Bildungseinrichtungen gehören neben Internat und Hort auch eine Kreativitätsgesamtschule. Seit neun Jahren trägt der Campus die Auszeichnung »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. Patin ist die Politikerin Claudia Roth. Schüler und Schülerinnen setzen sich mit Koch- und Kunstkursen, Straßenfußballturnieren und einer Spendenaktion für eine aktive Willkommenskultur für Flüchtlinge an ihrer Schule ein.

2007 erhielt das an den Campus angrenzende kommunale Oberstufenzentrum von der Stadt Nauen eine neue moderne Sporthalle, finanziert vom Landkreis Havelland für vier Millionen Euro. Neun Jahre später gerieten Gebäude und Stadt unfreiwillig in die Schlagzeilen, die kein gutes Bild auf den Ort mit seinen 17 000 Einwohnern warfen. *Die Welt* beispielsweise titelte: »Brandanschlag – Wie Nauen eine Zelle des Rechtsextremismus wurde«.

Begonnen hatte alles mit einer Ankündigung im Sommer 2015. Der Landkreis Havelland machte eine anstehende, mehrmonatige Umfunktionierung der Nauener Sporthalle als Notunterkunft für ankommende Flüchtlinge bekannt. Die Kommune verfüge kurzfristig über kein adäquates Ausweichquartier, hieß es. Schule und Sportvereine akzeptierten die Entscheidung. Im August wurden Sanitärcontainer errichtet. Das Gebäude in der Straße Zu den Luchbergen stand kurz vor dem Bezug. Doch zur Unterbringung der ersten 100 Hilfesuchenden sollte es nicht kommen, denn bald lag die Sporthalle von Nauen in Schutt und Asche.

Der Notruf ging nachts um 2.22 Uhr bei der Polizei ein. Meterhohe Flammen stiegen bereits aus den zerborstenen Fenstern der Halle empor, als die Rettungskräfte wenige Minuten später eintrafen. Das Gebäude brannte lichterloh. Sechzehn Einsatzwagen der Feuerwehr standen bereit, sie konnten nur noch ein Übergreifen auf Nachbargebäude verhindern. Die Sporthalle war nicht zu retten. Zurück blieb ein riesiges verkohltes Gerüst als Mahnung an die Nacht vom 24. auf den 25. August 2015.

Der brandenburgische Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) erklärte: »Das war ein Vollbrand, der rasend schnell vom Dach bis zum Boden die Halle zerstört hat.« Experten fanden im Brandschutt Brandbeschleuniger. Schröter bestätigte die Befürchtungen: »Es handelte sich um einen gezielten Anschlag.« Die Tat schien nicht spontan begangen, sondern von langer Hand geplant. Damit reihte Nauen sich ein in die lange Liste deutscher Orte, in denen geplante Einrichtungen für Flüchtlinge brannten. In Brandenburg war es der schwerste Anschlag dieser Art seit mehr als 20 Jahren.

Wie in anderen Orten auch war dem Brand eine äußerst aufgeheizte politische Stimmung mit hohem Aggressionspotenzial vorausgegangen. Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber Fremden hatten sich auch unter »Naunern«, wie sie sich selbst bezeichnen, ausgebreitet. Insgesamt 250 Asylsuchende sollten in eine Stadt kommen, in der der Ausländeranteil 2013 gerade einmal 1,75 Prozent betrug. Anders als im benachbarten Falkensee gilt die Zivilgesellschaft in Nauen noch als schwach aktiv, nur etwa drei Dutzend Menschen engagierten sich in der Willkommensinitiative für Flüchtlinge. Frühzeitig konnte sich dagegen seit den neunziger Jahren im Ort eine aktive Neonazi-Szene etablieren, die sich seit Jahren wieder neu aufstellt, unter anderem in der Initiative »Nein zum Heim Nauen«.

Das Havelland gilt als ein Zentrum braunen Treibens in Brandenburg. Fast 5000 Stimmen erzielte die Neonazi-Partei NPD bei den Kommunalwahlen 2014 im Landkreis, rund 62 000 Menschen waren es in ganz Brandenburg. Ebenso wie in einigen anderen Kleinstädten Brandenburgs trug eine regionale »Nein zum Heim«-Initiative unter Führung von Neonazis die Proteste auf die Straße. Gemeinsam war es NPD und der überregionalen Kameradschaft »Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland« unter diesem Deckmantel gelungen, durch Provokationen und Aktionen, einen monatelangen Machtkampf gegen die Asylpläne der verantwortlichen Verwaltung und Politik zu entfachen. »In Nauen wird immer mehr versucht, ein Klima der Angst und Einschüchterung zu schaffen«, urteilte die Brandenburger Landtagsabgeordnete Andrea Johlige. Die Politikerin ist als Fraktionssprecherin der Linken zuständig für Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerpolitik. Der Brandanschlag in Nauen sei ein Signal gewesen, so Johlige, die rechte Szene zeige: »Wir meinen es ernst.«

Bereits Ende 2014 war vonseiten der Stadtverwaltung Nauen angekündigt worden, sich an der Aufnahme geflüchteter Menschen zu beteiligen. Zunächst ging es darum, nötigen Wohnraum zu schaffen und den zügigen Neubau eines Hauses in Modulbauweise am Rande eines Plattenbaugebietes voranzutreiben. Zahlreiche Formalitäten standen bevor. Unmut breitete sich in der Bevölkerung aus, angestachelt auch von den Rechten. Die Fronten zwischen Hilfswilligen und Asylgegnern verhärteten sich. Neonazis störten eine Stadtverordnetenversammlung in Nauen und verhinderten dadurch die notwendige Abstimmung zur Unterbringung. Die rechtsextreme Bürgerinitiative »Nein zum Heim in Nauen« hatte Anhänger und Bürger zuvor dazu aufgerufen, sich ordentlich »Luft zu machen«.

»Ich habe keine Angst vor den Flüchtlingen, ich habe Angst vor diesem Mob«, gestand daraufhin ein engagierter Nauener gegenüber einer Regionalzeitung. Die braune Drohkulisse verunsicherte die Einwohner. Wie weit würden die Neonazis gehen? Nauen ist eine Kleinstadt. Die örtlichen NPD-Aktivisten sind bekannt, aber umgekehrt kennen auch sie die Nauener, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Doch die Verantwortlichen von Stadt und Landkreis ließen sich von der Störung nicht aus der Ruhe bringen und beraumten einen Sondertermin für den 12. Februar 2015 an. Umfassend sollte über das Projekt Notunterkunft aufgeklärt werden.

»Nein zum Heim« mobilisierte erneut massiv. Diesmal allerdings nicht nur via Internet und »Sozialer Netzwerke«, der Sitzung ging eine aufwendige Protest-Plakatierung voraus. In unzähligen Hauseingängen waren bedruckte DIN-A3-Zettel geklebt worden. »Ganz Nauen« wurde darin aufgefordert, zum Sitzungstermin zu erscheinen, um die Flüchtlingsunterkunft zu verhindern.

Der Tagungsraum der Stadtverordnetenversammlung Nauen platzte an jenem Februartag aus allen Nähten. Hundertfünfzig Menschen passten hinein, rund 50 mussten draußen warten. Die Stimmung war gereizt. Die Panikmache von NPD und Bürgerinitiative hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Neonazi-Partei schickte Abgesandte aus der Region, auch radikale Kameradschaftsaktivisten befanden

sich auf dem Gelände. An eine geordnete Sitzung war nicht zu denken, berichteten anwesende Journalisten. Draußen begannen wartende Neonazis lautstark an die Fensterfassaden zu klopfen. Als Drahtzieher der Aktion galt der NPD-Stadtverordnete Maik Schneider. Der erschien mit einem Banner, auf dem »Asylbetrug ist kein Menschenrecht« stand. Aufgrund der massiven Störung räumte die Polizei schließlich den Saal.

Maik Schneider trat als Lokalpolitiker der NPD auf. Der gelernte Erzieher, Jahrgang 1987, saß als deren Vertreter in Stadtverordnetenversammlung und Kreistag. Er tat sich bei der Mitarbeit für die Kommune nicht hervor, sein Schwerpunkt schien die Straße zu sein. Schneider gilt als rechtsextreme Schlüsselfigur. Ihm sei es zeitweise gelungen, eine »Verknüpfung« zwischen Neonazi-Szene und fremdenfeindlichen Bürgern herzustellen, erklärt Frauke Postel vom »Mobilen Beratungsteam« (MBT) in Potsdam. Ihre Einrichtung berät brandenburgische Kommunen in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Schneider betätigt sich mindestens seit seinem 19. Lebensjahr im rechtsextremen Spektrum. Er stammt aus einer Arbeiterfamilie in Nauen, besuchte die Abendschule in Potsdam, um das Abitur nachzuholen. Er war kein Schreihals, sondern einer, der auch das Gespräch mit Kritikern suchte. Sein Äußeres schreckte nicht ab. Akzeptanzgewinnung durch freundliches Auftreten gehört seit Jahren zur Strategie der NPD. Das Ziel: die kommunale Verankerung. Fotos zeigen den sportlichen, modisch gekleideten Neonazi bei radikalen Demonstrationen wie dem »Tag der deutschen Zukunft« 2013 im niedersächsischen Wolfsburg. Fleißig reiste er umher, nahm an einer Massenkundgebung der »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) in Hannover ebenso teil wie an einem Aufmarsch in Ungarn.

Seit 2008 besetzte der junge Mann immer wieder mit Unterbrechungen Kommunalmandate für die NPD. Fremdenfeindliche Proteste erhielten seit 2014 eine neue Dynamik. Schneiders Partei fand Gehör bei denen, die sie vorher jahrelang weitestgehend erfolglos erreichen wollten. 2015 postete er bei Facebook die Parole: »Organisierter Wille bedeutet Macht«. In Nauen fand sein Ansinnen durchaus Gefallen. Eine Reihe von Kundgebungen wurde in der Kleinstadt veranstaltet, an der sich neben den Neonazis auch andere beteiligten. Einige junge Familien, interessierte Frauen oder ältere Herrschaften ließen sich von Schildern mit Aufschriften wie »Nauen bleibt weiß« oder »Taten statt Worte« nicht länger abschrecken. Das Thema Asyl war in aller Munde, doch ein Massenerfolg auf der Straße blieb den Gegnern versagt. Die Neonazis werden das erkannt haben.

Im August 2015 brannte die Sporthalle. Das Feuer war ein Fanal. Ein Signal auch an die braune Szene in ganz Deutschland mit der Botschaft: Hier gibt es Nationalisten, die nicht nur reden.

Bis zum Brand war die AfD in Nauen kaum in Erscheinung getreten, gleich danach schwadronierte der Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag, Alexander Gauland, gegenüber dem Berliner *Tagesspiegel*: »Die Verantwortung für solche Taten haben die gesamte Gesellschaft und in erster Linie die Politiker der Altparteien, die zur jetzigen Eskalation der Flüchtlingsproblematik beigetragen haben.«

Zur Aufklärung der Brandstiftung hatte die Brandenburger Polizei eine 40-köpfige Sonderkommission gebildet. Die Landesregierung lobte für Hinweise, die zur Identifikation der Täter führten, eine Belohnung in Höhe von 20 000 Euro aus. Doch die Ermittlungen kamen nur schleppend voran. Im Nachhinein offenbarte Brandenburgs Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke gegenüber den Medien, die Polizei hätte bereits im Oktober oder November gewusst, dass die Sache »ein ziemlich dicker Fisch« sei. Die Sicherheitskräfte hätten aus den Erfahrungen mit den Verbrechen des rechtsterroristischen

»Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) gelernt »und alle Behörden bundesweit mit ins Boot geholt«, so Mörke. »Wir werden sie kriegen, wir werden es ihnen nachweisen, wir werden sie verurteilen«, verkündete Justizminister Hellmut Markov (Die Linke) markig. Die Sicherheitsbehörden kündigten eine harte Linie bei der Verfolgung an. In ihrem Bundesland hatten sich die Angriffe auf Flüchtlinge gegenüber dem Vorjahr vervierfacht.

Ministerpräsident Dietmar Woidke von der SPD stufte den Brand öffentlich als rechtsextrem motivierte Tat ein. In Nauen weckte dies Erinnerungen an eine Anschlagsserie von 2003. Damals flogen Molotowcocktails gegen zehn von Migranten geführte Imbisse und ein Bekleidungsgeschäft. Dahinter steckte eine zwölfköpfige Gruppe rechter Jugendlicher, die sich »Freikorps« nannte. Ihr Anführer war ein chemiebegeisterter Gymnasiast. Ein Anführertyp, doch auch angepasst und unauffällig, wie Schneider. Christopher H. hatte eine Gruppe Jugendlicher um sich geschart, die ihm folgten.

2005 erlebte die Region Brandenburgs ersten Terroristenprozess. Die kleine Neonazi-Truppe »Freikorps« war den Ermittlern ins Netz gegangen. Die zuständige Staatsanwaltschaft warf den 12- bis 16-Jährigen und ihrem älteren Rädelsführer vor, gewaltsam eine »national befreite Zone« errichten zu wollen. Die Existenzgrundlagen von ausländischen Mitbürgern sollten durch die Anschläge vernichtet werden.

Innerhalb der konspirativen Kameradschaft hatte es eine strenge Hierarchie gegeben. Gesichtsmasken und Armbinden mit dem Schriftzug »Freikorps« wurden aufgefunden. Zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde nur der Anführer Christopher H., seine minderjährigen Kameraden kamen mit Bewährungsstrafen davon. Heute ist H. wieder in der Neonazi-Szene im östlichen Havelland aktiv. Gemeinsam mit Maik Schneider besuchte er zum Beispiel 2013 einen Aufmarsch in Bad Belzig.

Nach der Zerschlagung des »Freikorps« bildeten sich neue rechtsextreme Strukturen im Havelland. Frauke Postel vom »Mobilen Beratungsteam« beobachtete gemeinsam mit ihren Kollegen nach dem Verbot der überregionalen militanten Kameradschaften »Hauptvolk«, »Freikorps« und »Sturm 27« den Wechsel ihrer Mitglieder zur NPD. Innerhalb der Partei hätten Neonazis eine neue »Wirtsstruktur« gefunden, erklärt sie. Es habe sich ein instrumentelles Verhältnis entwickelt, das bis heute halte. Enge Kooperation gebe es vor allem mit der äußerst aktiven Kameradschaft »Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland«. Frauke Postel bestätigte, dass es der NPD unter Maik Schneider schließlich gelang, sich im Zuge der Anti-Asyl-Debatte seit 2014 mit einem kleinen Ortsverband in Nauen zu etablieren. Das Reizthema senkte die gesellschaftlichen Hemmschwellen, Neonazis gelang ein Andocken über das eigene personelle Spektrum hinaus.

Doch längst gab sich die bundesdeutsche Neonazi-Szene nicht mehr nur mit Kundgebungen und Störungen zufrieden. Die 2013 gegründete radikale Partei »Der III. Weg« veröffentlichte auf ihrer Webseite einen Leitfaden mit dem Titel »Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft«. Darin stehen nicht nur praktische Tipps für den Protest, man hat auch Zugang zu einer interaktiven Landkarte, auf der rund 3600 geplante Flüchtlingsunterkünfte, vielfach mit Kommentaren und konkreten Hinweisen versehen, notiert sind. Frühzeitig fand die völkisch-rassistische Kaderpartei, der geistige Brandstiftung vorgeworfen wird, auch Anhänger in Brandenburg. Akteure des »III. Weges« beteiligten sich gemeinsam mit der umtriebigen »Kameradschaft Neuruppin/Osthavelland«, die eng mit Schneiders NPD verzahnt ist, an Aktionen im Havelland. Nur wenige Wochen vor dem Feuer in Nauen besuchte NPD-Mann Maik Schneider eine Veranstaltung der Konkurrenz-Partei in Zossen.

Seit 2014 kommt Nauen nicht zur Ruhe. Ein Parteibüro der Linken wurde mehrfach attackiert. Reifen von Autos politischer Gegner wurden zerstochen sowie ein polnisches Fahrzeug abgefackelt. Der Jugendclub »Mikado e.V.« wurde bedroht, die Reifen seines Busses zerstochen. Neonazis hetzten, Unbekannte schritten zur Tat. Ein Untergrund entstand.

Offiziell allerdings führten Maik Schneider und Kameraden den legalen Kampf fort. So errichteten sie noch Ende Oktober 2015 einen Infostand. Schneider postete bei Facebook, dass seine Partei weiterhin auf die »Missstände aufmerksam« machen wolle: »Wir sehen uns auf der Straße.« Im November klang ein neuer Beitrag fast euphorisch: »Ein kleiner Trupp der Nauner NPD ist letzten Dienstag nach Rathenow gefahren um den dortigen Protest zu unterstützen. Es herrschte eine fantastische Stimmung – die Teilnehmerzahl von 500 spricht für sich.«

Die Partei, und mit ihr Schneider, tat, als habe es den Brandanschlag in ihrem Städtchen gar nicht gegeben. Der umtriebige Neonazi meldete im November 2015 sogar einen fremdenfeindlichen »Abendspaziergang« durch Jüterbog mit rund 200 Teilnehmern an. Ein rassistisches Klima sollte größere Verbreitung finden. Nach dem Aufmarsch wurde der Flüchtlingstreff der evangelischen Kirche in Jüterbog durch eine Explosion mit Pyrotechnik und Böllern zerstört. Die Täter entkamen im Schutz der Dunkelheit, verletzt wurde niemand. Doch die Jüterboger Turmstube war als Begegnungsstätte für Monate nicht mehr nutzbar. Genau fünf Monate nach der Vernichtung der Sporthalle in Nauen, am 25. Januar 2016, reichte Maik Schneider in seiner Funktion als Stadtverordneter der NPD 36 Fragen an die Kommune und den Bürgermeister zur Beantwortung ein. Die von ihm namentlich unterschriebenen Fragen waren legitim für einen Kommunalpolitiker, offenbarten allerdings dessen menschenverachtendes Weltbild. So hieß es zum Beispiel: »Besteht die Möglichkeit, in der ehemaligen Tierverbrennungsanlage eine Notunterkunft zu errichten?« Zudem fragte er nach der Möglichkeit des Einsatzes eines »Arbeitsdienstes« für Asylsuchende.

Am 23. Februar 2016 hatte er auf dem Facebook-Account eines NPD-Kameraden gepostet: »Es liegt an uns eine Veränderung herbei zu führen. Auf Revolutionen wartet man in diesem Land vergebens.« Er resümierte: »Ich für meine Person handle ganz nach dem Motto: Mehr als Worte zähl(en) die Taten. Gequatscht wird in diesem Sauhaufen genug.«

Am 1. März 2016 wurde der damals 29-jährige Maik Schneider gemeinsam mit einem Kameraden von der Polizei festgenommen, seither befindet er sich in Haft. Dem NPD-Mann wird vorgeworfen, Rädelsführer eines kleinen rechten Netzwerks zu sein, welches für sieben politische Anschläge verantwortlich gemacht wird. Es gab weitere Festnahmen. In Karlsruhe hatte vor dem Bundesverfassungsgericht gerade der zweite Tag der mündlichen Anhörung im Verbots-Verfahren gegen die neonazistische Partei begonnen, als die Nachricht von Schneiders Verhaftung über den Ticker lief. Mindestens sechs Neonazis rund um Maik Schneider sollen eine kriminelle Vereinigung gegründet haben, ließ die Staatsanwaltschaft in Potsdam verlauten. Während die Anzugträger der NPD sich im gläsernen Saal des obersten deutschen Gerichtes in Karlsruhe betont bieder gaben, um einem drohenden Parteiverbot zu begegnen, kamen in Brandenburg immer mehr Details über rechten Alltagsterrorismus ans Licht.

»Es besteht der Eindruck, dass seit dem letzten Jahr eine Art rechte Stadtguerilla unterwegs gewesen ist«, verkündete Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter bei der Pressekonferenz der Sicherheitsbehörden in Potsdam. Die mindestens sechs Köpfe große Aktionsgruppe habe sich »extrem abgeschottet«, »konspirativ gearbeitet« und sich sogar gegenseitig »Alibis verschafft«, berichtete die

Berliner Wochenzeitung *Jungle World*. Die *Potsdamer Neuesten Nachrichten* ergänzten, dass deren Alibis zunächst »wasserdicht« erschienen und dadurch die Ermittlungen erschwert wurden. Einer der Verhafteten konnte vor seiner Verhaftung abtauchen, Den Anhängern der rechten Untergrundzelle wird vorgeworfen, unter anderem für den Brand des Autos eines Politiker-Paars der Partei Die Linke verantwortlich zu sein sowie für die Parteibüro-Attacken. Auch für das Abfackeln eines polnischen Fahrzeugs und die Sprengung eines Unterstandes mit einer Zylinderbombe soll die Gruppe verantwortlich sein.

Ende November beginnt der Prozess vor dem Landgericht Potsdam gegen die fünf Angeklagten wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Sachbeschädigung und schwerer Brandstiftung. Die meisten Taten wurden laut Anklage von Dennis W. ausgeführt, der habe aber »in Wahrnehmung des Gruppenwillens« gehandelt – während die anderen zuguckten oder Schmiere standen.

Noch Mitte Februar 2016 hatten anonyme Neonazis in Nauen auf Handzetteln offen zum Einsatz von Sprengsätzen gegen Flüchtlinge aufgerufen. In dem zweiseitigen Pamphlet forderten sie zum »absoluten Widerstand« gegen die »Invasion der Ausländer« und eine angeblich von den Eliten gewollte Besetzung Deutschlands »durch sogenannte Flüchtlinge« auf. Aufgeführt wurden ebenso Tipps zum Bau von Molotowcocktails, Rohrbomben und Plastiksprengstoff.

Als Maik Schneider in den sozialen Netzwerken »Taten statt Worte« forderte, waren die Ermittler seiner Gruppe bereits eng auf den Fersen. Er muss sich als »Rädelsführer« für die Taten verantworten.

Warum wählte ein junger Mann, der gerade das Abitur an einer Abendschule nachholte, diesen Weg in die Illegalität? Schneider habe einen besonderen Habitus gepflegt, so Frauke Postel. Er könnte Einfluss auf weniger starke, weniger intellektuelle Mitstreiter ausgeübt haben. Seine Mitstreiter, die zum Teil aus dem Trinker- und Drogenmilieu der Kleinstadt kamen, hatten sich nur peripher an NPD-Aktionen beteiligt. Bei einer der Attacken in Nauen waren tote Küken gegen die Wände eines Büros geworfen worden. Womöglich ein Akt für willige Paladine.

Im Herbst wurde Anklage gegen die Nauener »Stadtguerilla« erhoben.

Der Facebook-Account der Initiative »Nein zum Heim in Nauen« besteht weiter. »Wer mit abgelehnten Asylanten zusammen leben möchte, kann gerne ausreisen! Nauen wehrt sich«, heißt es im August 2016. Die Sporthalle des Oberstufenzentrums wird wieder aufgebaut. Auf der Webseite der Schule steht nichts über den politischen Hintergrund der mutmaßlichen Täter. Es heißt nur, ein »verbrecherischer Brandanschlag« habe stattgefunden. Ein Foto zeigt die ersten fertiggestellten Fundamente des Neubaus.

Mitarbeit: Hardy Krüger

Chronik Juli 2016

01.07. Berlin-Köpenick (BE) Zwei unbekannte Männer beleidigen auf einem Supermarktparkplatz zwei Frauen und einen Mann rassistisch. Dann verfolgen die Täter das Auto der Betroffenen und schlagen eine Seitenscheibe ein.

01.07. Zerbst (ST) In der Nacht von Donnerstag auf Freitag beleidigen drei junge Männer und eine Frau einen Pakistaner auf dem Bahnsteig als »Scheiß Ausländer«, schlagen und treten ihn. Die Täter lassen ihr Opfer verletzt ihm Gleisbett zurück. Dem 34-Jährigen gelingt es, sich aus eigener Kraft aufzurichten, sodass ihn ein herannahender Zug nur noch an der Schulter erfasst. Er erleidet eine Schulterfraktur, eine offene Wunde am linken Auge, massive Hautunterblutungen und Abschürfungen sowie ein Schädel-Hirn-Trauma. Die Polizei ermittelt gegen einen 20- und einen 22-jährigen Mann aus Dessau-Roßlau als dringend Tatverdächtige.

01.07. München (BY) Im Juli wird ein Mensch in einem öffentlichen Verkehrsmittel rassistisch beleidigt und tätlich angegriffen. Das Opfer wird schwer verletzt. Zum Schutz der Person wird das genaue Datum nicht öffentlich gemacht.

02.07. Sangerhausen (ST) Ein 25- und ein 37-jähriger Mann beleidigen, schlagen und treten drei syrische Jugendliche in der Nähe ihrer Unterkunft. Beide Angreifer sind wegen ähnlicher Taten polizeibekannt.

03.07. Bautzen (SN) Rund zehn Personen versammeln sich vor dem Haus eines Syrers und rufen rechte Parolen. Sie versuchen sich Zutritt zu dem Haus zu verschaffen. Die Polizei schreitet ein.

03.07. Kiel (SH) Ein 55-jähriger Asylbewerber aus Russland greift unvermittelt eine 35-jährige Frau an, die ein Kopftuch trägt. Der Täter ruft »Scheiß Muslima« und schlägt ihr mehrfach ins Gesicht. Dann entfernt er sich ruhigen Schrittes vom Tatort. Die Frau erleidet Prellungen und einen Nasenbruch.

03.07. Bochum (NW) In der Nacht versuchen Unbekannte eine Moschee in Brand zu setzen. Ein rassistischer Tathintergrund wird von der Polizei nicht ausgeschlossen.

04.07. Tangermünde (ST) Ein stark alkoholisierter Mann schlägt in einem Regionalzug unvermittelt einem zehnjährigen syrischen Kind mit der Faust gegen die Brust und mit der flachen Hand ins Gesicht. Als der Vater des Jungen zu Hilfe kommt, wird er ebenfalls angegriffen.

04.07. Neustadt an der Orla (TH) Ein Mann greift einen 17-jährigen Geflüchteten vor einem Supermarkt an und verletzt ihn schwer.

05.07. Templin (BB) Ein Mann beleidigt mehrere ausländische Personen durch abwertende Gesten und wirft einen Gegenstand nach ihnen.

05.07. Burg (ST) Auf einem Fußballplatz beleidigen zwei zwölfjährige Jungen zwei gleichaltrige Kinder rassistisch und verprügeln sie.

05.07. Ilmenau (TH) Ein deutscher Vater und dessen Sohn bewerfen drei syrische Kinder mit Steinen. Zuvor hatte die gesamte Familie die Kinder belästigt und beschimpft.

07.07. Braunschweig (NI) Ein 17-jähriger und ein 24-jähriger Mann rufen rechtsradikale Parolen in der Innenstadt. Sie schlagen einen 32-Jährigen nieder und treten, als er am Boden liegt, auf ihn ein. Auf der Polizeiwache zeigt einer der Täter den Hitlergruß.

08.07. Bremen (HB) Ein 17-Jähriger mit dunkler Hautfarbe wird nach dem EM-Halbfinale in der

Straßenbahn von einer fünfköpfigen Gruppe rassistisch beleidigt und bedrängt. Zwei Männer, die dem Jugendlichen zu Hilfe eilen, werden mit einer Flasche und einem Fahrrad beworfen.

08.07. Kamen (NW) Im Postpark kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen deutschen und migrantischen Jugendlichen. Insgesamt sind 50 bis 60 Personen beteiligt. Laut Polizei besteht der Verdacht, dass die Ausschreitungen einen rassistischen Hintergrund haben.

08.07. Würzburg (BY) Zwei Burschenschafter greifen Personen an, die gegen einen AfD-Vortrag demonstrieren. Ein Betroffener wird am Hals gewürgt und ins Gesicht geschlagen.

08.07. Ichenhausen (BY) Unbekannte zünden vor einem türkischen Supermarkt gestapelte Zeitungen an und zerstören eine Fensterscheibe. Die Polizei schließt einen rassistischen Hintergrund der Tat nicht aus.

08.07. München (BY) Vier bis fünf Jugendliche pöbeln in einem Bus einen 39-jährigen Mann mit dunkler Hautfarbe an. Sie sprechen ihn mit Affenlauten an. Nachdem alle ausgestiegen sind, schlagen sie ihn an einer Bushaltestelle bewusstlos. Der Mann erleidet zahlreiche schwere Gesichtsknochenbrüche und muss mehrfach operiert werden.

10.07. Dresden (SN) Mehrere Personen schlagen und treten an einer Kiesgrube zwei Männer aus Eritrea. Sie rufen volksverhetzende Parolen und jagen die Betroffenen davon.

10.07. Burg (ST) Ein unbekannter Mann beleidigt zwei irakische Jugendliche als »Scheiß Kanaken« und fordert sie auf, sich zu »verpissen«. Dann schlägt er einem der beiden unvermittelt mit der Faust ins Gesicht und flüchtet.

12.07. Berlin-Neukölln (BE) Bewohner eines Hauses beleidigen und bedrohen eine Nachbarin aus antiziganistischer Motivation und greifen sie an.

14.07. Templin (BB) Eine Personengruppe wirft Gegenstände auf drei syrische Jugendliche.

14.07. Reichertshofen (BY) Unbekannte zünden ein Gebäude an, in das Flüchtlinge einziehen sollen. Zuvor hatte es Proteste gegen die Unterbringung der Menschen gegeben.

15.07. Berlin-Steglitz (BE) Ein Mann äußert sich antisemitisch in der Öffentlichkeit. Er bedroht eine Person, die ihn darauf anspricht, mit einem Messer.

15.07. Neuburg a. d. Donau (BY) Am späten Abend beleidigt eine Personengruppe einen 17-jährigen Asylsuchenden rassistisch und greift ihn körperlich an. Der Jugendliche erleidet schwere Verletzungen im Gesicht und muss stationär im Krankenhaus behandelt werden.

17.07. Hermannsburg (NI) Unbekannte werfen durch das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft Pflastersteine. Durch herumfliegende Glassplitter werden zwei Männer leicht verletzt. Die Polizei geht von einem »fremdenfeindlichen« Tatmotiv aus.

17.07. Düsseldorf (NW) Ein 64-jähriger Mann spuckt in der S-Bahn einen 19-jährigen Mann mit dunkler Hautfarbe an und schlägt ihn. Mitreisende alarmieren die Polizei, die den Täter in Gewahrsam nimmt.

18.07. Dresden (SN) Ein 42-jähriger Teilnehmer einer Pegida-Demonstration versucht Gegendemonstranten ein Transparent zu entreißen. Es kommt zu einer Rangelei, bei der ein zehnjähriges Kind verletzt wird.

18.07. Görlitz (SN) Ein 29-jähriger Deutscher zeigt den Hitlergruß. Es kommt zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der 29-Jährige einem Beteiligten ins Gesicht tritt.

18.07. Templin (BB) An einem Busbahnhof attackieren mehrere Personen, die zu großen Teilen der örtlichen rechten Szene zugeordnet werden, eine Gruppe junger Flüchtlinge. Die Täter schlagen zu und beleidigen die Jugendlichen rassistisch.

19.07. Jena (TH) Zwei Männer greifen einen Flüchtling in der Nähe seiner Unterkunft an. Einer der

Täter schlägt mit einer Flasche zu.

20.07. Altenburg (HE) Unbekannte beschießen am Abend drei jugendliche Asylsuchende vor ihrer Unterkunft mit einer Luftdruckwaffe.

20.07. Albstadt (BW) Ein 53-jähriger »Reichsbürger« muss sich wegen körperlicher Misshandlung und Beamtenbeleidigung vor dem Amtsgericht verantworten. Er weigert sich, auf der Anklagebank Platz zu nehmen, und will den Gerichtssaal verlassen. Als ihn Justizbeamte auf die Anklagebank befördern wollen, setzt er sich handgreiflich zur Wehr. Es kommt zu einem Handgemenge.

22.07. Alsfeld-Altenburg (HE) Unbekannte beschießen junge Flüchtlinge vor ihrer Unterkunft mit einer Softair-Waffe.

22.07. Berlin-Marzahn (BE) Aus einer Gruppe von acht Personen heraus wirft ein Unbekannter einen Stein auf einen 22-Jährigen. Der Täter handelt aus rassistischer Motivation.

22.07. Magdeburg (ST) Eine Gruppe Personen ruft an einer Straßenbahnhaltestelle »Ausländer raus!« und »Heil Hitler«. Sie attackieren ein russisch sprechendes Pärchen. Passanten verhindern weitere Angriffe.

22.07. München (BY) Ein 18-jähriger deutschiranischer Schüler tötet mit einer Schusswaffe im und am Olympia-Einkaufszentrum neun Menschen mit Migrationshintergrund und verletzt vier weitere durch Kugeln. Seine Tat findet am fünften Jahrestag der Terroranschläge des norwegischen Rechtsextremisten Anders Behring Breivik statt. Mehrere Medien berichten, dass der Täter ein Rassist mit einem rechtsextremen Weltbild war.

23.07. Niesky (SN) Unbekannte schießen, vermutlich mit einem Luftdruckgewehr, auf eine Flüchtlingsunterkunft.

23.07. Berlin-Friedrichshain (BE) Eine Personengruppe beleidigt einen 22-jährigen und einen 25-jährigen Mann rassistisch. Die Täter schlagen zu und greifen sie mit Bierflaschen an.

23.07. Berlin-Hohenschönhausen (BE) Neonazis greifen einen Informationsstand der SPD an. Sie beleidigen und bedrohen die Standbetreiber.

23.07. Frankfurt (Oder) (BB) Im Stadtzentrum greifen mehrere Personen einen libanesischen Flüchtling an. Sie beleidigen den Mann rassistisch und stellen ihm ein Bein. Durch den Sturz bricht sich der Betroffene die Kniescheibe.

23.07. Fulda (HE) Am Bahnhof bewerfen Unbekannte zwei Geflüchtete mit Bierflaschen.

23.07. Rösrath (NW) Drei unbekannte Männer beschimpfen einen 26-jährigen Geflüchteten und greifen ihn körperlich an. Die Angreifer verletzen den Betroffenen mit einem Messer am Unterarm.

23.07. Anklam (MV) Am späten Abend bedroht ein 24-Jähriger zwei polnische Jugendliche mit einem Messer. Die Polizei stellt das Messer sicher, auf dem Griff befindet sich ein Hakenkreuz.

24.07. Dresden (SN) Drei Unbekannte stoßen unvermittelt einen Rollstuhlfahrer um. Der Mann wird dabei leicht verletzt.

24.07. Lauchhammer (BB) Sechs bis sieben Rechte greifen drei »alternative« Jugendliche auf dem Heimweg an. Sie zwingen einen von ihnen dazu, sein Anti-Nazi-T-Shirt auszuziehen, und zünden es an. Dann rauben sie ihn aus und schlagen auf den Jugendlichen ein, bis dieser am Boden liegt. Die Täter rufen dabei rechte Parolen. Der Betroffene flüchtet in ein Waldstück. Die Angreifer verfolgen ihn, bedrohen ihn mit dem Tode und ziehen ein Messer. Erst die eintreffende Polizei beendet den Angriff.

24.07. Wedemark (NI) Drei Unbekannte greifen einen 17-jährigen Flüchtling an, treten auf ihn ein und schlagen ihn mit einer Bierflasche.

24.07. Halle (ST) Zwei Unbekannte beschimpfen zwei 19-jährige Flüchtlinge rassistisch. Dann schlagen

sie auf die beiden ein. Die Polizei ermittelt gegen einen 36-jährigen und einen 41-jährigen Tatverdächtigen.

24.07. Neustadt am Main-Rodenbach (BY) Kurz nach Mitternacht greifen drei junge Männer und eine junge Frau einen Flüchtling an, der mit seinem Fahrrad auf dem Weg nach Hause ist. Sie haben ihm offenbar aufgelauert und schlagen ihn vom Fahrrad. Dann treten sie, auch als er bereits am Boden liegt, auf ihn ein.

24.07. Stralsund (MV) Gegen Mitternacht beschimpfen zwei Unbekannte zwei Männer und eine Frau. Einer der Täter tritt einem der Männer mehrmals ins Gesicht. Die Angreifer drohen den Betroffenen und rufen mehrmals »Sieg Heil« und »Heil Hitler«.

25.07. Erfurt (TH) Zwei Männer greifen unvermittelt einen 36-jährigen Kameruner, der mit Gehhilfen läuft, an. Sie schlagen und treten auf ihn ein, bis Zeugen dazwischengehen.

25.07. Wismar (MV) In einem Supermarkt beleidigt ein Mann einen jungen Mann rassistisch. Vor dem Geschäft greift er ihn dann an und schlägt ihm mehrfach ins Gesicht.

26.07. Dessau-Roßlau (ST) Kurz nach Mitternacht pöbeln zwei Männer vor einem Mietshaus. Ein 44-jähriger jordanischer Mieter bittet um Nachtruhe, ihm erwidern sie, es sei ein »deutsches Haus«. Sie klopfen an seiner Tür und sprühen ihm Reizgas ins Gesicht. Ein 37-jähriger Nachbar aus Benin, der aufgrund des Lärms die Tür öffnet, wird ebenfalls attackiert.

27.07. Ueckermünde (MV) Während der »Hafftage« beleidigen Unbekannte eine Gruppe Asylbewerber rassistisch und überschütten sie mit Getränken. Außerhalb des Geländes wird einer der betroffenen Männer tätlich angegriffen.

28.07. Hoyerswerda (SN) Ein 53-jähriger Mann ruft rassistische Parolen und bedroht Menschen in einem Bistro. Dann wirft er mit Flaschen vor einer Tankstelle. Später beleidigt er vor einer Flüchtlingsunterkunft die Bewohner lautstark. Der Mann wird von der Polizei in Gewahrsam genommen.

28.07. Nienburg (NI) Neun Neonazis versuchen einen Vortrag über die örtliche rechte Szene zu stürmen. Sie sind zum Teil mit Schlagstöcken bewaffnet. Die Polizei greift ein und erteilt Platzverweise.

29.07. Berlin-Hellersdorf (BE) Eine 54-jährige Frau schlägt aus rassistischer Motivation eine 35-Jährige und ihre fünfjährige Tochter. Die Betroffenen flüchten in einen Imbiss, wo sich der Vater der Familie aufhält. Dieser wird vom 48-jährigen Begleiter der Täterin geschlagen.

29.07. Zossen (BB) Ein Unbekannter greift aus rassistischer Motivation zwei Jugendliche körperlich an.

29.07. Wolgast (MV) Am Bahnhof greifen acht bis zehn Personen einen jungen Mann und eine junge Frau mit Steinen an. Sie beschimpfen den Mann als »Scheiß Zecke«. Wenig später greifen mehrere Personen eine linksalternative Kneipe an. Sie schießen mit einer Schreckschusspistole um sich. Die Täter rufen wiederholt »Scheiß Linke« und »Scheiß Zecke«.

30.07. Cottbus (BB) Am frühen Morgen beleidigen mehrere Täter einen Mann rassistisch, der mit seinem Fahrrad auf dem Heimweg ist. Sie reißen ihn vom Rad und schlagen auf ihn ein. Der Betroffene kann sich befreien und dem Angriff entkommen. Er erleidet leichte Verletzungen.

31.07. Berlin-Friedrichshain (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt eine Frau auf einem S-Bahnhof rassistisch und bespuckt sie. Er bedroht sie mit einem Schlagring und verfolgt sie bis in die Bahn. Dort greift eine Zeugin ein und kann der Frau helfen zu fliehen.

31.07. Berlin-Schöneberg (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen 23-Jährigen rassistisch. Dann wirft er eine Flasche nach ihm.

31.07. Meyenburg (BB) Ein Rechter zeigt zwei jungen Männern aus Syrien den Hitlergruß und wirft einen Gegenstand nach ihnen.

31.07. Kamsdorf (TH) Auf einer Tanzveranstaltung schlagen drei unbekannte Männer auf fünf Personen ein, die sie der linken Szene zuordnen.

31.07. Köln (NW) Eine Gruppe rechter Hooligans randaliert im Regionalzug nach Köln und verletzt einen Fahrgast. Im Anschluss an eine rechte Kundgebung greifen 40 bis 50 Neonazis am Hauptbahnhof acht Gegendemonstranten mit Schlägen und Tritten an. Ein Betroffener wird durch Fausthiebe und Schläge mit einer Fahnenstange verletzt.

Opfer, Überfälle, ein »Klima der Angst«

Der Mann, der Kamal S. das Gesicht blutig geschlagen und ihm den Finger der rechten Hand gebrochen hat, wohnt in der Nachbarschaft, ist etwas kleiner und trägt eine Brille. Viel mehr weiß der schmale BWL-Student, der vor eineinhalb Jahren aus Damaskus nach Deutschland geflohen ist, nicht über ihn. Doch an den Abend des 11. Mai 2016, als sein Gefühl, »in Deutschland sicher zu sein«, sich in eine anhaltende Verunsicherung verwandelte, kann sich Kamal S. präzise erinnern: Gegen 22.30 Uhr ist er auf dem Heimweg vom Training, als er vor der Haustür des rot-grauen Wohnblocks im Stadtzentrum von Frankfurt (Oder), in dem er sich mit seinem Cousin eine kleine Wohnung teilt, eine acht- bis neunköpfige Gruppe bemerkt. Einer der jungen Männer sei die letzten Meter bis zur Haustür neben ihm gelaufen, sagt Kamal S.: »Er wollte alles ganz genau wissen. Ob ich in dem Wohnblock wohne, in welcher Etage, welcher Name am Klingelschild steht.«

Zuerst hat Kamal S. ihm noch geantwortet, dann fragt er in weichem, zögerndem Deutsch zurück: »Warum fragen Sie mich das, das geht Sie nichts an.« Kamal S. drängt sich durch die Gruppe zur Haustür und dreht den Schlüssel um, doch der junge Mann mit der Brille und dem schwarzen Kapuzenpullover drückt die Tür wieder zu, zeigt auf die Klingelleiste und fragt: »Welche Klingel gehört zu dir?« Er könne kein Deutsch, sagt Kamal S. daraufhin und hofft, dass er jetzt endlich ins Haus gelassen wird. Die nächste Frage versteht der 28-Jährige, weil sie ihm seit seiner Ankunft in Deutschland schon so oft gestellt wurde – und in ganz unterschiedlichen Tonlagen, manchmal freundlich, oft neugierig, doch ebenso oft herabsetzend, abweisend, mit drohendem Unterton: »Bist du Flüchtling?«

Der unbekannte Fragesteller neben Kamal S. wartet gar nicht erst auf eine Antwort. Während der syrische Student mit aller Kraft die Eingangstür des Wohnblocks aufzieht, macht der Mann neben ihm eine Geste des Halsabschneidens. Dann drängt er sich mit Kamal S. zusammen durch die Tür, läuft neben ihm durch den dunklen Hausflur zum Fahrstuhl, drängt sich neben dem 28-Jährigen in die geöffnete Fahrstuhltür und verhindert, dass sich die Tür hinter Kamal S. schließt. Der Syrer hört die Stimmen weiterer Personen im Hausflur, noch ein Mann fragt: »Bist du Flüchtling?«, dann ruft der Brillenträger auch seine anderen Freunde herbei, und zu sechst umringen sie Kamal S., der keine Chance hat, aus dem knapp drei Quadratmeter großen Fahrstuhl zu entkommen. »Die sahen mit ihren schwarzen Hosen, schwarzen T-Shirts und kurzen Haaren ohnehin fast alle gleich aus.« Kamal S. weiß nur, wer angefangen hat: »der Kleinere mit der Brille«. Wie lange die Schläge gedauert haben, ob alle sechs zugeschlagen und ihm immer wieder ins Gesicht, auf die Nase und den Kopf geschlagen haben – daran hat Kamal S. keine präzise Erinnerung mehr. In sein Gedächtnis eingebrannt hat sich stattdessen der Moment, als er endlich wieder alleine im Fahrstuhl war: »Ich hörte, wie die Haustür erneut aufging und jemand etwas brüllte, dann sind alle weggerannt.« Kamal S. hat »wie betäubt« den Fahrstuhlknopf zu seiner Etage gedrückt, ist in die sparsam ausgestattete Wohnung gefahren und hat mithilfe seines Cousins und eines Deutsch sprechenden Freundes die Polizei gerufen. Weil er Kopfverletzungen und einen gebrochenen Finger erlitten hatte, kam er zur Behandlung ins Krankenhaus.

Die Hoffnung, dass die Beamten bei der Suche der Angreifer erfolgreich sein würden, habe er schnell

verloren, sagt Kamal S. leise. Er hatte versucht, den Polizisten zu erklären, dass die Männer nicht alle betrunken waren und dass der Mann mit der Brille in den Wohnblocks mit den rot-grauen Außenverschalungen wohnt; dass er ihn schon vor dem Angriff einmal am Fahrradabstellraum getroffen und der Brillenträger einen Hitlergruß gemacht hatte – »Flüchtlinge, die schon länger in der Stadt leben, haben meinem Cousin und mir erklärt, was Nazis sind und an welchen Symbolen wir sie erkennen können; da wusste ich, dass der Brillenträger ein Nazi ist«.

Es vergehen vier Monate, bis Kamal S., nach einer ausführlichen Zeugenaussage Mitte Juni 2016, im September erneut zur Polizei geladen wird und ihm dort Lichtbilder möglicher Täter gezeigt werden. Der junge Mann erkennt zwei Tatbeteiligte.

Auf die Frage, ob er seit dem Angriff weiterhin Angst habe, antwortet Kamal S. zunächst nur indirekt: Er zeigt den unübersichtlichen, mit Steinplatten ausgelegten Eingangsbereich vor dem Fahrstuhl des Wohnblockaufgangs, in dem er angegriffen wurde. Hier ist es auch tagsüber und trotz künstlicher Beleuchtung nicht sehr hell.

»Niemand hört und sieht es, wenn du hier zusammengeschlagen wirst«, sagt Kamal S. trocken und fügt hinzu: Sein Cousin habe den Brillenträger schon zweimal wiedergesehen – einmal vor dem Wohnblock, einmal in der Stadt – und habe jedes Mal einen Umweg genommen. Gerade als Kamal S. auf die Mittelklassewagen älteren Baujahres zeigt, die man durch das Glas der Eingangstür ordentlich am Straßenrand geparkt erkennen kann, und betont, dass hier auch viele ältere Leute wohnten, mit denen er manchmal auch freundliche Grußworte wechsele, wird die Eingangstür geöffnet.

Kamal S. zuckt zusammen, als zwei junge Männer den Eingangsbereich betreten und ihn von oben bis unten misstrauisch mustern. »Ich weiß nie, wann ich dem Brillenträger oder seinen Freunden hier wieder begegne«, bricht es aus ihm heraus, als die beiden im Fahrstuhl verschwinden.

Er sei dennoch froh, in Deutschland zu sein, betont Kamal S. Der 28-Jährige kommt aus einer in Syrien prominenten Familie kurdischer Oppositioneller, die schon vor Beginn des syrischen Bürgerkriegs im Visier von Bashar al-Assads Geheimdienst standen. Seitdem sich die Repression mit den Protesten der syrischen Bevölkerung ab dem Frühjahr 2011 im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings verschärfte, verschwanden Verwandte und Freunde des jungen Studenten in Geheimgefängnissen des Regimes.

Syrien befindet sich in einem blutigen Bürgerkrieg zwischen Assad-treuen Regierungstruppen, örtlichen Rebellen und dem »Islamischen Staat« und erleidet massive Luftangriffe verbündeter Staaten. Die anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen lösten eine der größten Flüchtlingswellen unserer Zeit aus. Kamal harrte in Damaskus aus, weil er unbedingt sein Studium beenden wollte, doch als er dann 2014 einen Einberufungsbefehl in die Armee des Machthabers al-Assad erhielt, sei ihm nur die Flucht nach Europa als Option geblieben. Wie Hunderttausende andere Syrer auch, kommen Kamal S. und sein Cousin in einer monatelangen Odyssee über die Türkei nach Bulgarien als erstem europäischem Land. Dort werden die beiden von Polizeibeamten aufgegriffen. Über die vier Tage andauernden Misshandlungen im bulgarischen Polizeigewahrsam will Kamal S. nicht detailliert reden, »weil es zu grausam war«.

Es folgte ein Schnellprozess, zu dem er mit 26 anderen Syrern aneinandergekettet einem bulgarischen Richter vorgeführt worden sei. Anschließend sitzen Kamal S. und sein Cousin »wegen illegalen Grenzübertritts« fünf Monate und 25 Tage in einer bulgarischen Gefängniszelle. Als sie aus Gründen, die S. bis heute nicht verstanden hat, wieder freigelassen werden, schlagen sich die beiden wenig später auf

eigene Faust nach Deutschland durch. Er habe sich bei seiner Ankunft in der Bundesrepublik im Februar 2015 dann endlich in Sicherheit geglaubt.

Bis zu dem Angriff im Mai 2016 hatte Kamal S. erfolgreich zwei Deutschkurse für Anfänger absolviert und gehofft, möglichst schnell sein BWL-Studium weiterführen zu können, das er durch seine Flucht nicht beenden konnte. Inzwischen sieht der 28-Jährige seine Zukunft auch in der Bundesrepublik um einiges weniger optimistisch als bei seiner Ankunft in Frankfurt (Oder): Denn im Gegensatz zu vielen anderen syrischen Asylsuchenden hat er keine dreijährige Aufenthaltserlaubnis erhalten, sondern musste nach der Ablehnung seines Asylantrags mit anwaltlicher Hilfe gegen eine nach dem Schengen-Abkommen drohende Abschiebung nach Bulgarien Widerspruch einlegen. Damit ist auch die für ein Studium in Deutschland so wichtige Teilnahme an einem Integrationskurs erst einmal in weite Ferne gerückt. Doch Kamal S. hofft noch immer darauf, dass es auch für ihn hier eine Zukunft gibt – »so lange zumindest, bis ich nach Syrien zurückkehren kann und mein ganz normales Leben wieder zurückhabe«.

Unterstützung erhält er derzeit vor allem von Markus Reinert vom Potsdamer Verein Opferperspektive e.V. Der Potsdamer Verein bietet seit 1998 im Land Brandenburg »professionelle Beratung für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung, deren FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen« an. Die Beratung der unabhängig von staatlichen Behörden arbeitenden »Opferperspektive« ist kostenlos. 203 rechte Gewalttaten hatte der Verein schon im Jahr 2015 registriert. »Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Angriffe in Brandenburg mehr als verdoppelt«, sagt Markus Reinert. Und seit Jahresbeginn 2016 steigt die Zahl rechter Angriffe unvermindert weiter an.

Der Jurist begleitet nicht nur Kamal S. bei Behördengängen: Allein in Frankfurt (Oder) wurden in der ersten Jahreshälfte 2016 mehr als ein Dutzend ausländische Studierende und Geflüchtete Opfer rechter und rassistischer Gewalttaten.

Ein Blick auf die Chronik des unabhängigen Vereins zeigt, dass es für Menschen, die sichtbar nicht ins Weltbild der extremen Rechten passen, derzeit in der deutsch-polnischen Grenzstadt keine sicheren Orte gibt: Zwei Tage vor dem Überfall auf Kamal S. wird ein 13-jähriger syrischer Junge mitten am Tag auf einem Spielplatz von einem erwachsenen Mann rassistisch beleidigt und dann tätlich angegriffen.

Zehn Tage später sind es drei Studierende der Viadrina-Europa-Universität, die aus rassistischen Motiven im Stadtzentrum von Unbekannten getreten, geschlagen und mit Reizgas besprüht werden. Und als wenige Tage später zwei somalische Flüchtlinge und ein ägyptischer Student an der Straßenbahnhaltestelle »Zentrum« von Deutschen rassistisch beleidigt und angegriffen werden, kommt niemand außer einem 17-jährigen syrischen Jugendlichen den Betroffenen direkt zu Hilfe; ihm schlägt einer der Angreifer mit der Faust ins Gesicht. Als die Angegriffenen daraufhin zu einem nahe gelegenen Einkaufszentrum flüchten wollen, werden zwei von ihnen von den Tätern eingeholt und geschlagen. Mehrere Männer feuerten von der gegenüberliegenden Straßenseite die Angreifer lauthals an und riefen dabei Parolen wie »Ihr habt hier nichts zu suchen, Ausländer raus«, während andere Augenzeugen immerhin die Polizei alarmierten.

Anders als im Fall von Kamal S. sorgte dieser Vorfall über die Stadtgrenzen hinaus für Aufmerksamkeit. Die Wochenzeitung *Die Zeit* und andere Medien berichteten unter Überschriften wie »Flüchtlinge attackiert – Passanten feuern Täter an« darüber. Die Journalisten bezogen sich dabei auf eine erste Pressemitteilung der Polizei, die Sympathisanten als »Passanten« bezeichnet hatte. Unter »Passanten« verstehe man Menschen, die sich »zufällig am Ort befänden und dort auf den Bus warteten«, erklärte daraufhin Oberstaatsanwalt Ulrich Scherding gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg. Die »Personen, die unterstützend gerufen haben«, kämen jedoch ebenso wie die mutmaßlichen Täter aus

einem »gewissen Milieu«. Es habe sich um Personen gehandelt, die den Tag damit verbrächten, »Alkohol zu sich zu nehmen«, so Oberstaatsanwalt Scherding weiter.

Bei einem der festgenommenen Angreifer hatte die Polizei einen Blutalkoholwert von 3,7 Promille festgestellt. Im Lennépark, nahe des Einkaufszentrums gilt seit Mai 2016 ein generelles Alkoholverbot. Danach verlagerte sich der Treffpunkt von Alkoholikern und einigen Rechten vor das nahe gelegene »Alte Kino« bei »Kaufland«.

Der parteilose Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), Martin Wilke, beeilte sich zu versichern, bei dem Vorfall handele es sich keineswegs um ein »Spiegelbild der Gesellschaft« in der Grenzstadt. Die Darstellung, Teile der Bevölkerung hätten applaudiert und die Täter in ihrem Treiben bestärkt, sei »haltlos«.

Der Verein Opferperspektive reagierte im August 2016 in einem offenen Brief an die verantwortlichen Kommunalpolitiker und die wichtigsten Vereine der 58 000-Einwohner-Stadt: »Die Zahl rechter Angriffe in Frankfurt (Oder) erfüllt uns mit großer Sorge, übersteigt sie doch schon jetzt die Zahl der bekannt gewordenen Angriffe aus dem Vorjahr«, heißt es in dem zweiseitigen Schreiben. »Von den Betroffenen und vielen anderen Menschen aus Frankfurt (Oder) wissen wir, dass sie die Situation mittlerweile als sehr bedrohlich empfinden. Für sie hat sich das Motto des ›Freundlichen Frankfurt‹ ins Gegenteil verkehrt.«

Der Verein kritisiert, dass innerhalb der Stadt mit einem Ausländeranteil von knapp 5 Prozent zu wenig über angemessene Reaktionen diskutiert und nicht ausreichend nach Möglichkeiten gesucht werde, »einem Klima der Angst und Verunsicherung unter den Gruppen (potenzieller) Betroffener« effektiv zu begegnen.

Schon der Angriff auf Kamal S. hatte bei den mehreren hundert in Frankfurt (Oder) lebenden Flüchtlingen für erhebliche Unruhe gesorgt. Doch seitdem alle wüssten, dass ihnen niemand zu Hilfe kommen würde und stattdessen die rechten Angreifer sogar mit offenen Sympathiebekundungen rechnen könnten, würden er und seine syrischen Freunde es nach Möglichkeit vermeiden, sich alleine in der Öffentlichkeit zu bewegen, sagt Kamal S.

Schon vor dem Überfall hatte er darunter gelitten, dass er in knapp 18 Monaten noch immer niemanden kennengelernt hat, »mit dem ich einfach mal Deutsch sprechen und einen Tee trinken kann«. Jedes Mal, wenn Kamal S. jetzt die Wohnungstür öffnet, erinnert er sich an den Ratschlag eines der Polizeibeamten, die seine Anzeige aufnahmen: »Hier wohnen viele Rassisten, zieh besser weg.«

Von dem Fenster der kleinen Wohnung, die Kamal S. »auf keinen Fall ein Zuhause nennt«, kann er bis zum Bahnhof sehen. Die Menschen, die auf den umliegenden Gehwegen laufen, sehen von hier oben wie harmlose Spielfiguren aus. Wie er jedoch die Abwehr und rassistischen Vorurteile überwinden könne, die ihm entgegenschlagen, wenn er den Leuten dann real gegenübersteht, sei ihm inzwischen ein Rätsel, sagt Kamal S. nachdenklich. Dabei habe er bei Besuchen von Verwandten in Köln und Dortmund erlebt, dass es in Deutschland auch ganz anders sein könne. Doch weil die Residenzpflicht für Asylsuchende ihn dazu verpflichtet, in Frankfurt zu leben, hofft Kamal S. jetzt vor allem auf ein Gespräch zwischen Markus Reinert und der Wohnungsgesellschaft, die den Häuserblock vermietet, in dem er und sein Angreifer leben. Er versuche jeden Tag, mit »etwas weniger Angst zu leben«, sagt Kamal S. zum Abschied.

Bereits im Februar 2016 hatte der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz davor gewarnt, dass in Sachsen eine »Pogromstimmung« herrsche, die eine »kreuzgefährliche Intensität« bekomme. Man

steuere »auf eine Situation zu, in der gewaltbereite Stimmungsmacher die Angst der Menschen bewusst nutzen, um Hysterie gegen die Asylpolitik zu schüren und Gewalt gegen die Flüchtlinge zu rechtfertigen«. Ein interner BKA-Bericht, aus dem *Süddeutsche Zeitung*, NDR und WDR zitieren, warnt vor körperlichen Übergriffen auf Flüchtlinge. »Neben Körperverletzungen muss in Einzelfällen mit Tötungsdelikten gerechnet werden«, zitieren die genannten Medien. Es ist die Rede davon, dass auch Journalisten, ehrenamtliche Helfer und Politiker zu Zielen rechter Gewalt werden könnten. Mit personenbezogenen Gewaltstraftaten bezwecke die rechte Szene ein »Klima der Angst«. Das BKA befürchtet demnach eine Entkopplung fanatisierter Einzeltäter von extremistischen Gruppen. Als Beispiel wird der Attentäter genannt, der der Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker mehrere lebensbedrohliche Messerstiche zufügte.

In den neunziger Jahren hatten Neonazis offensiv die Schaffung »national befreiter Zonen« propagiert, in denen »wir das Sagen haben und wir bestimmen, was Recht ist«. Beratungsprojekte wie die Opferperspektive sprechen seitdem von Angsträumen oder Angstzonen, die entstünden, wenn Polizei, Justiz, Politik und Zivilgesellschaft nicht schnell genug und angemessen reagierten.

»Es war ein ganz normales Dorffest«; »Alle haben rumgesessen und gequatscht«, darin sind sich Silke Horn und Peter Clement einig, wenn sie über jenen Samstagabend vom 16. auf den 17. Juli 2015 in Atzendorf, einem kleinen Stadtteil der 900-Einwohner-Gemeinde Geusa sprechen, mit dessen Folgen sie auch mehr als zwei Jahre später noch immer konfrontiert sind. Mit Bekannten seien sie aus Merseburg, der unmittelbar angrenzenden Kreisstadt im Süden Sachsen-Anhalts, zu Peter Clements Familie gefahren, um dort den Geburtstag des jüngeren Bruders zu feiern. Anschließend ging man eben gemeinsam zum »Atzendorfer Teichfest« – ein in der Region beliebtes Volksfest, das von dem seit 1873 bestehenden »Pfingstburschen Verein« auf einem Festplatz an einigen größeren Teichen nur wenige hundert Meter vom Elternhaus des 31-jährigen Lokführers entfernt ausgerichtet wird. Weil Freunde der beiden im Verlauf des Abends schon »Stress« mit einer Gruppe Neonazis aus Merseburg und Bad Dürrenberg gehabt hatten, die sich ebenfalls unter den Feiernden zwischen Bierzelten und Bänken aufhielten, verließ ein Großteil der Clique das Fest schon frühzeitig. Doch die damals im fünften Monat schwangere Silke Horn und Peter Clement wollten noch ihre Unterhaltung mit einem alten Freund zu Ende führen und machten sich erst kurz nach Mitternacht auf den Heimweg von Clements Elternhaus – lediglich ein paar Minuten Fußweg entlang einer vor allem abends und nachts sehr ruhigen, von Einfamilienhäusern und Garagen gesäumten Straße.

Peter Clement sagt, er habe die zwei großen Männer und zwei Frauen, die vor ihnen auf der Straße liefen, zunächst gar nicht als Neonazis erkannt und sei auch erst auf die Gruppe aufmerksam geworden, als einer der beiden Männer versuchte, den an einer Ampel angebrachten Verkehrsspiegel abzureißen. Er habe den Mann daraufhin spontan aufgefordert aufzuhören, erinnert sich Peter Clement, und hinzugefügt, er werde ansonsten die Polizei rufen – weil es »mich stört, wenn Leute fremdes Eigentum zerstören. Das ist doch normal, dann zu intervenieren.« Mit der Reaktion der beiden Männer hätte sie nicht gerechnet, sagt Silke Horn: »Der Mann mit dem schwarzen T-Shirt hat Peter sofort in den Schwitzkasten genommen und dann kam auch noch der Dicke in kurzer Hose und weißem Hemd dazu, der vorher den Verkehrsspiegel abreißen wollte, und hat nach einem Blick auf Peter gerufen: ›Bist du ein Scheiß Linker, eine Scheiß Zecke, oder was?‹« Als der daraufhin lediglich antwortete, er würde die Frage nicht verstehen, hätten beide Männer auf ihn eingeschrien: »Bist du für oder gegen Kanaken?« Er wisse nicht, was der andere mit dem Begriff »Kanaken« meine, habe ihr Freund noch ziemlich gefasst

entgegnet, erinnert sich Silke Horn. Dann sei die Situation weiter eskaliert. Der über 100 Kilogramm schwere, knapp 1,90 Meter große, kurzgeschorene Mann mit den tätowierten Unterarmen und der knielangen Jeanshose habe gebrüllt: »Türken, Ausländer, Asylanten«, und sie dann mit dem Satz »Los, ihr Zecken, haut ab und verpisst euch« scheinbar zum Weggehen aufgefordert, zumal die beiden Begleiterinnen der Rechten ebenfalls darauf drängten, dass die beiden Neonazis mitkommen sollten.

Doch nach dem kurzen Befehl »Hau ihm in die Fresse« wurde Peter Clement mit einem Faustschlag zu Boden gebracht. Clements letzte bewusste Erinnerung an die Situation: »Ich lag mit dem Rücken auf dem Boden, der Neonazi mit dem schwarzen T-Shirt kniete auf mir und schlug mir mit der Faust mehrfach ins Gesicht.« Er weiß nicht mehr, dass der andere Neonazi ihn anschließend mit Fußtritten gegen den Kopf malträtierte – »mindestens zehn Mal«, sagt Silke Horn und in ihrer Stimme schwingt noch immer die eigene Hilflosigkeit. »Ich hatte wahnsinnige Angst um Peter und davor, dass sie auch mich und mein Baby schlagen würden.« Der größere und dickere der beiden kurzhaarigen Neonazis sei in der Dunkelheit eine »wirklich Angst machende Erscheinung« gewesen. Sie habe die beiden Männer »wirklich angefleht«, aufzuhören, und auf ihre Schwangerschaft hingewiesen. Doch die Angreifer prügelten stattdessen immer weiter auf den schon sichtbar am Kopf verletzten Clement ein. Dann zog der größere der beiden Angreifer den mittlerweile völlig Wehrlosen am Hosenbund nach oben, während der andere Neonazi weiter auf seinen Kopf eintrat.

Silke Horn sagt, sie könne diesen Moment, »als Peters Kopf nach unten hing und der Nazi immer weiter gegen das Gesicht trat, noch heute jederzeit wie einen Film vor ihrem inneren Auge abfahren«. Erst nach einer gefühlten Ewigkeit und als die beiden Begleiterinnen der Rechten zum Gehen drängten, hätten die beiden Männer den inzwischen Bewusstlosen einfach liegen lassen und seien gemeinsam in einen dunklen Pkw eingestiegen. Sie habe eine Minute lang »wie angewurzelt« am Straßenrand gestanden und dann versucht, den blutverschmierten Freund anzusprechen, doch der habe überhaupt nicht reagiert. »In dem Moment kam ein Auto von links, in dem glücklicherweise ein Bekannter von Peters Bruder saß, der dann die Polizei rief.«

Nachdem Peter Clement mit einem Notarztwagen ins Krankenhaus nach Merseburg gebracht worden war, setzt sich Silke Horn zu Hause vor den Computer. Als sie auf der Facebook-Seite eines regional bekannten Neonazi-Anführers den dickeren der beiden Angreifer wiedererkennt und auch dessen Namen herausgefunden hat, geht die junge Frau in den frühen Morgenstunden noch einmal zum Polizeirevier und gibt den Namen des Angreifers zu Protokoll. »Während ich in der Wache saß, telefonierte einer der Beamten mit einem Kollegen und meinte dann, der Typ habe schon wieder jemanden angegriffen und sei ohnehin als Schläger polizeibekannt.«

Nach dem Angriff auf Peter Clement waren die beiden Neonazis noch einmal zum Teichfest zurückgefahren: Dort schlägt der 28-jährige Kevin H., derjenige, den Silke Horn als den »Furcht einflößenden dicken Neonazi« bezeichnet, gegen zwei Uhr morgens unvermittelt einem der letzten Festbesucher mitten ins Gesicht. Der Mann erleidet einen Kieferbruch, verliert einen Schneidezahn und ist wochenlang krankgeschrieben. Als Polizeibeamte an der Festwiese eintreffen, können einige Augenzeugen ihnen direkt den Namen des flüchtigen Angreifers nennen. Eine Stunde später nimmt eine Polizeistreife Kevin H. schließlich in Begleitung einer jungen Frau und eines 37-Jährigen in einem dunklen E-Klasse-Mercedes auf dem Parkplatz der örtlichen McDonald's-Filiale fest.

Den Beamten fallen sofort die zahlreichen Blutflecken an Kevin H.'s Sportschuhen und am hellen Hemd auf. Doch trotz dessen einschlägiger Vorstrafe lehnt das Amtsgericht Merseburg es ab, den von der Staatsanwaltschaft beantragten Haftbefehl zu vollstrecken. Anstatt wie von der Staatsanwaltschaft

gefordert in Untersuchungshaft zu kommen, bleibt Kevin H. auf freiem Fuß. Die Begründung des zuständigen Richters: Zwar sei der 28-Jährige erst im November 2014 vom Amtsgericht Merseburg wegen einer gefährlichen Körperverletzung, die er im Februar 2013 begangen hatte, zu einer Geldstrafe von insgesamt 15 Tagessätzen à 11 Euro verurteilt worden. Doch da das Amtsgericht es bei diesem Urteil versäumt habe, die Mindeststrafe für gefährliche Körperverletzung in Höhe von 90 Tagessätzen zu verhängen, drohe dem Beschuldigten auch nach den neuerlichen Angriffen keine Freiheitsstrafe, sondern lediglich eine Bewährungsstrafe.

Silke Horn und Peter Clement sagen übereinstimmend, sie hätten in den Wochen nach der Tat große Angst gehabt, Kevin H. und dem bis heute unbekannten zweiten Angreifer erneut im Stadtzentrum von Merseburg zu begegnen. Hinzu kam bei beiden der Eindruck auf, dass die Strafverfolger wenig Interesse an Informationen zu dem zweiten Neonazi, der am Angriff auf Clement beteiligt war, zeigten sowie gar kein Interesse an den beiden Begleiterinnen. »Wir haben den Polizeibeamten mehrfach den Vornamen des zweiten Neonazis genannt, dann haben wir selbst im Internet nach ihm gesucht, aber was bleibt, ist vor allem das Gefühl, dass die Beamten von Anfang an keine politische Motivation bei den Angreifern erkennen wollten und sich auch überhaupt nicht für die Identität der beiden Frauen interessierten«, resümiert Silke Horn.

An ihrer Angst habe sich bis heute nichts geändert. Genau ein Jahr nach dem Überfall begegnen Horn und Clement dann vor dem Amtsgericht Merseburg Kevin H. wieder. Es dauert bis zum Juli 2016, bis das Amtsgericht über die Anklage der Staatsanwaltschaft verhandelt. Silke Horn sagt, der beschuldigte Neonazi habe völlig unbeteiligt gewirkt, während ihr selbst die Tränen kamen, als sie im Zeugenstand dem Gericht von der Brutalität des Angriffs berichtete. Positiv überrascht ist sie, dass ihr geglaubt wird. Weder Gericht noch Staatsanwaltschaft versuchen, den beiden Opfern eine Mitschuld an den Verletzungen zu geben – »das passiert ja sonst fast immer, wenn Linke von Neonazis angegriffen werden«.

Der Staatsanwalt und der Richter loben Peter Clement dafür, dass er »als rechtschaffener Bürger« eingeschritten sei, als H. den Verkehrsspiegel demolieren wollte. Doch trotz der zweijährigen Haftstrafe ohne Bewährung, die das Gericht am Ende der Verhandlung ausspricht, bleibt ein schaler Nachgeschmack. Das für Clement und Horn völlig unstrittige Motiv, das schon in den Neonazi-Beschimpfungen als »Zecken« und »Scheiß Linke« zum Ausdruck gekommen sei und sich dann in den rassistischen Äußerungen der beiden Angreifer fortgesetzt habe, sei völlig unter den Tisch gefallen. »Im Prinzip haben Gericht und Staatsanwaltschaft so getan, als wenn es eine ganz normale Dorffest-Schlägerei gewesen wäre«, sagt Silke Horn. Peter Clement belastet vor allem, dass das Urteil immer noch nicht rechtskräftig ist. So muss er weiterhin damit rechnen, H. in Merseburg zu begegnen. Auch Silke Horn sagt, sie könne bis zum ungewissen Ende der Berufungsverhandlung mit dem Geschehen nicht abschließen. Dass die Strafverfolger aus ihrer Sicht so wenig Interesse an dem Mittäter gezeigt hätten, wertet sie als »Signal an die Neonazi-Szene, dass ihnen eigentlich wenig bis gar nichts passieren kann«.

In einer Stadt wie Merseburg, in der die unabhängige »Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt« in den vergangenen zwei Jahren mehr als zwei Dutzend Betroffene nach Angriffen unterstützt hat, wirkt das Desinteresse der Strafverfolger an den anderen Tatbeteiligten für die junge Frau de facto als »eine Ermutigung für rechte Schläger«.

Wie groß das Selbstbewusstsein der rechtsextremen Szene in der 33 000-Einwohner-Stadt Merseburg ist, in der knapp ein Drittel der Wählerinnen und Wähler bei den Landtagswahlen 2016 die rechtspopulistische AfD gewählt hat, zeigt sich wenige Monate nach dem Urteil gegen Kevin H. Zwei

Männer im Alter von 47 und 63 Jahren überfallen am 5. Oktober 2016 in der Stadt einen 44-jährigen Mann aus dem westafrikanischen Liberia sowie dessen Lebensgefährtin und ihren fünfjährigen Enkel in der eigenen Wohnung. Mit einem mitgebrachten Teleskopschlagstock und einem Schlagring prügeln sie brutal auf die Familie ein. Das fünfjährige Kind muss daraufhin mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden. Als die Polizei vor Ort eintrifft, kehrt der 63-jährige Täter zurück und beschimpft die Familie vor den Beamten lautstark mit rassistischen Beleidigungen. Wie schon im Fall des Angriffs auf Peter Clement weigert sich das Amtsgericht Merseburg auch in diesem erschreckenden Fall, Untersuchungshaft gegen die beiden Täter anzuordnen.

Peter Clement und Silke Horn sagen, viele Flüchtlinge und auch einige ihrer Freunde würden Angriffe gar nicht mehr zur Anzeige bringen. Ein bundesweites Phänomen, das zu einer hohen Dunkelziffer nicht angezeigter Gewalttaten führt. Die Statistik der »Mobilen Opferberatung« in Sachsen-Anhalt kann insofern nur als Ausschnitt der Realität gesehen werden. Sie weist im Jahr 2015 insgesamt 217 rechtsextreme Gewalttaten auf. Über 300 direkt Betroffene haben die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen registriert. Das Beratungsprojekt kritisiert, dass es Polizeidienststellen mit dem Anstieg rechter Gewalttaten in zu vielen Fällen nicht mehr schaffen würden, die Betroffenen zeitnah nach Angriffen zu vernehmen und ihnen Lichtbilder vorzulegen. Dadurch würden sowohl rassistische Gelegenheitstäter als auch Neonazis oft wenig rechtsstaatliche Konsequenzen erfahren und weitermachen, als sei nichts geschehen, während ihre Opfer manchmal noch jahrelang an den körperlichen und seelischen Folgen litten. »Ich würde gerne mit dem Angriff abschließen«, sagt Peter Clement, »doch das wird vermutlich noch dauern.«

Mitarbeit: Heike Kleffner

Chronik August 2016

01.08. Dortmund (NW) Drei Rechte bewerfen zwei Linke mit Bierflaschen, sie treffen sie an Rücken und Hüfte.

01.08. Enger (NW) Ein Mann bedroht die Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft und zeigt den Hitlergruß. Dann wirft er Steine auf die Fenster und Hausbewohner. Ein Stein verfehlt nur knapp den Kopf eines Betroffenen.

01.08. München (BY) Im August wird eine Person in einem Club rassistisch beleidigt und tätlich angegriffen. Zum Schutz des Opfers wird das genaue Datum nicht öffentlich gemacht.

01.08. Neustadt am Main (BY) Vier zum Teil vermummte Personen greifen zwei 17-jährige Flüchtlinge an. Die Angreifer schlagen ihre Opfer zu Boden und treten auf sie ein. Einem der Betroffenen fügen sie mit einem Messer tiefe Schnittwunden zu, dem anderen brechen sie die Nase.

01.08. Schwerin (MV) Mehrere Personen der Gruppe »Deutschland wehrt sich« beleidigen und provozieren eine Gruppe junger Afghanen und Deutscher. Ein polizeibekannter 34-Jähriger verkleidet sich als vermeintlicher Araber, ruft »Allahu Akbar« und wirft einen Rucksack in die Gruppe der Jugendlichen. Er will offenbar einen Bombenanschlag vortäuschen. Unter den Menschen bricht Panik aus.

02.08. Dresden (SN) Ein unbekannter Mann schlägt in der Straßenbahn einem Mann aus Libyen ins Gesicht.

02.08. Berlin-Schöneberg (BE) Ein unbekannter Mann greift an einer Bushaltestelle aus antimuslimischer Motivation eine 41-jährige Frau an. Er versucht ihr das Kopftuch herunterzureißen und drückt sie zu Boden. Der Täter schlägt zu und verletzt die Frau.

02.08. Schöneiche (BB) Ein Mann schlägt in der Straßenbahn unvermittelt auf einen Geflüchteten ein. Er trifft ihn im Gesicht. Als ein Begleiter des Betroffenen schützend eingreifen will, schlägt der Täter diesen ebenfalls. An der nächsten Haltestelle verlässt der Angreifer die Bahn. Die beiden Flüchtlinge müssen ambulant im Krankenhaus versorgt werden.

03.08. Erfurt (TH) Zwei Männer beleidigen zwei Jungen (14 und 16 Jahre alt) vor einem Supermarkt. Sie sagen: »Scheiß Ausländer, was wollt ihr hier?« Die Männer sind äußerst aggressiv. Als sich eine Frau zwischen Täter und Opfer stellt, wird auch sie beschimpft, bedroht und angegangen.

03.08. Triptis (TH) Zwei Flüchtlinge werden beleidigt und mit einer Flasche beworfen.

05.08. Gotha (TH) Zwei deutsche Jugendliche im Alter von 16 und 21 Jahren greifen zwei afghanische Jugendliche mit einem Messer an. Einer der Betroffenen erleidet Stichverletzungen im Brustbereich und im Gesicht.

05.08. Schleiden (NW) Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf ein Haus, in das mehrere rumänische Familien einziehen sollten. Auf die Hauswand wurden rassistische Parolen gemalt, die sich gegen die neuen Mieter richten.

06.08. Chemnitz (SN) Eine Gruppe Neonazis versucht in ein alternatives Wohn- und Kulturprojekt einzudringen. Sie rufen rechte Parolen. Nachdem eine Alarmanlage ausgelöst wird, flüchten die Täter mit einem Pkw.

06.08. Halle (ST) Nach einem Fußballspiel verfolgen zwei Fans des Halleschen FC zwei »alternativ« aussehende Jugendliche. Sie schlagen die beiden zusammen und treten auf sie ein. Als Anwohner zu Hilfe kommen, flüchten die Täter.

07.08. Dresden (SN) Zwei Männer und eine Frau beleidigen vier Menschen aus dem Irak aufgrund ihrer Herkunft. Nachdem die Betroffenen aus der Bahn gestiegen sind, werden sie geschubst und mit einer Flasche beworfen. Erst die Flucht in ein Wohnhaus beendet den Übergriff.

07.08. Wiederstedt (ST) In der Nacht verfolgt eine rund 15-köpfige Personengruppe fünf Syrer, die ein Heimatfest besucht haben. Die Männer und Frauen kreisen die Flüchtlinge ein, beleidigen sie und fragen, ob sie Muslime seien. Dann schlägt und tritt ein Mann aus der Tätergruppe zu. Erst als eine Frau ihn auffordert, damit aufzuhören, können die Syrer in einem Taxi flüchten.

08.08. Berlin-Treptow (BE) In der Nacht wirft ein Unbekannter einen pyrotechnischen Gegenstand in das Zimmer eines 17-jährigen Bewohners einer Flüchtlingsunterkunft.

08.08. Frankfurt (Oder) (BB) Zwei Jugendliche beschimpfen und bespucken drei Kinder aus rassistischer Motivation. Einer der Jugendlichen drückt eines der Kinder zu Boden.

08.08. Hannover (NI) Ein Neonazi schlägt und tritt einer obdachlosen Frau ins Gesicht.

08.08. Oschersleben (ST) Etwa zwölf Personen beleidigen drei Geflüchtete, die auf dem Nachhauseweg sind, rassistisch. Sie beschimpfen sie als »Scheiß Juden« und schmeißen eine Flasche nach ihnen. Dann drohen sie mit »Euer Haus wird brennen!«.

10.08. Berlin-Treptow (BE) In der Nacht beleidigt ein 46-Jähriger einen 51-Jährigen rassistisch und schlägt ihn.

10.08. Sonneberg (TH) Ein Unbekannter zündet im Hausflur eines Plattenbaus einen Kinderwagen an. Die Mehrheit der Bewohner sind geflüchtete Menschen. Die Polizei hat keine Hinweise auf eine »fremdenfeindliche« Tat.

10.08. Witzenhausen (HE) Ein Unbekannter zündet eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge an. 22 Bewohner erleiden eine Rauchgasvergiftung. Die Polizei nimmt einen 59-jährigen Tatverdächtigen vorläufig fest. Einen »fremdenfeindlichen« Hintergrund für seine Tat streitet er ab.

11.08. Kölleda (TH) Ein Mann dringt auf das Gelände einer Schule ein und greift einen 14-jährigen Jungen aus Afghanistan an. Er beleidigt den Betroffenen rassistisch, schlägt ihn gegen den Kopf und würgt ihn.

12.08. Eggesin (MV) Ein NPD-Mitglied attackiert eine junge Frau, weil sie ein NPD-Plakat beschädigt haben soll.

12.08. Usedom (MV) Ein Mann drückt einen Urlauber zu Boden und schlägt ihn, weil dieser NPD-Plakate abgerissen haben soll.

13.08. Dresden (SN) An einer Straßenbahnhaltestelle umringen fünf Deutsche drei Eritreer und schlagen auf sie ein.

13.08. Dippoldiswalde (SN) Eine Gruppe junger Erwachsener beleidigt am Busbahnhof einen Mann aus Marokko. Es entwickelt sich ein Streitgespräch. Eine Frau aus der Gruppe schlägt dem Mann mit der flachen Hand ins Gesicht.

13.08. Neuruppin (BB) Zwei Männer beleidigen einen Asylsuchenden aus dem Tschad auf offener Straße. Dann schlagen sie ihm unvermittelt gegen den Kopf. Der Betroffene erleidet durch den Angriff leichte Verletzungen.

13.08. Halle (ST) In der Nacht brennt an dem Verwaltungsgebäude einer Flüchtlingsunterkunft eine Jalousie und eine dahinter liegende Tür. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung.

13.08. Halle (ST) In der Innenstadt bedrängt ein Autofahrer den Lieferwagen eines nicht deutschen Restaurants. Er beleidigt den Fahrer als »Scheiß Kanaken« und »Scheiß Ausländer«. Als der Betroffene auf einem Parkplatz hält und den Täter mit seinem Mobiltelefon filmt, schlägt dieser ihm mehrfach mit der Faust ins Gesicht, gegen den Oberkörper und die Hüfte. Dann flüchtet der Täter.

14.08. Chemnitz (SN) Acht Männer schlagen und treten zwei junge Männer aus Marokko. Sie schlagen mit einer Bierflasche zu und beißen einen der Betroffenen. Laut Zeugenaussagen rufen die Angreifer während ihrer Tat rassistische Parolen.

14.08. Dortmund (NW) Drei vermummte Personen steigen aus einem Auto aus und greifen einen 24-jährigen Mann vor seiner Wohnung an. Er ist Mitglied der Linken und Antifaschist. Sie schlagen auf ihn ein, bis er am Boden liegt. Als er wieder aufstehen will, sticht einer der Täter mit einem Messer auf ihn ein.

15.08. Berlin-Treptow (BE) Ein 28-jähriger Mann beleidigt vor einem Wohnheim vier Männer rassistisch und bedroht sie mit einem Messer. Er verletzt einen 32-Jährigen mit seiner Waffe und flüchtet.

15.08. Sömmerda (TH) Ein 20-jähriger Mann schlägt einem Eritreer mit der Faust ins Gesicht. Dann schlägt er einen Deutschen gegen die Brust und gibt ihm eine Kopfnuss. Später greift er einen Mosambikaner an und beleidigt ihn.

16.08. Berlin-Pankow (BE) Vor einem Imbiss greifen Neonazis einen Punk an und schlagen ihn.

16.08. Querfurt (ST) Der Fahrer eines Kleintransporters beleidigt einen 17-jährigen Flüchtling, der mit seinem Fahrrad unterwegs ist. Dann schlägt er auf den Jungen ein und wirft sein Fahrrad über eine Mauer.

17.08. Karstädt (BB) Vier Jugendliche beschimpfen drei afghanische Jugendliche, die auf einem Schulgelände Fußball spielen. Dann schlägt einer der Täter zu.

18.08. Dresden (SN) In einer Straßenbahn beleidigt eine Gruppe von sechs Personen einen Tunesier. Ein 24-jähriger und ein 26-jähriger Mann versuchen dem Betroffenen den Rucksack zu entreißen und schlagen ihm in das Gesicht.

19.08. Tangerhütte (ST) Vor einer Schule beleidigen vier Jungen einen 15-jährigen und einen 12-jährigen Syrer rassistisch und greifen die beiden an.

19.08. Rostock (MV) Mehrere Rechte verwickeln drei Männer in ein Gespräch und äußern dabei deutlich ihre rechte Gesinnung. Nachdem einer der Angesprochenen ablehnend reagiert, schlägt ihm einer der Rechten mit der Faust ins Gesicht. Es kommt zu einer tätlichen Auseinandersetzung.

20.08. Bad Gottleuba-Berggießhübel (SN) In der Nacht randalieren sechs Unbekannte vor einer Flüchtlingsunterkunft. Sie grölen und werfen mit Gegenständen.

20.08. Dortmund (NW) Aus einer Wohnung wirft ein Unbekannter einen Knallkörper auf Menschen, die gegen rechte Gewalt demonstrieren. Eine Frau erleidet eine Fleischwunde am Unterschenkel und ein Mann ein Knalltrauma.

21.08. Dresden (SN) Mehrere Angreifer verprügeln beim Stadtfest auf den Elbwiesen vier Iraker. Sie überfallen die Betroffenen hinterrücks. Die Täter waren laut Polizei schwarz gekleidet oder trugen T-Shirts des Fußballvereins Dynamo Dresden. Die Polizei stellt den Vorfall anfangs so dar, dass mehrere Nordafrikaner untereinander in Streit geraten und später auch Deutsche beteiligt gewesen seien. Inzwischen hat das für rechte Gewaltdelikte zuständige »Operative Abwehrzentrum Sachsen« den Fall übernommen.

21.08. Dresden (SN) Unbekannte greifen beim Stadtfest Asylsuchende aus Afghanistan und dem Iran an.

21.08. Berlin-Köpenick (BE) Ein Mann beleidigt vor einem Supermarkt zwei Frauen, einen Mann und ein zweijähriges Kind rassistisch und antisemitisch. Er schlägt den Mann und versucht ihn zu treten. Der Betroffene wird dadurch verletzt.

21.08. Heilbronn (BW) Ein 48-jähriger Deutscher beleidigt mehrere Gäste in einem Restaurant auf rassistische Weise. Dann greift er einen 41-jährigen türkischen Familienvater mit einem Klappmesser an. Der Betroffene kann flüchten, trägt jedoch Schnittverletzungen an der Hand davon. Der mutmaßliche Täter ist wegen Körperverletzung, Waffenbesitz und einer »rechtsradikalen Gesinnung« polizeibekannt.

21.08. Oschersleben (ST) Am Bahnhof schlagen mehrere Rechte auf zwei Linke ein. Die Polizei kann später zwei Tatverdächtige verfolgen und festnehmen.

22.08. Sömmerda (TH) Am Abend kommt es zu einem Streit zwischen zwei 17-jährigen Geflüchteten und einem 28-Jährigen aus Sömmerda. Der 28-Jährige schubst einen der beiden und tritt ihm gegen die Beine.

23.08. Dresden (SN) Ein 22-Jähriger pinkelt gegen eine Hausfassade und klettert dann in die Wohnung einer Frau, die sich über sein Verhalten beschwert. Er beleidigt die Betroffene, zeigt den Hitlergruß und ruft »Sieg heil!«.

23.08. Pirna (SN) Bei einer Kundgebung der rechten Gruppierung »Wellenlänge – Bürgerinitiative Heidenau« wird ein Journalist angegriffen.

23.08. Zwickau (SN) Mehrere Rechte stören einen Stadtspaziergang der Oberbürgermeisterin. Sie treten einen Mann und schlagen einer Frau mit einem Gegenstand auf den Kopf.

23.08. Königs Wusterhausen (BB) Zwei polizeibekannte Rechte beleidigen am Bahnhof zwei Männer aus Serbien mit antisemitischen Parolen. Dann schlägt einer der Täter zu und wirft mit einer Bierflasche.

23.08. Werneuchen (BB) Ein junger Mann beleidigt im Stadtpark einen Geflüchteten aus Syrien rassistisch. Dann attackiert er ihn mit Reizgas. Der Betroffene muss im Krankenhaus versorgt werden.

23.08. Wittenberg (ST) Gegen Mittag beschimpfen zwei junge Männer einen 23-jährigen Eritreer rassistisch und bedrohen ihn mit einer Axt. Am Abend bedrohen dann zwei Unbekannte einen 34-jährigen Somalier mit einem Messer und einer Axt. Die Polizei ermittelt gegen einen 19-jährigen polizeibekannten Tatverdächtigen, bei dem eine auffällige Axt sichergestellt wird.

23.08. Altenburg (TH) Eine unbekannte Person verfolgt einen jungen Mann aus Syrien, spricht ihn an und schubst ihn. Als der Betroffene damit droht, die Polizei zu rufen, schlägt der Täter zu und ruft rassistische Parolen.

23.08. Lindau (BY) Ein Mann, eine Frau und zwei jugendliche Mädchen halten eine Fahrrad fahrende 68-jährige Frau auf. Die Frau schubst die 68-Jährige vom Rad, die dadurch schwere Verletzungen im Gesicht erleidet. Anschließend beschimpfen die Täterin und der Mann die Betroffene, die eine dunkle Hautfarbe hat, rassistisch. Die Personengruppe könnte laut Polizei eine Familie sein.

23.08. Rostock (MV) Zwei Personen greifen einen jungen Mann aus der Ukraine mit den Worten »Verpiss dich aus Deutschland« an, schlagen ihm mehrfach ins Gesicht und gegen den Oberkörper.

26.08. Pirna (SN) Ein Jugendlicher schlägt in einem Park auf zwei 18-jährige Afghanen ein, weil sie seiner Meinung nach zu laut Musik hören. Es kommen drei weitere Männer dazu, die ebenfalls auf die Betroffenen einschlagen.

26.08. Leipzig (SN) 20 bis 30 Personen der rechten Szene versuchen gewaltsam in einen alternativen Club einzudringen. Die Betreiber sprechen von einem gezielten Angriff. Die Polizei hingegen von »Aktivitäten der linksextremen Szene«.

26.08. Schwerin (MV) Während eines Stadtfestes in der Innenstadt greift eine Personengruppe

migrantische Jugendliche an. Sie verfolgen die Betroffenen und werfen mit Steinen und Flaschen nach ihnen.

27.08. Leipzig (SN) Teilnehmer einer »Freefight«-Veranstaltung greifen Gegendemonstranten der Initiative »Rechte Netzwerke zerschlagen« an. Sie werfen Flaschen auf Gegendemonstranten und einen Reporter.

27.08. Gnewikow (BB) Eine Jugendliche beschimpft in einem Jugendgästehaus ein syrisches Kind rassistisch. Anschließend schlägt sie ihm ins Gesicht. Das Kind wird dabei verletzt und muss im Krankenhaus behandelt werden.

27.08. Dortmund (NW) Drei Neonazis beleidigen zwei Mitarbeiter eines anarchistischen Buchladens und werfen eine Flasche nach ihnen. Passanten können eine körperliche Auseinandersetzung bis zum Eintreffen der Polizei verhindern.

27.08. Schwerin (MV) Ein Rechter attackiert einen jungen Syrer mit Faustschlägen. Als der Betroffene am Boden liegt, schlägt der Täter mit einem Schlagstock auf ihn ein.

28.08. St. Georg (TH) Laut der Flüchtlingsgruppe »Lampedusa in Hamburg« versucht ein unbekannter Mann nachts die Zelte der Flüchtlinge anzuzünden.

28.08. Demmin (MV) Drei Personen beleidigen zwei Frauen und ihre beiden Kinder, die auf dem Heimweg vom Einkaufen sind, rassistisch. Dann schlagen sie einer Frau ins Gesicht. Dabei rollt der Kinderwagen, in dem eines der Kinder liegt, auf die Straße. Bei der Polizei geben die Täter als Grund für die Attacke an, dass sie »keine Ausländer mögen«.

29.08. Ansbach (BY) Ein 51-jähriger Mann geht in der S-Bahn einen Flüchtling verbal an. Als ein Mitreisender einschreitet, schlägt ihm der Mann mit der Faust auf den Hinterkopf.

29.08. Demmin (MV) Drei Männer beleidigen zwei afghanische Frauen auf offener Straße und schlagen ihnen ins Gesicht. Als Grund für die Tat geben die Täter an, dass sie »keine Ausländer mögen«. Gegen einen der Täter lag bereits ein Haftbefehl vor.

29.08. Ribnitz-Damgarten (MV) Ein Mann beleidigt einen kleinen Jungen rassistisch und schubst ihn in eine Hecke. Am kommenden Tag wird er auf einer NPD-Demonstration gesehen.

30.08. Rathenow (BB) Am Rande einer rechten Demonstration pöbeln zwei Teilnehmer den Begleiter eines Journalisten an und schlagen und treten auf ihn ein.

31.08. Gadebusch (MV) Drei Personen beschimpfen einen jungen Flüchtling rassistisch und schlagen ihn.

31.08. Sternberg (MV) Mehrere Anhänger der NPD behindern einen Wahlkampfauftritt des Ministerpräsidenten. Es kommt zu einem Streit zwischen SPD- und NPD-Anhängern, in dessen Verlauf NPDler zwei Personen attackieren.

Chronik September 2016

01.09. Angermünde (BB) Zwei Männer beleidigen auf offener Straße einen Asylsuchenden rassistisch. Dann schlagen sie ihm mehrfach auf den Oberkörper.

01.09. Weil am Rhein (BW) Ein Unbekannter verübt einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Nach Mitternacht werden die Bewohner durch den Alarm eines Rauchmelders geweckt. Sie entdecken ein brennendes Sofa unter einem Balkon des Hauses. Die Ermittler gehen von Brandstiftung und einem »fremdenfeindlichen Hintergrund« der Tat aus. Es ist bereits der zweite Brandanschlag innerhalb eines Jahres auf dasselbe Gebäude.

01.09. Meiningen (TH) Unbekannte fahren mit einem Auto an einer Flüchtlingsunterkunft vorbei und rufen rassistische Parolen. Sie setzen einen Müllcontainer in Brand und flüchten in ihrem Auto.

01.09. Rosenheim (BY) Ein 28-jähriger Mann pöbelt am Eingang des Herbstfests grundlos Polizeibeamte an. Der Mann bezeichnet sich selbst als »Reichsbürger«. Nach seiner Festnahme bedroht er die Polizisten massiv und greift einem an den Hals.

03.09. Berlin-Prenzlauer Berg (BE) Nach einem Fußballspiel kreisen rund 200 Hooligans im Mauerpark eine Gruppe Erwachsener und Kinder ein. Sie beleidigen die Menschen rassistisch, sprühen Reizgas und werfen mit Flaschen. Vier Personen werden verletzt.

03.09. Berlin-Lichtenberg (BE) Zwei Männer äußern sich in der S-Bahn rassistisch. Sie schlagen einem Mann mit der flachen Hand ins Gesicht. Die Männer schlagen ihm zudem mit einer Bierflasche gegen den Kopf und treten auf ihn ein, auch als er bereits am Boden liegt. Ein Zeuge greift ein und kann den Betroffenen von den Tätern wegziehen.

03.09. Birkenwerder (BB) Am S-Bahnhof bedrohen zwei Männer zwei Syrer, die zu Besuch in einer Flüchtlingsunterkunft waren. Dann schubsen die Angreifer die Betroffenen zu Boden und treten auf sie ein.

06.09. Luckenwalde (BB) Ein 57-jähriger Mann versetzt einem Flüchtling aus Eritrea auf offener Straße unvermittelt einen Kopfstoß. Der Angegriffene erleidet Verletzungen im Gesicht und muss ambulant im Krankenhaus versorgt werden.

07.09. Ueckermünde (MV) In einem Bus beleidigt ein Unbekannter einen Afghanen rassistisch und schlägt ihm eine Bierflasche ins Gesicht. Der Betroffene trägt eine Schnittwunde davon. Der Täter schlägt weiter zu. Zudem bedrängt er eine Frau mit dunkler Hautfarbe und schüttet Bier in ihren Kinderwagen.

08.09. Bonn (NW) Unbekannte versuchen die Scheibe einer Flüchtlingsunterkunft einzuschlagen und stecken die Hausfassade in Brand. Das Feuer erlischt von selbst.

09.09. Stollberg (SN) Ein Unbekannter wirft eine Flasche durch das Fenster einer Flüchtlingsunterkunft und verletzt dabei einen 17-Jährigen. Die Polizei nimmt sechs Tatverdächtige fest, die zuvor rassistische Parolen riefen.

09.09. Bautzen (SN) Teilnehmer einer rassistischen Demonstration versuchen mehrmals Gegendemonstranten auf dem Kornmarkt anzugreifen.

09.09. Neuruppin (BB) Ein Mann bedroht einen 23-jährigen Flüchtling und dessen Sohn mit einem Messer. Als der Täter auf die beiden losgeht, ergreifen sie die Flucht.

09.09. Bad Freienwalde (BB) Ein Autofahrer hält neben einem 14-jährigen Flüchtling aus Afghanistan an und winkt ihn zu sich heran. Als der Junge näher kommt, wird er aus kurzer Distanz mit Reizgas besprüht.

10.09. Erfurt (TH) Drei Unbekannte schlagen einer jungen Frau mehrfach ins Gesicht. Sie ordnen die Frau aufgrund ihrer Kleidung offenbar der linken Szene zu. Die Männer sind laut Polizei der rechtsextremen Szene zuzuordnen.

11.09. Löbau (SN) In der Nacht jagen rund 25 Neonazis zehn Geflüchtete über den Markt zum Bahnhof. Laut Augenzeugen werfen sie mit Steinen auf ihre Opfer.

11.09. Löbau (SN) Mehrere Männer greifen auf einem Supermarktparkplatz einen Flüchtling an und verletzen ihn.

11.09. Berlin-Treptow (BE) An einer Bushaltestelle bedroht ein Unbekannter aus rassistischer Motivation einen 24-jährigen Mann mit einer Pistole. Er fordert ihn auf, seinen Personalausweis zu zeigen. Als der Betroffene sich weigert, zeigt der Täter den Hitlergruß und flieht.

11.09. Jüterbog (BB) Ein Unbekannter wirft in den Morgenstunden einen Stein in die Fensterscheibe einer Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge.

11.09. Halle (ST) Drei Unbekannte schreien einen 23-jährigen Iraner an, schlagen ihn und flüchten dann.

11.09. Höxter (NW) Unbekannte versuchen an einer türkischen Moschee ein Feuer zu legen. Der Staatsschutz ermittelt wegen versuchter Brandstiftung.

11.09. Waren (MV) Drei Männer bedrängen und beleidigen in einer Diskothek einen Mann aus Afghanistan. Das Trio überfällt den Mann später auf seinem Nachhauseweg, es schlägt und tritt auf ihn ein.

11.09. Schwerin (MV) Neonazis greifen feiernde Jugendliche auf einem Skateplatz an. Sie rufen Parolen, werfen mit Flaschen und schießen mit Pyrotechnik. Die Angreifer setzen Reizgas ein und treten einer Person gegen den Kopf.

12.09. Neustadt an der Orla (TH) Drei Deutsche verfolgen zwei »ausländische Bürger«. Dann schlagen zwei von ihnen zu, einer von ihnen zeigt den Hitlergruß und ruft rechtsextreme Parolen. In einem sozialen Netzwerk kündigen die Täter eine weitere Tat an. Sie treffen erneut auf die Betroffenen und attackieren sie mit Reizgas und einem Schlagstock.

12.09. Rostock (MV) Zwei Betrunkene beleidigen zwei junge Männer an einer Bushaltestelle rassistisch und greifen sie an.

13.09. Erfurt (TH) Ein unbekannter Mann bedroht einen Mann muslimischen Glaubens mit den Worten »Du gehörst gehängt« und beschimpft ihn rassistisch. Dann tritt der Täter den Mann.

14.09. Bautzen (SN) Rund 80 gewaltbereite Rechte jagen 20 Flüchtlinge durch die Bautzener Innenstadt. Der rechte Mob verfolgt die Flüchtlinge bis zu ihrer Unterkunft. Dabei rufen sie: »Wir sind das Volk«, und: »Bautzen und der Kornmarkt gehören den Deutschen.« Die Stadt verhängt daraufhin eine Ausgangssperre und ein Alkoholverbot – gegen die minderjährigen Flüchtlinge.

14.09. Petershagen (NW) Unbekannte zünden vor der Eingangstür einer Flüchtlingsunterkunft einen Sessel an. Der Staatsschutz ermittelt und schließt einen rassistischen Tathintergrund nicht aus.

14.09. Wasserburg (BY) Ein 62-jähriger »Reichsbürger« leistet während einer Verkehrskontrolle durch die Polizei massiv Widerstand und verletzt einen Beamten leicht.

16.09. Neukirch (SN) Mehrere Männer greifen einen 23-jährigen Iraker an einer Tankstelle an. Der Betroffene erleidet Schnittverletzungen.

16.09. Radeberg (SN) Mehrere Männer schlagen am Bahnhof einen 17-jährigen Syrer. Der Staatsschutz ermittelt.

16.09. Berlin-Charlottenburg (BE) Ein Unbekannter wirft aus rassistischer Motivation eine Glasflasche auf eine 33-jährige Frau und ihre vier- und siebenjährigen Kinder. Die Flasche zerschellt auf dem Boden, direkt neben der Familie.

17.09. Cottbus (BB) Eine Gruppe von etwa 30 rechten Fußballfans läuft durch einen Park. Aus der Gruppe heraus wird ein 14-jähriger »alternativer« Jugendlicher, der mit Freunden im Park sitzt, gegen den Kopf getreten. Der Betroffene muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

17.09. Erbach (BW) Ein Unbekannter legt in der Nacht im Hausflur einer Flüchtlings- und Obdachlosenunterkunft an zwei Stellen Feuer. Der Staatsschutz ermittelt. Eine rassistische Tat wird nicht ausgeschlossen.

17.09. Zeitz (ST) Vier vermummte Männer beleidigen am frühen Abend mehrere Flüchtlinge am Bahnhof rassistisch. Drei Stunden später attackieren sie einen 26- und einen 38-jährigen Inder mit Reizgas. Einer der Betroffenen wird zudem tätlich angegriffen und muss im Krankenhaus behandelt werden.

18.09. Cottbus (BB) In der Nacht greifen zwei polizeibekannte Rechte aus rassistischer Motivation einen 22-jährigen Mann an. Vor einem Club beleidigen sie ihn und schlagen auf ihn ein. Als ein Zeuge schützend eingreift, wird dieser geschlagen und getreten.

18.09. Erfurt (TH) In einer Diskothek beleidigt eine Personengruppe einen Mann rassistisch und greift ihn an. Einem Freund des Betroffenen wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Als er am Boden liegt, treten sie weiter auf ihn ein.

19.09. Leipzig (SN) Ohne ersichtlichen Grund beleidigt ein 27-Jähriger einen 40-Jährigen und dessen Begleiterin. Er zeigt den Hitlergruß und ruft rechtsextreme Parolen. Dann stößt der junge Mann den 40-Jährigen zu Boden und würgt ihn, bis er im Gesicht blau anläuft. Zeugen greifen ein und beenden den Angriff.

19.09. Bremen (HB) In der Nacht zerstören Unbekannte mit Steinen die Fenster einer Flüchtlingsunterkunft. Dann werfen sie Molotowcocktails, die mehrere Wohncontainer zerstören. Die Polizei hält einen politischen Hintergrund für wahrscheinlich.

19.09. Halle (ST) Ein 27-Jähriger beschimpft zwei Jugendliche mit dunkler Hautfarbe rassistisch und schlägt einem von ihnen zweimal mit der Faust ins Gesicht. Dann fordert er ihn zum Kampf auf. Gegenüber der eintreffenden Polizei droht er weitere Straftaten an, ignoriert einen Platzverweis und wird für die Nacht in Gewahrsam genommen.

19.09. Kahla (TH) Ein Neonazi, der mit seiner Frau, seinem Kind und einem Kampfhund unterwegs ist, greift eine Person vor einem Supermarkt an. Der Täter bricht dem Betroffenen den Kiefer und beleidigt ihn anschließend als »Abschaum«.

19.09. München (BY) Ein 38-jähriger Mann geht zwei Frauen, die Kopftücher tragen, an. Einer der beiden schlägt er zweimal mit der Hand ins Gesicht.

19.09. Schwerin (MV) Vier bis fünf Personen beschimpfen zwei Jugendliche (13 und 18 Jahre alt) rassistisch vor einem Supermarkt. Es kommt zu einem Streit, in dessen Verlauf der 18-Jährige durch Faustschläge im Gesicht verletzt wird und der 13-Jährige mit einem pistolenähnlichen Gegenstand bedroht wird.

20.09. München (BY) Ein 34-jähriger Mann bedroht aus rassistischer Motivation einen 38-jährigen Kenianer in einem Intercity von München nach Hannover. Er steckt ein Magazin in seine Pistole und

zielt auf den Betroffenen, der daraufhin aus dem Zug flieht. In Hannover nimmt die Polizei den Mann fest und findet eine Schreckschusspistole bei ihm.

21.09. Bautzen (SN) Zwei Jugendliche stoßen einen 72-jährigen Mann zu Boden. Die Angreifer rufen »Ausländer raus« und rennen davon.

22.09. Bad Freienwalde (BB) Aus einem Auto heraus beleidigen Unbekannte zwei junge Flüchtlinge. Dann steigt einer der Insassen aus dem Fahrzeug und versetzt einem Jugendlichen einen Stoß vor die Brust.

23.09. Cottbus (BB) Rund 20 vermummte Männer greifen eine Party in einem alternativen Jugendclub an. Sie beschimpfen die Besucher als »Scheiß Zecken«, schlagen zu und bewerfen sie mit Flaschen. Die Angreifer werden der rechten Fußballszene des FC Energie Cottbus zugeordnet.

23.09. Kiel (SH) Fünf Männer rufen in einer Kneipe rechte Parolen und werden daraufhin des Lokals verwiesen. Auf dem Weg nach draußen kommt es zu einer Rangelei, in deren Verlauf ein Mann, der sich über die Parolen beschwert hat, mit einem Glas ins Gesicht geschlagen wird. Das Opfer muss mit stark blutenden Schnittwunden im Krankenhaus behandelt werden.

24.09. Schwedt (BB) Eine Personengruppe attackiert zwei junge Geflüchtete aus Syrien, die im Stadtgebiet unterwegs sind. Sie prügeln und treten auf die Betroffenen ein und bewerfen sie mit Fahrrädern.

25.09. Berlin-Lichtenberg (BE) In der Regionalbahn beleidigt ein 43-Jähriger einen anderen Mann antimuslimisch und greift ihn an. Der Täter verletzt zudem einen 37-jährigen Zeugen, der ins Geschehen eingreift.

25.09. Bebra (HE) Ein Unbekannter wirft einen Brandsatz auf den Türkisch-Islamischen Kulturverein in der Innenstadt. Die Behörden schließen einen »fremdenfeindlichen Hintergrund« der Tat nicht aus.

25.09. Königsbach-Stein (BW) Unbekannte werfen einen Böller durch das geöffnete Fenster einer Flüchtlingsunterkunft.

25.09. Wismar (MV) Ein Mann beschimpft eine junge Frau aufgrund ihres Aussehens. Dann schubst er sie so heftig, dass sie stürzt und sich verletzt.

25.09. Demmin (MV) Eine Gruppe Männer beleidigt eine Gruppe Syrer, die auf dem Sportplatz Fußball spielen. Dann schlägt einer der Täter einem Syrer in den Bauch.

26.09. Dresden (SN) Am Abend detonieren zwei Sprengsätze in Dresden: Der erste explodiert vor einer Moschee, in der sich ein Geistlicher, seine Frau und zwei Kinder aufhalten. Der zweite auf der Terrasse des Internationalen Congress Centers (ICC), wo in wenigen Tagen ein Empfang des Bundespräsidenten zum Tag der Deutschen Einheit stattfinden soll. Die Polizei geht von einem »fremdenfeindlichen Motiv« aus.

26.09. Dresden (SN) Teilnehmer einer Pegida-Demonstration greifen Gegendemonstranten an.

26.09. Berlin-Pankow (BE) Ein unbekannter Mann beleidigt einen 31-Jährigen vor einer Flüchtlingsunterkunft rassistisch. Er greift den Betroffenen mit einem Schlagstock an, der sich mit seinem Fahrrad davor schützen kann.

26.09. Berlin-Schöneberg (BE) Eine unbekannte Frau beleidigt ein neunjähriges Kind in Begleitung seiner Mutter mit »Scheiß Ausländer«. Sie schlägt dem Kind mit der Hand in den Nacken und verletzt es dadurch.

28.09. Essen (NW) Vier polizeibekannte Rechte greifen am Hauptbahnhof mehrere Personen der linken Szene an.

28.09. Oberhausen (NW) Rechte Hooligans greifen am Bahnhof Geflüchtete an.

29.09. Berlin-Mitte (BE) Zwei unbekannte Männer schlagen einen 27-jährigen Wohnungslosen in einem Park und rauben ihn aus.

30.09. Oersdorf (SH) Ein unbekannter Täter schlägt den Bürgermeister des Ortes von hinten mit einem Knüppel nieder. Der Betroffene verliert kurzzeitig das Bewusstsein und muss im Krankenhaus behandelt werden. Nach Ansicht der Polizei könnte der Bürgermeister Opfer des Angriffs geworden sein, weil er erwägt, eine Flüchtlingsunterkunft im Dorf einzurichten. Tage zuvor hatte der Mann einen Drohbrief mit den Worten »Wer nicht hören will, muss fühlen« und »Oersdorf den Oersdorfern« erhalten.

30.09. Dortmund (NW) Neonazis bedrohen die Betreiber eines DKP-Infostands. Einer sprüht zwei DKPlern Reizgas ins Gesicht und flüchtet.

30.09. Schwerin (MV) Etwa 40 bis 50 Neonazis greifen eine Gruppe Migranten auf dem Marienplatz an. Zuvor war es bereits zu rassistischen Anfeindungen gekommen. Die Angreifer sind einheitlich schwarz gekleidet, teilweise vermummt und bewaffnet. Sie reisen auch von außerhalb an und greifen ihre Opfer aus zwei Richtungen an. Die Betroffenen können fliehen, nur einer von ihnen wird leicht verletzt.

Dank

Den Familien und Angehörigen, die mit den Folgen rechter Gewalt leben und zurechtkommen müssen, wünsche ich an dieser Stelle von ganzem Herzen Kraft.

Meine außerordentliche Anerkennung gilt allen engagierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen für Betroffene; Hochachtung möchte ich auch den Menschen ausdrücken, die sich darum bemühen, dass jedes einzelne rassistisch motivierte Verbrechen nicht in Vergessenheit gerät – hier seien exemplarisch die »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B.«, die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh«, »Keupstraße ist überall« und das »Flüchtlingsforum Lübeck« genannt. Zahlreiche Taten sind noch ungeklärt, wie zum Beispiel der Anschlag auf dem Düsseldorfer Bahnhof Wehrhahn im Jahr 2000 – sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Aufrichtig danke ich folgenden Menschen und Gruppen, die uns bei diesem Buch unterstützt oder mit Informationen geholfen haben: Florian, Wiebke, Kristin, Steffen, Wilko, Martin, Anika, Martina, Sören, Fabian, der Autonomen Antifa Freiburg, Antonia, Andreas, Volkmar, Jürgen, Diether, Günther, Tobi, Oliver, Caterina, dem Antifa Recherche Team Dresden und vielen anderen.

Dem Verlag sei herzlich gedankt, dass er mir die Chance gegeben hat, dieses Buch zu schreiben; insbesondere Stefan Ulrich Meyer und seine MitarbeiterInnen haben mich sehr freundlich betreut und mir viel Mut gemacht, Lektorin Nadine Lipp war sehr einfühlsam und geduldig. Ohne Sebastian Heidelberger wäre das Buch nicht entstanden. Es war für uns eine Herausforderung, die wir gemeinsam mit Kai Budler, Julian Feldmann, Patrick Gensing, Heike Kleffner, Michael Klarmann, Felix Korsch und Hardy Krüger annahmen. Ihre Kompetenz und Unterstützung waren herausragend. Ihnen allen möchte ich von Herzen danken – ebenso natürlich meiner Familie.

Andrea Röpke

Argumentationshilfen

Von den vielen Präventionsangeboten können wir uns hier nur auf einige Beispiele beschränken.

Interaktives Projekt: Kein Raum für rechts.
Informationen über die »geheime Welt der Neonazis«:
www.kein-raum-fuer-rechts.de

Informationsmaterial über Neonazis, Präventionsangebote, Beratung und Ausstellungen:
www.arug-zdb.de

Demokratiefördernde Bildungs- und Beratungsarbeit,
Projekte an Schulen, Erklärfilme, Argumentations- und Handlungstraining:
www.netzwerk-courage.de

Argumente gegen rechts:
www.netz-gegen-nazis.de/category/lexikon/argumente
www.aktiv-gegen-diskriminierung.info/argumentationshilfen
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/projekte/praxistipps/klare-absage-rechte-parolen-2014-09

Aktuelle Informationen zu rechten und
neonazistischen Aktivitäten:
Fachportal »Blick nach rechts«:
www.bnr.de

Wir müssen reden. Über Nazis. Ein Blog.:
blog.zeit.de/stoerungsmelder

Aufklären und Einmischen! Informationsblog
zur Aufarbeitung der Verbrechen des NSU:
www.nsu-watch.info

Quellen

Vielen Dank an alle Organisationen, Gruppen und Personen, die uns bei der Recherche unterstützt haben.

Bundesweit

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstr. 12
10115 Berlin
030 / 24 08 86 10
mut@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Netz gegen Nazis –
Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus
www.netz-gegen-nazis.de

Bundesverband Mobile Beratung e.V.
Bautzner Str. 45
01099 Dresden
0351 / 50 05 41 6
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Bayern

BEFORE
Mathildenstr. 3c
80336 München
089 / 46 22 46 70
kontakt@before-muenchen.de
www.before-muenchen.de

Antifaschistische Informations-, Dokumentations-
und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.)
Postfach 400 123
80701 München
089 / 21 55 26 08

info@aida-archiv.de
www.aida-archiv.de

Berlin

ReachOut
Beusselstr. 35
10553 Berlin
0175 / 54 47 56 7
030 / 69 56 83 39
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Gleimstraße 31
10437 Berlin
030 / 81 79 85 81 0
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

Baden-Württemberg

LEUCHTLINIE
Beratung für Betroffene von rechter Gewalt
in Baden-Württemberg
Reinsburgstr. 82
70178 Stuttgart
0711/88 89 99 30
info@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de

Brandenburg

OPFERPERSPEKTIVE
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
0331 / 81 70 00 0
info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de

Bremen

pro aktiv gegen rechts
Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven
Bornstr. 14/15
28195 Bremen
0421 / 96 03 84 93

proaktiv@vaja-bremen.de
www.vaja-bremen.de

Hamburg

Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten
Christiane Schneider (DIE LINKE)
an die Bürgerschaft der freien und Hansestadt Hamburg
Lilienstr. 15
20095 Hamburg
040 / 42 83 12 05 5
christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de
www.linksfraktion-hamburg.de

Hamburger Bündnis gegen rechts
Hamburger Aufruf: »Keine Stimme den Nazis«
Hein-Hoyer-Str. 41
20359 Hamburg
kontakt@keine-stimme-den-nazis.org
www.keine-stimme-den-nazis.org

Hessen

beratungsNetzwerk hessen
Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Wilhelm-Röpke-Str. 6
35032 Marburg
06421 / 28 21 11 0
kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
www.beratungsnetzwerk-hessen.de

MBT Hessen
Richard-Roosen-Str. 11
34123 Kassel
0561 / 86 16 76 6
0151 / 65 16 53 08
info@mbt-hessen.org
www.mbt-hessen.org

response
069 / 56 00 02 41
Hansaallee 150
60320 Frankfurt
kontakt@response-hessen.de
www.response-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

LOBBI
www.lobbi-mv.de

LOBBI West
Hermannstr. 35
18055 Rostock
0170 / 52 82 99 7
0381 / 20 09 37 7
west@lobbi-mv.de

LOBBI Ost
Tilly-Schanzen-Str. 2
17033 Neubrandenburg
0160 / 84 42 18 9
0395 / 45 50 71 8
ost@lobbi-mv.de

Niedersachsen

»ju:an« – Praxisstelle
antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit
Otto-Brenner-Str. 1
30159 Hannover
0511 / 89 73 43 33
www.projekt-ju-an.de

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
0170 / 29 04 11 2
nordwest@mobile-opferberatung.de
www.mobile-opferberatung.de

Zentrum Demokratische Bildung Wolfsburg
Heinrich-Nordhoff-Straße 73–77
38440 Wolfsburg
05361 / 89 13 05 0
info@zdb-wolfsburg.de
www.zdb-wolfsburg.de

Nordrhein-Westfalen

OBR c/o IDA-NRW

Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
0211 / 15 92 55 66
info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

Antifaschistisches Bildungsforum Rheinland (ABR)
bildungsforum@gmx.de

MOBIM
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
0251 / 49 27 10 9
kontakt@mobim.info
www.mobim.info

Saarland

Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
06851 / 80 82 79 0
info@adolf-bender.de
www. adolf-bender.de

Sachsen

Opferberatung des RAA Sachsen e.V.
www.raa-sachsen.de

Beratungsstelle Dresden
0351 / 88 94 17 4
0172 / 97 41 26 8
opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Leipzig
0341 / 22 54 95 7
0178 / 51 62 93 7
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Chemnitz
0371 / 48 19 45 1
0172 / 97 43 67 4
opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de

Kulturbüro Sachsen e.V.
Bautzner Str. 45
01099 Dresden
0351 / 27 21 49 0
buero@kulturbuero-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
www.miteinander-ev.de

Anlaufstelle Nord
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
03901 / 30 64 31
0170 / 29 04 11 2
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Mitte
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
0391 / 62 07 75 2
0170 / 29 48 35 2
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Süd
Platanenstr. 9
06114 Halle
0345 / 22 67 10 0
0170 / 29 48 41 3
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten
Parkstr. 7
06846 Dessau-Roßlau
0340 / 66 12 39 5
0177 / 62 82 86 0
opferberatung@datel-dessau.de
www.opferberatung-dessau.de

Schleswig-Holstein

zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.
Postfach 4508

24044 Kiel
0431 / 30 14 03 79
info@zebraev.de
www.zebraev.de

Thüringen

ezra
Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt
Juri-Gagarin-Ring 96/98
99084 Erfurt
0361 / 21 86 51 33
info@ezra.de
www.ezra.de

Über Andrea Röpke

Andrea Röpke, geboren 1965, ist die führende deutsche Journalistin zum Thema Rechtsextremismus. Im Zuge ihrer Recherchen in der rechtsextremen Szene wurde sie mehrfach tätlich angegriffen. Sie arbeitet u.a. für »Panorama«, »Fakt« und »Spiegel TV«, ihre Texte veröffentlicht sie im Spiegel, der Süddeutschen Zeitung, im Focus und im Stern. Andrea Röpke wurde für ihre journalistische Arbeit vielfältig ausgezeichnet, u.a. mit dem Otto-Brenner-Preis, dem Leuchtturm-Preis des Netzwerks Recherche, dem Paul-Spiegel-Preis des Zentralrats der Juden und als »Reporterin des Jahres« und »Journalistin des Jahres«.

Impressum

Ein Imprint der Verlagsgruppe Droemer Knaur GmbH & Co. KG, München

Redaktion: Nadine Lipp
Covergestaltung: Büro Jorge Schmidt
ISBN 978-3-426-44355-2

Hinweise des Verlags

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Noch mehr eBook-Programmhighlights & Aktionen finden Sie auf
www.droemer-knaur.de/ebooks.

Sie wollen über spannende Neuerscheinungen aus Ihrem Lieblingsgenre auf dem Laufenden gehalten werden? Abonnieren Sie hier unseren Newsletter.

Sie wollen selbst Autor werden? Publizieren Sie Ihre eBooks auf unserer Akquise-Plattform www.neobooks.com und werden Sie von Droemer Knaur oder Rowohlt als Verlagsautor entdeckt. Auf eBook-Leser warten viele neue Autorentalente.

Wir freuen uns auf Sie!